

Transit

EUROPÄISCHE REVUE

Ein Zeitalter wird besichtigt 1989 revisited

Ivan Krastev	Auflösung der liberalen Weltordnung
Timothy Garton Ash	Nachmauereuropa. Und was nun?
Jacques Rupnik	Die ewige Wiederkehr Mitteleuropas
Pavel Barsa	Ende der letzten mitteleuropäischen Utopie
Balázs Trencsényi	Rückkehr der Geschichte
Karl Schlögel	Melancholie und Geschichtsschreibung
Marci Shore	Zerbrechlichkeit des Liberalismus
Krzysztof Michalski	Was tun? (1993)
Claus Leggewie	Heimatloser Antikapitalismus
Claus Offe	Europäische Flüchtlingspolitik
Chris Niedenthal	1989. Momentaufnahmen Photoessay
Janos Matyas Kovacs	Ungarn – Sieben falsche Vorhersagen
Jiří Přibáň	Tschechien – Warten auf einen Führer?
Piotr Koryś	Polen – Die Kosten der Transformation
Slavenka Drakulić	1989: Es war einmal
Elitza Stanoeva	Bulgarien – Politik der Nostalgie
Andrii Portnov	Die Ukraine und Europa
Maxim Trudolyubov	Phantom Sowjetunion
Mark Lilla	USA – Das Verschwinden des Bürgers

Transit wird herausgegeben am Institut für die Wissenschaften vom Menschen (IWM) in Wien und erscheint im Verlag Neue Kritik, Frankfurt am Main

Herausgeberin: Shalini Randeria

Gründungsherausgeber: Krzysztof Michalski †

Gastherausgeber dieser Nummer: Klaus Nellen

Lektorat: Sindy Meyer und Miriam Schmitthenner

Redaktionskomitee: Cornelia Klinger (Hamburg), János M. Kovács (Budapest/Wien), Ivan Krastev (Sofia/Wien), Timothy Snyder (Yale/Wien).

Beirat: Peter Demetz (New Haven), Timothy Garton Ash (Oxford), Claus Legewie (Essen), Petr Pithart (Prag), Jacques Rupnik (Paris), Aleksander Smolar (Warschau/Paris), Fritz Stern †.

Redaktionsanschrift: *Transit*, Institut für die Wissenschaften vom Menschen, Spittelauer Lände 3, A-1090 Wien, Telefon (+431) 31358-0, Fax (+431) 31358-30 www.iwm.at

Website von *Transit*: *Europäische Revue* und *Tr@nsit_online*: www.iwm.at/transit

Verlagsanschrift: Verlag Neue Kritik, Kettenhofweg 53, D-60325 Frankfurt/Main, Telefon (069) 72 75 76, Fax (069) 72 65 85, E-mail: verlag@neuekritik.de



© IWM 2023. This work is licensed under CC BY-NC-ND 4.0.

ISSN 0938-2062 / ISBN 978-3-8015-0634-6

Transit ist Partner von *Eurozine – the netmagazine* (www.eurozine.com), einem Zusammenschluss europäischer Kulturzeitschriften im Internet. *Transit* is regularly listed in the *International Current Awareness Services*. Selected material is indexed in the International Bibliography of the Social Sciences.

Textnachweise: Ivan Krastevs Beitrag erschien zuerst unter dem Titel »The Unraveling of the Post-1989 Order« im *Journal of Democracy* 27:4 (2016), S. 88-98. © 2016 National Endowment for Democracy and Johns Hopkins University Press. Reprinted with permission of Johns Hopkins University Press.

© 2017 für sämtliche Texte und deren Übersetzungen *Transit* / IWM.

Transit 50 (Sommer 2017)

Ein Zeitalter wird besichtigt. 1989 revisited

In memoriam Krzysztof Michalski

<i>Editorial</i>	3
Ivan Krastev (Sofia/Wien) <i>Die Auflösung der liberalen Weltordnung</i>	15
Timothy Garton Ash (Oxford) <i>Nachkriegseuropa. Nachmauereuropa. Und was nun?</i>	30
Jacques Rupnik (Paris) <i>Nach 1989.</i> Die ewige Wiederkehr Mitteleuropas	43
Pavel Barsa (Prag) <i>Das Ende der letzten mitteleuropäischen Utopie</i> oder Das ambivalente Erbe der Dissidenten	57
Balázs Trencsényi (Budapest) <i>Transit wohin?</i> Die Rückkehr der Geschichte, nachdem sie eine Weile als vermisst galt	72
Karl Schlögel (Berlin) <i>Melancholie und Geschichtsschreibung</i>	86
Marci Shore (New Haven) <i>Die Zerbrechlichkeit des Liberalismus</i> oder Das Ende vom »Ende der Geschichte«	101
Krzysztof Michalski <i>Nach dem Umbruch im Osten Europas: Was tun?</i> (1993)	112
Claus Leggewie (Gießen) <i>Heimatloser Antikapitalismus</i> Gegen die Entwendung der sozialen Frage	122

Claus Offe (Berlin)	
<i>Optionen und Irrwege der europäischen Flüchtlingspolitik</i>	130
Chris Niedenthal (Warschau)	
<i>1989. Momentaufnahmen</i>	140
Photoessay und persönliche Erinnerungen	nach 144
Janos Matyas Kovacs (Budapest/Wien)	
<i>Vom Zweifel zur Scham</i>	
Sieben falsche Vorhersagen über das postkommunistische Ungarn	145
Jiří Přibán (Cardiff)	
<i>Warten auf einen Führer?</i>	
Notizen aus der Tschechischen Republik	158
Piotr Koryś (Warschau)	
<i>1989 und die Kosten der Transformation</i>	
Versuch einer Bilanz	167
Slavenka Drakulić (Zagreb/Stockholm)	
<i>1989: Es war einmal</i>	
Wie ein enttäuschter Osten zum Lehrmeister des Westens wurde	181
Elitza Stanoeva (Sofia)	
<i>Bulgarien: Politik der Nostalgie</i>	192
Andrii Portnov (Dnipro)	
<i>Wer jetzt allein ist, wird es lange bleiben?</i>	
Die Ukraine und Europa	206
Maxim Trudolyubov (Moskau)	
<i>Phantom Sowjetunion</i>	216
Mark Lilla (New York)	
<i>Der Hund, der nicht bellte</i>	
oder Das Verschwinden des Bürgers	224
<i>Zu den Autorinnen und Autoren</i>	232

Editorial

Das erste Heft der europäischen Revue *Transit*, der Zeitschrift des 1982 in Wien gegründeten Instituts für die Wissenschaften vom Menschen (IWM), kam 1990, unmittelbar nach der Wende, heraus. Die vorliegende fünfzigste – und letzte – Ausgabe von *Transit* scheint abermals mit einem historischen Moment zusammenzufallen: Sind wir heute nicht, ebenso wenig vorhergesehen, Zeugen der Auflösung eben jener liberalen Weltordnung, die damals – vor nicht einmal drei Dekaden – geboren wurde?

Transit 1 erschien unter dem Titel »Osteuropa – Übergänge zur Demokratie?«, wobei der Plural und das Fragezeichen signalisieren sollten, dass »man sich auf einen langen Weg begeben hat, für den es keine Garantien gegen Rückschläge, dramatische Krisen und Niederlagen gibt.«¹ Mit dem in Nr. 1 gesetzten Ziel vor Augen, zu einem Medium europäischer Selbstverständigung zu werden, begleitete *Transit* in den Folgejahren die tiefgreifenden Transformationsprozesse, die bald ganz Europa erfassen sollten, mit kritischen Analysen aus östlicher wie westlicher Perspektive.

Der Übergang zu Demokratie und Marktwirtschaft kam rasch in Gang, wenn auch hier und da mit Hindernissen – und mit der großen Ausnahme, die die Regel bestätigt: Jugoslawien –, und schien bald irreversibel. Die Zeit war von Optimismus erfüllt. Auch uns inspirierte damals der Geist von 1989 – allerdings unter der Prämisse kritischer Distanz, die sich schon an den Themenschwerpunkten der Hefte ablesen lässt,² vor allem aber am Namen der Zeitschrift selbst: »Transit« bezeichnet (...) einen prekären Zwischenzustand, einen vorübergehenden Aufenthaltsort. Angesichts der großen Probleme, die unsere Zeit vor sich herschiebt, bedarf es nicht der Zahlenmagie der Jahrtausendwende, um zu begreifen, dass wir auch im Westen in einer kritischen Übergangszeit leben.«³ Mochten andere das »Ende der Geschichte« feiern, in unseren Augen fing die Arbeit erst an.

Eingedenk der Tatsache, dass *Transit* sowohl ein Kind als auch ein kritischer Beobachter dessen ist, was Timothy Garton Ash »Nachmauereuropa« nennt, haben wir diesmal Autorinnen und Autoren, die über die

Jahre zur vorliegenden Zeitschrift beigetragen haben, eingeladen, auf diese Ära zurückzublicken: Was waren ihre Träume, Hoffnungen und Befürchtungen? Und: Was ist schief gelaufen? Ihre Antworten werden ergänzt durch Stimmen aus der jüngeren Generation.

So wie viele damals ein Gefühl des Aufbruchs erfüllte, verspüren wir heute, dass etwas zu Ende geht; so, wie wir damals in Ostmitteleuropa eine Revolution für die Freiheit erlebten, und sei sie nur nachholend gewesen, sind wir heute mit einer Revolution gegen die westlichen Werte konfrontiert.

Bei aller Freude über das Ende der Teilung Europas waren wir damals sicher, »dass die Europäer noch lange mit den Ungleichzeitigkeiten, den unterschiedlichen Erfahrungen, Sehweisen, Werten und Einstellungen zu leben haben werden, die die Teilung Europas hervorgebracht hat.«⁴ Man sollte meinen, dass fast 30 Jahre genug gewesen wären, diese Kluft zu überwinden. Das Gegenteil scheint der Fall zu sein. Einerseits ist Europa dank der EU-Erweiterung ohne Zweifel zusammengewachsen, doch es scheint, der Integrationsprozess selbst hat Kräfte, neue und alte, freigesetzt, welche die längst für obsolet gehaltene Ost-West-Trennung wiederkehren lassen. Hinzu kommt der wachsende Graben zwischen Nord und Süd. Europa bietet heute ein zerrissenes Bild.

Jacques Rupnik differenziert dieses Bild: »Die Rückkehr Mitteleuropas in illiberalem Gewand«, schreibt er, »hat die Vorstellung einer Spaltung Europas in Ost und West wiederbelebt und Zweifel an der Klugheit und Praktikabilität der EU-Osterweiterung geweckt. Dies verkennt allerdings die Lage und blockiert damit auch mögliche Antworten darauf. Gewiss gibt es spezifische Eigenarten des populistischen Backlashs in Ostmitteleuropa mit seinen besonderen politischen Kulturen und Hinterlassenschaften aus der Zeit vor 1989. Doch ist die heutige Krise des Liberalismus und die Entstehung einer Vielzahl populistischer Nationalismen ein trans-europäisches, ja transatlantisches Phänomen«. Könnte diese Entwicklung das »Vorzeichen einer tiefer liegenden, reaktionären neuen Gegenaufklärung sein«? Müssen wir uns mit Marci Shore heute wieder fragen: »Wie vermag etwas, das noch gestern unvorstellbar war, in kürzester Zeit zur Normalität zu werden?«

Früh schon und gegen die allgemeine Euphorie über das endlich vereinigte Europa schrieb Tony Judt, bis zu seinem Tode 2010 ein treuer Bei-

träger dieser Zeitschrift: »In gewissem Sinne erleben wir (...) das Ende der europäischen Aufklärung. (...) Europa [tritt] in vieler Hinsicht in eine Epoche der Unruhe, eine Zeit großer Schwierigkeiten und Wirren ein. (...) Für den alten Kontinent ist das natürlich nichts Neues, aber für die meisten der derzeit Lebenden wird es überraschend kommen und eine unangenehme Erfahrung sein.«⁵ Es scheint, dass seine düstere Prognose sich heute bewahrheitet.

Es mag indes verfrüht oder vermessen sein, für dieses Heft auf den Titel von Heinrich Manns Erinnerungen zurückzugreifen. Kann man denn schon von einem Zeitalter sprechen, auf das man zurückblicken könnte? Zumindest könnte man den letzten Satz seines Buches als Warnung für die heutige Zeit lesen: »(...) von bequemen Anfängen schritten wir zur katastrophalen Vollendung.«⁶ Die Versuchung ist immer groß, der eigenen Zeit die Fiktion eines Anfangs oder eines Endes zu unterlegen,⁷ was vielleicht für 1989 und für die Gegenwart in besonderem Maße gilt: Konnte man das »Ende der Geschichte« nicht lesen als säkularisierte Eschatologie – Ende der Tage und Anbruch einer neuen Welt? Und verheißt unsere Zeit nicht auch ein Ende der Geschichte – diesmal als Apokalypse? Wir wollen uns hier solcher Konstruktionen enthalten. So, wie am Anfang dieser Zeitschrift der Versuch stand, eine Landkarte möglicher Entwicklungspfade in die Zukunft zu skizzieren, möchten wir hier versuchen, sowohl eine Bestandsaufnahme des seit 1989 Erreichten (und Versäumten) vorzunehmen als auch Handlungsoptionen aufzuzeigen.

Für die jedenfalls, die seit 1990 an der europäischen Revue *Transit* gearbeitet haben, geht eine Geschichte zu Ende. Dies ist ein guter Moment, uns mit dem vorliegenden fünfzigsten Heft von unserer Leserschaft zu verabschieden.

Für das Institut für die Wissenschaften vom Menschen indes hat mit dem Rektorat der Sozialanthropologin Shalini Randeria, das sie 2015 angenommen hat, ein neues Kapitel begonnen. Während das IWM einige seiner alten Forschungsvorhaben und regionalen Projekte fortsetzt, wurden unter Randerias Ägide neue Schwerpunkte initiiert: So beschäftigen sich ihre eigenen Forschungen mit dem Thema *Scales of Justice and Legal Pluralism*; der Verfassungshistoriker Miloš Vec, seit 2016 Permanent Fellow am IWM, leitet den Schwerpunkt *International Law and Multinormativity*; 2017 kam der Bürgerrechtler und Politologe Ivan Vejvoda als Permanent Fellow ans IWM, um Forschungen über

Europe's Futures auf den Weg zu bringen. Zu den neuen Forschungsthemen zählen des Weiteren *Justifications of Wealth* und *Democracy and Demography*.

Die Beiträge im vorliegenden Heft nähern sich dem Thema aus verschiedenen Perspektiven und auf verschiedene Weisen. Eine instruktive Einführung gibt Ivan Krastevs umfassende Zeitdiagnose. Die erste Hälfte des Heftes ist eher systematischen Versuchen gewidmet, die neue Wende, den »atemberaubenden Wechsel vom Licht zur Finsternis« (Garton Ash) zu verstehen; die zweite nähert sich dem Thema eher anhand spezifischer Beispiele. Angesichts der Vielfalt von Ansätzen wäre es müßig, sie alle auf eine Formel bringen zu wollen. Wir wollen hier nur zwei Fragen herausgreifen, die sich bei der Lektüre aufdrängen: Wie ist 1989 aus heutiger Sicht historisch zu verorten? Und wie ist die Verdrängung »klassischer« Politik durch Identitätspolitik zu verstehen?

Ein Thema, das sich durch das Heft zieht, ist die Frage, wie 1989 und der mit diesem Jahr markierte Epochenwechsel historisch einzuordnen sind und welche Implikationen dies für das Verständnis unserer eigenen Zeit hat. Für Jacques Rupnik symbolisiert 1989 den erneuerten Anspruch Mitteleuropas »auf eine westliche Identität und die Konversion zum Liberalismus, das kulturelle in Kombination mit dem liberalen Narrativ, der ›Kundera-Moment‹ mit dem ›Havel-Moment‹.« Beide Narrative werden heute infrage gestellt. Timothy Garton Ash fragt: »Wenn die Nachmauerzeit von 1989 bis 2009 dauerte, in welcher Epoche befinden wir uns dann jetzt?« und kommt zu dem Schluss, dass wir dies »wohl erst in zehn oder vielleicht auch 30 Jahren sagen können«.

Pavel Barsa schlägt eine Periodisierung der jüngeren Geschichte vor, in der 1989 keine neue Ära einleitet, sondern die Vollendung einer alten. Die historische Zäsur liege vielmehr »in den 1970er Jahren, dem Jahrzehnt der Entzauberung der sozialistischen Utopien (...). Ihr volles Potenzial entfalteten sie jedoch erst nach dem Fall des Kommunismus, als die amerikanisch-westliche Hegemonie verschiedene Elemente, die in den beiden Jahrzehnten zuvor aufgekommen waren, aufnahm, um sie zur herrschenden Ideologie zu vereinen. Demnach wäre das, was man in Mitteleuropa normalerweise ›Postkommunismus‹ nennt, nur das letzte Kapitel einer längeren historischen Epoche.«

Balázs Trencsényi gehört zu der jüngeren Generation von »osteuropäischen« Historikern, die versuchen, die traditionellen nationalen Forschungsansätze zu überwinden und den komplexen und miteinander verflochtenen Geschichten der Region gerecht zu werden. In seinem Beitrag versucht er, die Zeit von der Wende von 1989 bis zur heutigen Krise zu historisieren, indem er eine transnationale Genealogie ihrer kulturellen und politischen Faktoren skizziert.

Seine Reflexionen zur Arbeit des Historikers sieht Karl Schlögel »noch ganz und gar im Schatten oder Bann des *annus mirabilis* 1989 (...), in dem so viele von einem Ende der Geschichte und dem Anbruch eines Zeitalters des Ewigen Friedens sprachen, das nun doch nicht gekommen ist.« Der »Gang über die historische Ruinenlandschaft des östlichen Europa« bietet, so Schlögel, die Chance einer radikalisierten Infragestellung der europäischen Fortschrittsidee und sensibilisiert für das Kontingente in der Geschichte. Vielleicht ist heute, angesichts einer aus den Fugen geratenen Welt, wieder die »Stunde des melancholischen Blicks« gekommen, der die »Physiognomiker der Umwälzung« auf den Plan ruft. Es gilt, so Schlögel, hellwach zu sein für das, was jetzt im »Dunkel des gelebten Augenblicks« geschieht. Die Melancholie kann hier zur »Verbündeten, zum Organon der Aufklärung« werden und helfen bei der »Neuvermessung der Welt, da die alten Koordinatensysteme außer Kraft gesetzt sind«.

Besonders hinweisen wollen wir auf ein Zeitdokument, das ein erhellendes Licht auf die Wende wirft. Anfang 1993 hielt der polnische Philosoph Krzysztof Michalski einen Vortrag über die Optionen, die sich seinem Land für den Übergang aus dem Kommunismus anboten. Im Zentrum seiner Überlegungen stand die tiefe Ambivalenz des revolutionären Erbes: »Die (...) Institutionen, die den Widerstand gegen das kommunistische Machtsystem getragen haben, stehen heute am Scheideweg: Die gesellschaftlichen Funktionen der Kirche, der nationalen Identität, der Dorfgemeinschaft müssen neu definiert werden. Wie sie definiert werden – davon hängt der zukünftige Charakter der Gesellschaft ab.« Diese gesellschaftlichen Institutionen »waren (...) nicht nur älter als das Regime, gegen das sie sich wehrten; sie waren zumeist auch älter als die Moderne. Das bringt Spannungen innerhalb der neuen Demokratien mit sich und kann zu Konflikten führen: zwischen einer im Kampf mit dem Kommunismus erfolgreichen Tradition und einer von den Kommunisten in Verruf gebrachten Modernisierung, zwischen Nation, Kirche,

Familien- und Dorfstrukturen einerseits und dem modernen, demokratischen Staat andererseits. Diese Spannungen sind aber gleichzeitig eine Chance – eine Chance, neue, noch nicht begangene Wege der Modernisierung zu erschließen, die sich vielleicht auch für die Lösung westeuropäischer Krisen anbieten.«

Eine Integration Polens in die EU, so argumentierte Michalski damals, sei die Voraussetzung dafür, dass diese Spannungen produktiv würden – eben auch für den Westen. Im Rückblick sieht es freilich so aus, als hätten die rückwärtsgewandten Kräfte, mit einer gewissen Verspätung, die Oberhand gewonnen – und nicht nur in Polen: Ihre Protagonisten offerieren inzwischen auch dem Westen erfolgreich Krisenlösungen – Lösungen, an die der Autor damals wohl nicht gedacht hatte. Die bittere Ironie ist, dass sie dies eben als Mitglieder der EU tun. 2017 hört sich das so an: »Vor 27 Jahren glaubten wir hier in Mitteleuropa, dass Europa unsere Zukunft sei; heute spüren wir, dass wir die Zukunft Europas sind.«⁸

»Innere Vielfalt und Widersprüchlichkeit sind ebenso Momente des europäischen Selbstverständnisses wie der Austausch mit anderen Kulturen. *Transit* versteht sich als europäische Zeitschrift im Sinne dieser offenen und niemals fertigen Identität, die von der Überschreitung des eigenen Gesichtskreises, der Neugier für Unterschiede und der Bereitschaft zum Streit lebt«, hieß es im Editorial der ersten Nummer. In mehreren Beiträgen des vorliegenden Heftes begegnet uns die Vermutung, dass die Malaise unserer Zeit wesentlich der Verabschiedung von diesem Verständnis von Identität und dem »Aufstieg der Identitätspolitik« (Krašev) geschuldet ist.

Am dramatischsten zeigt sich diese identitätspolitische Wende darin, dass die Flüchtlingsfrage zum zentralen Bezugspunkt für das europäische Selbstverständnis geworden ist – gegen dessen ursprünglich offene und pluralistische Verfasstheit. »Wenn wir etwas von den jugoslawischen Kriegen lernen können, dann, so scheint es, dass Rückschritt jederzeit möglich ist«, schreibt Slavenka Drakulić. Die damals praktizierte »Art der Identitätspolitik kann man als Avantgarde für die Entwicklungen sehen, die wir im Europa von heute beobachten. Immigranten und Flüchtlinge werden nicht länger als Individuen behandelt, nicht einmal als Bürger eines Staates oder einer Nation. Sie werden auf eine religiöse Identität reduziert, gleich, ob sie gläubig sind oder nicht.« Und beunruhigender

noch: »Wir scheinen blind dafür zu sein, dass auch wir in derselben Weise reduziert werden.« So sind ausländische Arbeitnehmer zuerst zu Türken und schließlich zu Muslimen geworden, und wir entsprechend zu Christen, die meinen, ihre Kultur gegen diese »Eindringlinge« verteidigen zu müssen.⁹ Nichts illustriert diese Einstellung besser als das Treffen zweier Protagonisten der 1989er Revolution, Jaroslaw Kaczyński und Viktor Orbán, im September 2016, auf dem sie im Namen der Rettung Europas gemeinsam zu einer »kulturellen Konterrevolution« aufriefen, gerichtet gegen die »europäischen Eliten«, die angeblich darauf aus sind, »nationale Identitäten auszulöschen«.¹⁰ Gegen diese Logik plädiert Claus Offe angesichts der Flüchtlingskrise für eine umgekehrte Integrationsanstrengung, nämlich dass wir uns selbst ändern und den Gegebenheiten einer Einwanderungsgesellschaft fügen, die wir längst sind.

Es sind die beiden eben genannten Politiker, die sich heute am deutlichsten gegen eine solche Politik stellen. Sie verstehen sich als die Speerspitze einer identitätspolitischen Wende für ganz Europa. Die Motive dieser Politik liegen allerdings tiefer: »Beide haben sich«, schreibt Barsa, »im Namen ihrer jeweiligen ethnisch verstandenen Nation gegen den Kommunismus (...) und gegen den Liberalismus, der ihn beerbte, ausgesprochen. In diesem Sinne haben beide ein – für unsere Region typisches – rechtspopulistisches ideologisches Repertoire entwickelt. Es beschwört eine Bedrohung der konkreten nationalen Identität durch einen abstrakten Universalismus, der der Nation von transnationalistischen Kräften aufgezwungen wurde – vor 70 Jahren vom Kommunismus und dann vor fast 30 Jahren vom Liberalismus«.

Dieses Bedrohungsszenario wird noch verstärkt durch einen generellen Strukturwandel unserer Gesellschaften: »Was wir heute in Europa sowohl im Osten wie im Westen sehen, ist eine Verschiebung weg von klassenbasierten politischen Identitäten und eine Erosion des Konsenses, der sich um diese Identitäten gebildet hat«, schreibt Krastev. Auf diesen Identitäten sei das westeuropäische Demokratiemodell errichtet worden. Pointiert gesagt, wird die soziale Frage zunehmend durch Identitätsfragen ersetzt. Wir erleben seit einiger Zeit das Paradox, dass das Problem der Ungleichheit in dem Maße aus dem öffentlichen Diskurs verschwindet, wie es sich bedrohlich verschärft. Dass an dieser Verschiebung die liberale Linke nicht unbeteiligt ist, darauf hatte Richard Rorty schon 1998 hingewiesen: Sie gebe zunehmend »cultural politics« den Vorzug vor »real

politics« und mache sich über die Idee lustig, dass demokratische Institutionen eines Tages wieder der sozialen Gerechtigkeit dienen könnten.¹¹

Den Beginn dieser Entwicklung sieht Barsa in einer »kulturalistischen Wende«, die er auf die 1970er Jahre datiert. Sie propagierte »die Anerkennung spezifischer kollektiver Identitäten (...). Im Gegensatz zu den Ideologien des 19. Jahrhunderts, die der Zukunft zugewandt waren, sind diese Identitäten von der Vergangenheit geprägt – seien es die Identitäten von Gruppen, die im Laufe der Geschichte zu Opfern gemacht wurden, wie die Juden, die Schwarzen, die Homosexuellen, oder die kulturellen Identitäten geographischer Regionen wie etwa Mitteleuropa.«

Ihre größten Triumphe hat die kulturalistische Wende in den USA gefeiert. Auf die Folgen weist Mark Lilla hin. »Identity politics« zähle heute, neben Neoliberalismus und Populismus, zu den entscheidenden Herausforderungen für die liberale Demokratie. Die liberale Linke habe die ursprüngliche Idee, unterdrückte Minderheiten zu ermächtigen, zu einem Kult von Differenz und Diversität gemacht, der sie der Fähigkeit beraubt, die Bürger unabhängig von ihrer Identität anzusprechen und für übergreifende Ziele zu gewinnen.

Und mehr noch: Die obsessive Sorge um die eigene Identität habe ländliche und religiöse Weiße ermuntert, sich ebenfalls als benachteiligte Gruppe, sozusagen als Fremde im eigenen Land wahrzunehmen, die von den Eliten ignoriert werden und in ihrer Existenz bedroht sind. Hieran anknüpfend meint Claus Leggewie, dass man weiter fragen müsse, warum »reiche Gesellschaften im Bemühen um eine Verringerung der rechtlichen Ungleichbehandlung bestimmter Gruppen so viel erfolgreicher [sind] als bei ihren Versuchen, die Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen zu verringern«. Es bedürfe »einer politischen Anthropologie, die bei aller notwendigen Sensibilität für Differenz universalistisch bleibt und sich gegen Identitäts-Funktionäre gleich welcher Provenienz zur Wehr setzt.«

Zugespitzt gesagt, führt die radikalisierte linksliberale Identitätspolitik zu einer Zersplitterung der Gesellschaft in immer kleinere Gruppen, die nur noch um die Anerkennung ihrer eigenen Rechte, aber nicht mehr um ein übergreifendes Gemeinwohl besorgt sind und so das politische Feld anderen Kräften überlassen, die es bereitwillig besetzen. Die illiberale Identitätspolitik der Populisten spricht im Namen des Gemeinwohls, versteht dieses aber exklusiv: Sie will eine geschlossene Gesellschaft, die sich aus der Mehrheit, dem »wahren Volk« konstituiert; wer nicht dazu gehört,

hat keinen legitimen Anspruch auf Teilhabe.¹² Entwickeln diese beiden Typen von Identitätspolitik Synergien, die man bisher nicht gesehen hat oder wahrhaben wollte? Jedenfalls scheinen beide auf je ihre Weise die Voraussetzungen einer »lebendigen Demokratie« (Charles Taylor) infrage zu stellen, die vom wechselseitigen Respekt ihrer Bürger und ihrer Solidarität füreinander, dem Zugehörigkeitsgefühl aller zum Gemeinwesen und der inklusiven Möglichkeit zur politischen Partizipation lebt.¹³

Spätestens hier muss man darauf hinweisen, dass die Verfechter der »illiberalen Demokratie«, ganz gleich, wo, einen mächtigen Verbündeten in Russland haben. Der Kreml unterstützt Rechtspopulisten in ganz Europa und sieht sich als Retter der wahren abendländischen Werte, die er in einem dekadenten Europa untergehen sieht. Neu für die Russen, schreibt Trudolyubov, sei »dass Europa – vielleicht zum ersten Mal seit Jahrhunderten – aufgehört hat, für die russische Gesellschaft ein Leitstern zu sein, wie fern auch immer«. In einer Umkehrbewegung exportiert nun Russland seine Ideen von »gelenkter Demokratie« und nationaler Größe erfolgreich in den Westen. Interessant sind deren Quellen. Timothy Snyder widmet seinen Beitrag¹⁴ dem russischen Philosophen Iwan Alexandrowitsch Iljin (1883-1954). In seinen Werken, auf die sich der Kreml wiederholt berufen hat, beschwört Iljin die »organisch-spirituelle Einheit der Regierung mit dem Volk und des Volkes mit der Regierung« und will die »empirische Vielfalt der menschlichen Wesen« durch die »metaphysische Identität aller Menschen einer Nation« überwinden.

Der zweite Teil des Heftes wird mit einem bewegenden Zeitzeugnis eröffnet: Aufnahmen historischer Augenblicke aus dem Jahr 1989, die der polnische Pressephotograph und Chronist der Wende Chris Niedenthal damals eingefangen hat.

Janos Matyas Kovacs, Jiří Příbáň und Elitza Stanoeva zeigen, wie verschieden die Wende in ihren Ländern verlaufen ist, teilen aber ganz ähnliche Sorgen über die Gegenwart. Eine positivere Bilanz aus der Sicht des Ökonomen zieht Piotr Koryś für Polen. Andrii Portnov beschwört den Maidan als letzten Ort, an dem die Idee Europas noch hochgehalten wurde, während sie weiter westlich schon angeschlagen war.¹⁵ Maxim Trudolyubov verfolgt die unendliche Spiegelung zwischen Russland und Europa durch das Prisma der Sowjetunion, während Mark Lilla zeigt,

was die Europäer aus dem Scheitern der Identitätspolitik in den USA lernen können.

Weitere Beiträge erscheinen separat in einem Online-Supplement zu dieser Ausgabe. Dort schreiben unter anderen, wie erwähnt, Timothy Snyder über die späte Rückkehr Iwan Iljins nach Moskau; Steven Beller über die Lehren, welche die Habsburger Monarchie für die Europäische Union bereit hält, Pawel Marczewski über Proteste in Polen nach 1989 und Carl Henrik Fredriksson über den Zerfall Europas. Von Charles Taylor bringen wir noch einmal einen Essay über die Frage, wieviel Gemeinschaft die Demokratie braucht; 1986 geschrieben, hat er durch eben die Entwicklungen, die in diesem Heft reflektiert werden, überraschend an Aktualität gewonnen.

Die erste Nummer von *Transit* wurde anlässlich des Erscheinens der vorliegenden letzten digitalisiert und steht den Abonnenten zur Verfügung. Sie kann auch beim Verlag erworben werden.

Die Aufgabe von Zeitschriften ist in ihren Begriff einbeschrieben: Sie unternehmen den fortgesetzten Versuch, unseren Ort in der Zeit zu bestimmen – eine Anstrengung, die ebenso unverzichtbar wie nahezu aussichtslos ist: »Wir möchten gern die Welle kennen, auf welcher wir im Ozean treiben, allein wir sind diese Welle selbst«, schrieb Jacob Burckhardt 1867 in seiner Geschichte des Revolutionszeitalters. Eines aber scheint klar: Es gibt etwas zu verlieren, und es lohnt sich, dafür zu kämpfen. »Vom Ergebnis dieses Kampfes wird es abhängen, welchen Namen unsere gegenwärtig noch namenlose Epoche künftig tragen wird.«¹⁶

Dieses fünfzigste Heft ist eine Hommage an Krzysztof Michalski, den 2013 verstorbenen ersten Herausgeber von *Transit* und Gründer des Instituts für die Wissenschaften vom Menschen. Wir möchten allen danken, die zum Erfolg der Zeitschrift beigetragen haben: den Autorinnen und Autoren für ihre luziden Beiträge; dem Redaktionskomitee und dem Beirat für ihren unschätzbaren Rat; Miriam Schmitthenner und Sindy Meyer für ihr unbestechliches Lektorat; den Kuratoren Chris Niedenthal, Josef Wais († 2017) und Walter Seidl für die Entdeckung kongenialer Photographen; den Übersetzern für ihre kompetente und unermüdliche Arbeit; den Kolleginnen, Kollegen und Fellows am IWM für ihre vielfachen Anregungen; der neuen Rektorin des IWM und Herausgeberin dieser

Zeitschrift, Shalini Randeria, für ihre großzügige Unterstützung; dem Zeitschriftennetzwerk *Eurozine*, insbesondere Carl Henrik Fredriksson, für die Verbreitung von *Transit*-Artikeln weit über die Stammleserschaft hinaus; und den Lesern für ihre Treue. Die Idee zu *Transit* wurde kurz vor der Wende geboren; wir danken Dorothea Rein vom Verlag Neue Kritik für ihren verlegerischen Mut, sich auf eine neue Zeitschrift einzulassen, und für fast drei Jahrzehnte wunderbarer Zusammenarbeit.

Klaus Nellen

Wien, im August 2017

Anmerkungen

- 1 *Transit. Europäische Revue*, Nr. 1 (Herbst 1990, www.iwm.at/transit/transit-01), Editorial. Das Heft enthält Auszüge aus Diskussionen, die auf der im Sommer 1990 vom IWM veranstalteten Konferenz *Central Europe on the Way to Democracy* geführt wurden. Timothy Garton Ash schrieb damals im *Independent*: »Glancing around the gorgeous late-Baroque dining-room of the Palais Schwarzenberg, with dinner served by white-gloved footmen and the Prince himself presiding, you could imagine for a moment that you were back in 1814, at the Congress of Vienna. But look again and you discover in place of Tsar Alexander the Russian historian Yuri Afanasiev, instead of Talleyrand, the historian of the French revolution, François Furet. The part of Prussia's Prince Hardenberg is taken by Joachim Fest, the biographer of Hitler, and then, of course, there is Lord Weidenfeld – now Metternich, now Castlereagh. Only Prince Schwarzenberg is indeed Prince Schwarzenberg. In 1814 his ancestor was commander-in-chief of the imperial Austrian armies. The present Prince is chief-of-staff to President Vaclav Havel in Prague Castle, but has taken time out to join this conference in Vienna. The Institute for Human Sciences, a remarkable institution started by a young Polish philosopher, Krzysztof Michalski, eight years ago, has brought together in the old Habsburg capital distinguished representatives of the intellectual and political élites of West Central Europe (Germany, Austria) and East Central Europe (Poland, Hungary, Czechoslovakia), as well as others from America, Britain, France, Italy, Russia, Lithuania, Estonia and Romania.«
- 2 Zum Beispiel Nr. 2 »Rückkehr der Geschichte«, Nr. 3 »Die Mühen der Ebene«, Nr. 9 »Ex occidente lux?« oder Nr. 18 »Was bleibt von 1989?«. Weitere Nummern waren Problemen gewidmet wie den sozialen Kosten des Übergangs (weiterverfolgt über viele Jahre im Rahmen eines Forschungsschwerpunkts über Solidarität), Europas geteilter Geschichte, der Zukunft der Demokratie oder, nach der EU-Erweiterung 2004, der Frage »Was hält Europa zusammen?«.
- 3 *Transit* 1, a.a.O., Editorial.
- 4 Ebd.
- 5 Tony Judt, »Europa am Ende des Jahrhunderts« in: *Transit* 10 (1995), S. 18 und 22. Siehe dazu auch die Bemerkungen in diesem Heft von Timothy Garton Ash zu

- Tony Judts und Mark Mazowers Europa-Skeptizismus (S. 30 f.) sowie die Ausführungen von Krastev über Ken Jowitts 1991 gestellte Prognose einer bevorstehenden »Weltunordnung« (S. 18).
- 6 Heinrich Mann, *Ein Zeitalter wird besichtigt*, Berlin 1947, S. 548.
 - 7 Vgl. Frank Kermode, *The Sense of an Ending: Studies in the Theory of Fiction*, Oxford 1967.
 - 8 Viktor Orbán in seiner Rede auf der 28. Freien Sommeruniversität in Bálványos am 22 Juli 2017, <https://visegradpost.com/en/2017/07/24/full-speech-of-v-orban-will-europe-belong-to-europeans/>.
 - 9 Vgl. das Interview mit Claus Leggewie »Wir Europäer sollten aufwachen« in der *taz* vom 4. Oktober 2016.
 - 10 *Wiener Zeitung* vom 7. September 2016, www.wienerzeitung.at/nachrichten/europa/europaeische_union/843272_Orbans-kulturelle-Konterrevolution.html.
 - 11 Darauf weist Claus Leggewie in seinem Beitrag hin. Siehe Richard Rorty, *Achieving Our Country: Leftist Thought in Twentieth-Century America*, Cambridge, MA 1998.
 - 12 Vgl. hierzu Jan-Werner Mueller, *Was ist Populismus?*, Berlin 2016, und »Illiberale Demokratie?«, in: *Transit* 48 (2016).
 - 13 Vgl. hierzu den Wiederabdruck von Taylors Essay *Wieviel Gemeinschaft braucht die Demokratie?* im Online-Supplement dieses Heftes, www.iwm.at/transit.
 - 14 Erscheint im Online-Supplement zu dieser Nummer.
 - 15 Vor 40 Jahren schrieb Czesław Miłosz: »Etwas ist geschehen in den letzten Jahrzehnten. Durch die politische Teilung Europas sind wir zu Außenstehenden geworden und haben begonnen, klarer als zuvor zu sehen, was die vom Alltagsbetrieb absorbierten Menschen im Westen sich nicht eingestehen wollen, und das Schauspiel, das sich unseren Augen bietet, ist nicht gerade vielversprechend.« Angesichts des »geistigen Niedergangs« des Westens müssten nun die entscheidenden Aufgaben von der Peripherie übernommen werden, von »weniger glanzvollen Nationen, einfach weil die anderen erschlaft sind.« (Czesław Miłosz, *Emperor of the Earth: Modes of Eccentric vision*, University of California Press, 1977, S. VII.) Die neueren Erscheinungsformen und politischen Instrumentalisierungen des Topos von der Rettung des Westens durch den Osten wären eine eigene Untersuchung wert. Hinweise finden sich hier in den Beiträgen von Portnov, Barsa, Trudolyubov und Snyder.
 - 16 Timothy Garton Ash in diesem Heft, S. 40.

Ivan Krastev

DIE AUFLÖSUNG DER LIBERALEN WELTORDNUNG

Die Zeit ist aus den Fugen. Vor unseren Augen löst sich die nach 1989 entstandene liberale Weltordnung auf. Dies geschieht auf drei verschiedene, aber miteinander zusammenhängende Weisen: 1) Der Westen verliert im internationalen System an Macht und Einfluss, wie am Aufstieg Chinas, dem Wiederaufstieg Russlands und der global zunehmenden Zahl bewaffneter Konflikte abzulesen ist. 2) Das westliche Modell der Marktdemokratie verliert seinen universalen Reiz, wie die weitverbreiteten Reaktionen gegen die Globalisierung – verstanden als freie Bewegung von Waren, Kapital, Ideen und Menschen rund um den Globus – vor Augen führen. 3) Die liberaldemokratischen Regime des Westens erleben eine innere Krise, die gewöhnlich als »Aufstieg des Populismus« zusammengefasst wird.

Am verheerendsten und folgenschwersten machen sich die Auswirkungen dieser Auflösung in Europa bemerkbar, wo die seit dem Ende des Kalten Kriegs herrschende Ordnung geboren und geprägt wurde. Nach dem Brexit ist ein vollständiger oder teilweiser Zerfall der Europäischen Union nicht mehr undenkbar. Eine zunehmend autoritäre Türkei könnte die NATO verlassen – von sich aus oder durch Ausschluss. Belgien, Spanien und das Vereinigte Königreich könnten auseinanderbrechen. Die Etablierung illiberaler Regime in Ungarn und Polen geht einher mit der Kontrolle der Medien, Feindseligkeit gegenüber nichtstaatlichen Organisationen, Missachtung der Unabhängigkeit der Gerichte und einer starken Polarisierung der Gesellschaft und weckt bei vielen die Furcht, dass Mittel- und Osteuropa sich schlafwandelnd in die 1930er Jahre zurückbewegen.

Ein besonders besorgniserregender Fall ist Polen. Das Land ist ein Paradebeispiel für den erfolgreichen nachkommunistischen Übergang und konnte sich mindestens ein Jahrzehnt lang der stärksten Wirtschaftsdynamik in Europa rühmen. Vor diesem Hintergrund war der Wahlsieg der nationalkonservativen Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) ein Schock. Im Lichte der Entwicklung in Polen fällt es schwer, den Niedergang liberaler

Regime in erster Linie durch den Verweis auf weltwirtschaftliche Nöte wegzuerklären.

Anders als viele der aufgehenden Sterne des europäischen Populismus ist der PiS-Führer Jarosław Kaczyński kein korrupter Opportunist, der schlicht versucht, die Stimmung der Massen einzufangen, während er die roten Linien der EU entlangtänzelt, sorgsam darauf bedacht, sie nicht zu überschreiten. Er ist vielmehr ein echter Ideologe, wie man sie aus dem 20. Jahrhundert kennt. Und nicht viel anders als der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan versteht er Politik im Sinne von Carl Schmitts Unterscheidung zwischen Freunden und Feinden.

Warum haben die polnischen Wähler ihre Stimme denselben Populisten gegeben, die sie erst vor weniger als einem Jahrzehnt aus dem Amt geworfen hatten? Warum haben die Polen, die laut Meinungsumfragen noch immer eines der am stärksten pro-europäischen Wahlvölker Europas sind, Euroskeptiker an die Macht gebracht? Warum wählen Mittel- und Osteuropäer zunehmend Parteien, die unabhängige Institutionen wie Gerichte, Notenbanken und freie Medien verabscheuen? Das sind die Fragen, die die neue Debatte in Ostmitteleuropa bestimmen. In ihr geht es nicht länger darum, was mit der postkommunistischen Demokratie schief läuft; vielmehr dreht sie sich um die Frage, was wir hinsichtlich des Wesens der nachkommunistischen Zeit falsch verstanden haben.

Zurück ins Jahr 1989

Vor etwas mehr als einem Vierteljahrhundert, in dem nun sehr entrückt erscheinenden Jahr 1989 – ein *annus mirabilis*, das jubelnde Deutsche auf der Berliner Mauer tanzen sah –, erfasste ein Intellektueller und Mitarbeiter des amerikanischen Außenministeriums namens Francis Fukuyama den Geist der Zeit. Mit dem Ende des Kalten Kriegs, so argumentierte er in einem berühmt gewordenen Essay, seien alle großen ideologischen Konflikte gelöst.¹ Der Wettstreit sei vorüber, und die Geschichte habe einen Sieger hervorgebracht: die Demokratie westlichen Stils. Im Rekurs auf Hegel präsentierte Fukuyama den Sieg des Westens im Kalten Krieg als ein Urteil der Geschichte selbst – das Höhere Gericht der Weltgerechtigkeit hatte gesprochen. Kurzfristig könnten einige Länder Schwierigkeiten haben, dieses exemplarische Modell nachzuahmen, doch würden sie es versuchen müssen, denn eine Alternative gab es nicht mehr.

Vor diesem Hintergrund lauteten die zentralen Fragen: Wie kann der Westen den Rest der Welt transformieren, und wie kann der Rest der Welt den Westen imitieren? Welche Institutionen und politischen Praktiken müssen dazu übertragen bzw. kopiert werden? Zufällig folgte dem »Ende der Geschichte« die Morgendämmerung des Internets als Massenphänomen mit tief greifenden Auswirkungen auf Wirtschaft, Gesellschaft und das Alltagsleben. Beides schien zusammenzugehen, so dass das Ende der Geschichte in der Sphäre der Politik und der Institutionen *Imitation* erforderte, während es auf dem Gebiet der Technologie und des gesellschaftlichen Lebens gleichzeitig nach *Innovation* verlangte. Der globale Wettbewerb würde sich verstärken, aber es würde ein Wettbewerb zwischen Firmen und Individuen statt zwischen Ideologien und Staaten sein. Als Resultat würden sich die Länder einander annähern.

Die Vision vom Ende der Geschichte hatte ihre Zweifler – Fukuyama selbst hatte hinter den Titel seines ursprünglichen Artikels ein Fragezeichen gesetzt –, aber viele fanden sie dank ihres Optimismus und der Art, wie sie den westlichen Liberalismus und nicht diese oder jene antiliberalen revolutionäre Bewegung ins Zentrum der Fortschrittsidee stellte, reizvoll. Was Fukuyama so wirkungsvoll artikulierte, war eine Vision postutopischer politischer Normalität. Die westliche Zivilisation war die moderne, die normale Zivilisation, die natürliche Ordnung der modernen Welt.

Es ist diese Vision der Welt nach dem Kalten Krieg, die gerade vor unseren Augen zerbricht. Nur indem wir ihre wesentlichen Vorannahmen sichtbar machen, können wir uns mit den Problemen auseinandersetzen, vor denen wir heute stehen. Die Frage, die sich durch die Auflösung der liberalen Ordnung stellt, ist nicht, was der Westen falsch gemacht hat in seinem Bestreben, die Welt zu transformieren. Die drängende Frage ist vielmehr, wie die letzten drei Jahrzehnte den Westen transformiert haben.

Nach dem Fall der Berliner Mauer, so besagt ein Gerücht, ließ der Diplomat Robert Cooper, damals Planungschef im britischen Außenministerium, Stempel mit dem Kürzel »OBE!« anfertigen, das für »Overtake By Events!« (von den Ereignissen eingeholt) stand. Cooper bat seine Kollegen dann, die vorhandenen Akten durchzusehen und nach Bedarf abzustempeln. Es ist Zeit, den OBE!-Stempel wieder hervorzuholen. Um die nun im Gange befindlichen Veränderungen zu verstehen, müssen wir einen radikalen Wechsel unseres Ausgangspunktes vornehmen und das Wesen der postkommunistischen Periode neu verstehen.

Zu der Zeit, als Fukuyama das Ende der Geschichte verkündete, beschrieb der Politologe Ken Jowitt im *Journal of Democracy* den Ausgang des Kalten Kriegs nicht als Stunde des Triumphs, sondern als den Anbruch einer Epoche der Krise und des Traumas, als Aussaat dessen, was er »die neue Weltunordnung« nannte.² Jowitt, ein respektierter Kalter Krieger, der sein Leben mit dem Studium des Kommunismus verbracht hatte, war anderer Meinung als Fukuyama und widersprach dessen Auffassung, es ereigne sich gerade »eine Art historischer chirurgischer Schlag«, der den Rest der Welt »weitgehend unberührt« lassen würde. Vielmehr sollte, schrieb Jowitt, das Ende des Kommunismus

(...) mit einem katastrophalen Vulkanausbruch verglichen werden, der anfänglich und unmittelbar nur die umliegenden politischen »Biota« (d.h. andere leninistische Regime) betrifft, dessen Effekte jedoch sehr wahrscheinlich *globale Auswirkungen* auf die Grenzen und Identitäten haben werden, die ein halbes Jahrhundert lang die Welt politisch, ökonomisch und militärisch definiert und geordnet haben.³

Für Fukuyama trat die Welt nach dem Kalten Krieg in eine Zeit, in der die zwischenstaatlichen Grenzen offiziell bestehen bleiben, dabei aber einen Großteil ihrer Relevanz verlieren würden. Jowitt hingegen sah voraus, dass Grenzen neu gezogen, Identitäten umgeformt und Konflikte um sich greifen würden, in einer von lähmender Unsicherheit gekennzeichneten Welt. Er sah die postkommunistische Phase nicht als undramatisches Zeitalter der Imitation, sondern als eine schmerzliche und gefährliche Zeit voller Regime, die sich am besten als politische Mutanten beschreiben ließen. Er stimmte Fukuyama darin zu, dass keine *neue* universelle Ideologie auftauchen würde, um die liberale Demokratie herauszufordern, prophezeite aber eine Rückkehr alter ethnischer, religiöser und tribalistischer Identitäten. Jowitt sagte ferner voraus, dass sich aus der Asche der geschwächten Nationalstaaten »Wutbewegungen« erheben würden. Kurz, Jowitt sagte in Umrissen al-Qaida und ISIS voraus.

Mehr als zwei Jahrzehnte lang sah es, zumindest was Europa anbelangte, so aus, als ob Fukuyama recht behielte, nicht Jowitt. Doch es ist Jowitts Analyse der Ära nach dem Kalten Krieg als Zeit einer globalen Identitätskrise und neugezogener Grenzen zwischen Staaten und Gemeinschaften, die uns helfen kann, die gegenwärtige politische Lage in Europa im Allgemeinen und in Mittel- und Osteuropa im Besonderen zu verstehen.

20 Jahre lang übernahmen Europas neue Demokratien skrupulös die demokratischen Institutionen des Westens und die von der Europäischen

Union verlangten Gesetze und Bestimmungen. Die Wahlen waren frei und fair, und die gewählten Regierungen blieben innerhalb des demokratischen Spektrums. Die Wähler konnten Regierungen abwählen, nicht aber die herrschende Politik. Die soziale Ungleichheit wuchs, manche Gruppen verloren ihren Status, und Bevölkerungsgruppen bewegten sich innerhalb ihres Landes und über nationale Grenzen hinweg. Aber nichts davon führte zu großen politischen Verwerfungen. In vieler Hinsicht waren die jungen Demokratien Europas wie fleißige Einwanderer der ersten Generation, die sich eifrig um Anpassung bemühten und nach der Arbeit still nach Hause gingen.

Es gab wohl etwas lauten Populismus, aber anscheinend eher im Stil als in der Substanz – Reformverlierer, die mit ihrer Proteststimme Dampf abließen. Der Populismus war jedoch immer mehr als das. Jan-Werner Müller argumentiert überzeugend, dass Populismus keine kodifizierte Doktrin sei, sondern ein Bündel distinkter Ansprüche, und dass er eine innere Logik besitze.⁴ Er ist mehr als das, was Cas Mudde als »eine illiberale demokratische Reaktion auf undemokratischen Liberalismus« bezeichnet.⁵

Das Kernmerkmal des Populismus ist Feindseligkeit nicht gegenüber dem Elitismus, sondern gegenüber dem Pluralismus. Wie Müller formuliert: »Populisten behaupten: ›Wir sind das Volk!‹ Sie meinen jedoch – und dies ist stets eine moralische, keine empirische Aussage (...): ›Wir – und nur wir – repräsentieren das Volk.«⁶ Kaczyński repräsentiert nicht alle Polen, sondern die »wahren Polen«. Beinahe die Hälfte der Türkei ist gegen die Politik von Erdoğan, aber ihn erfüllt die Gewissheit, der einzige Sprecher des Volkes zu sein, weil die »wahren Türken« für ihn stimmen. Es ist die ausgrenzende Identitätspolitik des Populismus, die Jowitts düstere Vision bestätigt.

Migration und der Aufstieg der Identitätspolitik

Von den vielen Krisen, vor denen Europa heute steht, ist es die Migrationskrise, die das sich verändernde Wesen der europäischen Politik am deutlichsten zeigt. Viele Europäer verbinden mit der Migration das wachsende Risiko von Terroranschlägen, die Islamisierung ihrer Gesellschaften und die Überlastung des Wohlfahrtsstaats. Ängste vor der Migration stehen hinter der Popularität des rechtsgerichteten Populismus, dem Sieg der

Brexit-Befürworter und der wachsenden Kluft zwischen Ost und West innerhalb der EU, die Zweifel an der Idee einer »unumkehrbaren« europäischen Integration aufkommen lässt.

Bei der Migration geht es um mehr als um hereinströmende Menschen; es geht um hereinströmende Bilder, Emotionen und Argumente. Eine bedeutende Kraft in der heutigen europäischen Politik besteht aus Mehrheiten, die sich bedroht fühlen. Sie haben das Gefühl, dass Ausländer ihr Land übernehmen und ihren Lebensstil bedrohen, und sind überzeugt, dass dies das Ergebnis einer Verschwörung zwischen kosmopolitisch eingestellten Eliten und tribalistisch gesinnten Migranten ist. Der Populismus dieser Mehrheiten ist kein Produkt eines romantischen Nationalismus, wie es vor einem Jahrhundert hätte der Fall sein können. Vielmehr wird er von demographischen Projektionen gespeist, die sowohl auf die schrumpfende Rolle Europas in der Welt als auch auf befürchtete Masseneinwanderungen von Menschen nach Europa vorausdeuten. Es ist eine Art von Populismus, auf die wir schlecht vorbereitet sind, weil wir in der Geschichte keine Vorläufer dafür finden.

Was immer EU-Politiker in Brüssel sagen mögen, bei der Migrationskrise geht es nicht um einen »Mangel an Solidarität«, vielmehr um ein Aufeinanderprallen von Solidaritäten – von nationalen, ethnischen und religiösen Solidaritäten, die sich mit unseren mitmenschlichen Verpflichtungen ins Gehege kommen. Die Migration sollte nicht nur als Bewegung von Nichteuropäern auf den alten Kontinent oder von den armen EU-Mitgliedsstaaten in die reicheren gesehen werden, sondern auch als Bewegung der Wähler weg von der Mitte und als Ersetzung der Grenze zwischen Links und Rechts durch die Grenze zwischen Internationalisten und Nativisten.

Der Skandal im Verhalten der Mittel- und Osteuropäer, zumindest aus Sicht des Westens, ist nicht so sehr ihre Bereitwilligkeit, neue Zäune an eben jenen Stellen zu errichten, an denen vor weniger als drei Jahrzehnten Mauern niedergedrückt wurden; es ist eher ihre Behauptung, dass wir »diesen Leuten nichts schuldig sind«. Die Öffentlichkeit im Osten scheint ungerührt von der Misere der Flüchtlinge und Migranten, und die dortigen Staatsführer haben die Entscheidung der EU, die Flüchtlinge unter den Mitgliedsstaaten zu verteilen, heftig gegeißelt. Der slowakische Premierminister Robert Fico erklärte, sein Land werde nur Christen akzeptieren, da es über zu wenige Moscheen verfüge. In Polen warnte Jarosław

Kaczyński, Neuankömmlinge könnten Krankheiten ins Land schleppen. Ungarns Premier Viktor Orbán argumentierte, die erste Pflicht der EU sei es, die Bürger ihrer Mitgliedsstaaten zu schützen, und ließ ein Referendum darüber abhalten, ob Ungarn der Forderung Brüssels nach Aufnahme von Ausländern nachkommen solle. Solche Abstimmungen sind nichts Außergewöhnliches mehr: In 18 der 27 Mitgliedsstaaten der EU werden derzeit 34 Referenden in Zusammenhang mit der EU erwogen.

Dieses regionale Ressentiment gegen Flüchtlinge mag seltsam anmuten. Während eines Großteils des 20. Jahrhunderts wanderten Mittel- und Osteuropäer häufig aus oder kümmerten sich um Immigranten, daher könnte man erwarten, dass sie sich heute leicht mit Menschen identifizieren würden, die vor Hunger oder Verfolgung fliehen. Zudem finden sich, zumindest was die syrischen Flüchtlinge betrifft, kaum welche in der Region: 2015 kamen nur 169 in die Slowakei, lediglich acht von ihnen baten darum, bleiben zu dürfen. Am auffälligsten aber ist, welche große Rolle ethnische und religiöse Identitäten nach nahezu drei Jahrzehnten europäischer Integration immer noch spielen.

Die Haltung Mittel- und Osteuropas zu den Flüchtlingen ist kein Zufall. Sie stellt zwar eine lokale Version der populären Revolte gegen die Globalisierung dar, hat jedoch auch Wurzeln in der Geschichte, der Demographie und in den Wendungen des postkommunistischen Übergangs. In dieser historisch gebeutelten Region, wo tragische Erfahrungen so oft den rosigen Versprechungen der Globalisierung widersprochen haben, fällt die Geschichte mehr ins Gewicht als anderswo. Die postkommunistischen Länder kennen nicht nur die Vorzüge, sondern auch die Schattenseiten des Multikulturalismus. Diese Staaten und Nationen entstanden Ende des 19., Anfang des 20. Jahrhunderts. Während die Einstellung Westeuropas gegenüber dem Rest der Welt durch den Kolonialismus und sein emotionales Erbe geformt wurde, verdankt sich die Geburt der mittel- und osteuropäischen Staaten dem Zerfall von Reichen und dem Ausbruch damit einhergehender ethnischer Säuberungen. Bevor Hitler und Stalin 1939 in das Land einfielen, war Polen eine multikulturelle Gesellschaft, in der über ein Drittel der Bevölkerung Deutsche, Ukrainer und Juden waren. Heute ist Polen eine der ethnisch homogensten Gesellschaften der Welt: 98 Prozent der Menschen sind ethnische Polen. Für viele von ihnen verbindet sich eine Rückkehr zu ethnischer Vielfalt mit der Furcht vor einer Wiederkehr der aufgewühlten Zwischenkriegszeit.

Es war die Vernichtung oder Vertreibung der Juden und Deutschen, die in Mittel- und Osteuropa zur Etablierung von nationalen Mittelschichten führte.

Merkwürdigerweise ist demographische Panik einer der am wenigsten diskutierten Faktoren, die das Verhalten der Mittel- und Osteuropäer gegenüber Migranten und Flüchtlingen formen. Aber sie ist ein entscheidender. Aus der jüngsten Geschichte weiß man, dass Nationen verkümmern können. Im letzten Vierteljahrhundert hat zum Beispiel einer von zehn Bulgaren das Land verlassen, um im Ausland zu arbeiten, wobei die Mehrzahl der jungen Generation angehörte. Laut UN-Prognosen wird die bulgarische Bevölkerung zwischen heute und 2050 um 27 Prozent schrumpfen. Kein Wunder, dass in diesen kleineren Ländern Furcht vor »ethnischem Verschwinden« zu spüren ist. Für sie signalisiert die Ankunft von Migranten das Herausfallen aus der Geschichte, und das populäre Argument, dass ein alterndes Europa Migranten brauche, verstärkt bei ihnen nur das wachsende Gefühl existenzieller Melancholie.

Doch was in Mittel- und Osteuropa am deutlichsten hervorsteicht, ist das tief verwurzelte Misstrauen gegen eine kosmopolitische Geisteshaltung. Vielen Menschen dort fehlt es an Vertrauen in jene Landsleute, deren Herz in Paris oder London schlägt, deren Geld in New York oder Zypern liegt und deren Loyalität Brüssel gehört. Kosmopolitisch zu sein und gleichzeitig ein »guter« Bulgare, Tscheche, Ungar, Pole oder Slowake, das passt für sie nicht zusammen. War nicht der Kommunismus im Grunde eine Form des Internationalismus? Für Deutsche mögen kosmopolitische Einstellungen einen Weg bieten, um der Nazi-Vergangenheit zu entfliehen; Mittel- und Osteuropäer erinnern sie an etwas ganz anderes. In Westeuropa ging es 1968 wesentlich um Solidarität mit der nicht-westlichen Welt; in Mittel- und Osteuropa um eine nationale Erweckung.

Die zwei Gesichter von 1989

Im Kern des populistischen Anspruchs auf Legitimität steht eine Revision des Erbes von 1989. Ihre Verfechter sehen '89 als »eine verratene Revolution«. In Wirklichkeit gibt es zwei 1989: Das eine war das der kosmopolitischen Intellektuellen wie Václav Havel und Adam Michnik, das andere das von Nationalisten wie Kaczyński. Eine Zeit lang koexistierten sie friedlich Seite an Seite, weil der Beitritt zum Westen und zur EU der beste

Weg war, der russischen Einflusszone dauerhaft zu entkommen. Doch die Spannung zwischen Kosmopolitismus (wie von der europäischen Integration repräsentiert) und Nationalismus verschwand nie. Die jugoslawischen Kriege der 1990er Jahre brachten die Nationalisten zeitweilig zum Verstummen, aber das Paradox der europäischen Integration ist, dass sie Klassenidentitäten schwächte (ebenjene Identitäten, auf denen das westeuropäische Demokratiemodell errichtet wurde), während sie die Kennzeichen ethnischer und religiöser Zugehörigkeit stärkte: Für die neuen Demokratien bedeuteten die Integration in Europa und die »strukturelle Anpassung«, dass zentrale wirtschaftliche Entscheidungen wie die Höhe des Haushaltsdefizits aus der Arena der nationalen Politik entfernt wurden; was blieb, war Identitätspolitik.

Die Länder Mittel- und Osteuropas konnten westliche politische Institutionen einführen, aber sie konnten nicht die sozialen Identitäten mitimportieren, die diese Institutionen stützen. Es gab Sozialdemokraten, aber keine starken Gewerkschaften, es gab klassische Liberale, aber keine ausgeprägte Unternehmerschaft. Der Kalte Krieg versiegelte die Grenzen zwischen Kapitalismus und Kommunismus, während die internen Klassenschranken innerhalb jeden Systems recht leicht zu überwinden waren, zumindest verglichen mit einer traditionellen Gesellschaft. Die Welt nach dem Kalten Krieg kehrte diese Situation um. Nach 1989 wurden zuvor undurchlässige territoriale Grenzen durchlässig, dafür wurde es schwerer, die Grenzen zwischen zunehmend ungleichen sozialen Schichten zu überwinden.

Bis in die 1970er Jahre sorgte die Demokratisierung dafür, dass die Ungleichheit der Gesellschaften abnahm. Das Versprechen der Demokratie war schließlich auch mit der Verheißung der Gleichheit verbunden. In Ländern, in denen Millionen von Menschen bei Wahlen, die vom Parteienwettbewerb getragen waren, ihre Stimme abgeben konnten, war davon auszugehen, dass die Leute an der Spitze die Stimmen der Habenichtse brauchten. Der sozialdemokratische Kompromiss in Westeuropa nach 1945 spiegelte eine kalkulierte Anstrengung der besitzenden Klasse, den Kapitalismus in den Augen der Massenwählerschaft zu legitimieren. Die Unfähigkeit Mittel- und Osteuropas, nach 1989 soziale Identitäten westlichen Stils zu importieren, erinnert uns auch daran, dass diese Identitäten in Westeuropa nach dem Ende des Kalten Kriegs bereits im Niedergang waren. Der Wohlfahrtsstaat und die liberale Demokratie in Westeuropa

waren nicht nur durch den Kalten Krieg geformt; in einem wichtigen Sinn war er ihre Vorbedingung.

Was wir heute in Europa sowohl im Osten wie im Westen sehen, ist eine Verschiebung weg von klassenbasierten politischen Identitäten und eine Erosion des Konsenses, der sich um diese Identitäten gebildet hat. Die österreichischen Präsidentschaftswahlen 2016 und das Brexit-Referendum haben alarmierende Klüfte zwischen den Städten und dem Land, zwischen den Gebildeten und den weniger Gebildeten, zwischen den Reichen und den Armen und zwischen Frauen und Männern (die Unterstützer des Populismus von Rechtsaußen rekrutieren sich vor allem aus Letzteren) offenbart. Die Abwanderung der Arbeiter von der moderaten Linken zur extremen Rechten ist einer der großen Trends der heutigen europäischen Politik. Wirtschafts- und Kulturprotektionismus haben sich die Hand gereicht. Die internationalistisch gesinnte Arbeiterklasse gibt es nicht mehr, sie ist zusammen mit dem Marxismus verblichen.

Es sind nicht Fakten oder rationale Argumente, die politische Identitäten formen. Die Demokratie sollte von Argumenten beherrscht werden. Doch in Polen hat die PiS an den Wahlurnen stark von Verschwörungstheorien über den Flugzeugabsturz in Smolensk im April 2010 profitiert. Nicht Alter, Einkommen oder Bildung, sondern ob jemand an solche Theorien glaubt, lässt am ehesten darauf schließen, ob sie oder er Kaczyńskis Partei unterstützt.

Die Überzeugung, dass Präsident Lech Kaczyński (Jaroslaws Zwilingsbruder) Opfer eines Attentats wurde, als sein Flugzeug über Russland abstürzte, hat dazu beigetragen, ein gewisses »Wir« zu festigen. Das ist das »Wir«, das sich weigert, offizielle Lügen zu akzeptieren, das weiß, wie die Welt in Wahrheit funktioniert, das bereit ist, für Polen einzustehen. Die Theorie der Smolensk-Verschwörung zapfte eine Vene des tiefen Argwohn an, den Polen gegenüber jeglicher offiziellen Version von Ereignissen hegen, und passte zu ihrem Selbstbild als Opfer der Geschichte. Die Unterstützer der PiS waren nicht bereit, Donald Tusks Aussage zu akzeptieren, Polen sei heute ein normales europäisches Land, beherrscht von Regeln statt von dubiosen Marionettenspielern. Es sollte nicht überraschen, dass die neue polnische Regierung nicht an Zufälle glaubt. Aus ihrer Sicht bilden all ihre Kritiker eine Seilschaft und arbeiten Hand in Hand, um Polens Souveränität zu untergraben. Eine solche Geisteshaltung gebietet, dass Vertrauen nicht über einen inneren Zirkel (sagen wir,

die herrschende Partei) hinausgeht. Unabhängigen Institutionen wie den Gerichten, den Medien oder der Notenbank kann man nicht trauen, weil ihre Unabhängigkeit eine Illusion ist: Entweder »wir« kontrollieren sie, oder unsere Feinde tun es.

Für Populisten ist die Gewaltenteilung eine Finte der Eliten, ein hinterhältiger Mechanismus zur Verwischung von Verantwortung. Menschen, die Vertrauen verweigern, wollen gleichwohl, dass Schuldigen auch Schuld zugewiesen wird. Das Paradox der gegenwärtigen populistischen Wende ist, dass sich zwar viele Wähler in dem Glauben wiegen, die Exekutive mit Allmacht auszustatten sei der einzige Weg, sie rechenschaftspflichtig zu machen, das wahrscheinlichere Ergebnis wird aber sein, dass die Untergrabung aller unabhängigen Institutionen den Weg zu noch weniger Rechenschaftspflicht bereitet.

Der Fall Polen wirft die Frage auf, warum wir von Menschen, die das Recht haben, ihre eigene Regierung zu wählen, erwarten sollten, dass sie für den Schutz von Minderheiten statt für die Ermächtigung der Mehrheit stimmen. Die ernüchternde Wahrheit ist, dass die liberale Demokratie eine unwahrscheinliche Veranstaltung ist: Bei den Eigentumsrechten gibt es die Reichen, die sich für sie stark machen, das Wahlrecht wird von den Vielen unterstützt, doch es ist die Achtung der Bürgerrechte und Freiheiten – einschließlich jener von Minderheiten, die unbeliebt sein mögen –, was *liberale* Demokratien wahrhaft liberal macht. Das indes ist weit mehr eine Sache der glücklichen Fügung, als wir vielleicht wahrhaben möchten. Nur in sehr seltenen Fällen verspüren die Mächtigen das Bedürfnis, die Rechte machtloser Minderheiten zu schützen. Ähnlich selten findet man eine Mehrheit, die sich selbst als künftige Minderheit vorstellen kann und daher bereit ist, für Verfassungsbestimmungen einzustehen, die der Machtkonzentration in den Händen der Mehrheit Schranken setzen.

Der wahre Reiz der liberalen Demokratie liegt darin, dass Verlierer nicht fürchten müssen, allzu viel zu verlieren: Eine Wahlniederlage bedeutet, sich neu aufstellen und für den nächsten Wahlkampf planen zu müssen, nicht aber, gezwungen zu sein, ins Exil oder in den Untergrund zu gehen, während sämtliches Hab und Gut beschlagnahmt wird. Der wenig beachtete Nachteil ist, dass die liberale Demokratie den Gewinnern den vollen und endgültigen Sieg versagt. In vordemokratischen Zeiten – das heißt im weit überwiegenden Teil der Menschheitsgeschichte – wurde

Streit nicht mit friedlichen Debatten und geordneter Machtübergabe beigelegt. Vielmehr regierte die Gewalt: Der siegreiche Eindringling oder die obsiegende Partei in einem Bürgerkrieg hatten den unterlegenen Feind in ihrer Gewalt und konnten mit ihm nach Belieben umspringen. Unter der liberalen Demokratie hat der »Eroberer« keine solche Befriedigung.

Daher sollten wir vielleicht nicht fragen, warum die liberale Demokratie heute in Mittel- und Osteuropa in Schwierigkeiten steckt, sondern vielmehr, warum ihr in den letzten beiden Jahrzehnten die Aufgabe der Konsolidierung so gut gelungen ist. Hier müssen wir anmerken, dass dieser Erfolg in einer bestimmten politischen Identität wurzelte, die zum Untergang verurteilt war. Dies war die Identität des postkommunistischen Wählers, den die Scham verfolgte, ein Teil (und sei es nur ein kleiner) des alten, unfreien Regimes gewesen zu sein, der aber auch beseelt war von dem Wunsch, einen Platz in der neuen Ordnung der Freiheit und Demokratie zu finden. Nachdem diese Wähler reale staatliche Repressionen erlebt hatten, waren sie bereit, selbst noch als Mehrheit wie eine Minderheit zu denken. Die Herausbildung der Selbstbeschränkung dieser Wähler verdankt sich dem unbeabsichtigten Geschenk des Kommunismus an die Sache der liberal-demokratischen Konsolidierung.

Das Definitionsmerkmal des populistischen Moments in Mittel- und Osteuropa ist das Verschwinden dieser ex-kommunistischen Identität und das Verblässen des Kommunismus als zentraler Bezugspunkt. Die Migrationskrise macht klar, dass andere Identitäten in den Vordergrund getreten sind.

Migration: die Revolution des 21. Jahrhunderts

Vor einem Jahrzehnt bemerkte der ungarische Philosoph und frühere Dissident Gáspár Miklós Tamás, dass die Aufklärung, in der die Idee der Europäischen Union geistig wurzelt, eine universale Bürgerschaft verlange.⁷ Damit jedoch eine sinnvolle Bürgerschaft für alle verfügbar wird, muss eines von zwei Dingen geschehen: Entweder müssen arme und dysfunktionale Länder zu Orten werden, in denen es sich lohnt, Bürger zu sein, oder Europa muss seine Grenzen für alle öffnen. Keines von beidem wird, wenn überhaupt jemals, in naher Zukunft geschehen. In einer Welt enormer Ungleichheit und offener Grenzen wird die Migration zur neuen Form der Revolution.

Die Menschen träumen nicht länger von der Zukunft. Stattdessen träumen sie von anderen Orten. In dieser vernetzten Welt bietet Migration – anders als die Utopien, die von den Demagogen des 20. Jahrhunderts verkauft wurden – echten und radikalen Wandel sofort. Migration erfordert keine Ideologie, keinen Führer und keine politische Bewegung. Sie erfordert keinen Regierungswechsel, nur eine geographische Veränderung. Die Abwesenheit kollektiver Träume macht Migration zur natürlichen Wahl der neuen Radikalen. Um dein Leben zu verändern, brauchst du keine politische Partei – du brauchst nur ein Boot. Angesichts zunehmender sozialer Ungleichheit und stagnierender sozialer Mobilität in vielen Ländern der Welt ist es leichter, nationale Grenzen zu überqueren als Klassenbarrieren.

In einer Welt, in der Migration nach Europa die neue Form der Revolution ist, wird die europäische Demokratie leicht konterrevolutionär. Das Scheitern oder die mangelnde Bereitschaft von Regierungen, die Migration zu kontrollieren, ist zum Symbol des Machtverlusts des gewöhnlichen Bürgers geworden.

Migration verändert auch dramatisch das Leben der Gemeinschaften, die die Fremden aufnehmen. Die Medien sind voller Geschichten über Leute, die sich in einer völlig fremden Welt wiederfanden, nicht, weil sie fortgegangen, sondern weil andere zugezogen sind. Linke Intellektuelle im Westen sprechen gern leidenschaftlich über das Recht auf Bewahrung des eigenen Lebensstils, wenn es um arme indigene Gemeinschaften in Indien oder Lateinamerika geht, aber was ist mit den Mittelschichtgemeinschaften bei ihnen zu Hause? Haben sie kein solches Recht? Wenn nicht, warum nicht? Kann Demokratie fortbestehen, wenn der Unterschied zwischen Bürgern und Nichtbürgern praktisch abgeschafft ist?

Die Geschichte lehrt uns, dass liberale Demokratien in Zeiten der Identitätsbildung und Neuziehung von Grenzen schlecht zurande kommen. Die Demokratie ist ein Mechanismus der Inklusion, aber auch der Exklusion, und eine konterrevolutionäre Demokratie ist kein Oxymoron.

Die Auflösung der liberalen Ordnung bringt das europäische Projekt der Ausdehnung der Demokratie über den Rahmen des Nationalstaats hinaus in Schwierigkeiten. Wahlen können helfen, die inneren Spannungen einer gegebenen politischen Gemeinschaft in den Griff zu bekommen, aber können sie eine neue schaffen? Traditionell sind Demokratien um eine selbstevidente politische Gemeinschaft herum organisiert, in der

Regel die Nation. Bis heute bildet die EU keine solche Gemeinschaft. In Ermangelung einer übergreifenden Sprache und Kultur hat es der Prozess der europäischen Integration bisher nicht vermocht, einen europäischen *demos* ins Leben zu rufen.

Politische Führer wie Orbán und Kaczyński offerieren die illiberale Demokratie – Mehrheitsregime, in denen die Mehrheit den Staat in ihr Privateigentum verwandelt hat – als Antwort auf den Wettbewerbsdruck in einer Welt, in der der Volkswille die einzige politische Legitimität ist und die globalen Märkte die einzige Quelle des Wirtschaftswachstums sind. Man könnte argumentieren, dass der Aufstieg solcher majoritären (und folglich illiberalen) Regime eine unvermeidliche Folge der Gegenreaktion auf die Globalisierung ist. Und man kann sich fragen, als wie stabil sich diese Regime erweisen werden. Aber eines ist sicher: Das europäische Projekt, wie wir es kennen, kann nicht lange in einer Atmosphäre überleben, die von populistischen Regierungen beherrscht wird. Die entscheidende Frage ist daher: Was besitzt größere Beharrungsmacht, die EU oder diese Regime?

Aus dem Englischen von Andreas Simon dos Santos

Anmerkungen

- 1 Vgl. Francis Fukuyama, »The End of History?«, in: *National Interest*, Sommer 1989, S. 3-18.
- 2 Ken Jowitt, »After Leninism. The New World Disorder«, in: *Journal of Democracy*, Nr. 2 (Winter 1991), S. 11-20. Jowitt vertiefte seine Ideen später in einem Buch mit dem Titel *The New World Disorder. The Leninist Extinction*, Berkeley 1992, vgl. dort besonders Kap. 7-9.
- 3 Jowitt, *The New World Disorder*, S. 310.
- 4 Vgl. Jan-Werner Müller, *What Is Populism?*, University of Pennsylvania Press 2016, S. 10 (nicht in der unten zitierten deutschen Ausgabe, A.d.Ü.).
- 5 Cas Mudde, »The Problem with Populism«, in: *The Guardian*, 17. Februar 2015, www.theguardian.com/commentisfree/2015/feb/17/problem-populism-syriza-podemos-dark-side-europe.
- 6 Jan-Werner Müller, *Was ist Populismus?* Ein Essay, Berlin 2016, S. 18f. (Hervorhebung nicht im Original, A.d.Ü.).
- 7 Vgl. Gáspár Miklós Tamás, »What Is Post-Fascism?«, in: *openDemocracy*, 14. September 2001, www.opendemocracy.net/people-newright/article_306.jsp.



Die *IWMpost* ist das Magazin des Instituts für die Wissenschaften vom Menschen. Es berichtet über die Aktivitäten des Instituts und bringt Originalbeiträge seiner Fellows und Gäste in englischer und deutscher Sprache.

Zu den AutorInnen der letzten Zeit zählen Ilija Trojanow, Olivier Roy, Shalini Randeria, Maria Lipman, Peter Demetz, Ivan Krastev, Jan Werner Müller, Mykola Riabchuk, Claus Offe, Alexander Etkind, Timothy Snyder, Mark Lilla und Evgeny Morozov.

Die *IWMpost* erscheint dreimal im Jahr und kann kostenlos abonniert werden.

Mehr Information hier:

www.iwm.at/iwmpost

Timothy Garton Ash
 NACHKRIEGSEUROPA. NACHMAUEREUROPA.
 UND WAS NUN?

Hätte man mich im Januar 2005 künstlich eingefroren, hätte ich meine vorläufige Auszeit vom Leben als glücklicher Europäer angetreten. Mit der Erweiterung der Europäischen Union, die nun auch zahlreiche post-kommunistische Demokratien umfasste, war der Traum meiner mitteleuropäischen Freunde aus dem Jahr 1989 von einer »Rückkehr nach Europa« wahrgeworden. Die EU-Mitgliedsstaaten hatten sich auf einen Verfassungsvertrag verständigt, der in den Augen vieler einer europäischen Verfassung gleichkam. Das beispiellose Projekt der europäischen Währungsunion schien die tiefstzitzende Skepsis zu widerlegen, die ich und viele andere im Vorfeld geäußert hatten.¹ Es war ein erstaunliches Gefühl, ungehindert von einem Ende des Kontinents zum anderen zu reisen, ohne Grenzkontrollen innerhalb des größer werdenden Schengen-Raums und mit einer einzigen Währung in der Tasche, mit der man überall in der Eurozone bezahlen konnte.

In Madrid, Warschau, Athen, Lissabon und Dublin hatte man den Eindruck, als seien in alten, finsternen Palästen die Fenster aufgerissen worden und das Sonnenlicht flute herein. Die Peripherie Europas näherte sich ganz offensichtlich dem historischen Kern des Kontinents um Deutschland, die Beneluxstaaten, Frankreich und Norditalien an. Junge Spanier, Griechen, Polen und Portugiesen sprachen optimistisch über die neuen Lebenschancen, die ihnen »Europa« eröffnete. Selbst das notorisch euroskeptische Großbritannien sah unter Premierminister Tony Blair seine Zukunft in Europa. Zu alledem kam noch die erklärtermaßen proeuropäische Orange Revolution in der Ukraine. Als ich sah, wie die friedlichen Demonstranten in Kiew die Europafahne mit den gelben Sternen auf blauem Grund schwenkten, konnte ich innerlich die europäische Hymne anstimmen – Beethovens Musik zur »Ode an die Freude«.²

Hätte man mich im Januar 2017 wieder aufgetaut, wäre ich auf der Stelle an einem Schock gestorben. Denn nun sehe ich allerorten nichts als Krise und Auflösung: Die Eurozone ist chronisch dysfunktional, das

sonnige Athen versinkt im Elend, junge Spanier mit Dokortitel müssen sich als Kellner in London oder Berlin durchschlagen, die Kinder portugiesischer Freunde suchen in Brasilien und Angola nach Arbeit, die Peripherie Europas entfernt sich von seinem Kern. Es gibt keine europäische Verfassung, denn sie wurde später im Jahr 2005 bei Referenden in Frankreich und den Niederlanden abgelehnt. Die glorreiche Bewegungsfreiheit für junge Polen und andere Menschen aus Mittel- und Osteuropa hat nun einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet, dass mein eigenes Land, Großbritannien, in einem Referendum schockierenderweise beschlossen hat, die EU zu verlassen. Und im Gefolge des Brexit besteht die Aussicht, dass ich pünktlich zum 30-jährigen Jubiläum von 1989 meine europäische Staatsbürgerschaft verliere.

Viktor Orbán, der junge Held von 1989, ist heute ein nationalistischer Populist, der nach seinen eigenen Worten für Ungarn einen neuen, »illiberalen Staat« schaffen will und ausdrücklich das Vorbild von Xi Jinpings China und Wladimir Putins Russland preist. Zwischen den Schengen-Staaten gibt es wieder Grenzkontrollen (natürlich nur »temporär«), und zwar als Reaktion auf die Flüchtlingsströme aus Syrien, dem Irak und Afghanistan – Regionen, in denen sich unsere sogenannte europäische Außenpolitik überwiegend als inhaltsleeres Geschwätz erwiesen hat. Zu allem Überfluss wurde der tapfere Versuch, die unvollendet gebliebene Orange Revolution in der Ukraine zu vollenden, mit der einseitigen bewaffneten Besetzung der Krim und mit anhaltender gewaltsamer Einmischung in der Ostukraine durch Russland beantwortet – Vorgänge, die eher an das Europa des Jahres 1939 als an das von 1989 erinnern.

Wehe, die Herrlichkeit unseres gemeinsamen europäischen Hauses ist dahin.

I

Dieser atemberaubende Wechsel vom Licht zur Finsternis wirft interessante Fragen der historischen Periodisierung auf und darüber, wie Historiker von der Zeit, in der sie schreiben, beeinflusst werden. Eine der besten Geschichten Europas im 20. Jahrhundert, Mark Mazowers *Der dunkle Kontinent* (1998), bildet hier eine Ausnahme, denn dieses Buch ist bewusst gegen den liberalen Triumphalismus der 1990er Jahre verfasst. Doch selbst Mazower kam zu dem Schluss, dass sich die Bewohner des

Kontinents heute, verglichen mit anderen geschichtlichen Epochen und anderen Teilen der Welt, »einer bemerkenswerten Kombination von individueller Freiheit, gesellschaftlicher Solidarität und Frieden« erfreuten.³

Kaum ein Historiker dürfte den selbstgefälligen Plattitüden des liberalen Europäertums gegenüber misstrauischer gewesen sein als Tony Judt. In einer Reihe von Vorträgen, die 1996 veröffentlicht wurden, sezierte und entlarvte er sie als »große Illusion«. Doch auch er schloss seine meisterhafte Geschichte Europas seit 1945, die im englischen Original den prägnanten Titel *Postwar* trägt und genau 2005, im Moment des offenkundigen Triumphs, erschien, mit den betont optimistischen Worten: »Was vor sechzig Jahren kaum jemand vorhergesagt hätte – das 21. Jahrhundert könnte das Jahrhundert Europas werden.«⁴

Ich hatte stets meine Zweifel an der Periodisierung, wie sie in Judts Buch vorgeschlagen wird, wonach die »Nachkriegszeit« von 1945 bis 2005 dauerte. In jeder Epoche haben die Entwicklungen längerfristige Ursachen und Folgen, die nicht mit exakten Daten zu erfassen sind, doch mir scheint es überzeugender, die Nachkriegszeit auf die Jahre zwischen 1945 und 1989 oder spätestens 1991, den Zusammenbruch der Sowjetunion, zu datieren.

Den Zeitraum der europäischen Geschichte nach dem Fall der Berliner Mauer 1989 könnte man als »Post-Wall« bezeichnen, als Nachmauerzeit. Damit aber stehen wir vor einer weiteren Frage: Befinden wir uns noch in dieser Phase? Oder endete die Nachmauerzeit während meines imaginären Tiefkühlschlafs irgendwann zwischen dem Höhepunkt Anfang 2005 und dem Tiefstand von heute? Über solche Periodisierungen lässt sich immer streiten, aber man darf mit einigem Grund davon ausgehen, dass die Finanzkrise von 2008/09 eine neue Phase einläutete, die durch eine dreifache Krise gekennzeichnet ist: die Krise des Kapitalismus, die Krise der Demokratie und die Krise des europäischen Integrationsprojekts.

Über solche Zäsuren hinweg gibt es stets auch Kontinuitäten, und eine Kontinuität ist der friedliche Aufstieg Deutschlands. Nachdem das geeinte Deutschland 1989/90 unerwartet seine »zweite Chance« (Fritz Stern) bekommen hatte, hat es diese Chance bislang gut genutzt. Stern, der einzigartige Chronist der intellektuellen Blüte im modernen Deutschland zu Beginn des 20. Jahrhunderts, hätte ohne Zweifel mit Freude gesehen, dass die wirtschaftliche und politische Stärke Deutschlands zu Beginn des 21. Jahrhunderts von einem gewissen Wiedererwachen seiner geistigen

Kraft begleitet wird. Einige der trefflichsten Analysen Europas und seiner Malaise stammen jedenfalls von deutschsprachigen Wissenschaftlern.

II

Der Historiker Philipp Ther lehrt an der Universität Wien. Zwar verspricht die englische Übersetzung seines 2014 zuerst auf Deutsch erschienenen Buches im Titel eine »Geschichte Europas seit 1989« und er selbst bekundet im Vorwort, er wolle Tony Judts *Postwar* »zeitlich und mit stärkerer Konzentration auf Sozial- und Wirtschaftsgeschichte« fortführen, doch haben wir es nicht mit einer Geschichte ganz Europas nach 1989 zu tun. Im Register findet sich nur ein einziger Eintrag zu François Mitterrand und Giulio Andreotti kommt überhaupt nicht vor. Es handelt sich hier vielmehr um eine Geschichte des postkommunistischen Mittel- und Osteuropas, wobei Deutschland eine zentrale Rolle spielt und ein langes, vergleichendes Kapitel Südeuropa gewidmet ist. Anders als Judt vertritt Ther eine revisionistische Leitthese, die aus dem Titel der deutschen Originalausgabe besser ersichtlich wird: *Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa*.⁵ Im Kern geht es in diesem Buch darum, was »neoliberale« Wirtschaftspolitik mit den Gesellschaften des postkommunistischen Europas anstellte.

Ther behauptet, ein »neoliberaler Zug«, der im Großbritannien Margaret Thatchers und in den USA unter Ronald Reagan aufs Gleis gesetzt worden sei, sei seit 1989 unterwegs durch Europa. Den Begriff »Neoliberalismus«, so Ther, verwende er dabei in neutralem, analytischem Sinne, und er unterscheidet zu Recht zwischen der Ideengeschichte dieses Terminus und den spezifischen gesellschaftlichen und politischen Umständen seiner Implementierung. Wenn er die Grundpfeiler dieser Ideologie zusammenfassend benennt, so klingt das allerdings nicht völlig neutral: »blinder Glaube an den Markt als Schiedsrichter in so gut wie allen menschlichen Angelegenheiten, *irrationales* Vertrauen auf die Rationalität der Marktteilnehmer, *Verachtung* für den Staat, der im Mythos vom ›big government‹ zum Ausdruck kommt, und die stereotype Anwendung der ökonomischen Rezepte des Washington Consensus« (die Hervorhebungen stammen von mir).⁶ Als neoliberale Kernmerkmale, wie sie in Osteuropa zur Anwendung gekommen seien, betrachtet er Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung und vertritt die These, die Folgen

im Hinblick auf soziale Verwerfungen und wachsende Ungleichheit seien ausgesprochen schädlich gewesen.

Gegen diese Kritik an den Auswirkungen des Neoliberalismus auf das postkommunistische Europa lassen sich einige Einwände vorbringen. Erstens – darauf weist Ther selbst hin – wäre eines auf alle Fälle schlimmer gewesen als eine neoliberale Transformation der Wirtschaft, nämlich *keine* neoliberale Transformation. Man schaue sich die klägliche Bilanz der Ukraine, Russlands und Rumäniens an. 1989 verfügte Polen in etwa über das gleiche Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf wie die Ukraine; ein Vierteljahrhundert später betrug das polnische BIP pro Kopf das Dreifache des ukrainischen. Noch bezeichnender ist, wenn Ther schreibt, das polnische BIP pro Kopf habe 1991 rund ein Zehntel des BIP im soeben wiedervereinigten Deutschland betragen, sei 20 Jahre später jedoch auf 53 Prozent des deutschen BIP gestiegen.⁷ Eine Prognose der *Financial Times* kam jüngst zu dem Ergebnis, dass Polen, die Slowakei, Ungarn und die Tschechische Republik beim BIP bis 2020 zwischen 70 Prozent (Ungarn) und 85 Prozent (Slowakei) des EU-Durchschnitts erreichen werden. Das ist eine außerordentliche Leistung. Wenn 1989 eine, wie Jürgen Habermas es nannte, »nachholende Revolution« stattfand, dann hat Ostmitteleuropa in der Tat einiges nachgeholt.

Thers Verwendung des Begriffs »Neoliberalismus« misst überdies der ideologischen Dimension zu viel Gewicht bei. Selbstverständlich gab es »östliche Thatcheristen« wie Václav Klaus, und Klaus war sogar thatcheristischer als Margaret Thatcher selbst. Aber es handelte sich nicht um eine ideologische Massenbewegung wie beim Kommunismus oder Faschismus in den 1920er oder 1930er Jahren, die von Politikern propagiert wurden, die leidenschaftlich und dogmatisch an ihren Ismus glaubten. Die meisten derjenigen, die nach 1989 eine neoliberale Politik betrieben, taten das aus pragmatischen Gründen, denn es fehlte an einer glaubwürdigen Alternative. Das galt etwa für Polens ersten postkommunistischen Ministerpräsidenten Tadeusz Mazowiecki, der in früheren Jahren so etwas wie ein christlicher Sozialist gewesen war. Ich erinnere mich an Bronisław Gerecht, ein führender Berater der Gewerkschaft Solidarność und späterer polnischer Außenminister, der seine Unterstützung für die neoliberale »Schocktherapie« mithilfe einer Metapher erläuterte. Schau, erklärte er mir, die staatliche Planwirtschaft ist wie ein riesiger Betonbunker und deshalb braucht man einen riesigen Bulldozer, um sie zu beseitigen.

Ther mag sich mit einiger Berechtigung über Margaret Thatchers TINA-Prinzip (*there is no alternative*) lustig machen und darauf verweisen, dass »alternativlos« 2010 zum deutschen Unwort des Jahres gekürt wurde. Aber was genau *war* die Alternative? Historiker sind nicht grundsätzlich verpflichtet, den Bereich des Kontrafaktischen zu erkunden, aber es bereichert ihre Arbeit nicht selten, wenn sie es tun.

Für die Leser der vorliegenden 50. Ausgabe der Zeitschrift *Transit* dürfte ein Punkt besonders interessant sein: Ther kritisiert in seinem Buch auch die drei einführenden Beiträge der ersten, 1990 erschienenen Nummer von *Transit*, die von Ralf Dahrendorf, von François Furet und von mir stammen, weil darin eine »paternalistische« Haltung gegenüber Osteuropa zum Ausdruck komme.⁸ So wirft Ther mir auf der Grundlage dieser einen Reportage im ersten *Transit*-Heft⁹ vor, ich hätte die basisdemokratische Vorarbeit, wie sie von der Gewerkschaftsbewegung *Solidarność* in Polen geleistet worden war, und die lange Tradition demokratischen Denkens in der Tschechoslowakei ignoriert, ich hätte die Frage nicht gestellt, »ob und was der Westen [von ihnen] lernen oder übernehmen könne«, folglich die Osteuropäer in einer Tradition, die (wie Larry Wolf gezeigt hat) bis zur Aufklärung zurückreicht, herablassend behandelt und sogar »implizit aus der Position der westlichen Postmoderne« argumentiert!¹⁰ Jeder, der meine Arbeiten der 1980er Jahre kennt, darunter meine Bücher *The Polish Revolution: Solidarity, 1980-82* (1984) und *Ein Jahrhundert wird abgewählt* (1990), in denen ich detailliert und mit großer Sympathie Denken, Bestrebungen und Ideale in Ostmitteleuropa schildere, wird wissen, dass ich so ziemlich der Letzte bin, dem man füglich einen solchen Vorwurf machen kann.

Doch Thers revisionistischer Seitenhieb hat immerhin den Vorzug, uns zur ersten Ausgabe dieser Zeitschrift zurückzuführen. Sie heute wieder zu lesen, erinnert uns daran, wie neu, offen und ungewiss der historische Moment des Jahres 1989 war. Für Historiker ist es mit am schwierigsten, ein Gefühl dafür zu entwickeln, was Menschen zu einer bestimmten Zeit *nicht* wussten. Wir wussten, wie sich auf den Fundamenten einer Marktwirtschaft und einer bestehenden Mittelschicht wie etwa in Francos Spanien eine liberale Demokratie errichten lässt. Aber konnte das auch gelingen, wenn Barrington Moores (und Karl Marx') gesellschaftliche Voraussetzungen für eine (bürgerliche) Demokratie nicht gegeben waren? Damals kursierte folgender Witz: Wir wissen, wie man aus

einem Aquarium eine Fischsuppe machen kann, aber kann man aus einer Fischsuppe auch wieder ein Aquarium machen? In Wahrheit besteht das Wunder nicht darin, dass die Transformation in den letzten 25 Jahren auf sehr unvollkommene Weise vollzogen wurde, sondern dass sie überhaupt stattgefunden hat.

Die Probleme eines solchen Übergangs wurden auch im ersten *Transit*-Heft an verschiedenen Stellen vorweggenommen. So schreibt beispielsweise Aleksander Smolar: »Ein weiteres Problem ist die Verteilung der Chancen und Lasten, die der Übergang mit sich bringt. Ohne Übertreibung kann man sagen, dass es die mittleren und höheren Schichten sein werden, die am meisten von den neuen Freiheiten und Rechten profitieren.« Und er fügt hinzu: »Alles dies spricht für einen starken Sozialstaat.«¹¹ Lane Kirkland, der Veteran der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung, meint: »Ich habe meine Zweifel, was makroökonomische Formeln betrifft, wie sie von den Experten des *Internationalen Währungs-Fonds* oder hochrangigen Beratern beschworen werden, offensichtlich in der Annahme, dass irgendein Zauber diese Formeln ins Werk setzen und alle Probleme lösen wird. Ich glaube, dass beide, Gott und der Teufel, in der Mikroökonomie wohnen.«¹² Auch er nimmt das Problem der Ungleichheit vorweg.

Ungeachtet aller Vorbehalte verweist Ther jedoch auf einen wichtigen Punkt. Die post-dissidentischen und reformorientierten Eliten, darunter auch diejenigen, die von der demokratischen Linken kamen, gingen in ihrer Begeisterung für eine radikale (neo-)liberale Wirtschaftstransformation sehr weit. Als Beispiel nennt Ther Jacek Kuroń, einen Dissidenten der ersten Stunde. Er hätte hinzufügen können, dass Kuroń, der in der Regierung Mazowiecki als Minister fungierte, sein Eintreten für einen Wirtschaftsliberalismus, der so schmerzhaft soziale Folgen haben sollte – nicht zuletzt für viele der Arbeiter, die das Rückgrat von *Solidarność* bildeten –, in seinen letzten Jahren bitter bereute. Von Adam Michnik, seit mehr als einem Vierteljahrhundert Chefredakteur der einflussreichen Tageszeitung *Gazeta Wyborcza*, stammt der berühmte Satz: »Mein Herz schlägt links, aber meine Briefftasche steckt rechts.«

Polens großstädtische, liberale Intelligenz hätte sich zumindest ein Beispiel an Kuroń nehmen und sich öffentlich einer anderen Sprache bedienen können, um zu signalisieren, dass ihnen auch »Polska B« am Herzen lag, also diejenigen, die den menschlichen Preis des Übergangs zu zah-

len hatten. Sie hätten mehr tun können, um Arbeiter umzuschulen, die ihren Job in den großen Staatsbetrieben verloren hatten, und sie hätten, als das Budget es erlaubte, eine aktivere Sozialpolitik betreiben müssen (wie Smolar sie in Heft 1 von *Transit* empfohlen hat). Denn dieses links schlagende Herz war kaum sichtbar für die Millionen von Polen in den Kleinstädten und ärmeren Regionen von »Polska B«, die sich vom Bulldozer des Wirtschaftsliberalismus an den Rand gedrängt und abgehängt fühlten. Sie waren zudem – und das hinzuzufügen ist wichtig – abgestoßen vom gesellschaftlichen Liberalismus in Fragen wie Abtreibung, Gender und sexueller Orientierung, der mit der Öffnung nach Westeuropa Einzug hielt. Diese Polen bildeten die Kernwählerschaft, mit deren Unterstützung die Populisten der Partei *Recht und Gerechtigkeit* (PiS) an die Macht kamen, indem sie eine Mischung aus nationalistischer, katholischer Ideologie, wie sie für die Rechte typisch ist, und großzügigen Versprechungen von Sozialleistungen und staatlichen Eingriffen in die Wirtschaft, wie sie historisch eher auf der Linken zu finden sind, propagierten. Kurz: Eine Reaktion gegen die Folgen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Liberalismus bedroht heute die Errungenschaften des politischen Liberalismus.

III

Ther befürchtet, dass auf der geistigen Landkarte einiger Westeuropäer Südeuropa Osteuropa ersetzen und dessen Stellung als imaginärer, rückständiger Anderer einnehmen könnte. Er verweist in diesem Zusammenhang auf das Kürzel PIGS, das für vier krisengeplagte südeuropäische Schuldnerländer der Eurozone geprägt wurde: Portugal, Italien, Griechenland, Spanien. (Die despektierliche Bezeichnung lautete ursprünglich PIIGS, bevor sich Irland, das zweite I, am eigenen Schopf aus dem Sumpf zog.) Doch Thers eigenes Kapitel über Südeuropa wirkt wie *König Lear* ohne den König, denn er erörtert lediglich en passant das, was den Kern der südeuropäischen Tragödie ausmacht: die grundlegenden Konstruktionsfehler der Eurozone und die unzulänglichen Lösungsvorschläge, die von den Gläubigerländern Nordeuropas, insbesondere von Deutschland, angeboten werden.

Diesem Thema widmen sich Claus Offe, Hans-Werner Sinn, Joseph Stiglitz und François Heisbourg, um nur diese vier Namen zu nennen.¹³

Trotz ganz unterschiedlicher ideologischer und nationaler Perspektiven stimmen sie alle darin überein, dass es ein großer Fehler war, die Eurozone in ihrer gegenwärtigen Architektur und Größe zu schaffen – eine gemeinsame Währung ohne gemeinsames Finanzministerium, die überdies 19 recht unterschiedliche Volkswirtschaften zusammenspannt. Wie die diplomatischen Aufzeichnungen der Jahre 1989/90 zeigen, gab es das Projekt einer europäischen Währungsunion zwar schon lange, doch in den Wochen nach dem Fall der Berliner Mauer verpflichteten der französische Staatspräsident und der italienische Premierminister den deutschen Bundeskanzler Helmut Kohl auf einen konkreten Zeitplan. Grob gesprochen war die Währungsunion der Preis, den François Mitterrand und Giulio Andreotti als Gegenleistung für ihre Zustimmung zur deutschen Einheit forderten. Doch während sie auf eine Währungsunion drängten, lehnten sie die Idee einer Fiskalunion ab. Insofern ist der Euro, wie wir ihn heute haben, ebenfalls ein Resultat des Jahres 1989.

Statt wie geplant die europäische Einheit zu stärken, hat der »one size fits none«-Euro (Claus Offe) Europa in Wirklichkeit gespalten. Er hat die schreckliche Verbitterung zwischen Griechenland und Deutschland wieder aufleben lassen und im Süden wie im Norden weit verbreitete Resentiments befeuert. Eine Fortführung der gegenwärtigen Politik wird bestenfalls dazu führen, dass Südeuropa innerhalb der Eurozone jahrelang dahinsieht – mit niedrigen Wachstumsraten, hoher Arbeitslosigkeit und einer Kultur erlernter Hoffnungslosigkeit.

Die genannten Autoren schlagen unterschiedliche Lösungen vor. In großartiger cartesianischer Klarheit schreibt Heisbourg: »Da der heute existierende Euro die Ursache des Problems ist, muss die Lösung darin bestehen, ihn kühl und einvernehmlich abzuschaffen.«¹⁴ Das ist vernünftig, aber ist es auch wirklichkeitsnah? Offe ist in dieser Hinsicht anderer Meinung. Zwar sei der Euro ein Fehler, aber es wäre »ein noch größerer Fehler, diesen Fehler einfach rückgängig zu machen«.¹⁵ Stiglitz und Sinn haben eine ganze Palette mehr oder weniger radikaler Reformen im Angebot, die zu bewerten ich hier weder über den nötigen Platz noch die technische Kompetenz verfüge. Ein Schlüssel liegt jedoch eindeutig darin, dass man im Deutschland Angela Merkels und Wolfgang Schäubles endlich damit aufhört, die Ökonomie als Zweig der Theologie zu betrachten. Offe verweist scharfsichtig darauf, dass das deutsche Wort »Haushalt« für das staatliche Budget an das sprichwörtliche gute Haushalten der schwä-

bischen Hausfrau denken lässt, während das deutsche Wort »Schuld« monetär wie moralisch gemeint sein kann. Die deutsche Presse hat die PI(I)GS jedenfalls wiederholt als »Haushaltssünder« bezeichnet. Biblisch gesprochen: Der Lohn der Sünde sind Schulden.

Diese chronische Krankheit der Eurozone hat den Populisten links wie rechts, im Süden wie im Norden Auftrieb verschafft. So etablierte sich die *Alternative für Deutschland* ursprünglich als Anti-Euro-Partei, ehe sie nach dem massenhaften Zustrom von Flüchtlingen 2015/16 als Anti-Zuwanderungspartei eine deutlich größere Anhängerschaft fand. Und von der Flüchtlingskrise, die die deutsche Gesellschaft nach wie vor schüttelt, war hier noch gar nicht wirklich die Rede, ebenso wenig wie von der Brexit-Krise, der Ukraine-Krise, der frontalen Herausforderung, die Wladimir Putins Russland für die europäische Sicherheit und für die europäischen Demokratien darstellt, der Terrorkrise, der demographischen Krise und den Nöten des jugendlichen Prekariats in Europa. All dies sind spezifische, aber sich wechselseitig verstärkende Momente einer umfassenden, existenziellen Krise, die das gesamte Nachkriegsprojekt der europäischen Einigung bedroht. Sie alle nähren die krebstartigen Wucherungen populistischer Politik und das, was italienische Beobachter als *Trumpismo* bezeichnet haben.

IV

Ich habe mehrmals von Populismus gesprochen, ohne ihn näher zu definieren. Aber ist das nicht einfach ein schwammiger, vage bleibender Sammelbegriff für Parteien, Bewegungen und Präsidentschaftskandidaten, die wir nicht mögen? Was ist Populismus? Mit dieser Frage hat sich Jan-Werner Müller beschäftigt, der heute in Princeton lehrt und dem Institut für die Wissenschaften vom Menschen (IWM) eng verbunden ist.¹⁶ Müller erinnert daran, dass Richard Hofstadter einmal einen Vortrag hielt mit dem Titel »Jeder spricht über Populismus, aber niemand kann ihn definieren«. Er selbst unternimmt den meiner Ansicht nach bislang gelungensten Versuch, dem Begriff eine stimmige zeitgemäße Bedeutung zu verleihen.

Populisten sprechen im Namen »des Volkes« und behaupten, ihre direkte Legitimation durch »das Volk« übertrumpfe alle anderen Quellen legitimer politischer Macht, ob nun das Verfassungsgericht, das Staatsoberhaupt, das Parlament oder die Regierung auf lokaler und nationaler

Ebene. Donald Trumps »Ich bin eure Stimme« ist eine klassische populistische Behauptung. Nicht anders verhält es sich im Fall des türkischen Premiers, der Vorhaltungen der EU, mit dem harten Vorgehen gegen die Pressefreiheit sei eine rote Linie überschritten, mit dem Hinweis kontert: »Das Volk zieht die roten Linien.« Gleiches gilt für die Titelschlagzeile der *Daily Mail*, in der drei der ranghöchsten Richter Großbritanniens, die verfügt, das Parlament müsse über den Brexit abstimmen, zu »Volksfeinden« erklärt wurden. In Polen rechtfertigen rechte Nationalisten unterdessen den Versuch, das polnische Verfassungsgericht kaltzustellen, mit der Begründung, das Volk sei »der Souverän«.

Ein anderer wesentlicher Zug populistischer Politik besteht darin, als »Volk« zu deklarieren, was sich lediglich als Teil dieses Volkes erweist. Ein Zitat aus dem Wahlkampf von Donald Trump bringt diese Vorstellung auf den Punkt: »The only important thing is the unification of the people – because the other people don't mean anything.« Nigel Farage von der *UKIP* begrüßte das Brexit-Votum als Sieg der »einfachen Menschen«, der »anständigen Menschen« und der »echten Menschen«. Die 48 Prozent von uns, die am 23. Juni 2016 für einen Verbleib Großbritanniens in der EU stimmten, sind folglich weder einfach noch anständig und noch nicht einmal echt. Überall sind es die »anderen Menschen«, die sich nun vorsehen müssen: Mexikaner in den USA, Kurden in der Türkei, Polen in Großbritannien, Muslime und Juden überall in Europa, Sinti und Roma, Flüchtlinge, Zuwanderer, Schwarze, Kosmopoliten, Homosexuelle, ganz zu schweigen von den »Experten«, den »Eliten« und den »Mainstream-Medien«. Willkommen in der Welt des blindwütigen *Trumpismo*.

Der Populismus, so Müller, ist der Feind des Pluralismus. Er zielt auf die pluralistische, liberale Demokratie mit ihren verfassungsmäßigen und gesellschaftlichen *checks and balances*, die dafür sorgen sollen, dass die »Tyrannei der Mehrheit« sich nicht einfach über individuelle Menschenrechte, über Minderheitenschutz, unabhängige Gerichte, eine starke Zivilgesellschaft und unabhängige, vielfältige Medien hinwegsetzt.

Den Begriff der »illiberalen Demokratie« lehnt Müller ab, denn er würde es Leuten wie Viktor Orbán erlauben, zu behaupten, Ungarn verfüge lediglich über eine andere Art von Demokratie, die eben auf andere Weise authentisch demokratisch sei. Doch was Orbán getan hat, beispielsweise mit seiner Übernahme der Medien, untergräbt die Demokratie als solche. Das stimmt – doch brauchen wir einen Begriff, der beschreibt,

was geschieht, wenn eine Regierung, die aus freien und fairen Wahlen hervorgegangen ist, die Grundpfeiler einer liberalen Demokratie einreißt, aber noch keine offene Diktatur errichtet hat – und das auch nicht unbedingt vorhat. Wörter wie »Neoliberalismus«, »Globalisierung« und »Populismus« sind ebenfalls unvollkommene Kürzel für Phänomene, bei denen es bedeutsame nationale, regionale und kulturelle Unterschiede gibt. Die Rede von einem »hybriden Regime« klingt zu unspezifisch, so dass ich, sofern und solange sich kein besserer Begriff findet, weiter die Kurzformel »illiberale Demokratie« verwenden werde.

V

Wenn die Nachmauerzeit von 1989 bis 2009 dauerte, in welcher Epoche befinden wir uns dann jetzt? Wir werden das wohl erst in zehn oder vielleicht auch 30 Jahren sagen können. An einem schlechten europäischen Tag – und davon hat es in letzter Zeit viel zu viele gegeben – empfindet man das Bedürfnis, sich in einen langen künstlichen Winterschlaf versetzen zu lassen, aber dies ist nicht die Zeit, sich einzufrieren. Nein, wir, die wir an Freiheit und Liberalismus glauben, müssen uns gegen die vorrückenden Truppen des *Trumpismo* zur Wehr setzen. Um erfolgreich kämpfen zu können, müssen wir zunächst genau verstehen, welche Folgen welcher Aspekte des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Liberalismus der Nachmauerzeit – und damit einhergehende Entwicklungen wie der rasante technologische Wandel – so viele Menschen so sehr entfremdet haben, dass sie ihre Stimme jetzt Populisten geben, die die Grundlagen des politischen Liberalismus bei uns und in mehr und mehr anderen Ländern bedrohen. Nach der richtigen Diagnose müssen Politiker der liberalen Linken wie der liberalen Rechten entsprechend handeln und sich, was fast genauso wichtig ist, dabei einer zugänglichen, emotional packenden Sprache bedienen, um die enttäuschten Wähler zurückzugewinnen. Vom Ergebnis dieses Kampfes wird es abhängen, welchen Namen unsere gegenwärtig noch namenlose Epoche künftig tragen wird.

April 2017

Aus dem Englischen von Andreas Wirthensohn

Anmerkungen

- 1 Siehe die nachdrückliche Warnung vor der spalterischen Wirkung einer Währungsunion in meinem Aufsatz »Europa: Für eine liberale Ordnung«, in: Timothy Garton Ash, *Zeit der Freiheit. Aus den Zentren von Mitteleuropa*, München/Wien 1999, S. 336-354.
- 2 Siehe dazu »Mein Land hat mich gerufen« und den zusammen mit Timothy Snyder verfassten Text »Orangene Revolution in der Ukraine«, in: Timothy Garton Ash, *Jahrhundertwende. Weltpolitische Betrachtungen 2000-2010*, München 2010, S. 46-49 und 50-65.
- 3 Mark Mazower, *Dark Continent: Europe's Twentieth Century*, London 1998 (deutsch: *Der dunkle Kontinent. Europa im 20. Jahrhundert*, Berlin 2000, S. 570).
- 4 Tony Judt, *Große Illusion Europa. Herausforderungen und Gefahren einer Idee*, München/Wien 1996; ders., *Die Geschichte Europas von 1945 bis zur Gegenwart*, München/Wien 2006, S. 930.
- 5 Philipp Ther, *Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa*, Berlin 2014, aktualisierte Taschenbuchausgabe Berlin 2016 (englisch: *Europe since 1989: A History*, Princeton 2016).
- 6 Ther, *Europe since 1989*, »Preface to the English edition«, S. X.
- 7 Die Tatsache, dass in der deutschen Gesamtzahl für 1991 Ostdeutschland enthalten ist, führt offenkundig dazu, dass das tatsächliche Ausmaß des polnischen Aufholprozesses überschätzt wird.
- 8 *Transit – Europäische Revue*, Nr. 1: *Osteuropa – Übergänge zur Demokratie?* (Herbst 1990).
- 9 Der Beitrag erschien zuerst auf Englisch in der Augustnummer 1990 des *New York Review of Books*.
- 10 Ther, *Die neue Ordnung*, a.a.O., S. 311 ff. und S. 317.
- 11 Aleksander Smolar, »Durch die Wüste. Die Dilemmas des Übergangs«, in: *Transit* 1, S. 65-83, hier S. 75.
- 12 Lane Kirkland, Kommentar zum Thema »Übergänge zur Marktwirtschaft«, ebd., S. 109.
- 13 Claus Offe, *Europa in der Falle*, Berlin 2016; Joseph Stiglitz, *Europa spart sich kaputt. Warum die Krisenpolitik gescheitert ist und der Euro einen Neustart braucht*, München 2016; Hans-Werner Sinn, *Der Euro. Von der Friedensidee zum Zankapfel*, München 2015; François Heisbourg, *La fin du rêve européen*, Paris 2013.
- 14 Heisbourg, a.a.O., S. 177.
- 15 Offe, a.a.O., S. 73.
- 16 Jan-Werner Müller, *Was ist Populismus?*, Berlin 2016.

Jacques Rupnik

NACH 1989

Die ewige Wiederkehr Mitteleuropas¹

1989 wurde als die Rückkehr Mitteleuropas gefeiert. Eine liberale Revolution hatte die demokratische Souveränität wiederhergestellt und mit der Sprache der Menschen- und Bürgerrechte und des Konstitutionalismus verbunden. Es war eine verspätete »bürgerliche Revolution« ohne Bürgertum. Dies wurde auch als Lohn für die Beharrlichkeit einer mitteleuropäischen Kultur gewertet, die die aus dem Osten kommende kommunistische Ordnung überdauert hatte. Bestand die »Tragödie« des Mitteleuropas der Nachkriegszeit darin, wie Milan Kundera es formulierte, »geographisch im Zentrum, kulturell im Westen und politisch im Osten«² zu liegen, dann bedeutete das Jahr 1989 die Aussöhnung von Geographie, Kultur und Politik. Parallel zum Aufkommen des Liberalismus, der mit den Dissidentenbewegungen der 1970er und -80er Jahre assoziiert war, gab es also die Wiederentdeckung einer mitteleuropäischen kulturellen Identität als »gekidnapptem Westen«. In der »Rückkehr nach Europa« von 1989 liefen diese beiden parallelen und einander ergänzenden Entwicklungen zusammen: der erneuerte Anspruch auf eine westliche Identität und die Konversion zum Liberalismus, das kulturelle in Kombination mit dem liberalen Narrativ, der »Kundera-Moment« mit dem »Havel-Moment«. Ein Vierteljahrhundert später werden nun beide Entwicklungen infrage gestellt.

Das »Osteuropa« der Nachkriegszeit, das sich als »Mitteleuropa« neu erfunden hatte, drängte nach 1989 darauf, mit Westeuropa zu verschmelzen. Die rasche Annäherung der beiden vormals voneinander getrennten Teile Europas nach dem Ende des Kalten Kriegs und die Integration in die Europäische Union waren Erfolge, die sich nicht zuletzt der Idee Mitteleuropas verdankten, denen diese aber schließlich selbst zum Opfer fiel, abgetan als Zwischenspiel oder bloße Modeerscheinung. In der Finanzkrise von 2008, die zu einer Spaltung der EU in Nord und Süd führte, positionierten sich die mitteleuropäischen Länder fest an der

Seite Deutschlands gegen die als »PIGS-Staaten« bezeichneten Länder des Südens (Portugal, Italien, Griechenland und Spanien). Angesichts dieser Krise sagte der damalige polnische Außenminister Radek Sikorsky: »Polen gehört eindeutig zu Nordeuropa.«³ Wo liegen also heute Osteuropa, Mitteleuropa, Westeuropa, Nordeuropa? Europas Länder haben sich nicht von der Stelle bewegt, doch scheint die mentale Geographie mit ihren unterstellten oder imaginierten Identitäten durcheinandergeraten zu sein.

Heute ist Mitteleuropa zurück auf der europäischen Bühne, dieses Mal im Gewand des Illiberalismus und Nationalismus. Sein Auftritt unterscheidet sich freilich deutlich von der Rückkehr des verlorenen Sohnes nach 1989: Jetzt ist es der Vorbote der nationalistisch-populistischen Welle, die in den letzten Jahren ins Rollen gekommen ist. Die Reaktionen der Visegrád-Gruppe auf die seit 2015 herrschende Migrationskrise erweckten erneut den Anschein, dass die EU im Hinblick auf das Verständnis nationaler und europäischer Identität in Ost und West gespalten ist. Gleichzeitig hat eine Regression der Demokratie in mehreren Ländern, namentlich Polen und Ungarn, offen antilibérale politische Kräfte an die Macht gebracht. Dies stellt in der Tat einen frappierenden Kontrast zu den 1990er Jahren dar:

- Ungarn und Polen, Länder, deren Entwicklung als Erfolgsgeschichte im Übergang zur liberalen Demokratie und für ihre Konsolidierung galt, stellen nun deren zentrale Institutionen infrage. In Ungarn hat Viktor Orbán die Errichtung eines neuen, »illiberalen Staates« zum Teil seines Programms gemacht.⁴ In Polen sind das Verfassungsgericht und die Unabhängigkeit der Justiz im Visier der Regierung.
- Mitteleuropa hat in den 1990er Jahren, anders als der Balkan, den Versuchungen des Nationalismus widerstanden und freie Märkte und offene Gesellschaften entwickelt, die danach drängten, Teil der Europäischen Union zu werden. Im Hinblick auf seine Minderheiten in den angrenzenden Staaten optierte Ungarn »im Namen Europas« für offene Grenzen und europäische Standards bei den Minderheitenrechten. »Europa ohne Grenzen« lautete das Motto der tschechischen Ratspräsidentschaft der EU zu Beginn des Jahres 2009. Heute plädiert der tschechische Präsident für den Einsatz der Armee beim Grenzschutz, während sein Vorgänger, Václav Klaus, als Gastredner

beim Parteitag der Alternative für Deutschland auftritt.

- Die Visegrád-Gruppe, die unmittelbar nach dem Zusammenbruch der alten Ordnung von den Präsidenten Havel, Wałęsa und Göncz gegründet worden war, stand für Demokratisierung, die Überwindung nationalistischer Altlasten und das gemeinsame Ziel der Teilnahme am europäischen Integrationsprozess. Visegrád hieß damals, dass Mitteleuropa sich nach Westen orientiert. Heute bringt sich Visegrád in der Migrationsfrage gegen Westeuropa in Stellung, gegen Brüssel und Berlin, und Orbán und Kaczyński rufen zu einer europaweiten Konterrevolution auf.

Betrachten wir nun, was die Hauptmerkmale der mitteleuropäischen illiberalen Wende sind.

Die illiberale Wende

»Die liberale Nichtdemokratie ist beendet. Was für ein Tag! Was für ein Tag! Was für ein Tag!«⁵ So sprach der ungarische Premierminister Viktor Orbán am Morgen nach Donald Trumps Wahlsieg, übrigens der Jahrestag des Falls der Berliner Mauer. Bereits der Brexit sei, so Orbán, ein »Klopfen an der Tür« gewesen, und mit der Wahl Donald Trumps zum Präsidenten der USA sei nun »die Schwelle übertreten«. Während das übrige Europa sich in Schockstarre befand, war Orbán euphorisch: »Ich fühle mich befreit«, sagte er, und meinte damit: befreit von den Zwängen der Europäischen Union und der politischen Korrektheit. Seit er 2010 an die Macht kam, ist sein »Regimewechsel« von der EU ebenso wie von der Obama-Regierung kritisiert worden. Jetzt, mit dem Votum für den Brexit im Vereinigten Königreich (»der größten Auflehnung gegen das Establishment seit Einführung des allgemeinen Wahlrechts«⁶) und Trump im Weißen Haus, spürt er – zu Recht –, dass sich das Blatt gewendet hat.

Das Gespenst des Populismus geht um in Europa. Fast hätte Hofer die österreichischen Präsidentschaftswahlen gewonnen, und ob es um den Niederländer Geert Wilders, Pepe Grillos Fünf-Sterne-Bewegung in Italien oder Marine Le Pens Front National in Frankreich geht, sie alle sind verschiedene Inkarnationen einer wachsenden Vielzahl von populistischen politischen Kräften, die die liberalen Demokratien infrage stellen. Sie pflügen die politische Landschaft der meisten Mitgliedsstaaten der

Europäischen Union um und drohen der EU damit, sie handlungsunfähig zu machen oder gar auseinanderfallen zu lassen. Wir sind Zeugen des Aufstiegs populistischer nationalistischer Parteien überall in Europa, doch nur in Ostmitteleuropa sind sie derzeit auch an der Macht. Dieser Gegensatz ist wichtig und zugleich eine Warnung. Der Brexit und Trump verändern das Bild rapide und mit diesem auch die Dialektik von Zentrum und Peripherie.

Ungefähr zwei Jahrzehnte lang waren die Länder Ostmitteleuropas damit beschäftigt, die westeuropäischen Politik- und Verfassungsmodelle zu übernehmen. Stellten sich in dem einen oder anderen Land Anzeichen für eine vorzeitige Demokratiemüdigkeit ein, dann wurde dies gerne als Einzelfall betrachtet und auf das Erbe der kommunistischen Vergangenheit geschoben. Die Demokratisierung nach 1989 basierte auf der Imitation westlicher Modelle und vor allem ihrem unter der Bezeichnung »Osterweiterung« betriebenen Export. Der *Übergang* zur Demokratie führte zur *Konsolidierung* der Demokratie (dort, wo alle Akteure den verfassungsmäßigen Rahmen akzeptierten und Wahlen der Bestimmung einer Regierung und nicht dem Regimewechsel dienten), was wiederum Teil des europäischen *Integrations*prozesses war. Dieses sich in drei Phasen gliedernde Muster ging mit einer beachtlichen akademischen Industrie einher, die unter dem Stichwort der »Europäisierung« arbeitete – ein unpassender Begriff, da die der EU beitretenden Nationen schon lange vor der Schaffung der EU europäisch waren und es unklar ist, wer eigentlich definiert, worin das europäische Modell besteht.

Mit dem Aufstieg populistischer Kräfte in ganz Europa und besonders mit dem Brexit-Votum und dem Sieg Trumps veränderte sich die Perspektive. Orbán und Kaczyński haben den Umbruch in den Zentren der westlichen liberalen Demokratie begriffen und ausgenutzt: Auf den Brexit wird in Mitteleuropa verwiesen, wenn es darum geht, die Rückübertragung von Kompetenzen an die Nationalstaaten zu verlangen. Ungarn werde keine Kolonie werden und lasse sich nicht dem Kommando ausländischer Mächte unterstellen: »Lasst uns Brüssel stoppen« ist das Motto der neuen Mobilisierungskampagne, die im Frühjahr 2017 in Budapest gestartet wurde. Und ebenso sieht Orbán, der Zaunbauer, in Trump, dem Mauerbauer, einen willkommenen Partner.

Die Westbindung der neuen Demokratien ist untergraben worden, und die »Entkonsolidierung« der Demokratie⁷ geht mit der Schwächung der

Europäischen Union einher, bis hin zu ihrer möglichen Auflösung. Antiliberalismus und Antiamerikanismus gehörten früher zusammen. Jetzt gibt der neue US-Präsident den antiliberalen Kräften in Ostmitteleuropa und anderswo einen mächtigen Legitimationsschub. »Ihr habt mit dem Finger auf uns gezeigt? Wir waren die Vorhut!« – eine ironische Umkehr des nach 1989 herrschenden Paradigmas, die an eine Kurzgeschichte von Marcel Aymé über einen Radfahrer bei der Tour de France erinnert, der im Rennen so weit zurücklag, dass er sich im folgenden Jahr an der Spitze des Fahrerfelds wiederfand.

Die Hauptmerkmale der illiberalen Wende können wie folgt zusammengefasst werden:

- *Die Abkehr vom Rechtsstaat*, als Grundlage der liberalen Demokratie der europäischen Institutionen, im Namen der Volkssouveränität. Dies ist eine gegen die Gewaltenteilung im Geiste Montesquieus gerichtete Berufung auf den »Gemeinwillen« im Geiste Rousseaus.
- *Das Erstarken des Nationalismus und die Verhärtung der Identitätspolitik*, die dem Wechsel der liberalen zur populistischen Demokratie entsprechen. Ein neues Zeitalter des politischen Denkens sei heraufgezogen, wird uns von Orbán mitgeteilt, da die Menschen demokratische, aber keine offenen Gesellschaften wollten.⁸
- *Kulturkämpfe*: Auf ihrem Treffen in Krynica im Oktober 2016 forderten Kaczyński und Orbán eine konservative Revolution in Europa. In der alten Zeit, vor 1989, hatten sich tschechische und polnische Dissidenten an der polnisch-tschechischen Grenze getroffen, um den demokratischen Wandel voranzubringen. Heute kommen zwei frühere Dissidenten in den Bergen der Hohen Tatra zusammen und rufen zu einer »Konterrevolution« gegen das liberale, freiheitliche, dekadente Europa auf – eine Sprache, die nicht allzu weit entfernt ist von der Putins oder gar der russischer Ideologen vom Schlage eines Alexander Dugin.⁹ Sehen wir also ein Mitteleuropa, das, einst durch den Osten »gekidnappt«, sich nun nach Osten orientiert?

Wie kann diese Kehrtwendung erklärt werden? Was ist mit dem liberalen Projekt in Ostmitteleuropa geschehen? Hierzu sind mehrere Hypothesen denkbar.

*Von der Konvergenz oppositioneller Kräfte zur Entkopplung
von Liberalismus und Demokratie*

Anfang des Jahres 1989 wurde ich eingeladen, ein Gespräch über das Thema »After communism what?« am Wiener Institut für die Wissenschaften vom Menschen (IWM) einzuleiten. Kardinal König und Fürst Schwarzenberg saßen in der ersten Reihe, weshalb ich vorsichtig vorging, letztlich aber doch die unangenehme Frage stellte: »Wären die Kulturen, die dem Kommunismus den meisten Widerstand entgegenbringen, wie die polnische Kombination aus Nationalismus und Katholizismus, auch der Einführung der liberalen Demokratie förderlich oder mit dieser kompatibel?« (Anders als bei der tschechischen Tradition aus Säkularismus und einer Sozialdemokratie im Stile Masaryks, die sich zwar als anfällig für das kommunistische Projekt der Nachkriegszeit erwiesen hatte, aber tragfähig für den postkommunistischen Übergang schien.) Es sollte anders kommen: Das Jahr 1989 brachte eine liberale Demokratie in Polen und Ungarn hervor, gerade dort, wo die »Übergänge zur Demokratie« nach 1918 bald in die Richtung eines nationalistischen Autoritarismus verlaufen waren.¹⁰

Zwei Entwicklungen helfen, dies zu erklären. Zum einen das Erbe der Dissidenz: *Solidarność*, die demokratische Opposition in Ungarn und die *Charta 77* in der Tschechoslowakei standen, so verschieden sie waren, allesamt für die Rückeroberung der Sprache des Rechts, der Autonomie der Zivilgesellschaft und für die Überwindung der europäischen Teilung ein. Dieses Vermächtnis inspirierte zumindest die Anfangsphase der Wende von 1989.

Nicht weniger wichtig war, dass wesentliche intellektuelle und politische Neuausrichtungen in der Zeit von 1968 bis 1989 dazu beigetragen hatten, einige der alten Trennlinien in den politischen Kulturen Ostmitteleuropas hinter sich zu lassen.

In *Polen* verfasste Leszek Kołakowski in den 1970er Jahren einen bemerkenswerten Essay, in dem er sich selbst als »konservativen, liberalen Sozialisten« bezeichnet, nur um zu zeigen, dass die alten Kategorien und Abgrenzungen nicht mehr galten.¹¹ Adam Michnik schrieb Mitte der 1970er Jahre zwei einflussreiche Essays, die ebendies illustrierten: In seinem 1977 erschienenen Buch *Die Kirche, die Linke, Dialog*¹² spricht er über Werte und Begriffe, welche die Kirche und die Linke teilten, wie etwa Menschen-

würde und Menschenrechte. Der zweite Essay, »Der neue Evolutionismus« (1976),¹³ zeigte Wege auf, wie man dem alten, aus dem 19. Jahrhundert ererbten polnischen Dilemma von Revolution und Anpassung entgehen könnte. Michnik reflektierte über gescheiterte Reformvorhaben und verlangte eine alternative Strategie: die Selbstorganisation der Zivilgesellschaft.

Marcin Król, der Herausgeber der Zeitschrift *Respublica*, die zu jener Zeit im Samisdat erschien, sprach sich für die Überwindung kultureller Trennlinien aus und behauptete die Kompatibilität von Katholizismus und Liberalismus (was nicht nur in Polen eine provokante These war).

In der *Tschechoslowakei* zirkulierte in den 1980er Jahren eine im Samisdat erschienene Festschrift, die Tomáš Garrigue Masaryk, dem Philosophenkönig und Gründer der Tschechoslowakei als liberale Demokratie, Tribut zollte.¹⁴ Die Liste der Beiträger liest sich wie ein *Who is who* des tschechischen intellektuellen Lebens jener Zeit und reicht von den 68er-Marxisten bis hin zu christlichen Philosophen. Damit war eine gemeinsame Basis gefunden, an die Václav Havel später anknüpfen konnte, indem er sozusagen in Masaryks Fußstapfen trat.

In *Ungarn* war der gemeinsame Nenner István Bibó, ein politischer Denker, der der Tradition der »Populisten« oder »Volkstümler« entstammte und von der demokratischen Opposition wiederentdeckt wurde. In den späten 1980er Jahren begann die alte Trennlinie zwischen »Urbanen« (Liberalen oder Sozialdemokraten), die vom westlichen Modell beeinflusst waren, und »Populisten« (die vor allem mit der »ungarischen Frage« befasst waren, also mit dem Schicksal der ungarischen Minderheiten in den Nachbarländern) zu verschwimmen. Damit konnte sich ein Konsens herausbilden, der notwendig war, um die Fundamente für die liberale Demokratie nach 1989 zu legen.

Was ist dann aber mit dem »liberalen Moment« geschehen, in dem sich vormals unvereinbar scheinende Positionen trafen? War er einfach nur das – ein Moment? Wie konnte es von der Konvergenz verschiedener oppositioneller Kräfte, die die liberale Demokratie erst möglich machte, zur schließlichen Entkopplung von Liberalismus und Demokratie in Ostmitteleuropa kommen?

Eine mögliche Erklärung lautet, dass diese Konvergenz durch die Existenz eines gemeinsamen Gegners – des kommunistischen Regimes – sowie durch Bewegungen wie die *Solidarność* erleichtert wurde. Auch die *Charta 77* gehört zu den – oft antipolitischen – »oppor-

tunity structures«, die diesen Prozess beschleunigten. Mit dem Verschwinden des Gegners verloren diese Faktoren naturgemäß an Gewicht. Damit einher ging das nach 1989 einsetzende Verschwinden früherer Dissidenten von der politischen Bühne der neuen Demokratien – noch ein Faktor, der den jungen politischen Liberalismus in der Region schwächte.

Eine weitere Erklärung bietet die ungarische Chronik der Metamorphose einer Bewegung vielversprechender junger 89er, die sich für einen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Liberalismus engagierten, in eine Partei von Nationalkonservativen, die sich aufgemacht haben, einen »illiberalen Staat« zu errichten, der ihnen erlaubt, die politische Macht zu erobern und zu behalten. Hier bot Fidesz eine Struktur für politische Opportunisten, die am Ende nationalistische Pathologien übernahmen, wie sie István Bibó seinerzeit analysiert hatte.

Die intellektuelle und politische Entwicklung zweier polnischer Liberaler illustriert vielleicht am besten die Trennung von Liberalismus und Demokratie.

Da ist Marcin Król, der polnische Ideengeschichtler, der die führende liberale Zeitschrift *Respublica* begründet hatte und sowohl vor als auch nach 1989 herausgab. 2015 veröffentlichte er ein kleines Buch mit dem Titel *Wir waren dumm*¹⁵, das die Verantwortung für den Niedergang des Liberalismus in der Schwärmerei der Ex-Dissidenten für die Verfechter radikaler marktwirtschaftlicher Reformen sieht. Der bekannteste war Leszek Balcerowicz, ein Vertreter der »Schocktherapie«, der, wie Król es formuliert, »der Idee gesellschaftlicher Solidarität noch nie etwas abgewinnen konnte und sich gewiss keine ›solidarische‹ Wirtschaftsordnung vorstellen konnte. Es gelang ihm, Intellektuelle für neoliberale Konzepte und Ideen zu begeistern.« So wurden radikale marktwirtschaftliche Reformen ironischerweise unter dem Banner einer Gewerkschaft eingeführt, die sich selbst »Solidarität« nannte. Das Ethos der Solidarität, auf dem das Bündnis von Intellektuellen und Arbeitern in den vorangegangenen Jahrzehnten beruht hatte, löste sich auf. »Den neuen Figuren, die die Kontrolle über die Wirtschaft übernahmen, war die Tradition der Solidarität völlig fremd, sie waren genauso rücksichtslos wie die frühen Kapitalisten des 19. Jahrhunderts.«

In der Tat hat die heute zu beobachtende Entkopplung von Liberalismus und Demokratie viel mit der Konfusion und der Komplizenschaft von politischem und wirtschaftlichem Liberalismus nach 1989 zu tun.

Westliche Linksintellektuelle, die den Kommunismus priesen, wurden »nützliche Idioten« genannt. Man kann sich ebenso fragen, ob die liberalen Ex-Dissidenten die »nützlichen Idioten« (»wir waren dumm«, so Król) des Übergangs zum Kapitalismus waren.¹⁶ Haben die politischen Liberalen die soziale Frage sträflich vernachlässigt? Und hat sich das Mitteleuropa der Nachwendezeit aus diesen Gründen vom (wirtschaftlichen) Neoliberalismus zum (politischen) Illiberalismus gedreht?

Das zweite Beispiel ist nicht minder erhellend. Es handelt sich um den politischen Denker und Politiker Ryszard Legutko. 1989 noch ein Liberaler und seit 2005 in der PiS, hat er kürzlich ein Buch mit dem Titel *The Demon in Democracy: Totalitarian Temptations in Free Societies*¹⁷ veröffentlicht.

Was ist dieser »Dämon der Demokratie« und was sind die »totalitären Versuchungen«? Die Versuchung des Liberalismus wiederholt heute die des Kommunismus in der Vergangenheit, so Legutko: Die alles bestimmende Obsession der Kommunisten mit der Klasse haben die Liberalen gegen die mit Rasse, Gender und sexueller Orientierung ausgetauscht. Das Ziel bleibe jedoch dasselbe – die Auflösung traditioneller Familienwerte und Institutionen wie Kirche und Nation. Für Legutko ist es nicht (wie für Król) die »soziale Frage«, sondern es sind die »gesellschaftlichen Fragen«, die von Bedeutung sind. Legutko, Abgeordneter der PiS im Europäischen Parlament, beschuldigt die EU, die linksliberale Agenda aus Feminismus, LGBT-Forderungen und Multikulturalismus zu fördern, und ruft zum Widerstand gegen sie auf.

Diese beiden Abtrünnigen reihen sich ein in eine wachsende Kritik von konservativer Seite an den Liberalen der Nachwendezeit. Besonders aufschlussreich ist hier ein polnischer Sammelband mit Essays von Zdzisław Krasnołębski, Marek Cichocki, Bronisław Wildstein und Dariusz Gawin, die sich auf drei Hauptschwächen oder blinde Flecken der liberalen Ära konzentrieren.¹⁸ Erstens die Ausklammerung der Erinnerung im Namen des »Endes der Geschichte« (hier in der liberalen Version, die an die Stelle der marxistischen Fassung getreten ist): Sich der kommunistischen Vergangenheit zu stellen, wurde als rückwärtsgewandt kritisiert, als Hindernis für eine zukunftsorientierte Modernisierung (eine Kritik an Mazowieckis Schlussstrich-Politik unmittelbar nach der Wende). Zweitens die Förderung des liberalen Individualismus auf Kosten der kollektiven Dimension der Identität (der Nation), und drittens das liberale Zögern, den Staat als das souveräne Subjekt heimischer und internationaler Angelegenheiten

anzusehen, und stattdessen vom »Ende der Geschichte« und von einer auf der kantischen Vorstellungen vom »ewigen Frieden« basierenden *global governance* zu träumen.

Die Erschöpfung des liberalen 1989er-Zyklus

Die Rückkehr Mitteleuropas in illiberalem Gewand hat die Vorstellung einer Spaltung Europas in Ost und West wiederbelebt und Zweifel an der Klugheit und Praktikabilität der EU-Osterweiterung geweckt. Dies verkennt allerdings die Lage und blockiert damit auch mögliche Antworten darauf. Gewiss gibt es spezifische Eigenarten des populistischen Backlashs in Ostmitteleuropa mit seinen besonderen politischen Kulturen und Hinterlassenschaften aus der Zeit vor 1989. Doch ist die heutige Krise des Liberalismus und die Entstehung einer Vielzahl populistischer Nationalismen ein transeuropäisches, ja transatlantisches Phänomen. Antiliberalismus in Europa ging klassischerweise mit Antiamerikanismus einher. Jetzt ist es Trumps Amerika, das die antiliberalen Bewegung anführt. Trump und Putin sind sich einig in ihrer Verachtung für ein dekadentes und schwaches Europa. Das Schwinden von Europas Einfluss und der Aufstieg eines autoritären Kapitalismus in China, Russland oder der Türkei haben das internationale Umfeld in eine Richtung verändert, die den liberalen Vorstellungen von einer offenen Gesellschaft nicht länger gedeihlich ist.

Der liberale Zyklus, der nach 1989 begann, hat sich erschöpft. In Ostmitteleuropa bedeutete er einen dreifachen Übergang: zur Demokratie, zur Marktwirtschaft und hin nach Europa. Alle drei wurden durch den Beitritt in die EU vor über zehn Jahren vollendet. Dennoch befinden sich alle drei *transitions* in der Krise:¹⁹ Die über zwei Jahrzehnte hinweg errichteten demokratischen Institutionen sehen sich jetzt einer illiberalen Regression ausgesetzt. Die Integration in die westliche Marktwirtschaft war gerade abgeschlossen, als die Finanzkrise 2008 begann. Der EU-Beitritt 2004 wurde als »Vereinigung« Europas gefeiert, nur um kurz darauf zu entdecken, dass es geteilt war und das Ziel der europäischen Integration selbst bedroht ist.

Der Niedergang zukunftsorientierter politischer Projekte machte der Tyrannei der Unmittelbarkeit Platz, Politik wurde durch Ad-hoc-Maßnahmen ersetzt. Europa, die letzte Utopie, ist dabei, diesem Wandel zum Opfer zu fallen. Die liberalen Eliten in Europa – und nicht nur in

Ostmitteleuropa – befinden sich auf dem Rückzug, weil sie es versäumt haben, ihr Projekt in das Zeitalter der Globalisierung zu überführen. Das Schrumpfen der Mainstream-Parteien hat Raum für Identitätspolitik und antieuropäische populistische Bewegungen geschaffen. Nach über zwei Jahrzehnten der Vorherrschaft eines Liberalismus »ohne Grenzen«²⁰ wird nach der Sicherung der nationalen Grenzen gerufen. Statt einer »globalen Zivilgesellschaft« (Mary Kaldor) erleben wir den globalen Aufstieg populistischer Nationalismen.²¹

Eine weitere, vielleicht komplementäre Deutung dieses Endes einer Ära könnte sich auf das stützen, was Michael Walzer das »Paradox der Befreiung« nennt.²² Anhand der Beispiele Algeriens, Indiens und Israels zeigt er auf, wie das Erbe säkularer nationaler Befreiungsbewegungen 25 Jahre später von einem religiösen Backlash bedroht wird: Die modernisierenden Gründer der Nationalstaaten werden von religiösen Konservativen abgelöst. Ein ähnliches Muster findet sich auch in Ostmitteleuropa: Nach einem Vierteljahrhundert der »Great Transformation« werden wir Zeugen eines konservativen Gegenschlags gegen die liberalen, modernisierenden, pro-europäischen Eliten.

Jenseits der kritischen Reflexion über den zyklischen Charakter der Moderne zeichnet sich eine beunruhigendere Frage ab: Vielleicht schließen die gegenwärtigen politischen und kulturellen Kämpfe des Populismus nicht nur die Ära nach 1989 ab, sondern einen viel längeren, zweihundertjährigen Zyklus, der mit der Aufklärung begann und mit der Idee des Fortschritts (ob im liberalen oder sozialistischen Sinne) verbunden war. Könnten, jenseits von Kaczyńskis und Orbáns Aufruf zu einer »kulturellen Konterrevolution« in Europa, die radikalen populistischen Bewegungen nicht Vorzeichen einer tiefer liegenden, reaktionären neuen Gegenaufklärung sein?²³

Noch ist Polen nicht verloren

Das Ergebnis der politischen Konfrontation von Liberalen und Populisten, den Adepten einer offenen Gesellschaft und jenen einer Politik der Abschottung, wird auf mittlere Sicht von der Möglichkeit abhängen, die unterbrochene Verbindung von Liberalismus und Demokratie wiederherzustellen, was auch bedeutet, deutlich zwischen politischem und ökonomischem Liberalismus zu unterscheiden. Ist, wie wir hier behaupten,

die Erschöpfung des liberalen Zyklus ein transeuropäisches Phänomen, dann ist Europa das Forum, das sich für die Lösung des Problems anbietet. Nationale Ansätze können hier nur scheitern. Jedenfalls ist die populistische Welle in Mitteleuropa und im Rest der EU in keiner Hinsicht unaufhaltsam und müssen politische Zyklen nicht den Niedergang von Institutionen bedeuten, haben diese doch ihre eigene Widerstandsfähigkeit.

Hier werden oft Parallelen zur Erosion der liberalen Demokratie in der Zwischenkriegszeit gezogen. Sie drängen sich geradezu auf, wenn man sich die Verhandlungen der Deutschen Gesellschaft für Soziologie ansieht, deren Kongresse in Wien 1926 unter dem Titel »Demokratie – Naturrecht« der Krise der Demokratie, zwei Jahre später in Zürich der Migration – »Konkurrenz – Wanderungen« – und in Berlin 1930 dem Thema »Die Presse und die öffentliche Meinung« gewidmet waren. Gleichwohl können uns die Parallelen zum Niedergang der liberalen Demokratien in den 1930er Jahren in die Irre führen. Heute ist keine alternative totalitäre Ideologie griffbereit, und die gegenwärtigen nationalistischen Populismen stellen keine Varianten des Faschismus dar.

Halten wir am Ende fest, dass die großen Unbekannten bei dem Rückschlag, den die liberale Demokratie derzeit in Ostmitteleuropa erlebt, die Gesellschaften sind, die Öffentlichkeit, und die Bürger selbst. In welchem Maße haben sie in den Jahren des erfolgreichen Übergangs zur Demokratie nach 1989 einen ausreichenden Puffer gegen die autoritäre Versuchung entwickelt? Es ist, wie damals vor 1989 schon, schwer zu erkennen, ob der Fall Polen eine Ausnahme oder ein Modell darstellt; die Art und Weise, wie die polnische Gesellschaft auf eine Reihe illiberaler Maßnahmen der PiS-Regierung reagiert hat, lässt allerdings erwarten, dass Gleichschaltung und Fügsamkeit unwahrscheinlich sind; *voice* und *exit* sind die wichtigsten Optionen. Und während Orbán und Kaczyński sich der Europäischen Union offen widersetzen, sind ihre Bevölkerungen nach wie vor in überwältigender Mehrheit für die EU-Mitgliedschaft. Es dürfte deshalb eher so sein, dass der mitteleuropäische Rückzug von der liberalen Demokratie oder, um Oscar Jászis Ausdruck zu gebrauchen, der »Rückschlag«, den sie erleidet, in Grenzen gehalten werden kann, sofern sich Europa insgesamt zur Wehr setzt.

April 2017

Aus dem Englischen von Frank Lachmann

Anmerkungen

- 1 Dieser Beitrag basiert auf einer Präsentation im Rahmen des President's Seminar *European Divides: Crisis of Democracy, Nationhood, Multiculturalism*, gehalten am 30. März 2017 an der Central European University, Budapest.
- 2 Milan Kundera, »Un occident kidnappé ou la tragédie de l'Europe centrale«, in: *Le Débat*, nr 27 (1983); deutsch: »Un occident kidnappé oder die Tragödie Zentraleuropas«, in: *Themenportal Europäische Geschichte* (2007), www.europa.clio-online.de/quelle/id/artikel-3287.
- 3 Radek Sikorsky in einem Vortrag an der Harvard University im Februar 2011.
- 4 Vgl. »Prime Minister Viktor Orbán's Speech at the 25th Bálványos Summer Free University and Student Camp«, 26. Juli 2014 (www.kormany.hu/en/the-prime-minister/the-prime-minister-s-speeches/prime-minister-viktor-orban-s-speech-at-the-25th-balvanyos-summer-free-university-and-student-camp), wo er sagte, dass »eine Demokratie nicht unbedingt liberal sein muss. Nur weil ein Staat nicht liberal ist, kann er immer noch eine Demokratie sein. (...) Und in diesem Sinne ist der neue Staat, den wir in Ungarn errichten, ein illiberaler, ein nichtliberaler Staat.«
- 5 Peter Forster, »Viktor Orban Interview: Full transcript«, in: *Daily Telegraph*, 11. November 2016. Der tschechische Präsident Miloš Zeman brüstete sich in seinem Glückwunschschreiben an den neugewählten US-Präsidenten: »In meinem Land kennt man mich als den tschechischen Trump.« Sein Vorgänger Václav Klaus sah Trump im Weißen Haus als Sieg »des gesunden Menschenverstands normaler Leute«, nachdem er zuvor bereits den Brexit unterstützt hatte. Havel muss sich im Grabe drehen.
- 6 Nelson Fraser / James Forsyth, »How Theresa May can seize the Brexit revolution«, in: *The Spectator*, 9. Juli 2016.
- 7 Vgl. Roberto Stefan Foa / Yascha Mounk, »The Signs of Deconsolidation«, in: *Journal of Democracy* 28 (Januar 2017).
- 8 Orbáns Rede vom 28. Januar 2017, zitiert in *Le Monde* vom 30. Januar 2017.
- 9 Zu einer Untersuchung darüber, wie Dugin sich für seine nationalistische und radikale Kritik des Westens einiger Konzepte Heideggers bedient, vgl. Jeff Love / Michael Meng, »Heidegger and Post-Colonial Fascism«, in: *Nationalities Papers*, im Erscheinen.
- 10 Zu einer vergleichenden Studie siehe Antony Polonsky, *Little Dictators: History of Eastern Europe Since 1918*, London 1975.
- 11 Leszek Kolakowski, »How to be a Conservative-Liberal Socialist«, in: *Encounter*, October 1978, S. 46-49. Der Artikel erschien im selben Jahr französisch in *Commentaire* und deutsch in *Der Monat*.
- 12 Adam Michnik, *Kosciol, Lewica, Dialog*, Paris 1977; dt.: *Die Kirche und die polnische Linke. Von der Konfrontation zum Dialog*, München 1980.
- 13 Adam Michnik, »Der neue Evolutionismus«, in: Ders., *Polnischer Frieden. Aufsätze zur Konzeption des Widerstands*, Berlin 1985.
- 14 Milan Machovec / Petr Pithart / Josef Dubský, *T. G. Masaryk a naše současnost* (T. G. Masaryk und unsere Gegenwart), Masarykův sborník VII, Prag 1980.
- 15 Marcin Król, *Bylismy głupi*, Warschau 2015.
- 16 Im Falle Tschechiens blieb diese Unterscheidung zumindest auf einer symbolischen und politischen Ebene noch bis in die 1990er Jahre wirksam, mit Präsident

- Václav Havel als Repräsentanten des politischen Liberalismus und seinem politischen Hauptgegner, Premierminister Václav Klaus als lautstarkem Verfechter des Wirtschaftsliberalismus, der wie Mrs. Thatcher nicht glaubte, dass es so etwas wie Gesellschaft gebe, und der für die »Menschenrechtleri« (»humanrightismus«, ein Ausdruck, den er in die tschechische Sprache einführte) nur Verachtung übrig hatte.
- 17 Ryszard Legutko, *The Demon in Democracy: Totalitarian Temptations in Free Societies*, New York 2016 (polnische Originalausgabe: *Triumf człowieka polspolitego*, Posen 2012); www.encounterbooks.com/books/the-demon-in-democracy-totalitarian-temptations-in-free-societies/.
 - 18 Maciej Ruczaj (Hg.), *Pravým okem – Antologie současného polského politického myšlení* (Das rechte Auge. Eine Anthologie des zeitgenössischen polnischen politischen Denkens), Brno 2010.
 - 19 Am zwanzigsten Jahrestag der Ereignisse von 1989 habe ich die Erschöpfung des »dreifachen Zyklus« des Liberalismus nach 1989 in einem Artikel beschrieben: »In search of a new model«, in: *Journal of Democracy* (Januar 2010), S. 104-112; deutsche Fassung: Jacques Rupnik, »Die postkommunistischen Länder auf der Suche nach einem neuen Modell«, in: *Transit* 40 (*Zeitalter der Ungewissheit*, Herbst 2010).
 - 20 Die liberale Politik der Überwindung bzw. Abschaffung von Grenzen reicht bis 1968 und bis zu Bernard Kouchners »Médecins sans frontières« zurück, die die Pariser Barrikaden in Richtung Biafra verließen, um dort gegen den Hunger zu helfen. In den 1970er Jahren fand sie dank der Dissidenten und der Schlussakte von Helsinki weitere Verbreitung. Nach 1989 übersetzte sich diese Ideologie in die globale Zivilgesellschaft, die globale Propagierung der Demokratie und *global governance*. Das meiste davon existiert nur virtuell, nämlich im Internet. Die einzig erfolgreiche und dauerhafte Globalisierung war allerdings die der Märkte.
 - 21 Wir sind mit der europäischen Kohorte von Orbán, Kaczyński, Fico und deren Gesinnungsgenossen in Westeuropa, Farage, Wilders und Le Pen, vertraut, obwohl das Phänomen globaler Natur ist: von Trump über Erdoğan bis zu Modi in Indien oder Duterte auf den Philippinen.
 - 22 Michael Walzer, *The Liberation Paradox. Secular Revolutions and Religious Counter-Revolutions*, Yale UP 2015.
 - 23 Vgl. hierzu Mark Lillas Buch *The Shipwrecked Mind*, New York 2016.

Pavel Barsa
DAS ENDE DER
LETZTEN MITTELEUROPÄISCHEN UTOPIE
oder Das ambivalente Erbe der Dissidenten

Es gibt zwei Lesarten der gegenwärtigen Krise in Mitteleuropa. Die eine betont die Kontinuität unserer Region und unserer Länder mit der kommunistischen Vergangenheit. In dieser Lesart werden verschiedene negative Phänomene wie Korruption, Fremdenfeindlichkeit und der Aufstieg des Populismus als Erscheinungsformen eines fehlgeschlagenen Übergangs vom Kommunismus zur liberalen Demokratie betrachtet – als Folgen einer Vergangenheit, von der wir uns bis heute nicht befreien konnten. Wir haben es nicht geschafft, den Kommunismus hinter uns zu lassen, und sind in der postkommunistischen Epoche stecken geblieben. Noch immer irren wir in der Wüste umher und haben das gelobte Land nicht erreicht. Vielleicht benötigen wir weitere 20 Jahre, um dorthin zu gelangen.

Das ist die Lesart, die Václav Havel anlässlich des 20. Jahrestags der Samtenen Revolution vorlegte, zwei Jahre vor seinem Tod. Für ihn war das Erbe des Kommunismus noch immer präsent, denn sogar die Generation der 20-Jährigen wurde von Eltern erzogen, die den prägenden Teil ihres Lebens im Kommunismus zugebracht hatten. Folglich können sich nur die Kinder der neuen Generation vollkommen aus den Ketten des kommunistischen Kerkers befreien und das gelobte Land der liberalen Demokratie erreichen. Vielleicht. Aber selbst wenn wir schon früher ankommen, wer wird uns dort erwarten und willkommen heißen? Donald Trump? Marine Le Pen? Das gelobte Land scheint nicht mehr das zu sein, was es uns damals schien – wenn es das je war.

Die erste Lesart unserer Krise lässt also Zweifel aufkommen, die eine zweite Lesart nahelegen: Was, wenn wir bereits an unserem Ziel angekommen sind? Was, wenn die Krise unserer Region bereits Teil der Krise des gelobten Landes selbst ist? Die gegenwärtige Krise scheint weniger auf die Kontinuität mit der kommunistischen Vergangenheit hinzudeuten als darauf, dass wir das Ende des Übergangs aus dieser Vergangen-

heit bereits erreicht haben. Folglich wäre unsere Aufgabe nicht, mit den Überbleibseln des Kommunismus fertigzuwerden, sondern mit der Realität des Kapitalismus. Der Gott, der uns im Stich gelassen hat, war nicht die revolutionäre Utopie der 1940er, 1950er und 1960er Jahre, sondern die post-revolutionäre Utopie, die als Folge des Niedergangs der Ersten im langen Jahrzehnt der 1970er Jahre aufkam. Samuel Moyn identifizierte diese »letzte Utopie« mit den internationalen Menschenrechten. Es scheint jedoch, als wäre der Aufstieg der Menschenrechte in dieser Zeit Teil eines aufkommenden größeren ideologischen Komplexes. Er zeichnet sich durch miteinander verwandte und sich überschneidende Elemente aus, die den Zeitgeist der 1970er Jahre prägten, darunter:

- die Universalisierung der Erinnerung an den Holocaust als zentrales Ereignis des 20. Jahrhunderts;
- eine neue Art der humanitären Hilfe, symbolisiert durch die Organisation *Ärzte ohne Grenzen*, die 1971 anlässlich des Biafra-Kriegs gegründet wurde;
- der Diskurs über die Zivilgesellschaft als dritter Weg zwischen Staat und Markt;
- die Verschiebung des linken Aktivismus von politischen Parteien zu verschiedenen neuen sozialen Bewegungen, die internationale Bewegung für Menschenrechte inbegriffen;
- die Verschiebung von Ideologien, die unterschiedliche sozioökonomische Ordnungen propagieren (z.B. Staatssozialismus vs. liberaler Kapitalismus), zur Identitätspolitik in Gestalt von Multikulturalismus im Westen und dem Diskurs über mitteleuropäische Identität am Westrand des Ostens;
- der Aufstieg des TINA-Diskurses (*there is no alternative*) und der entsprechenden Politik in der sozioökonomischen Sphäre (»Neoliberalismus«).

Diese Elemente waren Teile der hegemonialen Ideologie der postrevolutionären Epoche, die nun ihr Ende erreicht hat. Moyn könnte mit seiner Behauptung recht haben, dass das Projekt der internationalen Bewegung für Menschenrechte stellvertretend für den Gesamtkomplex steht: Sobald jeder einzelne Staat auf dem Planeten die Menschenrechte seiner Bürger schützt und gleichzeitig anerkennt, dass es keine Alternative zur Marktwirtschaft gibt, würde immerwährender Frieden einkehren. Ich würde aller-

dings hinzufügen, dass dieses universalistische Projekt nicht für sich allein stehen kann. Es bedurfte einer partikularistischen Ergänzung in Gestalt der oben genannten kulturalistischen Wende der langen 1970er Jahre, die die Anerkennung spezifischer kollektiver Identitäten propagierte. Im Gegensatz zu den Ideologien des 19. Jahrhunderts, die der Zukunft zugewandt waren, sind diese Identitäten von der Vergangenheit geprägt – seien es die Identitäten von Gruppen, die im Laufe der Geschichte zu Opfern gemacht wurden, wie die Juden, die Schwarzen, die Homosexuellen, oder die kulturellen Identitäten geographischer Regionen wie etwa Mitteleuropa. Die postrevolutionäre Epoche war eher eine Zeit der Erinnerung an vergangenes Leid als der Hoffnung auf eine glückliche Zukunft. Die Utopien dieser Epoche waren daher minimalistisch und geprägt nicht durch die Erfüllung von Wünschen, sondern durch die Minderung von Leid.

Wie bereits erwähnt, liegen die Ursprünge der postrevolutionären Epoche in den 1970er Jahren, dem Jahrzehnt der Entzauberung der sozialistischen Utopien sowohl in der Zweiten als auch in der Dritten Welt. Ihr volles Potenzial entfalteten sie jedoch erst nach dem Fall des Kommunismus, als die amerikanisch-westliche Hegemonie verschiedene Elemente, die in den beiden Jahrzehnten zuvor aufgekommen waren, aufnahm, um sie zur herrschenden Ideologie zu vereinen. Demnach wäre das, was man in Mitteleuropa normalerweise »Postkommunismus« nennt, nur das letzte Kapitel einer längeren historischen Epoche. Das würde allerdings bedeuten, dass wir die übliche historiographische Charakterisierung des 20. Jahrhunderts als eines kurzen Jahrhunderts, das 1914 begann und 1989 endete, aufgeben müssten. Vielmehr wären die 1970er und 1980er Jahre eher der Anfang einer neuen postrevolutionären Epoche als der letzte Teil des Revolutionszeitalters, das mit der Oktoberrevolution seinen Anfang nahm. Der Kommunismus entsprang den Schützengräben des Ersten Weltkriegs als die paradigmatische revolutionäre Ideologie und Praxis seiner Zeit. Sein Aufkommen wurde zum prägenden Moment des gesamten Jahrhunderts, weshalb es auch mit seinem Fall endet. Wenn wir uns allerdings auf die ideologische Dimension beschränken, können wir sagen, dass die Utopie des Kommunismus, oder generell der linken Ideologie, bereits in den späten 1960ern gestorben ist. Dies würde zwei Periodisierungsmöglichkeiten eröffnen: Entweder wir kürzen das 20. Jahrhundert noch stärker – auf die Periode von 1914 bis 1968 – oder wir verlängern es, so dass es erst um 2015 herum endet. Wenn wir die etwas abstruse

Behauptung vermeiden wollen, das 20. Jahrhundert hätte nur ein halbes Jahrhundert gedauert, müssen wir uns an die zweite Alternative halten und das kurze Jahrhundert (1914-1989) durch ein verschobenes (1914-2015) ersetzen.

In Mitteleuropa ist die zweite Option auf einer Linie mit der – sowohl propagandistischen als auch eher neutralen – Verwendung des Begriffs »Postkommunismus«, die die Kontinuität mit dem Kommunismus betont.

Nun sollte ich meine zweite Behauptung belegen. Was verleitet mich zu dem Gedanken, wir hätten die postrevolutionäre Epoche bereits verlassen? Wiederum kann ich nur eine kurze Aufzählung von Ereignissen und Prozessen anbieten, die das Ende dieser Epoche angekündigt haben oder belegen:

- das Scheitern des Projekts einer Europäischen Verfassung 2005 nach den negativen Ausgängen der Referenden in Frankreich und den Niederlanden;
- das Ende der amerikanischen/westlichen globalen Hegemonie: das amerikanische Fiasko im Irak und in Afghanistan, einhergehend mit dem ökonomischen Aufstieg Chinas und der imperialen Wiedergeburt Russlands;
- die Erosion des TINA-Konsenses als Folge der Weltwirtschaftskrise 2008 (gefolgt von der chronischen Krise der Eurozone) und die Transformation des triumphierenden und optimistischen Neoliberalismus der 1980er und 1990er Jahre in seine defensive und pessimistische Variante in den 2010ern: Sie kündigt das Versprechen auf, dass der »Trickle-down-Effekt« die Armen reich und die Reichen noch reicher machen und Wohlstand für alle bringen wird, und fordert stattdessen, dass bestimmte Teile der Gesellschaft oder einzelne Länder (z.B. Griechenland) geopfert werden – zu klein, um gerettet zu werden –, damit die anderen ihren Wohlstand erhalten können. Im Gegensatz zu seiner ursprünglich utopischen Form ist das ein Liberalismus der geschrumpften Erwartungen;
- der Aufstieg von Bewegungen, die verschiedene Aspekte des postkommunistischen liberalen Konsenses in Frage stellen, entweder von rechts (u.a. Marine Le Pen, Donald Trump, Geert Wilders, Nigel Farage, Viktor Orbán) oder von links (u.a. Jean-Luc Mélenchon, Bernie Sanders, Jeremy Corbyn, Syriza, Podemos);

- die Weigerung der etablierten politischen Parteien in der Mehrzahl der postkommunistischen Länder, Flüchtlinge aufzunehmen, d.h. dem westlichen Gesellschaftsmodell der kulturellen Vielfalt und Toleranz zu folgen. Damit hat der Westen für die neuen Demokratien zumindest in einem wesentlichen Aspekt aufgehört, das gelobte Land darzustellen, und wurde zum Gegenteil – zu einer Falle. Jedenfalls ist das die einstimmige Haltung der Visegrád-Staaten, mit der sie auf die Flüchtlingskrise 2015 reagiert haben.

Einige Vertreter des liberalen Flügels der postkommunistischen Eliten sehen im letzten Punkt eine Bestätigung der ersten Lesart unserer Krise – die mitteleuropäischen Gesellschaften würden sich also weigern, den Übergang vom Kommunismus abzuschließen. Angesichts dessen, dass in Westeuropa und in den USA (wo es keinen Kommunismus gab) eine ganz ähnliche Kritik am Multikulturalismus und an der transnationalen Ausrichtung der europäischen und amerikanischen Eliten einen wachsenden Populismus anheizt, ist diese Interpretation nicht überzeugend. Ich glaube eher, dass hier der Unterschied zwischen den Visegrád-Staaten und den westlichen Ländern nur relativ ist und mehr mit geschichtlichen Faktoren zu tun hat, die weiter zurückreichen als der Kalte Krieg – etwa, dass mitteleuropäische Staaten keine Überseeimperien besaßen und daher kaum Kontakte zu Nichteuropäern hatten. Ihnen fehlt daher das schlechte Gewissen, wie es in den westeuropäischen Ländern im Zuge der Dekolonisierung entstanden ist. Außerdem waren diese Länder stets mehr Emigrations- als Immigrationsländer, was es ihnen erleichterte, eine ethnische Konzeption ihrer nationalen Identität zu bewahren. Der Autoritarismus und der Kulturkonservatismus der 40-jährigen kommunistischen Herrschaft verstärkten die fremdenfeindlichen Tendenzen und blockierten weitgehend die Kulturrevolution der 1960er Jahre, aus der im Westen Wertschätzung und Respekt für Vielfalt hervorgingen. Die derzeitige Krise und der Vormarsch der antiliberalen, populistischen Politik treffen freilich beide Teile Europas gleichermaßen. Die kommunistische Vergangenheit kann helfen, einige Unterschiede zu erklären, nicht aber die Krise als solche.

Allerdings gibt es signifikante Unterschiede zwischen den Spielarten des Populismus in den einzelnen Visegrád-Staaten. Diese Unterschiede lassen sich weniger durch den Kommunismus als durch die präkommu-

nistische Vergangenheit dieser Staaten erklären – beispielsweise durch die unterschiedlichen Wahrnehmungen des Endes des Zweiten Weltkriegs. Für die Tschechen stellte es den Höhepunkt ihrer ethnonationalen Bestrebungen dar: Sie hatten ihr Land in seinen historischen Grenzen endlich für sich – es war nun sowohl »juden-« als auch »deutschenrein«. Die Polen sahen 1945 bloß als Ablösung einer Besatzungsmacht durch eine andere und die Ungarn als eine weitere Niederlage, die dazu führte, dass das Trianon-Trauma nicht verarbeitet, sondern weiter vertieft wurde. Diese unterschiedlichen Wahrnehmungen des Kriegsendes erklären – zumindest teilweise –, warum die Populisten, die in Polen und Ungarn an der Macht sind, starke nationalistische und antiliberalen Tendenzen zeigen, während die tschechische populistische ANO-Partei (die zusammen mit den Christ- und den Sozialdemokraten die jetzige Regierung bildet) eher einen technokratischen Populismus praktiziert, der moderat pro-europäisch ist und nach außen hin keine antiliberalen Züge aufweist (ihre Islamophobie folgt eher dem europäischen Mainstream, der den Islam als potenzielle Gefahr für die liberalen – nicht für die christlichen oder nationalen – Werte darstellt).

*Auf dem Weg zu einer kritischen Genealogie der postdissidentischen
Ideologie*

Nachdem ich die grundlegenden Unterschiede zwischen den beiden Lesarten unserer gegenwärtigen Krise skizziert und mich der Letzteren angeschlossen habe, kann ich nun ihre unterschiedlichen Implikationen für eine kritische Reflexion der Krise gegenüberstellen. Wenn wir beide Lesarten als »postutopisch« klassifizieren, unterscheiden sie sich darin, welche Utopie sie überwinden wollen. Nach der ersten Lesart sind wir weiterhin mit den Konsequenzen der kommunistischen Utopie konfrontiert, die zu einer dystopischen totalitären Herrschaft geführt hat. Ihre materiellen und spirituellen Folgen waren angeblich so verheerend, dass wir 25 Jahre nach ihrem Ende noch immer nicht die Wüste hinter uns gelassen und den sicheren Hafen der liberalen Demokratie erreicht haben. Die zweite Lesart sucht die Ursachen unserer jetzigen Krise in jener Utopie, welche die nach dem Scheitern der kommunistischen und anderer linker revolutionärer Träume entstandene Leere gefüllt hat. Während die erste Lesart bedauert, dass die postkommunistischen Eliten es nicht

geschafft haben, den Übergang zu vollenden, behauptet die zweite Lesart, dass diese Eliten ihre Arbeit sehr wohl getan haben und dass genau darin das Problem liegt.

Die Unterscheidung zwischen den beiden Lesarten ist freilich eher analytisch als real; das heißt, sie können kombiniert werden. Kaczyński und Orbán haben genau das gemacht: Beide haben sich im Namen ihrer jeweiligen ethnisch verstandenen Nation gegen den Kommunismus (sie verwenden die Bezeichnung »Postkommunismus« abwertend für die Kontinuität mit der kommunistischen Vergangenheit) und gegen den Liberalismus, der ihn beerbte, ausgesprochen. In diesem Sinne haben beide ein – für unsere Region typisches – rechtspopulistisches ideologisches Repertoire entwickelt. Es beschwört eine Bedrohung der konkreten nationalen Identität durch einen abstrakten Universalismus, der der Nation von transnationalistischen Kräften aufgezwungen wurde – vor 70 Jahren vom Kommunismus und dann vor fast 30 Jahren vom Liberalismus. Hier soll für die zweite Lesart plädiert werden. Unsere postutopische Zeit ist geprägt von der Krise der liberal-demokratischen Utopie. Nicht die dystopischen Konsequenzen der alten revolutionären Träume haben wir heute zu bewältigen, sondern jene der postrevolutionären Träume.

Eine Kritik der liberalen Utopie, wie ich sie vorschlage, kommt nicht von außen – wie die Angriffe der Populisten –, sondern von innen; das heißt, sie akzeptiert zumindest einen Teil der grundlegenden Werte ihres Gegenstands. So vermeiden wir, dass das Kind mit dem Bade ausgeschüttet wird: Mit der Kritik der Funktion von Menschenrechten und liberalen Prozeduren im globalen Kapitalismus sollen diese nicht als solche verworfen werden. Stattdessen werden wir gegen deren populistische Totsagung kämpfen, während wir gleichzeitig die »Demo-Phobie« der postkommunistischen liberalen Eliten vermeiden, die dazu neigen, jegliche Kritik am europäischen Projekt, an der Globalisierung oder an neoliberaler Politik sofort als faschistische Bedrohung für die Demokratie abzustempeln. (So fielen beispielsweise nach dem Brexit-Referendum führende pro-europäische Meinungsmacher in Tschechien einer Art »demo-phobischen Hysterie« anheim und plädierten dafür, dass es ungebildeten Leuten aus den unteren Schichten forthin nicht mehr erlaubt sein sollte, an kollektiven Entscheidungen über solch wichtige Themen teilzuhaben.) Mit anderen Worten, die immanente Kritik an der postrevolutionären hegemonialen Ideologie sollte sowohl die Charybdis des

(nationalistischen) Populismus als auch die Scylla des (globalistischen) Elitismus meiden.

Unsere Kritik sollte sich an ähnlichen Ansätzen aus den letzten Jahren orientieren, wie sie von einigen westlichen liberalen Intellektuellen praktiziert wurden, und sie weiterentwickeln. So deckte der Historiker Tony Judt die Rolle auf, die der Liberalismus bei der Ablenkung von der Demontage des Wohlfahrtsstaats spielte, die just zu der Zeit betrieben wurde, als die liberalen Menschenrechtler den Fall des Sowjetkommunismus feierten. Eine ähnliche immanente Kritik wurde von David Rieff vorgebracht – als Korrektiv zum neuen Humanitarismus und globalistischen Interventionismus, dessen führender intellektueller Vertreter er selbst in den 1990er Jahren war. Als Erben der mitteleuropäischen Dissidenz müssen wir genauso vorgehen. Anstatt dieses Erbe als eine Lösung für unsere Krise zu beschwören, müssen wir es kritisch betrachten – als etwas, das zumindest teilweise zu dieser Krise beigetragen hat und damit Mitverantwortung für sie trägt. Solch eine kritische Genealogie des dissidentischen Denkens der 1970er und 1980er Jahre sollte die konstitutiven Elemente dieses Denkens freilegen und zeigen, wie zumindest einige der Dissidenten begannen, eine rückschrittliche Rolle zu spielen, sobald sie Teil des hegemonialen Konsenses der 1990er und 2000er Jahre wurden.

Für die Tschechen bietet Václav Havel das beste Beispiel. Sein Werdegang verkörpert die Transformation von einer emanzipatorischen Menschenrechtstheorie zu einer reaktionären Verteidigung des (neo-)liberalen Kapitalismus und des amerikanischen globalen Imperiums (dessen militärische Abenteuer er vorbehalt- und bedingungslos unterstützte). Die Distanz zwischen den beiden Positionen wirkt umso größer, wenn wir bedenken, dass er in seinem berühmtesten politischen Essay – »Die Macht der Ohnmächtigen« (1978) – mindestens in drei Aspekten der Neuen Linken der späten 1960er sehr nahestand. Wir finden dort folgende Positionen:

- erstens eine Kritik an großen, entfremdenden und anonymen Strukturen im Namen kleiner spontaner Assoziationen handelnder Individuen (Havels Version von »small is beautiful«);
- zweitens eine symmetrische Ablehnung sowohl des sowjetischen Einparteiensystems als auch des westlichen Mehrparteiensystems; und ebenso eine Ablehnung der allgegenwärtigen Bürokratie im Osten wie der grenzenlosen Akkumulation von Kapital im Westen;

- drittens die Betonung auf dem authentischen Charakter bürgerlichen Handelns, das in einer tiefen Überzeugung und Hingabe des Individuums wurzeln muss (Havels Version des Slogans »das Persönliche ist politisch«).

Havels Essay ist ein radikaler Text mit starken anarchistischen Neigungen: Er lehnt das bestehende System im Namen von »face-to-face«-Gemeinschaften ab, in denen die Menschen ihre Authentizität wiedererlangen, der sie durch den westlichen Kapitalismus ebenso wie durch den sowjetischen Sozialismus beraubt wurden. Havel gehörte nie zur Neuen Linken, aber er war ein Mann der 1960er Jahre und sein Essay ist durchtränkt vom Zeitgeist dieser Epoche. Er liest sich weniger wie der Aufruf eines osteuropäischen Reformkommunisten, der dem Staatssozialismus ein menschliches Antlitz zu verleihen sucht, sondern eher wie das Plädoyer eines idiosynkratischen westlichen 68ers. Es gibt eine interessante Parallele zwischen der Kontinuität von Havels quasi-neulinken Ansichten einerseits und seiner Verteidigung der Menschenrechte und deren Verbindung mit dem Werdegang einiger westlicher 68er andererseits. Im Westen war die Neue Linke mit ihrer Ablehnung der großen hierarchischen Organisationen und Staatsbürokratien der alten Linken für viele Menschen eine Brücke zwischen dem Bekenntnis zu einer revolutionären Utopie und der Utopie der Menschenrechte.

Man denke beispielsweise an Jean-Paul Sartre und Bernard Kouchner. Von den späten 1940ern bis in die späten 1960er war Sartre ein *fellow traveller* der Kommunistischen Partei und investierte dementsprechend viel Energie in das Leugnen der Verbrechen des sowjetischen Regimes oder in das Darüberhinwegsehen. In den späten 1960ern jedoch gab er diese Position auf und schloss sich den französischen Maoisten an. Zehn Jahre später verteidigte er – zusammen mit seinen früheren maoistischen Genossen – die Menschenrechte der vietnamesischen »Boatpeople«. Diese Kampagne wurde von Bernard Kouchner mitorganisiert, dessen Werdegang ähnlich zusammengefasst werden kann: von seiner Mitgliedschaft in der kommunistischen Jugend über die Erfahrung der Proteste des Mai 1968 und des Biafra-Kriegs hin zu einem globalen Aktivismus und – später – westlichen Interventionismus im Namen der Menschenrechte. Mitgliedern der jüngeren Generationen blieb die kommunistische Phase erspart, jedoch durchliefen auch sie eine ähnliche Entwicklung:

Bernard-Henri Lévy und André Glucksmann, die in den späten 1960ern als Maoisten begannen, endeten in den späten 1970ern als Verteidiger der Menschenrechte der vom sowjetischen Regime Unterdrückten.

Was die Neue Linke mit der Verteidigung der internationalen Menschenrechte und mit dem ökonomischen (Neo-)Liberalismus verbindet, ist ihr Misstrauen dem Staat gegenüber. Und dieses Misstrauen hat in den Köpfen sowohl Havels als auch vieler westlicher 68er überlebt, selbst nachdem ihre Vorbehalte gegenüber dem Markt nachgelassen hatten. Havel jedoch gab schon früh seine Reserviertheit gegenüber dem westlichen Mehrparteiensystem auf. Ab Mitte der 1980er Jahre propagierte er die Wiedereinführung des politischen Pluralismus nach westlichem Modell als Ziel der tschechischen Dissidentenbewegung, mit den Menschenrechten und der Zivilgesellschaft als konstitutive Elemente. In den späten 1980ern betonte er den qualitativen Unterschied zwischen dem Bürgeraktivisten, der in seinem Handeln moralischen Prinzipien folgt, und dem Handeln eines Politikers, der ein bestimmtes Programm oder eine Ideologie durchsetzen will. Noch im September 1989 (also drei Monate bevor er das Angebot annahm, Präsident der Tschechoslowakei zu werden) berief er sich auf diese Unterscheidung und beanspruchte für sich selbst lediglich die Rolle eines Bürgeraktivisten ohne jegliches Interesse, ein politisches Amt zu bekleiden.

Das Problem ist nicht, dass er seine Meinung revidiert hat, sondern dass er sein Handeln nicht geändert und seine eigene Unterscheidung zwischen ziviler und politischer Rolle nicht beherzigt hat. Er wurde Politiker, benahm sich aber so, als wäre er nach wie vor ein Aktivist, der nach den moralischen Prinzipien der Menschenrechte handelt. So wurden Menschenrechte und die Zivilgesellschaft zu seiner Ideologie. Sie fingen an, eine Rolle zu spielen, die ihnen – seinen Überzeugungen der späten 1980er Jahre nach – nicht zukam. Diese Vermischung der Genres – zusammen mit Havels bedingungsloser Loyalität dem amerikanischen Imperium gegenüber – ist einer der Hauptgründe, warum er in den 1990er und 2000er Jahren zum exakten Gegenteil dessen wurde, der er in den 1970er und 1980er Jahren war: Aus dem Rebell, der einem etablierten System trotzte, wurde sein wirkmächtiger symbolischer Repräsentant und Verteidiger. Er verwandelte sich darüber hinaus von einem Propheten in einen Priester, eine Art Papst, der mit seinem Charisma jeden Caesar salbte, der ins Weiße Haus einzog, mit der Ausnahme von Barack Obama,

dessen fehlendem imperialistischen Eifer er mit einem gewissen Recht misstraute.

Diese traurige Karriere ist an sich nicht bedeutend – die Geschichte ist voll davon. Sie liefert aber ein gutes Beispiel dafür, was mit den Menschenrechten als letzter Utopie nicht stimmte. Das Problem war nicht ihr inhaltlicher Wert, sondern die Tatsache, dass sie zu einer Ersatzideologie wurden. In dieser Funktion dienten die Menschenrechte nicht nur der Rechtfertigung amerikanischer militärischer Interventionen, sondern verdrängten auch andere wichtige Themen von der politischen Bühne – zum Beispiel die Frage nach der sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit des Finanzkapitalismus auf unserem Planeten. Der Liberalismus der Menschenrechte wurde eingesetzt als ideologischer Deckmantel für die uneingeschränkte Akkumulation von Kapital, die noch direkter von seinem Zwilling, dem marktwirtschaftlichen Liberalismus, verteidigt wurde. Diese beiden Liberalismen repräsentierten zwei universalistische Antlitze der postrevolutionären Utopie. In unserer Region hatte sie ein weiteres Antlitz, das in dem Slogan »Rückkehr nach Europa« seine Formel fand und – in Tschechien – ebenso von Havel repräsentiert wurde. Diese Utopie hatte ihren Ursprung im Diskurs über die mitteleuropäische Identität, der in den frühen 1980er Jahren bei den tschechischen, ungarischen und polnischen Dissidenten aufkam. Im Gegensatz zu den 1960er Jahren, als wenigstens einige von ihnen den sowjetischen Sozialismus menschlicher und demokratischer machen wollten, begannen sie etwa zehn Jahre später einzusehen, dass das politische Dilemma ihres jeweiligen Landes in der Unterdrückung ihrer kulturellen Identität durch ein Imperium lag, das im besten Fall eine fremde Kultur und im schlechtesten einen asiatischen Barbarismus verkörperte. Im Rückblick können wir sehen, dass dies ein huntingtonischer Diskurs über den »Kampf der Kulturen« *avant la lettre* war. Während das österreich-ungarische Imperium, aus dem die mitteleuropäischen Länder hervorgingen, ein Teil der lateinisch-christlichen, sprich der westlichen Zivilisation, war, fanden sich diese Länder später unter der Herrschaft eines Imperiums wieder, welches das Vermächtnis des orthodoxen Christentums übernommen hatte und dadurch keinerlei kulturelle Voraussetzungen für die Entwicklung moderner demokratischer Institutionen besaß.

Geopolitisch implizierte dieser Diskurs über die mitteleuropäische Identität die Forderung nach einer Befreiung der Region von der sowje-

tischen Herrschaft. Allerdings wohnte ihm eine Mehrdeutigkeit inne. Der Begriff »Mitteleuropa« als solcher scheint diese Region vom Osten wie vom Westen zu unterscheiden und sie irgendwo dazwischen anzusiedeln. Bei genauerem Hinsehen jedoch unterstreicht er in den meisten Texten von Václav Havel, Milan Kundera, Adam Michnik und György Konrád den Unterschied zum Osten und die Zugehörigkeit zum Westen. Dieses Denken bereitete den Boden für den Ruf der frühen 1990er Jahre nach einer »Rückkehr nach Europa«, eine Parole, die auf das Adjektiv »westlich« verzichten kann, weil sie davon ausgeht, dass Russland als Herzstück des sowjetischen Imperiums, dem wir endlich entkommen sind, kein Teil Europas ist. Die Rückkehr nach Europa lief also auf die Rückkehr zum Westen hinaus, und da der Anführer des Westens unzweifelhaft die USA waren, schloss der Slogan diese mit ein. Um 1990 herum war der Begriff »euro-atlantische Zivilisation« noch nicht weit verbreitet, aber als er es war, eigneten die führenden Personen des zentraleuropäischen Identitätsdiskurses ihn sich ohne zu zögern an, da er die Identität des Westens und Europas präzise und explizit ausdrückte.

Zu der Zeit, als Havel und Michnik die amerikanische Irak-Invasion von 2003 verteidigten, hatte sich der Inhalt der von ihnen beschworenen mitteleuropäischen Identität grundlegend verändert. In den 1980er Jahren wurde Mitteleuropa als eine durch ihre Nähe zum Osten beschädigte Region betrachtet – gezeichnet durch eine rückständige Wirtschaft und autoritäre Regierungsformen. 20 Jahre später jedoch verwandelte sich die mit dem Osten geteilte Geschichte von einem Defekt in einen Vorzug. Die Erinnerung veränderte sich dementsprechend – der Akzent lag nun nicht mehr auf den Jahrhunderten, die man unter Österreich-Ungarn verbracht hatte, sondern eher auf den Jahrzehnten im Einflussbereich des sowjetischen Imperiums. Diese spätere Erfahrung sollte die Mitteleuropäer wachsamer gegenüber jeglichen Herausforderern der westlichen Hegemonie machen, zu der sie sich nunmehr als vollwertige Mitglieder der »euro-atlantischen Zivilisation« bekannten. Wie ihre enthusiastische und vorbehaltlose Unterstützung von Bushs Irak-Invasion im Frühjahr 2003 zeigt, waren die Mitteleuropäer bereit, die gelernten Lektionen auf einen anderen Osten als den eurasischen anzuwenden. Die heilige Mission von Havel, Michnik und ihresgleichen war es jetzt, Donald Rumsfeld zu helfen, den Hang der verzogenen Westeuropäer zur Appeasement-Politik zu überwinden, denn in ihrer komfortablen Nachkriegszeit hatten jene

jegliche Fähigkeit verloren, aufzustehen und gegen das Böse zu kämpfen. Im Kontrast zu diesem »alten Europa«, schwach und weibisch, erhob sich Mitteleuropa aus der Asche des Kommunismus als das »neue Europa«, voller Energie und Entschlossenheit, für die Werte der westlichen Zivilisation und den Erhalt ihrer Hegemonie in der Welt zu kämpfen. Angesichts der Tatsache, dass der Westen seit zehn Jahren im Begriff ist, langsam, aber unwiderruflich seine globale Machtstellung zu verlieren, trifft sich dieser neue Diskurs über die mitteleuropäische Identität mit dem Diskurs über den Niedergang des Westens. Als die Flüchtlingskrise ausbrach, zeigte sich dieser Niedergang nicht nur an der geopolitischen Schwächung, also an den Außenbeziehungen zu den nicht-westlichen Teilen der Welt, sondern auch an der inneren Schwächung, die angeblich durch die Akzeptanz und Anerkennung nicht-westlicher Kulturen und Religionen wie z.B. des Islam in Westeuropa eingeleitet wurde. Wie bereits 2003 wurde Mitteleuropa abermals zur Avantgarde Europas, deren Mission in nichts Geringerem als in der Rettung Westeuropas vor seiner selbstmörderischen Offenheit gegenüber dem nicht-europäischen Anderen besteht.

Es wäre freilich ungerecht, dem Erbe der dissidentischen Mitteleuropa-Idee die Schuld dafür zu geben, dass die fremdenfeindlichen Äußerungen (insbesondere die islamophoben) in dieser Region gröber und unversteltter sind als in Westeuropa. (Havels postdissidentisches Lager in Tschechien ist tatsächlich gespalten zwischen fremdenfeindlichen Positionen, wie sie von Alexandr Vondra, Tomáš Pojar und Michael Žantovský vertreten werden, und moderaten liberal-konservativen Verteidigern der Rechte für Flüchtlinge und Muslime in Europa wie Tomáš Halík oder Karel Schwarzenberg.) Zugleich muss man sagen, dass die Mitteleuropa-Idee kein Gegengift enthält, das sie immun machen würde gegen den Hass gegenüber Nichteuropäern. Der Grund ist einfach: Von ihren Anfängen in den frühen 1980er Jahren an war die Idee durch und durch eurozentristisch, wenn nicht euroautistisch – und ist es bis heute. Wenn globalistische Intellektuelle wie Havel von der Menschheit sprachen, hatten sie immer nur ihren westlichen Teil im Kopf. Hier kann uns der genealogische Ansatz helfen. Der Ursprung der Mitteleuropa-Idee liegt in dem Wunsch, den Eisernen Vorhang zu überwinden – nicht als Barriere, die uns vom Rest der Menschheit, sondern als Barriere, die uns vom Westen isolierte und in einem orientalischen Imperium gefangen hielt, zu dem wir – unseren westlichen Werten zufolge – nicht gehörten. Ist es da

verwunderlich, dass wir keinerlei Solidarität mit den Orientalen empfinden, die versuchen, die europäische Küste zu erreichen und sich uns anzuschließen? Viele von Havels engsten Mitarbeitern aus der Zeit seiner Pro-Bush- und Anti-Russland-Kampagnen der späteren Jahre ziehen einfach eine logische Verbindung von seiner standhaften Verteidigung des Westens zur heutigen Flüchtlingsfeindlichkeit und Islamophobie: So wie wir die eine Gefahr aus dem Osten, die Russen, abwehren müssen, die unsere Zivilisation von außen bedrohen – denken sie –, müssen wir die andere Gefahr aus dem Osten, die Muslime, abwehren, die unsere Zivilisation von innen auszuhöhlen versuchen.

Aus dem Englischen von Fyodor Shulgin



www.eurozine.com

The most important articles on European culture and politics

Eurozine is a netmagazine publishing essays, articles, and interviews on the most pressing issues of our time.

Europe's cultural magazines at your fingertips

Eurozine is the network of Europe's leading cultural journals. It links up and promotes over 100 partner journals, and associated magazines and institutions from all over Europe.

A new transnational public space

By presenting the best articles from the partner magazines in many different languages, Eurozine opens up a new public space for transnational communication and debate.

The best articles from all over Europe at **www.eurozine.com**

eurozine

Balázs Trencsényi
TRANSIT WO HIN?

Die Rückkehr der Geschichte, nachdem sie eine Weile
als vermisst galt

Ein Abschiedsgruß an eine Zeitschrift – und an ein Genre?

In der Kultur Ostmitteleuropas waren historische Essays ein besonders einflussreiches Genre. Es war in die großen Debatten eingebettet, die sich um die verschiedenen Vorstellungen von den wünschenswerten und – häufiger – nicht wünschenswerten Wegen entspannen, die das jeweils eigene Land einschlug. Man könnte die Behauptung wagen, dass die wenigen klassischen Schriften des ostmitteleuropäischen politischen Denkens, die diese Region global sichtbar gemacht haben, eben in diesem und nicht in dem eher akademisch-technischen Genre der politischen Abhandlung abgefasst wurden.

Die erste Welle dieser Schriften wird normalerweise mit dem *Fin de Siècle* und dem damaligen Aufkommen eines neuen Typus des politischen Intellektuellen in Verbindung gebracht, der von den Institutionen unabhängig war, die für die vorangegangenen Generationen noch der zentrale Ort ihrer politischen Selbstentfaltung war. Diese neuen politischen Figuren versuchten, mit ihren Ideen statt mit ihrem sozialen Status oder ihrer institutionellen Macht Einfluss auszuüben; dabei standen sie den lokalen gesellschaftlichen und kulturellen Traditionen kritisch gegenüber und entwarfen Entwicklungsszenarien, die sich aus ihrer radikalen Umdeutung der Vergangenheit ergaben.

In der Zwischenkriegszeit sowie in den Jahren unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg erlebten solche Essays einen Boom. Viele wichtige Autoren aus der Region brillierten mit selbstreflexiven Stücken, in denen sie über den Ort ihrer jeweiligen Nation im europäischen Kontext wie auch über die ihrer Generation zufallende besondere Aufgabe nachsannen, eine Synthese aus westlicher Zivilisation und den lokalen kulturellen Empfindsamkeiten und sozialen Strukturen zu schaffen. Während die

politischen Haltungen dieser Autoren manchmal radikal auseinandergingen, von dem liberalen politischen Journalisten Ferdinand Peroutka und dem Schriftsteller Antoni Słonimski bis zu dem Radikaldemokraten Karel Čapek, dem linksgerichteten Populisten István Bibó, dem antitotalitären Konservativen Karel Schwarzenberg, dem christlichen Humanisten Mihály Babits oder dem kommunistischen Soziologen Ivan Hadžijski, so verfolgten sie doch alle die sozialen, kulturellen und politischen Entwicklungen ihres jeweiligen Landes mit kritischem Blick und verorteten sie in einem europäischen Bezugssystem – dergestalt, dass sie das Ideal eines »westlichen« Entwicklungsverlaufs ansetzten, das es ihnen erlaubte, nicht nur den eigenen Abstand zu diesem Ideal, sondern auch jenen der westlichen Demokratien der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu verfolgen. Internationale Aufmerksamkeit erhielt die ostmitteleuropäische Kultur des historischen Essays aber erst in den 1960er bis 1980er Jahren, ein Zeitraum, in dem eine Neuverhandlung kultureller und nationaler Identitäten zu beobachten war, im Hinblick sowohl auf die mit dem Projekt eines »Sozialismus mit menschlichem Antlitz« verbundenen Hoffnungen und deren anschließende Enttäuschung als auch auf das gemeinsame kulturelle und politische Erbe Europas. Die Angehörigen der Warschauer ideengeschichtlichen Schule erzählten komplexe Geschichten über die Ambiguitäten der europäischen revolutionären Tradition. Andere, wie Pawel Jasienica, wandten sich der nationalen Geschichte und dem Nachdenken über die Bedeutung des nationalliberalen Erbes als einer Ressource für eine nichtkommunistische alternative Öffentlichkeit zu oder versuchten, wie Jenő Szűcs, historische Mythen über die nationale Einzigartigkeit zu entzaubern, um damit das Aufkommen eines neostalinistischen Nationalkommunismus zu verhindern.

In den 1970er und frühen 1980er Jahren blühte die Essaykultur der »Untergrundöffentlichkeit«, zu der so paradigmatische Werke wie Jan Patočkas *Ketzerische Essays zur Philosophie der Geschichte* (Samisdat 1975), György Konráds *Traum von Mitteleuropa* (1983) oder Adam Michniks *Letters from the Prison* (1986) gehörten. Das vermutlich bekannteste Kapitel dieser Literatur war die Debatte über die kulturelle und politische Physiognomie und das Erbe Mitteleuropas, eines der wenigen intellektuellen Themen, die diesem Teil der Welt internationale Aufmerksamkeit zuteilwerden ließen. Die Stimmen von Milan Kundera, »Un occident kidnappé ou la tragédie de l'Europe centrale«

(1983), oder Czesław Miłosz, *Emperor of the Earth* (1977), deren Fragestellungen die durch den Kalten Krieg gezogenen Grenzen unterliefen, wurden von intellektuellen Kreisen in Paris oder New York vernommen und sogar noch verstärkt. Das Bedürfnis, die Beziehung der jeweiligen nationalen Kulturen zu ihrem regionalen und europäischen Kontext neu zu denken, brachte zudem auch komplexe Vorstellungen von nationaler Zugehörigkeit hervor, wie sie etwa von Jan Józef Lipskis Essay über Patriotismus oder von Danilo Kiš' These vom Nationalismus als Kitsch inspiriert wurden.

Man hätte nun annehmen können, dass die im *annus mirabilis* 1989 erlangte Freiheit den Einfluss dieses Genres verstärken würde, so wie es sich mit anderen intellektuellen und kulturellen Phänomenen, etwa mit der Umweltbewegung oder dem Underground Rock, verhielt, die in dem Jahrzehnt vor dem politischen Umbruch an Gewicht gewannen. Paradoxerweise aber verloren diese metapolitischen Diskurse langsam an Einfluss, und zwar in dem Maße, wie die direktere Sprache der Parteipolitik die öffentliche Aufmerksamkeit absorbierte. Darüber hinaus versetzten die Transformation der Öffentlichkeit mit dem Aufkommen des digitalen Zeitalters und der Wandel in den Strukturen der akademischen Wissensproduktion dem historisch-metapolitischen Essay einen empfindlichen Schlag. Sein Ort wurde nun zum einen von rein akademischen Artikeln besetzt, die dem globalen angloamerikanischen Modell folgten, und zum anderen von der Blogkultur, welche die subjektiven und unverbindlichen Elemente der Essaytradition radikalisierte.

In meinem kurzen Beitrag möchte ich zum anscheinend untergehenden Genre des historischen Essayismus zurückkehren – sowohl als Hommage an diese Tradition, die so eine prominente Rolle in der ostmitteleuropäischen Kultur gespielt hat, als auch aus Respekt vor der Zeitschrift *Transit – Europäische Revue*, die über mehr als zwei Jahrzehnte als eine der letzten Bastionen dieser Art von intellektuellen Unternehmungen fungiert und von Beginn an ein Forum für den Austausch von Ideen zwischen Ost und West geboten hat. Ein weiterer Grund ist, dass dieses Genre die kritische Reflexion gerade in Zeiten der Krise pflegt. Dies alles inmitten des Kampfes um die Central European University niederzuschreiben – eine symbolische Antiklimax zur Nachwendezeit –, lässt den Autor die Dringlichkeit, die gegenwärtige Krise in einen größeren Kontext zu stellen, nur umso deutlicher empfinden.

Das prägende Merkmal der historischen Essaytradition, auf die ich mich hier beziehe, war die Aufgabe der Historisierung: Es sollten die Genealogien von Phänomenen nachgezeichnet werden, die für die Krise in der Gegenwart als symptomatisch galten. Diese genealogischen Ansätze wurden oft als Sonderwege paraphrasiert, konnten aber auch ergebnisoffen sein und die Existenz paralleler und sich gabelnder Entwicklungen gestatten, die der Borges'schen Allegorie des »Gartens der Pfade, die sich verzweigen« ähneln. Eine solche Historisierung scheint heute besonders notwendig und hilfreich, um die Entwicklungen der letzten drei Jahrzehnte in dieser Region zu verstehen, die bis vor kurzem noch als permanente Gegenwart aufgefasst wurden, nicht ohne Beziehung zur Ausrufung des Endes der Geschichte im Sinne des Verschwindens glaubwürdiger Alternativen zur liberalen kapitalistischen Weltordnung.

Die Professionalisierung der Politikwissenschaft und generell die »Verwestlichung« der Sozialwissenschaften in Ostmitteleuropa nach 1989 haben eine Hinwendung zu ahistorisch verfahrenen Ansätzen (wie etwa Theorien der Verteilungsgerechtigkeit oder Spieltheorien) mit sich gebracht, die eine Kontextualisierung zugunsten universaler Interpretationsrahmen eliminiert haben. Bei der Prognose und Erklärung der Entwicklungen des vergangenen Jahrzehnts sind diese Ansätze allerdings gescheitert und haben das Bedürfnis entstehen lassen, die Art und Weise, wie die verschiedenen Länder und Gesellschaften auf die Krise reagiert haben, zu rekontextualisieren. Solch eine Betrachtung sucht weniger nach logischen oder strukturellen Notwendigkeiten als nach den vielfältigen »Dimensionen«, die uns ein realistischeres Verständnis dessen erlauben, was geschehen ist.

Longue-durée-Kontinuitäten: Das Leben ist anderswo ...

Die ostmitteleuropäische politische und kulturelle Geschichte ist oft in einen narrativen Rahmen langfristiger Kontinuitäten eingefasst worden, wobei die interpretativen Modelle und die Lehren aus der Geschichte höchst unterschiedlich ausfallen konnten. Ein Typus dieses Narrativs konzentriert sich auf den semiperipheren Status dieser Gesellschaften und Kulturen. Bei ihrem Bemühen darum, das Niveau des »Zentrums« zu erreichen, erlitten sie wiederholt Rückschläge, sowohl infolge ihrer geographischen Position, durch die sie nichtwestlichen kulturellen, sozia-

len und ökonomischen Einflüssen ausgesetzt waren, als auch – was von größerem Belang ist – aufgrund einer asymmetrischen Verflechtung mit ebenjenem westlichen Zentrum, nach dem sie sich so sehnten.

Eine andere Perspektive konzentriert sich auf eine *longue-durée*-Kontinuität in Gestalt des wiederkehrenden Auftretens eines (post-)romantischen Nationalismus, der Selbst- und Fremdbilder strukturiert und die Region damit prägt. Man kann hier von einem langfristigen intellektuellen Erbe sprechen, wobei die nationale Romantik in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts einen Darstellungscode festgelegt hat und auch danach die wesentliche Matrix des Identitätsdiskurses blieb, wobei dieser allmählich in die Phase eines banalen Nachlebens eintrat, dem die kulturelle Kreativität und der metaphysische Glanz der ursprünglichen romantischen Weltanschauung fehlten. Ein Hauptelement dieses (post-)romantischen kulturell-politischen Diskurses in Ostmitteleuropa war die Nationalisierung sozialer Konflikte. Sie hatte langfristige Auswirkungen, insofern das Programm der gesellschaftlichen Emanzipation sich hoffnungslos in einen Kampf gegen die ethnisch Anderen verwickelte – üblicherweise Mitglieder der modernisierteren Gesellschaftsschichten. Dies führte dazu, dass die im Entstehen begriffenen nationalstaatlichen Projekte begannen, ebenjene sozialen Gruppen zu eliminieren, die in ihren Augen eine fremde Art von Moderne repräsentierten. Dies ist der Mechanismus, durch den sich der romantische kulturell-politische Diskurs letztlich in der Zwischenkriegszeit in sein negatives Anderes verkehrt hat, seine »dunkle Seite«, und der auch eine Brücke zu den faschistischen, stalinistischen und poststalinistischen Projekten der nationalen Homogenisierung bot.

Während sich das erste Narrativ auf die soziokulturellen und sozioökonomischen Aspekte und das zweite auf Ideologien konzentriert, könnte man von einem weiteren Narrativ sprechen, das versucht, politische Kulturen und Ideen miteinander zu verbinden, und dabei mehr die Höhen und Tiefen der Demokratisierung – angetrieben von einem Impuls des Aufholenswollens – im Blick hat. Das Wechselspiel dieser Phasen entsprang dem Gefühl einer größer werdenden Differenz zwischen dem westlichen Zentrum und den Ländern der Peripherie, besonders während der Aufklärung, als sich das zivilisatorische Bezugssystem zunehmend verschob. Genauer gesagt, verschränkten sich die zivilisatorischen Hierarchien entlang der zeitlichen Achse (fortgeschritten vs. weniger fortgeschritten) und der räumlichen (Nähe zum Zentrum vs. Peripherie): Danach wächst mit

der Entfernung zum Zentrum der Grad der Rückständigkeit, ebenso wie das jeweilige Stadium des Nichtwestens ein Spiegelbild der Vergangenheit des Westens bietet.

Das Paradigma des Aufholens ist von den ostmitteleuropäischen Eliten rasch verinnerlicht worden, nicht zuletzt, da die tiefgreifende Transformation der politischen und ideologischen Landkarte Europas gegen Ende des 18. Jahrhunderts ihnen die Unangemessenheit der für das Ancien Régime typischen ständebasierten Politik deutlich machte.

Dadurch wurde eine bestimmte Dynamik erzeugt, die in vielerlei Hinsicht die politische Kultur der gesamten Region geprägt hat. Diese Dynamik beruhte auf einer durch kulturellen Transfer getragenen steilen Lernkurve der Eliten und resultierte in einer Synchronisierung, wie sie sich in Momenten der Destabilisierung imperialer Systeme vollzieht. Sie führte zu Bemühungen, die politische Teilhabe auszuweiten und die neuesten, als vorbildliche Praktiken angesehenen rechtlichen und sozialen Normen des Westens zu implementieren. Man kann dies als den Durchbruch eines »liberaldemokratischen« Impetus bezeichnen, ungeachtet dessen, dass sich die Gehalte von Liberalismus und Demokratie in den letzten zweihundert Jahren stark verändert haben. Feststellen können wir solche Momente der Synchronisierung im Kontext der Übernahme von Grundsätzen der Französischen Revolution, im Völkerfrühling von 1848, in der Zeit der Bildung von Nationalstaaten in Südosteuropa in den 1860er bis 1870er Jahren, in der Folge des Ersten Weltkriegs und, kontroverser, auch in der unmittelbar an den Zweiten Weltkrieg anschließenden Periode; außerdem bis zu einem gewissen Grad in den 1960er Jahren, als die Idee eines »Sozialismus mit menschlichem Antlitz« aufkam, und schließlich auch nach 1989, als die Wiedergewinnung nationaler Souveränität nach dem Ende der geopolitischen Vorherrschaft der Sowjetunion mit der Übernahme westlicher Modelle in eins zu fallen schien, was dann mit dem Beitritt zur Europäischen Union zu einem krönenden Abschluss kommen sollte.

So rasch sich die Verinnerlichung westlicher Normen vollzog, so unerwartet brach der Antrieb zu diesem Prozess zusammen. Die Krise der pro-westlichen ideologischen Konfigurationen fällt offensichtlich exakt mit dem Siegeszug der Massenpolitik zusammen. Die Eliten, die den Aufholplan betrieben und mit der Idee der Demokratisierung verknüpften, hatten eine schrittweise Transformation im Sinn, die ihre Gesellschaften in Richtung einer stärker partizipatorischen Politik lenken sollte, wäh-

rend sie selbst ihre gesellschaftliche und intellektuelle Wächterposition weiterhin besetzt hielten. Es waren aber just die von dieser Elite geschaffenen Rahmenbedingungen, die den Raum für alternative politische Projekte schufen, die häufig von örtlichen »B-Eliten« ausgingen, Gruppen also, die danach strebten, als Eliten anerkannt zu werden, denen es aber an den kulturellen und sozialen Kompetenzen und Ressourcen mangelte, um als gleichwertig akzeptiert zu werden. Von der Demokratisierungswelle nach oben gespült, bedienten sie sich diverser Techniken, um die Massen, die sich von der Rasanz und Radikalität der Reformen überfahren fühlten, gegen deren Initiatoren zu mobilisieren. Indem sie im Namen des Volkes sprachen, konnten sie Bewegungen schaffen, die sich um charismatische Anführer scharten und die ursprünglich intendierte Ausweitung der politischen Teilhabe in eine autokratische Richtung trieben.

Aus dieser Perspektive betrachtet, erscheinen die Entwicklungen in Ostmitteleuropa nach 1989 weniger bizarr. Während die samtene und nicht so samtene Revolutionen und der anschließende Beitrittsprozess zu Europa für viele Menschen die Aussicht auf einen »Bruch« mit der Vergangenheit und den Eintritt in eine neue Ära eröffneten, in der die Unterschiede zwischen Ostmitteleuropa und dem Westen verschwinden würden, wurde besonders nach 2010 deutlich, dass die wirtschaftlichen, politischen und soziokulturellen Differenzen weiterhin groß bleiben würden. Tatsächlich ist die Teilhabe am europäischen Wirtschaftsraum von Merkmalen gekennzeichnet (wie die unausgewogene Handelsbilanz, die Abhängigkeit von EU-Subventionen, die nur in eine Richtung verlaufende Arbeitsmigration und das gleichzeitige Wachstum der Heimatüberweisungen), die für die semiperipheren Verhältnisse typisch sind, wie sie eine Generation zuvor von Wirtschaftshistorikern beschrieben wurden. Zudem verweisen der Aufstieg des Populismus und die explosionsartige Zunahme der Fremdenfeindlichkeit auf die Hartnäckigkeit, mit der in diesem Teil der Welt an einer ethnischen Vorstellung von der Nation festgehalten wird. Und nicht zuletzt lässt das Modell einer zyklischen Abfolge von Zeiten der Verinnerlichung liberaldemokratischer Normen und Praktiken und des anschließenden Backlashs die unerwartet schnelle rechtliche und institutionelle »Harmonisierung« zwischen Zentrum und Semiperipherie und die ebenso atemberaubende Geschwindigkeit des Zusammenbruchs vieler dieser Normen und Institutionen nach 1989 weniger überraschend erscheinen.

*Die Suche nach der offenen Gesellschaft und der große Sprung zurück:
Fünf Fehleinschätzungen der politischen Dynamik nach 1989*

Ein Schlüssel, um das Aufkommen machtvoller antiliberaler und autoritärer Tendenzen nach 1989 besser zu verstehen, liegt in der kognitiven Dissonanz zwischen Erwartungen und Erfahrungen. Dies zeigt sich auf verschiedenen Ebenen, von den neuen politischen Eliten, denen es darum zu tun war, ihre Pläne für ökonomische und institutionelle Reformen umzusetzen, bis zu den gewöhnlichen Bürgern, die ihre Lebensplanung an die zu erwartenden Ergebnisse des Transformationsprozesses anpassen. Besonders interessant ist, wie verschiedene nichtlokale Akteure, etwa politische und wirtschaftliche Berater, Nichtregierungsorganisationen, Think-Tanks und westliche politische Eliten, die jüngeren Entwicklungen interpretiert haben. Im Folgenden werde ich mich auf das Wechselspiel zwischen lokalen und internationalen Akteuren beziehen und versuchen, einige ihrer impliziten Vorannahmen zutage zu fördern, die uns Hinweise auf die Dynamik dieser Interaktion geben können und möglicherweise auch einige der Gründe für die Krise der liberalen Demokratien in dieser Region sichtbar werden lassen. Ich werde mich dabei auf das Beispiel Ungarn konzentrieren, da dieses wohl den augenfälligsten Kontrast zwischen dem hohen Ansehen der Übergangsprozesse nach 1989 und der erschreckenden Konsolidierung eines ethnopopulistischen Autoritarismus nach 2010 darstellt.

Es wird oft von einer Wiederbelebung des radikalen Nationalismus in Mitteleuropa nach 1989 gesprochen, doch gab es bereits in der kommunistischen Ära eine starke Kontinuität nationalistischer Mobilisierung, die eine symbolische und diskursive Ressource für den seit 1989 zu beobachtenden Anstieg des Ethnonationalismus bietet. Die Formen und Inhalte des Nationalismus konnten sich dabei von Land zu Land erheblich voneinander unterscheiden. In manchen Fällen machte gerade die Verbindung von Nationalismus und Kommunismus die antikommunistische Rechte und die Mitte weniger anfällig für den Gebrauch nationalistischer Argumente (wie in Rumänien), während es in anderen gerade die eher marginale Position des Nationalkommunismus vor 1989 war, die den Antikommunismus verstärkt dazu brachte, sich (wie etwa in Ungarn) der nationalistischen politischen Rhetorik zu bedienen. Diese Komplexität postkommunistischer und antikommunistischer Nationalismen und

Antinationalismen war nach der Wende einer der am häufigsten missverstandenen Aspekte der politischen Kulturen Ostmitteleuropas.

Ein weiterer Irrglaube betrifft das Verhältnis von Staat und Gesellschaft. Die externen Berater und die lokalen politischen Eliten, die sich aus der Subkultur der Dissidenten oder aus technokratischen Strukturen rekrutierten, hatten die Totalitarismustheorie verinnerlicht, die in der Frühphase des Kalten Kriegs im Westen vorherrschte und dann in den 1970er bis 1980er Jahren ein Comeback erlebte. Dies ging nicht zuletzt auf die osteuropäischen Dissidenten zurück, die vom Versagen der verschiedenen lokalen Bestrebungen zur »Humanisierung« des Sozialismus enttäuscht waren und die nach 1968 erfolgte Hinwendung der kommunistischen Regime zum Autoritarismus als eine Rückkehr zu totalitären Praktiken auffassten. Aus dieser Perspektive herrschte eine weitreichende Übereinstimmung darüber, dass das Hauptproblem des Sozialismus der allgegenwärtige und allmächtige Staat war. Daher sahen es die Architekten der Wende als entscheidend an, den Staat zu schwächen und einen Teil seiner Funktionen auf nichtstaatliche Organe zu übertragen. Dies entsprach im Übrigen der Doktrin der Zivilgesellschaft, die damals im Zentrum des dissidentischen Denkens stand. Die Folgen dieser Auffassung waren eher gemischt, da das Schrumpfen des Staates auch seine Kontrollfunktionen beschnitt und in manchen Fällen den Verlust des Gewaltmonopols mit sich brachte. Die Lehre, die man Ende der 1990er Jahre daraus zog, war, den Staat wieder zu stärken, was empfindliche Folgen für die Praxis westlicher Nichtregierungsorganisationen in der Region hatte. Als die postkommunistischen Staaten energischer ins Geschehen einzugreifen begannen, wurde rasch deutlich, dass sie wenig geneigt waren, mit NGOs zusammenzuarbeiten. In den 2010er Jahren begannen einige von ihnen, diesen Sektor zu schikanieren oder zu versuchen, die dort tätigen NGOs gänzlich an der Arbeit zu hindern, etwa indem man sie der verdeckten politischen Einmischung bezichtigte oder sie als Agenten im Auftrag fremder Mächte brandmarkte.

Eine dritte Fehleinschätzung betrifft den Prozess der Europäisierung. Einerseits haben sich die meisten postkommunistischen Länder bei ihrer Anpassung an die von der Europäischen Union vorgegebenen institutionellen Anforderungen außergewöhnlich gut geschlagen, andererseits wiesen die lokalen Strukturen aber auch ein starkes Beharrungsvermögen auf, als es um die Umsetzung dieser Normen ging. Die beeindruckende »Lern-

kurve« dieser Länder führte zu einer verbreiteten Fehlwahrnehmung, die in manchen Fällen verheerende Folgen hatte: Man hatte es versäumt, Kontrollmechanismen zu schaffen, die hätten eingesetzt werden müssen, als bestimmte EU-Mitgliedsstaaten damit anfangen, die ungeschriebenen Normen der westeuropäischen politischen Kultur seit 1945 systematisch zu verletzen, insbesondere die institutionelle Begrenzung der Volkssouveränität, welche die Grundrechte vor wechselnden Mehrheitsmeinungen schützen soll.

Der Mangel an Vorstellungskraft, den die EU-Unterhändler im Hinblick auf einen möglichen Backlash bewiesen (verstärkt von der Dynamik des Verhandlungsprozesses selbst, der beide Seiten oft dazu drängte, für die schwierigeren Fragen formale Lösungen zu finden), brachte eine spezifische politische Logik hervor, die vielleicht am erfolgreichsten von der ungarischen Regierung ausgenutzt wird, aber in allen osteuropäischen Ländern existiert, nämlich die Strategie der Doppelzüngigkeit: Den westlichen Partnern gegenüber betont man die konstruktive Zusammenarbeit und versucht, größtmögliche finanzielle Vorteile mitzunehmen, während man zu Hause die »fremden Mächte« (das heißt die EU) attackiert, die angeblich die nationale Souveränität beschneiden wollen.

Gesellschaften, in denen die Erfahrung der Unterordnung unter eine imperiale Macht über Jahrhunderte eine solche Tradition der Doppelzüngigkeit geschaffen hat, bilden tief sitzende historische Reflexe aus, die diese Strategie verstärken und legitimieren. Der Umstand, dass die nationale Souveränität unvermeidlich eingeschränkt ist, lässt sich vor dem heimischen Publikum so darstellen, dass die jeweilige nationale Gemeinschaft repräsentierende Elite sich in einem zähen Kampf zur Verteidigung »ihrer Nation« befinde. Vielschichtige Staaten wie die Habsburgermonarchie stellten einen besonders fruchtbaren Nährboden für diese Form des politischen Diskurses dar. Ähnlich versuchten im sowjetischen Block viele lokale Führungen nach 1953 ihre Unabhängigkeit gegenüber Moskau zu stärken.

Diese Tradition ist, besonders nach 2004, zu einer mächtigen symbolischen Ressource für die populistischen Politiker in den neuen Demokratien geworden, die versuchen, ihre Macht mittels nationalistischer Mobilisierung zu festigen, ohne die Subventionen aus Brüssel zu verlieren. Obgleich offenkundig schizophran, ist diese Strategie dank der Kluft zwischen der heimischen und der europäischen politischen Szenerie

erstaunlich erfolgreich: Was aus der Perspektive der Brüsseler Entscheidungsträger als Gegensatz zwischen rationalem politischen Verhalten und populistischer Rhetorik erscheint, wird vor Ort von Freund und Feind gleichermaßen als clevere Verschleierung autoritärer politischer Praxis durch einen im Ausland zur Schau gestellten europakonformen Diskurs verstanden. Darüber hinaus übt das Ausbleiben einer europäischen Reaktion auf diese Politik und deren gelegentliche offene Unterstützung durch die »Parteifamilie« von FIDESZ eine demoralisierende Wirkung auf die Opposition vor Ort aus, die ein ums andere Mal beschwört, dass »Europa es nicht hinnehmen wird«, wenn die demokratischen Institutionen im Lande systematisch zerstört werden – doch siehe da, die europäischen Konservativen akzeptieren offenbar, dass all diese Maßnahmen darauf abzielen, noch die letzten »Überreste« der postkommunistischen Phase zu beseitigen.

Tatsächlich erwies sich die Dekommunisierung als eine erfolgreiche Legitimationsstrategie, die besonders von westlichen Konservativen und auch Liberalen geschätzt wurde, die der Welle der *Ostalgie* in Deutschland entgegengetreten wollten und eine Vergangenheitsbewältigung für die kommunistische Zeit einforderten, wie sie nach 1945 in Bezug auf den Nationalsozialismus stattgefunden hatte. Allerdings blieb die Tatsache unkommentiert, dass diese Variante des politischen Antikommunismus erst nach 2000 an Zugkraft gewann, als die direkte Kontinuitätslinie der kommunistischen Eliten durchbrochen war. Sie richtete sich eher gegen die Eliten der Wendezeit (die oft aus ehemaligen Dissidenten bestanden) als gegen die verbliebenen kommunistischen Technokraten, von denen viele reibungslos in die neuen rechtsgerichteten politischen Formationen einverleibt wurden als Vertreter einer neuen »nationalen Bourgeoisie«, der es um den Schutz vor den »kosmopolitischen« Repräsentanten des globalen Kapitalismus ging.

Eine weitere Fehlannahme, die eine wichtige Rolle bei der Legitimierung der neuen autoritären Projekte innerhalb der EU spielte, betrifft den Gebrauch nationalistischer Rhetorik. Die erkennbare Strategie der populistischen Anführer besteht darin, sich selbst als Verkörperung des nationalen Geistes in Stellung zu bringen, so dass jegliche Kritik von außen an ihrer Regierungsführung als Angriff fremder Kräfte auf die Würde der Nation ausgelegt werden kann. Auch diese Strategie funktioniert ziemlich gut, da die externen politischen Akteure Schwierigkeiten haben, das

zutiefst gespaltene Wesen der postsozialistischen Politik zu verstehen, und davon ausgehen, dass jede offene Kritik nur zur Legitimierung der populistischen Sache beitragen würde, ohne zu erkennen, dass es ihr Schweigen ist, das diese erst recht legitimiert.

Zum mangelnden Verständnis für die Natur dieser politischen Dynamik trägt schließlich auch die Verkennung des besonderen Verhältnisses von Ideologie und politischer Praxis bei, das den populistischen Projekten zugrunde liegt. Auf der einen Seite gingen viele – lokale und externe – Beobachter davon aus, dass die populistischen Politiker und Bewegungen keine ideologische Agenda haben. Folglich, so erwarteten sie, würden sich diese politischen Kräfte normalisieren, sobald sie an die Macht kämen, da sie annahmen – und dabei offensichtlich die westeuropäischen Volksparteien als Beispiel im Kopf hatten –, dass der Populismus nur ein Werkzeug zur Steigerung der Beliebtheit zu Wahlkampfzeiten sei und diese Kräfte sich auf den Pfad der Vernunft begeben würden, sobald sie an der Macht sind. Bekanntlich ist es nicht so gekommen. Wer aber, auf der anderen Seite, versucht, die Ideologie der Populisten ernst zu nehmen, verliert sich schnell in deren Widersprüchen: Man ist militant antikommunistisch, bedient sich aber rhetorischer Muster, die an den Kádárismus gemahnen; man äußert sich lautstark antikapitalistisch, verlangt aber die Schaffung eines nationalen Großbürgertums; man bekämpft die multinationalen Konzerne, bemüht sich aber zugleich darum, sie ins Land zu locken; man beruft sich aufs Christentum, weist aber das soziale Engagement der Kirchen, wie es Papst Franziskus propagiert, stur zurück; man vertritt einen milden Irredentismus, der versucht, die außerhalb Ungarns lebenden Landsleute in die politische Gemeinschaft einzubeziehen, pflegt aber auch herzliche Beziehungen zu anderen ethnopopulistischen Führungsfiguren in den Nachbarländern unter Beschwörung einer gemeinsamen »mitteleuropäischen« Basis; man behauptet, eine Demokratie zu sein, führt aber Maßnahmen ein, die die Wahlfreiheit einschränken. Der deutlichste Widerspruch ist jedoch der Versuch, in der EU zu bleiben und sich als Führer des europäischen Konservatismus zu gerieren und gleichzeitig ein autoritäres Regime zu etablieren, das die Gewaltenteilung untergräbt und das zusehends Ländern wie der Türkei, Aserbaidschan oder Weißrussland gleicht.

Was Viktor Orbán auch zu seinem Erfolg verhalf, war seine Aneignung der europäischen Tradition des Kulturkampfes – motiviert durch

die Notwendigkeit, sich zu Beginn der 2010er Jahre gegen die Beschuldigungen durch sozialistische, liberale und grüne Fraktionen im EU-Parlament verteidigen zu müssen. Seine Antwort bestand in einem Aufruf zur Solidarität der »verfolgten« kulturellen Rechten Europas gegen den angeblichen Terror der Post-1968er-Linken. Dieser Diskurs ist auch bei manchen Mitte-rechts-Politikern im Westen nicht ohne Erfolg geblieben, die zu Hause kaum so hätten argumentieren können, aber tief in ihrem Herzen eine gewisse Sympathie dafür verspüren. Ihre stillschweigende Solidarität reichte aus, um die konzertierten Aktionen gegen die ungarische Regierung nach der umstrittenen Einführung eines neuen »Grundgesetzes« abzublocken, das Ungarns nationale Gemeinschaft ethnisch definiert und die verfassungsmäßig verbürgte Kontrolle der Exekutive schwächt. Während der Migrationskrise wurde Ungarn zum lautstärksten Gegner jeder Art von Solidarität. Es »säuberte« sein Territorium erfolgreich, indem es die Flüchtlinge nach Serbien zurück oder in Richtung Österreich weiterschob. Damit hat Ungarn signifikant zur Zuspitzung der Krise beigetragen. Auch hier beruhen gängige Interpretationen oft auf Fehldeutungen wie etwa der von der »traditionellen Homogenität« der ostmitteleuropäischen Gesellschaften. Sie verkennen, dass zum einen der Nationalstaat gerade in diesem Teil der Welt verspätet kam und die Menschen tatsächlich viel eher an eine ethnische Vielfalt gewöhnt waren als in den meisten westlichen und insbesondere nordeuropäischen Nationalstaaten, zum anderen aber diese Gesellschaften zugleich die Angst vor dem »Tod der Nation« kennen, die in der historisch prägenden Erfahrung des Verlusts ihrer Souveränität wurzelt.

So divergent die historischen Hintergründe und ideologischen Diskurse der populistischen Politik in Ostmitteleuropa sein mögen, so plötzlich haben sich ihre Protagonisten an der vordersten Front eines globalen Kampfes gegen den Liberalismus wiedergefunden. Es ist wichtig festzuhalten, dass, ähnlich wie in der Zwischenkriegszeit, ihr Kult des nationalen Partikularismus mit dem Versuch einhergeht, die lokale Politik in einem transnationalen oder sogar globalen Rahmen zu verankern. Nach dem Sieg Trumps herrscht Aufbruchstimmung: Nicht nur verspricht dieses Ereignis den Beginn einer wunderbaren Freundschaft mit einer amerikanischen Führung, die ihre Selbstverpflichtung auf die Einhaltung von Menschenrechten und universellen Normen abgelegt hat, es scheint auch den Eintritt – oder besser: großen Sprung zurück – in eine Epoche des

Nationalismus zu signalisieren, in der die Prinzipien, welche die transatlantische politische Kultur seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs leiten, nicht länger gelten.

Dieses Zusammenspiel regionaler Entwicklungen und globaler Trends zeigt, dass die Krise der liberalen Demokratien in der ostmitteleuropäischen »Semiperipherie« zugleich auf eine allgemeinere Krise mitten im »Zentrum« selbst hindeutet. Der Blick auf den semiperipheren Kontext kann helfen, die heutige Krise in ihrer Breite und Tiefe schärfer zu erkennen, da das soziale Gewebe im Zentrum dichter ist und ihre Auswirkungen abschwächt.

Wenn es irgendeine Lehre gibt, die aus der hier versuchten Rekonstruktion zu ziehen wäre, dann die, dass die für Ostmitteleuropa spezifische Dynamik in Wirklichkeit typischer ist, als es den Anschein haben mag: Ungleiche sozioökonomische Verflechtung mit dem Weltmarkt, das Fortwirken einer ethnischen Auffassung von Nation, das Wechselspiel von Demokratie und Cäsarismus, eine starke kulturell-politische Unterströmung, die in der Erfahrung des Zusammenbruchs von liberaler Demokratie und Fortschrittsglauben in der Zwischenkriegszeit wurzelt, und schließlich das komplexe Verhältnis von Gemeinwohl und nationalem Exklusivismus – diese Züge lassen sich in der politischen Kultur aller europäischen Gesellschaften finden. Anders gesagt: Solche Krisen sind der Dynamik der politischen Moderne selbst inhärent, und bei näherem Blick erweisen sich die jüngsten Entwicklungen in Ostmitteleuropa letztendlich als weniger exotisch, als sie dem geschätzten Leser vielleicht erscheinen mochten, bevor er begann, diesen Beitrag in der relativen – aber zusehends fragiler werdenden – Sicherheit seines akademischen oder privaten Refugiums irgendwo zwischen Wien, Berlin, Zürich und Paris zu überfliegen.

Aus dem Englischen von Frank Lachmann

Karl Schlögel

MELANCHOLIE UND GESCHICHTSSCHREIBUNG

Es liegt nicht auf der Hand, warum »Melancholie und Geschichtsschreibung« ein triftiges Thema sein könnte in einer Welt, die aus den Fugen ist, und in einer Zeit, in der es eher darauf ankäme, reflexive Hemmungen zu überwinden und sich, wie es neudeutsch heißt, neu aufzustellen.¹ Warum nicht ein Thema, das einen auch schon lange beschäftigt, etwa: die faszinierenden, aber nicht geringen Probleme der Narration, der »Baupformen des historischen Erzählens«? Oder warum nicht ein Ausblick auf ein *work in progress*, etwa einen Rückblick auf das sowjetische Jahrhundert? Aber vielleicht bedarf es keiner anderen Begründung als der, dass es einem wichtig, »relevant« geworden ist. Das Thema entsprang jedenfalls keinem programmatischen Vorsatz, intendiert ist kein neuer »turn«, kein *melancholic turn*, um dem schon eine Weile laufenden Karussell eine weitere Wendung hinzuzufügen. Die Frage, die sich mir im Laufe der Jahre immer wieder gestellt hat, lautet: Liegt in der Melancholie nicht eine spezifische Erkenntniskraft, eine spezifische Qualität, von der geschichtliche Arbeit außerordentlich profitieren könnte, ohne die sie vielleicht nicht einmal auskommt? Welchen Gewinn könnte Geschichtsschreibung aus einer melancholischen Stimmung oder Haltung ziehen? Bei jedem, der halbwegs mit der Wissenschaftsgeschichte und dem Wissensbetrieb vertraut ist, beginnen hier bereits die Alarml Glocken zu schrillen. »Stimmung« und »Haltung«, das kann im Geschäft des Historikers ja nur zu einem Verlust an methodischer Disziplin, zu einer Verwahrlosung der Begriffe, zur Preisgabe sprachlicher Klarheit führen, was meist ein Zeichen dafür ist, dass es auch um die Klarheit der Gedanken nicht zum Besten steht. Wo kommen wir hin, wenn Stimmungen – Eifer, Zorn, Trauer, Verzweiflung, Schwermut – in eine Disziplin einbrechen, zu deren Grundüberzeugungen die klare Unterscheidung von Fakten und Fiktion, Forschung *sine ira et studio* und der Respekt vor dem Vetorecht der Quellen gehört?

Die Alarml Glocken schrillen aber noch aus einem anderen Grund, der etwas mit der »geistigen Situation der Zeit« zu tun hat. In einer Welt,

in der die eine Krise in die andere übergeht und sich alle zusammengenommen auftürmen und verknoten, in der eine allgemeine Überforderungssituation entsteht, könnte Melancholie auch als eine wohlfeile Form einer allgemein gewordenen *fatigue*, der Resignation und Kapitulation vor einer Geschichte *out of control* verstanden werden. Es wäre nicht das erste Mal, dass die von Chaos und Unübersichtlichkeit Überrollten die Flucht aus der *vita activa* in die *vita contemplativa* antreten. Wie über Melancholie sprechen in Zeiten, da der Krieg nach Europa zurückgekehrt ist und wir, die wir so viel wissen über die Hunderttausenden von Toten der deutschen Blockade Leningrads, nun hilflos, tatenlos, ohnmächtig zusehen, wie das viertausendjährige Aleppo eingekesselt und dem Erdboden gleichgemacht wird? Wie über Melancholie sprechen in Zeiten der Verzweiflung, ohne dem Rückzug in die Resignation das Wort zu reden? Vielleicht sind wir gar nicht so weit entfernt von der »Empfindung zur tiefsten, ratlosesten Trauer«, von der Hegel in seiner »Philosophie der Geschichte« gesprochen hat; dort wird Geschichte als »Schlachtbank« beschrieben, »auf welcher das Glück der Völker, die Weisheit der Staaten und die Tugend der Individuen zum Opfer gebracht worden« sind.² Die Tröstung, die Hegel noch bereithielt, dass es sich nämlich nur um ein Moment in einer Entwicklung zu Höherem handle, können wir Heutzutage kaum noch gelten lassen.

Melancholie als »geistiges Problem«

Niemand muss befürchten, dass hier die psychischen Probleme, die auch Historiker mitunter haben können, öffentlich verhandelt werden. Und niemand soll mit Altersweisheiten behelligt werden, jenen späten Einsichten nach den glücklich-enthusiastischen Aufbrüchen von 1968 und 1989 und der auf sie folgenden Ernüchterung. Also kein Psychotrip. Es war immerhin der lange Zeit in München lehrende Religionsphilosoph und Theologe Romano Guardini, der in seinem bemerkenswerten Büchlein »Sinn der Schwermut« (1948) Folgendes vermerkte:

Die Schwermut ist etwas zu Schmerzliches, und sie reicht zu tief in die Wurzeln unseres menschlichen Daseins hinab, als dass wir sie den Psychiatern überlassen dürften ... Wenn wir also hier nach ihrem Sinn fragen, so ist damit auch schon gesagt, dass es uns nicht um eine psychologische oder psychiatrische, sondern um eine geistige Angelegenheit geht.³

Wenn man sich einmal entschieden hat, sich mit der Melancholie als einem »geistigen Problem« zu beschäftigen, stellt man rasch fest, wie ausführlich das Thema der Melancholie in den unterschiedlichen Bereichen der Wissenschaft schon behandelt worden ist. Es kommen einem ganze Bibliotheken entgegen, Klassiker, Anthologien, Bilder, die wie selbstverständlich zu unserem geistigen Haushalt gehören. Da gibt es die kanonische Stelle von Theophrast in den unter dem Namen von Aristoteles überlieferten *Problemata* XXX 1, in der ein Zusammenhang von Melancholie und Genie behauptet wird: »Warum sind alle hervorragenden Männer, ob Philosophen, Staatsmänner, Dichter oder Künstler, offenbar Melancholiker gewesen?« – ein elitärer Topos, der sich bis ins 20. Jahrhundert hält. Da gibt es die von Hippokrates herkommende und in der frühen Neuzeit weiter ausgearbeitete Lehre von den *quattuor humores*, den vier Körpersäften, unter denen eben die schwarze Galle – *melaina cholé* – für somatische und psychische Symptome steht, von Angst und Trauer bis hin zum Hand-an-sich-legen. Die vier Körpersäfte werden dann auch bestimmend für die »Lehre von den vier Temperamenten«, also der physischen und geistigen Physiognomien, der Sanguiniker, Choleriker, Phlegmatiker und eben der Melancholiker. Aus der frühen Neuzeit stammt auch *Die Anatomie der Melancholie: Ihr Wesen und Wirken, ihre Herkunft und Heilung philosophisch, medizinisch, historisch offengelegt und sezirt*, das Standardwerk des Oxforder Pastors und Polyhistor Robert Burton von 1621, über die Jahrhunderte hinweg rezipiert, bis heute ein Longseller, ein »Buch sui generis«, ein »Klassiker der exzentrischen Literatur« (Werner von Koppenfels).⁴ Der Melancholiker jammert ständig und mehr als alle anderen. Er steht für Lebensüberdruß, Abneigung gegen Geselligkeit und Licht, für Ängste, Seelenqual und all die anderen furchtbaren Symptome an Leib und Geist. Die Karriere des Begriffs der Melancholie setzt sich fort, und es gibt in der neueren Zeit fast keinen Denker, keinen *public intellectual* von Rang, der sich nicht zu diesem Typus von geistiger Verfassung geäußert hätte. Bald lobend-ankennend, bald warnend-abschreckend. Kant meint in seinen »Beobachtungen über das Gefühl des Schönen und Erhabenen«: »Schwermüthige Entfernung von dem Geräusche der Welt aus einem rechtmässigen Überdruße ist edel«, er schätzt »Menschen von melancholischer Gemüthsverfassung«. Vollends nobilitiert wird die Melancholie im Zeitalter der Romantik, ob in der Dichtung bei Eichendorff, in der Philosophie bei Schopenhauer und Schelling oder im Geschichtsden-

ken des späten 19. Jahrhunderts bei Jacob Burckhardt und vor allem bei Friedrich Nietzsche, für den der Mensch überhaupt »das unglücklichste und melancholischste Tier« war. Wahrscheinlich war nur eine Forschergruppe wie die von Raymond Klibansky, Erwin Panofsky und Fritz Saxl überhaupt in der Lage, die Spur, die die Melancholie im abendländischen Denken hinterlassen hatte – medizinisch, philosophisch, bildnerisch –, aufzuspüren und freizulegen.⁵ Sie gipfelt in der ausführlichen Analyse von Albrecht Dürers Kupferstich *Melencolia I* von 1514, der gleichsam zur Ikone des Komplexes aus Trauer, Mattigkeit und Nachdenklichkeit, zur Gestaltung der melancholischen Einsicht in die Grenzen rationaler Erkenntnis geworden ist: die Frau, vornübergeneigt, ihr Kinn auf ihre Hand gestützt, den Blick ins Ungefähre gerichtet, in einem Raum mit Gegenständen, die unendlich ausdeutbar sind, wie die bis heute anhaltende Diskussion zeigt. Fast scheint es, dass sogar das von Gisèle Freund 1932 angefertigte Porträtphoto von Walter Benjamin, den die Nachwelt zum Melancholiker schlechthin erkoren hat, noch von der Ikone Dürers, der selber auch ein Melancholiker war, mitgeprägt ist. Jedenfalls ist, wie der Blick auf die zum Thema verfasste Literatur zeigt, der Melancholie-Diskurs aus der Analyse von Literatur und Literaturgeschichte nicht mehr wegzudenken. Für die Soziologie hat Wolf Lepenies, ebenfalls vor Jahrzehnten schon, die Ankunft des Themas in den Sozialwissenschaften definitiv gemacht.⁶ In der neuen Einleitung zur Ausgabe von 1998 seines Werkes »Das Ende der Utopie und die Wiederkehr der Melancholie« hat der Autor auch den historischen Ort des neuen Interesses angegeben: 1989, das Jahr, in dem nicht das Ende der Geschichte zu feiern war, sondern der Übergang zu einer anderen, neuen Etappe, deren Folgen noch ganz unabsehbar waren. Auf das »Ende des Zeitalters der Ideologien«, der Utopie, folgten eine ganze Welle von Studien über »Melancholie und Moderne« und zahlreiche Arbeiten zu postimperialer und postkolonialer Melancholie.⁷ Zugleich jedoch war »1989« der Fixpunkt, eine Epochenzäsur, an der sich wiederum so etwas wie eine positive Utopie festmachte: vielleicht nicht die vom Anbruch eines »Ewigen Friedens«, aber doch eine weit verbreitete Erwartungshaltung, dass sich nun, nach dem Ende der Großen Teilung der Welt, alles fügen werde, in einer sicher nicht konfliktfreien, sicher nicht harmlosen, aber doch zielgerichteten und »letztlich« erfolgreichen Bewegung, für die es den insgeheim teleologischen Begriff der Transformation gab. »Es« hat sich nicht gefügt, »die« Geschichte ging

ihrer Wege, die Enttäuschung über das Ausbleiben des Ewigen Friedens, der »Resignationsvorrat«, von dem Lepenies sprach, ist ein Vierteljahrhundert nach dem Ende des Kalten Krieges groß.

Der Schock darüber, dass sich die Geschichte »nicht gefügt« hat, traf mich in einer besonderen Weise: als Russlandhistoriker und als jemanden, der fast ein Leben lang dem Ende einer Art Ausnahmezustand und der »Normalisierung« der Verhältnisse auch in Russland entgegengefiebert, darauf hingearbeitet hatte. Dass nun alles noch einmal von vorne beginnen würde: dass nun an die Stelle des Lenin-Denkmal eines des Heiligen Vladimir rücken würde, dass verschiedentlich wieder Stalin-Denkmal errichtet werden, dass eine Organisation wie Memorial, die seit den 1980er Jahren ihre ganze Kraft darin investiert hatte, Russland zur Wiedergewinnung seines historischen Gedächtnisses zu verhelfen, nun als »ausländischer Agent« verfolgt wird, dass Russland einen Krieg gegen das Nachbarland Ukraine anfangen würde, das war mir, ich gestehe es, bei aller Skepsis nicht vorstellbar. Bedeutete es, dass wir, Sisyphos gleich, wieder ganz von vorn beginnen müssen, dass alle Arbeit umsonst war? Ich fühlte mich etwas an den alten Otto Hoetzsch erinnert, der sein ganzes Leben – im Kaiserreich, dann in der Weimarer Zeit – dem Studium Russlands gewidmet hatte und nach Kriegsende nach Berlin zurückkam, wo er alles verloren hatte – sein Haus, seine Bibliothek, seine Universität –, und der noch einmal anfang, aus dessen Ideen und Plänen aber in dem von der Sowjetarmee befreiten und besetzten Berlin nichts mehr werden konnte. Die Vergeblichkeit eines Professorenlebens also. Es geht aber nicht um eine sentimentale Anekdote, sondern um die Einsicht, dass Lebenszeit und geschichtliche Zeit nicht zusammenfallen müssen, und dass nicht wir die Herren des Verfahrens sind – ein Eingeständnis, das einem nicht leicht fällt, sondern melancholisch stimmt. Über Melancholie als eine spezifische Form der Reflexion nachzudenken, entsprang keinem Vorsatz, sondern »ergab« sich aus meiner Arbeit, auf meinem Feld. Ich möchte daher im Folgenden nicht eine *tour d'horizon* durch die Geschichte der Geschichtsschreibung veranstalten, gleichsam von Herodot zu Christian Meier, von Chladenius zu Reinhart Koselleck, eine Art von Temperamentenlehre in der eigenen Zunft, sondern mich an die Geschichte des östlichen Europa, besonders Russlands, halten.

*Der Intellektuellen-Diskurs in Russland:
Reflexion, Resignation, Opposition*

Obwohl mein Interesse am östlichen Europa und insbesondere an Russland bzw. der Sowjetunion schon geweckt war, lange bevor ich mein Studium inmitten der Turbulenzen der Studentenbewegung aufnahm, wurde die Beschäftigung mit dieser Geschichtsregion doch systematisch und lebensbestimmend. Ich konnte schon an einem bayerischen Gymnasium Anfang der 1960er Jahre Russisch lernen, unternahm die ersten Fahrten nach Prag in der Inkubationszeit des Prager Frühlings. Aber zentral für mich war, wie für viele meiner Alterskohorte, die Frage, was aus der Sowjetunion unter Stalin geworden war, und der Wunsch zu verstehen, wie es zu dem kam, was Arthur Koestler in *Sonnenfinsternis* (1940) oder Maurice Merleau-Ponty in *Humanismus und Terror* (1947) im Schatten der Moskauer Schauprozesse zu verstehen versucht hatten. Virtuelle Gesprächspartner bei dieser Selbstverständigung über die Schicksale der russischen Revolution waren vor allem jene, die sie mitgemacht, miterlebt hatten und an einem bestimmten Punkt von ihr zur Seite gestoßen oder überrollt wurden, und die nun von unten oder von der Seite, als Ausgegrenzte das Geschehen beobachteten und zu verstehen suchten. Die heroische Geschichte der Selbstbehauptung und Selbstreflexion der russischen Intelligenzija hat ihre Stationen: nach der Revolution von 1905 findet sie sich in einer spektakulären Debatte um die *Wegzeichen* (publiziert 1909) – einer Rückschau und einer fast prophetischen Diagnose. Nach der Oktoberrevolution meldet sie sich, nun schon im Untergrund in *De profundis* (1918), am Ende des Bürgerkriegs in dem legendären *Briefwechsel zwischen zwei Zimmerwinkeln*, geführt von zwei berühmten Gelehrten, Michail Gerschenson und Wjatscheslaw Iwanow (1921), oder dann in den Zirkeln der Emigration in Paris, Berlin oder Sofia, die das ganze nicht- und antibolschewistische politische Spektrum umfassen.⁸ In den Jahren der Stalinherrschaft kann es keinen irgendwie unabhängigen Diskurs geben. Erst spät, im Tauwetter der 1950er und 1960er Jahre kommt die Intelligenzija wieder zu Atem. Charakteristisch für ihre Wiedergeburt ist der Samisdat, um den herum sich eine neue Öffentlichkeit kristallisiert. *Unter dem Geröll hervor* und *Selbsterkenntnis* hießen zwei ihrer zentralen Publikationen aus den frühen 1970er Jahren.⁹ Sie antizipierten gedanklich das Ende der Sowjetunion, doch als es dann soweit

war, wurden sie wiederum überrollt vom Chaos und der alt-neuen Macht von Funktionären, Oligarchen und Geheimdiensten. Der lange Sommer der Anarchie in den 1990er Jahren ist längst vorbei, unter Putins autokratischer Restauration hat sich die kritische Intelligenz in die Privatsphäre, ins Internet zurückgezogen oder ins Ausland abgesetzt. Dieses Kapitel der Geschichte der Intelligenzija wartet bis heute darauf, in eine gesamt-europäische Geschichte des Geistes integriert zu werden. Für mich aber gehörte die Kontaktaufnahme zur sowjetischen Dissidentenbewegung seit den 1970er Jahren zu den prägenden Erfahrungen.

Die durch die Revolution und die Sowjetmacht ins Abseits, in den Untergrund oder ins Exil abgedrängte Reflexion hat nicht nur vieles gesehen, was den auf den Kommandohöhen der Macht Sitzenden entging. Sie hat nicht nur die Zerstörungen, die Verluste bemerkt und festgehalten – in ihrem Schreiben, ihren Tagebüchern, in Reportagen, Analysen –, sondern sie hat auch *anders* gesehen: So wie man sieht, wenn man zwischen die Fronten geraten ist. Es ist die Situation der an den Rand Geschobenen, der Unterlegenen, der Besiegten, manchmal auch der Opfer, die aus den angestammten Lebensverhältnissen hinausgeschleudert waren, die sich aber eine Vorstellung vom Verlust bewahrt und immer noch einen Vergleichsmaßstab – die alte Zeit, die Welt außerhalb der UdSSR – hatten. Dieser Blick war indes gebrochen durch eine Hinnahme, ja Anerkennung der Unaufhaltsamkeit und Unausweichlichkeit des Geschehens, durch ein fast fatalistisches Sich-Fügen, das eine Klarheit des Blicks schafft, wie sie nur dort möglich ist, wo einer zugleich dazugehört und draußen bleibt, Anteil nimmt und entfremdet bleibt, ein diagnostischer Blick, der nun umso schärfer und klarer sieht – eine Art von »unglücklichem Bewusstsein«. Mein verstorbener Kollege Heinz-Dieter Kittsteiner hätte von einer »Einsicht in die Unverfügbarkeit der Geschichte« gesprochen. Darin drückt sich eine Ohnmacht aus, die in eine schwebende Interesselosigkeit übergeht, ein Sehen, das sich ganz aufs Registrieren und Fixieren des Erlebten konzentriert. Diese Einstellung hat dem Blick der vorwärtsstürmenden, eine Mission erfüllenden Aktivisten und selbsternannten Avantgarden viel voraus: die Vertrautheit mit den überkommenen Verhältnissen, den Zauber einer entwickelten, wenn auch elitär beschränkten Kultur, eine Geschmacksbildung und Kultiviertheit, auch wenn diese nichts ausrichten kann gegen die brachiale Rohheit des Umsturzes. Das ist die Stunde des melancholischen Blicks, der Physiognomiker der Umwälzung, dem

wir Bilder von höchster Prägnanz verdanken, die nur jemand produzieren kann, der sich ins Unabänderliche gefügt hat, ohne seine Trauer um die Welt, der er angehört hat und die nun in Trümmern liegt, preisgegeben zu haben. Ich würde sagen, es ist der Blick der Vergangenheitsvertrauten, der von der neuen Zeit Überrollten, die sich dennoch nicht in Verbitterung haben treiben lassen. Sie erkennen, so hat Czesław Miłosz es einmal formuliert, den Unterschied der Welten daran, wie jemand eine Teetasse hält, wie jemand spricht oder gestikuliert. Sie haben ein Auge für das Molekulare, das dem Blick, der vom strategischen Aussichtspunkt der Kommandohöhen hinabschaut, entgeht, aber auch dem, der von ganz unten hinaufschaut.

Diese Arbeit ist im Wesentlichen von Dichtern, Schriftstellern, Intellektuellen geleistet worden, nicht so sehr von der akademischen Geschichtsschreibung. Über weite Strecken war die Literatur das Organon geschichtlicher Erfahrung; die Schriftsteller waren dort, wo es keinen freien Zugang zu den Quellen, keine freie Forschung und keine autonome Öffentlichkeit gab, in die Rolle eines Platzhalters gedrängt. Die sowjetische Geschichtsschreibung berief sich auf die Gesetze des Dialektischen und Historischen Materialismus, sie hatte ihre klare Vorstellung vom geschichtlichen Prozess, in dem es, verkürzt gesagt, wie auf einer Rolltreppe immer aufwärts in die nächste Etage ging, sie war nicht nur ideo-zentriert, ideo-logisch, sondern auch teleo-logisch. Wo es nur um den Vollzug einer szientistisch verstandenen Fortschrittsgeschichte ging, standen Reflexion und Innehalten unter einem Generalverdacht. Reflexion förderte Unsicherheit und Skepsis, zersetzte jene Parteilichkeit und Härte, die im praktisch-politischen Geschäft erforderlich waren. Der Sammelbegriff für all diese als kleinbürgerlich denunzierten Schwächen war Melancholie, sodass Wolf Lepenies zu Recht von einem »Melancholieverbot« im Herrschaftsbereich des Marxismus-Leninismus sprechen konnte.

Das Denken, wenn es nicht gerade naturwissenschaftlich-technologisch systemrelevant war, zog sich zurück in die Räume, in denen es sich artikulieren konnte. An den Rand, in die Privatsphäre, in die Zwischenräume des Halböffentlichen. Und dort – ich nenne diesen sozialen Ort erst einmal die »Moskauer Küche« – hat sich jener Raum herausgebildet, der, vergleichbar den bürgerlichen Salons des 18. und 19. Jahrhunderts, zum Überlebens- oder auch Geburtsort einer halbwegs autonomen Pro-

toöffentlichkeit wurde. Es treffen sich dort nicht Expertengruppen, sondern Liebhaber aus den verschiedensten Disziplinen, es treffen sich nicht Repräsentanten von Institutionen, sondern Individuen, die sich etwas zu sagen haben; die Themen sind nicht begrenzt, es geht um »Gott und die Welt«. Man ist auf Repression gefasst, aber man wird geschützt durch das Netzwerk der Freundschaft, durch die Gemeinschaft. Dort treffen sich die Nachkommen der Opfer und die Opfer der Opfer, auch mündig gewordene Mitglieder der Nomenklatura, das Gespräch übergreift die Generationen. Man muss das geistige Milieu dessen, was ich hier als »Moskauer Küche« bezeichne, nicht im Nachhinein verklären, aber es war der soziale Ort, der Produktionsraum, der Echo- und Resonanzraum, in dem im späten Sowjetimperium, jedenfalls in den Hauptstädten, das freie Gespräch eine neue Heimat gefunden hatte. Die Moskauer Küche hatte sich in der Spätzeit des Imperiums herausgebildet, sie war der geistige Wartesaal der Generation der sogenannten 60er, die ihr ganzes Leben lang nicht für den Markt der Ideen, sondern für ihre Schubladen und für die Selbstverlage im Untergrund produziert hatte, und deren Stunde kam, als es für sie schon zu spät war – in der Zeit der Perestrojka der End-80er Jahre des 20. Jahrhunderts. Dies war der Ort im Schatten der Stagnation, der angehaltenen Zeit, Kompensation für eine *vita activa*: ein Leben in Zirkeln, Freundeskreisen, Solidaritätsgemeinschaften und Opferzusammenhängen. Ein Raum der erzwungenen Langeweile, des Zynismus ebenso sehr wie der sich im Unendlichen verlierenden Reflexion. Aber in diesen Rückzugsräumen, in der Einsamkeit und Isolation, in der inneren und äußeren Verbannung sind jene Werke entstanden, in denen die geschichtlichen Erfahrungen der sowjetischen Gesellschaft – vor und jenseits aller offiziellen Geschichtsschreibung – festgehalten wurden. Es waren freilich »Versuche einer künstlerischen Bewältigung« – so der sarkastische Alexander Solschenizyn einschränkend über seinen *Archipel Gulag*; es waren der Kälte, dem Hunger, dem bloßen Krepieren abgerungene Texte von Überlebenden wie die *Erzählungen aus Kolyma* von Warlam Schalamow. Seine Prosa ist von der Erfahrung totaler Hoffnungslosigkeit geprägt: »Die Hoffnung bedeutet für einen Häftling immer eine Fessel. Hoffnung ist immer Unfreiheit. Ein Mensch, der auf etwas hofft, ändert sein Verhalten und verstellt sich öfter als ein Mensch, der keine Hoffnung hat.« Und es ist das gewaltige Epos *Schicksal und Leben* des Wassili Grossman, der auf seinem Weg von Stalingrad nach Berlin Europa

neu vermisst: die Welt der Lager zwischen Workuta und Buchenwald, zwischen Kulakendeportation und Judenmord. Solschenizyn wurde ins Exil verbannt, Grossmans späte Werke wurden in der Sowjetunion nicht gedruckt, er starb früh, Schalamow ging einfach zugrunde, einsam und vergessen.¹⁰ Eine Geschichtsschreibung des sowjetischen Jahrhunderts sollte die in der Selbstreflexion der Intelligenz und in der Literatur zum Tragen kommenden, von Trauer und Melancholie getragenen Erkenntnisse nicht einfach als bloß subjektive Zeugnisse abtun, sondern sie in gewissem Sinne als heuristischen Schlüssel für die Vergegenwärtigung der Epoche nutzen. Die »melancholische Stimmung« wäre dann in einem methodischen Sinne relevant und ernst genommen.

»Östliches Gelände«. Landschaft nach der Schlacht. Totale Verlassenheit.

Eine zweite prägende Erfahrung schon in den 1960ern war die Entdeckung eines Kontinents jenseits der Bundesrepublik, den Milan Kundera Anfang der 1980er Jahre als »occident kidnappé« ins Bewusstsein heben sollte. Ein Gelände, vielfach kodiert und immer wieder überschrieben, Schichtungen und Zeitschichten, die man mit bloßem Auge identifizieren und dechiffrieren konnte. Mitteleuropa wurde schnell zum Terrain einer mächtigen Welle der Nostalgie, der Suche und der Beschwörung einer verlorenen Kultur. Der Nostalgie, übrigens ein 1688 von dem Basler Johannes Hofer erfundener Terminus für »Heimwehe«, stand noch eine große Karriere bevor: Je rascher sich die Welt veränderte, desto mehr wurde die Vergangenheit beschworen, meist als angeblich einmal heil gewesene »Welt von gestern«.

Wo immer man unterwegs war im mittleren und östlichen Europa, man stieß immer auf beides: auf eine unvorstellbar komplexe und reiche Kultur, die es vor den Katastrophen des 20. Jahrhunderts gegeben hatte und die keine nostalgische Erfindung war, und auf die Ruinenlandschaft, welche Krieg, Völkermord, ethnische Säuberung und eine lange Periode der Provinzialisierung und Entfremdung hinterlassen hatten. Wer sich in diesem Gelände zwischen Riga und Triest, zwischen Wilna und Czernowitz bewegte, den beeindruckte der Glanz und die Produktivität einer Region, deren Grenzen fließend waren und die sich wesentlich als Kulturzusammenhang definierte. Doch überall traf man auf die Spuren von Verwüstung: Massengräber säumten die Straßen, auf denen Wehrmacht

und Einsatzkommandos vorgerückt waren, Namen von Orten, die bis vor kurzem kaum einer kannte, rückten neben die alten Metropolen: Malyj Trostenez bei Minsk, Bikierne bei Riga, Babij Jar in Kiew – »Metropolen des Todes«, wie es der Auschwitz-Überlebende Otto Dov Kulka in seinen Erinnerungen nennt. Und die Marschrouten der deutschen Truppen überkreuzen sich mit jenen, auf denen sich die sowjetische Macht bewegt hatte, sodass wir fast überall den Spuren eines doppelten Unglücks begegnen: Beide, die Deutschen und die Sowjets, haben Massengräber hinterlassen, oft in nächster Nachbarschaft voneinander wie in Lemberg oder Winniza. Manchmal wird darum gestritten, auf wessen Konto sie gingen. Keine Stadt in diesem Gelände ist im 20. Jahrhundert unversehrt geblieben. Nicht Saloniki, »The City of Ghosts«, wie sie Mark Mazower genannt hat,¹¹ nicht das Novi Sad Aleksandar Tišmas, nicht Warschau, das von deutschen Besatzungstruppen systematisch zerstört wurde, nicht Königsberg/Kaliningrad, die Stadt Immanuel Kants und Hannah Arendts, nicht Breslau, die Stadt von Fritz Stern und einer Universität mit zehn Nobelpreisträgern. Städte und Landschaften kann man lesen wie Texte, sie sind Dokumente sui generis. Wie man eine Landschaft nach der Katastrophe liest, weiß jeder, der Claude Lanzmanns »Shoah« gesehen hat. Falls einer an die Orte zurückkehrt, aus denen er vertrieben wurde, an denen er alles verloren hat, wird er das nicht ohne Trauer und Melancholie tun, was man den vielen Erinnerungen – so grundverschieden ihre Schicksale oft sind – auch ansehen kann: Saul Friedländer im Prag seiner Kindheit, Ryszard Kapuściński im heute weißrussischen Pinsk, Gräfin Dönhoff im einstigen Ostpreußen.

Vor allem aber war das östliche Mitteleuropa Schauplatz tiefer, ja grenzenloser Verzweiflung, die dort am tiefsten war, wo es keinen Ausweg, keine Fluchtmöglichkeit mehr gab, wo man zwischen den Fronten gefangen war, wo es keinen letzten Dampfer, keinen rettenden Hafen, keine Grenze mehr gab, jenseits derer man in Sicherheit gewesen wäre. 1944 haben Max Horkheimer und Theodor W. Adorno ihre *Dialektik der Aufklärung* verfasst, ihr, wie man sagt, »schwärzestes Buch«, fatalistisch und melancholisch im Ton. Aber der Ort, an dem die Dialektik der Aufklärung erst vollständig sich zu erkennen gab, war nicht Pacific Palisades, sondern woanders. Es gibt Brüche und unauflösbare Antinomien, über die die Rede von der »Ambivalenz der Moderne« und dergleichen Formulierungen nicht hinweghilft. Die Dialektik der Aufklärung ist, so emp-

finde ich es, inkomplett, solange die Kapitel, die Schalamow, Grossman oder Tadeusz Borowski beigesteuert haben, nicht mitbedacht und eingefügt sind.

Die melancholische Anfechtung beim Schreiben der Geschichte

Nun gibt es beim Schreiben der Geschichte selbst ein Moment, das ich als »melancholische Anfechtung« bezeichnen möchte. Es ist der Augenblick, in dem sich entscheidet, ob sich das unendlich disparate Material, der unüberschaubare Stoff, die sich überkreuzenden und auseinanderlaufenden Entwicklungs- und Lebenslinien fügen oder nicht, und wo sich die Frage stellt, ob wir darauf vertrauen, dass wir jenen Punkt treffen, an dem sich ein Ereignis, eine Wendung, eine Entscheidung herauskristallisiert, oder ob wir mit Berufung oder im Vertrauen auf ein bestimmtes Entwicklungsmodell schon wissen, wie die Sache weiter und zu Ende gehen wird. Es ist ein höchst dramatischer Augenblick, in dem sich entscheidet, ob wir die vorgebliche Sicherheit, die uns eine Geschichtsprozessordnung bietet – sei sie nun durch Strukturen, Idealtypen, Modelle, Systeme oder gar eine Idee garantiert –, in Anspruch nehmen oder uns auf den Fall einstellen, in dem etwas zusammenschießt, zu einem Ereignis, zu einer Zäsur wird – unerwartet, plötzlich, nicht vorhersehbar: der Augenblick der Kontingenz, die sich nicht herstellen, nicht prognostizieren lässt, sondern der wir auf die Spur kommen müssen.

Historiker belassen es nicht bei den *res gestae*, sondern arbeiten an der *historia*. Sie verfassen die Erzählung, von deren Legitimität und Kraft sie auch nach diversen Proklamationen vom Ende der »Meistererzählungen«, der »grands récits«, mehr denn je überzeugt sein dürfen. Sie sind nach wie vor mit allen großen Fragen konfrontiert: Wie findet man überhaupt Zugang zu einer Welt, zu einem Erfahrungs- und Erwartungshorizont, von dem man qua später Geburt ausgeschlossen ist? Wie wird man nicht nur den Fakten gerecht, die wir akribisch aus der dokumentarischen Überlieferung herauslesen, sondern auch den Personen, über die wir einerseits *sine ira et studio* schreiben sollen, denen wir andererseits aber nur genügen können, wenn wir ihnen nahe kommen, ohne dabei unsere Distanz preiszugeben? Wie bringt man das Geschehen zusammen, das sich nicht nur im Nacheinander, chronologisch, abspielt, sondern nebeneinander am selben Ort? Die Erzählung, an deren Notwendigkeit wir festhalten, soll all

dies zusammenbringen – ohne Zwang, ohne Oktroy eines Modells, eines Systems, von keiner »unsichtbaren Hand« und von keinem Gott gelenkt, »einfach so«. Ich kann mir historisches Arbeiten ohne diesen Moment, in dem (wieder) alles offen ist, nicht vorstellen, ohne den Moment, in dem eine Ahnung von Resignation auftaucht und die Kapitulation vor der überwältigenden Komplexität des Stoffs ganz nahe gerückt ist. Es ist jene Situation, die in Wittgensteins Diktum genau erfasst ist: »Wovon man nicht sprechen kann, darüber muss man schweigen.« Ich möchte diesen Moment des Verstummensmüssens oder Verstummenskönnens als melancholischen bezeichnen. Hier kann Zweifel in Verzweiflung umschlagen. Es geht dabei um die Ahnung von der Möglichkeit eines Scheiterns, um die Frage, ob sich alles gefügt hat und, wie es in Benjamins Kommentar zu Paul Klees Bild vom Angelus Novus heißt: »Er möchte wohl verweilen, die Toten wecken und das Zerschlagene zusammenfügen.« Dies, ohne ein Modell überzustülpen oder in die Beliebigkeit der Montage zu flüchten.

Ich empfinde selbst, dass in den vorgetragenen Überlegungen eine Gefahr liegt, nämlich scharfe Gegensätze aufzuweichen und zu vernebeln, Bestimmtes vage werden zu lassen, Quantifizierbares, Zählbares, Datierbares in Stimmung und Atmosphärisches aufzulösen und den Erkenntnisgewinn, der in der Verunsicherung steckt, wieder zu verspielen. Aber dieses Risiko ist unvermeidbar. Wenn ich diesen Moment akustisch fassen sollte, dann würde ich jene Szene in Mozarts *Zauberflöte* nennen (die 5. Szene im 1. Aufzug), wo Tamino allein, auf sich gestellt und nur von der atemberaubend schönen Flötenstimme begleitet, sicher-unsicher-tastend voranschreitet und die letzten Prüfungen, die Sarastro und die Priesterschaft ihm bereithalten, hinter sich bringt.

Ich habe versucht zu zeigen, dass die Geschichtsschreibung, die das melancholische Moment erkennt und heuristisch für sich nutzt, einen Erfahrungs- und Erkenntnisgewinn daraus ziehen könnte. Ich habe versucht darzulegen, dass ein Gang über die historische Ruinenlandschaft des östlichen Europa wohl deprimierend ist, aber uns auch zeigen kann, wie dieser veränderte, erweiterte Erfahrungshorizont zu einer Radikalisierung der Infragestellung der europäischen Fortschrittsgeschichte führen könnte. Und ich wollte schließlich klar machen, dass man die Erfahrung des Scheiternkönnens nicht als einen Defekt, sondern eher als ein Plus, als einen Zuwachs an Sicherheit im Umgang mit dem Unerwarteten, Unvorhersehbaren, Kontingenten betrachten kann.

Melancholie und Geistesgegenwart

Ich frage mich, ob diese Überlegungen zur Produktivität des Melancholischen nicht einer Zeit angehören, die gerade dabei ist zu vergehen, also ein Anachronismus sind. Dass sie noch ganz und gar im Schatten oder Bann des *annus mirabilis* 1989 stehen, in dem so viele von einem Ende der Geschichte und dem Anbruch eines Zeitalters des Ewigen Friedens sprachen, das nun doch nicht gekommen ist. Ein Vierteljahrhundert später wissen wir mehr, »die Geschichte« lief anders, ging ihre eigenen Wege, kümmerte sich nicht um Projektionen, Wunschvorstellungen, *happy ends* und die beruhigende Teleologie, die in der Rede von der Transformation steckte. Stattdessen Kriege, Bürgerkriege, Schrecken in den Metropolen und säkulare Flucht- und Wanderungsbewegungen. Wie schon zu Robert Burtons Zeit im frühen 17. Jahrhundert, eine Epoche der Kriege, Massaker und Greuel, so bietet sich auch jetzt die Schwermut als Antwort auf eine aus den Fugen geratene Welt an. Rückzug, Sich-heraushalten, Resignation oder Flucht in die Nostalgie, besonders dort, wo das letzte Imperium, das sowjetische, untergegangen ist, und ein anderes Imperium, das amerikanische, erst dabei ist, den ihm angemessenen Ort noch zu finden. Melancholie ist ein süßes Gift in solchen Zeiten. Indem sie einen Sinn für die Nachtseite der Geschichte hat, verstärkt sie vielleicht noch deren Effekt, zieht einen hinab, läuft Gefahr, ins Apokalyptische abzugleiten oder durchzudrehen. Das wollen wir, soweit ich sehe, alle nicht. Wir wollen uns nicht sentimental Träumen von einem Ewigen Frieden hingeben, wir wollen uns nicht der Illusion hingeben, wir seien die Herren des Verfahrens im Weltmaßstab, aber uns auch nicht in Prophezeiungen, die nur Cassandra zustehen, flüchten, sondern wach sein, hellwach für das, was jetzt, im »Dunkel des gelebten Augenblicks«, wie Ernst Bloch die Gegenwart genannt hat, geschieht. Und hier wächst der Melancholie doch ganz unerwartet eine wichtige Rolle zu: Desillusionierung als Form der Selbstaufklärung, distanzierter Blick, Schärfung des Sinns, der einem hilft, »mit den Beständen zu rechnen«, so Gottfried Benn. Die Melancholie – meist im Sechserpack von Ermattung, Resignation, Dekadenz, Sentimentalität, Nostalgie, Kitsch im Handel – hat, was oft vergessen wird, eine kritisch-starke Seite, die sie zur Verbündeten, zum Organon der Aufklärung macht, welche die dunkle Seite manchmal allzu selbstsicher überspielt und vorschnell unter Irrationalismus-Verdacht stellt. Melancholie

ist eben nicht Träumerei und Hirngespinnst, sondern genaues Hinsehen, Wachheit für Übergänge, für Mischungsverhältnisse, für das, was der Fall ist, diesseits der Utopie.

Wenn dies so ist, dann ist Melancholie ein Übergangs- oder Vorstadium für die Schärfung der Sinne, für die Aufrüstung der intellektuellen Frühwarnsysteme, die allzu lange unterfordert waren. Jetzt bekommen sie bei der Neuvermessung der Welt, da die alten Koordinatensysteme außer Kraft gesetzt sind, ihre nächste Chance.

Anmerkungen

- 1 Es handelt sich um die leicht überarbeitete und ergänzte Fassung meines Vortrags zur Verleihung des Preises des Historischen Kollegs, gehalten am 11. November 2016 in der Bayerischen Akademie der Wissenschaften in München.
- 2 Georg Wilhelm Friedrich Hegel, *Vorlesungen über die Geschichte der Philosophie*, Werke 12, Frankfurt a.M. 1970, S. 35.
- 3 Zit. in: Wolf Lepenies, *Melancholie und Gesellschaft*, Frankfurt a.M. 1969, S. 225; die Neuausgabe mit einer neuen Einleitung erschien 1998 ebenfalls in Frankfurt a.M.
- 4 Zit. nach der Ausgabe: Robert Burton, *Die Anatomie der Melancholie*, Mainz 1988.
- 5 Raymond Klibansky/Erwin Panofsky/Fritz Saxl, *Saturn und Melancholie. Studien zur Geschichte der Naturphilosophie und Medizin, der Religion und der Kunst*, Frankfurt a.M. 1990.
- 6 Lepenies, *Melancholie und Gesellschaft*, a.a.O.
- 7 Ludger Heidbrink, *Melancholie und Moderne. Zur Kritik der historischen Verzweiflung*, München 1994; Dennis Walder, *Postcolonial Nostalgias. Writing, Representation, and Memory*, New York/London 2011.
- 8 *Wegzeichen. Zur Krise der russischen Intelligenz*, eingeleitet und übersetzt von Karl Schlögel, Frankfurt a.M. 1990; *Iz glubiny. Sbornik statej o ruskij revoljucii*, Moskau/Petrograd 1918; Michail Gerschenson/Wjatscheslaw Iwanow, *Briefwechsel zwischen zwei Zimmerwinkeln*, Stuttgart 1990.
- 9 Alexander Solschenizyn u.a. in: *Stimmen aus dem Untergrund*, Frankfurt a.M. 1976; Boris Schragin u.a. in: *Samosoznanie*, New York 1976.
- 10 Das Werk Schalamows liegt inzwischen in einer mehrbändigen Ausgabe des Verlages Matthes & Seitz vor, übersetzt von Gabriele Leupold und herausgegeben von Franziska Thun-Hohenstein, Berlin 2007-2016; Wassili Grossman, *Leben und Schicksal*, aus dem Russischen von Madeleine von Ballestrem, Berlin 2007.
- 11 Mark Mazower, *Salonica, City of Ghosts: Christians, Muslims and Jews 1430-1950*, New York 2005.

Marci Shore

DIE ZERBRECHLICHKEIT DES LIBERALISMUS
oder Das Ende vom »Ende der Geschichte«

Im Jahre 1946 kam die zwölfjährige Kristine Keese, eine polnische Jüdin, die dem Warschauer Getto entkommen war und den Holocaust in einem Versteck überlebt hatte, in New York an und erzählte ihren neuen Klassenkameraden von ihren Erfahrungen während des Kriegs. Sie wollten ihr nicht glauben. Eines der Mädchen nannte sie eine Lügnerin, denn etwas dermaßen Grauenhaftes könne im wahren Leben doch nicht passieren. Kristine versuchte nicht, sich zu verteidigen. Im Gegenteil, ihr erschien es wünschenswert, dass das amerikanische Reich des Möglichen begrenzt war. Wenn etwas so Entsetzliches hier unvorstellbar war, hieß das vielleicht, dass es sich hier nicht ereignen konnte.¹

2016 schrieb mir die inzwischen 82-jährige Kristine Keese, dass ihr Brustkrebs zurückgekehrt sei und sie jede Behandlung verweigere. Sie wolle einen Donald Trump als Präsidenten nicht mehr erleben.

*

Im Frühjahr 1943, kurz nachdem Kristine Keese und ihre Mutter auf die, wie es damals hieß, »arische Seite« entkommen waren, schrieb Czesław Miłosz sein Gedicht »Campo di Fiori«. Es erzählt von einem Karussell, das kurz vor dem Ausbruch des Aufstandes vor der Mauer des Warschauer Gettos aufgestellt wurde. Als die Kämpfe begannen, lief das Karussell weiter: »Die Schaukelnden fingen die Flocken / Im Fluge aus ihren Gondeln. / Der Wind von den brennenden Häusern / Blies in die Kleider der Mädchen, / Die fröhliche Menge lachte / Am schönen Warschauer Sonntag.«² »Die Sittlichkeit der Zivilisation ist zerbrechlich«, schrieb Miłosz später.³

»Zivilisation« ist ein Neologismus der Aufklärung, der einen Augenblick des Erstaunens angesichts der Macht der menschlichen Vernunft festhält, die Welt zu verstehen, zu verbessern und ihrer Kontrolle zu

unterwerfen. Die Vernunft, so glaubten die Aufklärer, würde zur Wahrheit, Wahrheit zur Tugend und Tugend wiederum zur Glückseligkeit führen. Verstanden als Antithese zur Barbarei, bedeutete Zivilisation die Überwindung der Unordnung und Brutalität des Naturzustands. Das Zentrum der Zivilisation war natürlich Paris.

1789 stürmten Revolutionäre die Bastille und verkündeten die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte. Der klassische Liberalismus, die politisch kodifizierte Version des Rationalismus der Aufklärung, schien gesiegt zu haben. Gestützt auf das autonome, individuelle Subjekt, die Menschenrechte und die im Gesellschaftsvertrag festgeschriebene Volkssouveränität, ging der Liberalismus von einer Harmonie von Tugend und Eigeninteresse aus, ebenso wie von einer Teleologie des Fortschritts durch Wissenschaft und Bildung. Wir müssen nicht mehr tun, als eben vernünftig zu sein.

Vier Jahre nach dem Sturm auf die Bastille machte die Erklärung der Menschenrechte der Guillotine Platz – eine frühe Lektion über die Zerbrechlichkeit des Liberalismus.

Die Romantiker bekehrten gegen die Verherrlichung der Vernunft auf. Goethe wiederum befand, die Philosophen der Aufklärung behandelten die Schönheit wie die Insektenforscher Schmetterlinge. Die kalte, wissenschaftliche Analyse würde die Gefühle verarmen lassen. Die Aufklärung entlehnte ihr Konzept des menschlichen Subjekts dem *cogito ergo sum* von René Descartes: Ich denke, also bin ich. Doch für die Romantiker war das cartesianische *cogito* ein seelenloser Verstand, dem sie ihr *volo ergo sum* entgegensetzten: Ich will, also bin ich. Dostojewskis Protagonist der *Aufzeichnungen aus dem Kellerloch* brachte dies mit Leidenschaft zum Ausdruck: »Sie sehen, meine Herren, die Vernunft ist fraglos eine gute Sache, aber Vernunft ist eben nur Vernunft und schenkt Erfüllung nur im Hinblick auf die Vernunftbegabtheit des Menschen, während doch die Begierde das Ganze des Lebens ausdrückt.«

»Die Sprache bringt es an den Tag«, heißt es in Victor Klemperers *Lingua Tertii Imperii*, seinem »Notizbuch eines Philologen«, geschrieben im nationalsozialistischen Deutschland. Er verweist auf die Ursprünge der Nazisprache in der Romantik mit ihrer »Verherrlichung (...) der Leidenschaft in jeder Form, für jegliche Sache«, worin sich die »Umwertung des Fanatismus zur Tugend«, wie sie der Nazismus betrieb, schon abzeichnete.⁴ Der Philosoph Edmund Husserl, der 1936 als Jude von der Universität Freiburg relegiert wurde, diagnostizierte eine »Krisis der europäischen

Wissenschaften.« Diese hätten ihre ursprüngliche Bestimmung vergessen und sich damit verhängnisvollerweise den Kräften des Irrationalismus ausgeliefert. Wenn wir Wahrheit nur noch als wissenschaftliches Faktum verstehen, verlieren wir das Gefühl für die Bedeutung der menschlichen Existenz: »Bloße Tatsachenwissenschaften machen bloße Tatsachenmenschen«, sagte Husserl.⁵

Wie die Vernunft der Aufklärung im weiteren Sinne hat sich auch der Liberalismus als existenziell dünn und emotional unbefriedigend erwiesen, als ungeeignet, Solidarität zu schaffen und das Problem der Entfremdung zu lösen. Er hat lange Zeit die Macht der Instinkte verkannt und die dunklere, von Ängsten gepeinigte Seite des Menschen zugunsten der Rationalität ignoriert. Jahre nach seiner jugendlichen Verirrung in den Faschismus und seiner späteren Emigration nach Paris fragte der rumänische Philosoph E.M. Cioran: »Und was ist im Grunde der Westen, was ist die große französische Kultur, die Idee der Höflichkeit, anderes als eine Grenze, die man um der Vernunft willen akzeptiert?«

Theodor Herzl war ein Wiener Liberaler – bis er 1894 als Korrespondent nach Paris entsandt wurde, um über den Dreyfus-Prozess zu berichten. Der moderne Zionismus entstand, als Herzl den Pöbel in den Straßen von Paris rufen hörte: »Tod den Juden!« In Herzls Augen offenbarte die Dreyfus-Affäre das Versagen sowohl der jüdischen Emanzipation als auch des Liberalismus der Aufklärung. Hannah Arendt sah darin noch mehr: Der Pöbel hatte die Bühne der Geschichte betreten. Arendt verortete die Wurzeln des Nazismus in der heimlichen Freude der Bourgeoisie an der Unbotmäßigkeit des Mobs. Dafür war die Elite gern bereit, »einen Preis zu bezahlen, die Zerstörung der Zivilisation«.⁶

Der Marxismus und die Psychoanalyse Freuds waren Reaktionen auf das Versagen des Liberalismus. Marx kritisierte, dass unter der vermeintlichen Freiheit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung groteske Ungleichheit, Ausbeutung und Entfremdung herrschten. Freud wiederum diagnostizierte, dass unsere irrationalen Wünsche – Lebenstrieb und Todestrieb, Eros und Thanatos – in unser Unterbewusstsein verbannt werden könnten, doch niemals aus unserem tiefsten Selbst verschwinden würden. Ich weiß, »daß Hochmut in mir und Begierden, / die Grausamkeit und das Korn der Verachtung / zum toten Schlaf mir das Lager flechten, / und meiner Lüge herrlichste Farben / die Wahrheit verbergen«, heißt es in dem Gedicht »Wolken«, das der junge Czesław Miłosz 1935

schrrieb.⁷ Freud sah im Triebverzicht die Grundvoraussetzung für das Entstehen von Kultur, daher würde Kultur uns niemals glücklich machen. Die Alternative jedoch wäre die Barbarei.

*

Als der Eiserne Vorhang gefallen war, versuchte Francis Fukuyama das Ethos dieses Moments mit seiner Verkündung des »Endes der Geschichte« zu erfassen. Die Unterbrechung des Laufs der Geschichte war vorüber, und wir kehren zur Teleologie des Fortschrittes zurück: Fortan würde die liberale Demokratie bis in alle Ewigkeit siegreich sein. Das »Ende der Geschichte« gemahnt an ein Märchen, in dem die böse Hexe endlich gestorben ist und alle glücklich bis ans Ende ihrer Tage leben.

1989 war ein Augenblick des Triumphs. Die Sieger durften nun die Besiegten bestrafen. Es tauchten verschiedene Formen der Vergangenheitsbewältigung auf: Lustrationslisten wurden erstellt, Straßen umbenannt, Schurken und Helden umgebettet, Denkmäler demontiert, Geschichtsbücher umgeschrieben; es wurden Entschuldigungen und Sühnebekennnisse eingefordert. »Die totalitären Reiche mit ihren blutigen Prozessen sind verschwunden, doch der *Geist des Prozesses* ist als Erbe zurückgeblieben, und er ist es, der abrechnet«, schrieb Milan Kundera 1993.⁸ Fast ein Vierteljahrhundert später haben wir diesen Geist noch immer nicht überwunden.

Im Oktober 2015 gewann die PiS (Prawo i Sprawiedliwość, Recht und Gerechtigkeit), Polens nationalkonservative, rechtspopulistische Partei unter der Führung Jarosław Kaczyńskis, 37% der Stimmen und die Parlamentsmehrheit. Gerne vergleicht die PiS-Regierung die Liberalen mit Schweinen, »die von ihrem Trog abgeschnitten sind«. Der Begriff »Volksdeutscher« wird aus der Mottenkiste der deutschen Besatzungszeit hervorgeholt und auf Polen angewendet, die an die EU appellieren, die gegenwärtigen Verstöße gegen die polnische Verfassung zu untersuchen. Die Kommunisten sprachen von »Volksfeinden«, heute bezeichnet die Regierung ihre Kritiker als »schlimmste Sorte von Polen«. Damit meint sie alle, die die fröhliche Stimmung der wahren Polen – und das sind die Anhänger der PiS – verderben. (Man denkt an Stalins Aufmunterung aus den 1930er Jahren: »Das Leben ist leichter geworden, das Leben ist fröhlicher geworden.«)

Im Jahre 2016 kündigte der PiS-Kulturminister an, er werde das Museum des Zweiten Weltkriegs in Danzig auflösen. Das 120-Millionen-Dollar-Projekt war bereits vor acht Jahren geplant und ein Team von zahlreichen Wissenschaftlern und Museumsfachleuten sowie ein hochkarätiger Beirat auf die Beine gestellt worden. Am 23. März 2017 wurde es eröffnet. Das Museum verfolgt einen internationalen Ansatz, die Dauerausstellung beginnt mit dem Zusammenbruch der liberalen Weltordnung nach dem Ersten Weltkrieg: italienischer Faschismus, deutscher Nazismus, polnischer Autoritarismus, Sowjet-Stalinismus, japanischer Imperialismus. Die polnische Historikerin Anna Muller, Fakultätsmitglied der Universität von Michigan, gehörte von Anfang an dem Team an, das die Ausstellung konzipiert hatte. Zu Projektbeginn glaubte sie nicht, dass es gelingen würde, hinreichend viele Exponate zusammenzutragen. Sie begann zu reisen, machte Veteranen und Überlebende sowie deren Kinder ausfindig. Sie traf den polnischen Priester Mikołaj Skłodowski, der 1945 in Ravensbrück geboren wurde, wo seine Mutter Lagerinsassin war. Er zeigte Muller ein kleines Medaillon des heiligen Nikolaus, das seine Großmutter mitgenommen hatte, als sie mit ihrer Familie 1917 aus Petrograd floh, und das seine Mutter während ihres Aufenthalts in Ravensbrück in einem Seifenstück versteckt hatte. Die Mutter hatte ihn nach dem heiligen Nikolaus benannt. Zum Abschied überreichte er Muller das Medaillon für das Museum. 1938 zog der 24-jährige Jakub Piekarz aus der ostpolnischen Kleinstadt Jedwabne fort in die USA. Drei Jahre später, im Juli 1941, wurden die Juden aus Jedwabne, darunter auch Jakubs Eltern, von ihren polnischen Mitbürgern ermordet. Der polnische Historiker Jan Tomasz Gross schildert in seinem 2000 erschienenen Buch die Geschichte des Massakers von Jedwabne und löste damit die wohl bedeutendste Debatte über den Holocaust im postkommunistischen Europa aus. Jakub Piekarz, inzwischen Rabbi Jacob Baker, verstarb im Jahre 2006. Muller besuchte seine Tochter 2013 in New York, die ihr nach einigem Zögern die Briefe ihres Vaters, Photos und seinen Pass übergab, mit dem er 1938 Polen verlassen hatte. Sie gehören nun ebenso wie Skłodowskis Medaillon zu den über 13 000 Objekten des Museums.⁹

Kaczyński ist überzeugt, dass das Museum nur unzureichend »den polnischen Standpunkt« repräsentiert. »Der polnische Standpunkt« bildet das Kernstück seiner Geschichtspolitik, die die Deutungshoheit über

das postkommunistische Narrativ des 20. Jahrhunderts beansprucht. Die zugrunde liegenden Prinzipien sind einfach: die polnische Nation als christusgleicher Märtyrer, eine manichäische Unterscheidung zwischen Unschuld und Schuld sowie die Überzeugung, dass alles Übel von außen kommt. Es ist nun strafbewehrtes Dogma der polnischen Regierung, dass die Polen weder an den Verbrechen der Nazis noch an denen der Kommunisten Schuld tragen. Wer das in Frage stellt, dem drohen bis zu drei Jahren Haft.

Das erschreckendste Beispiel für die Obsession, sich selbst als Opfer fremder Mächte zu sehen, stellt die Smolensker Verschwörungstheorie dar. Am 10. April 2010 befanden sich Jarosław Kaczyńskis Zwilingsbruder Lech, damals Präsident Polens, Lechs Ehefrau und 94 weitere Mitglieder einer polnischen Staatsdelegation auf dem Weg nach Russland, um des 70. Jahrestages des Massakers im Wald von Katyń im Jahr 1940 zu gedenken. Damals wurden mehr als 20 000 polnische Offiziere durch den sowjetischen NKWD hingerichtet. An jenem Aprilmorgen herrschten schlechte Landebedingungen, und das Flugzeug stürzte im Wald ab, alle 96 Passagiere fanden dabei den Tod.

Bald nach dem Unglück wurde die Blackbox des Fliegers gefunden. Die Aufzeichnungen aus dem Cockpit zeigen die Umstände des Absturzes mit schmerzlicher Deutlichkeit. Es war die Romantik des Willens gegen den Verstand der Aufklärung: Enormer Aufwand war in die Gestaltung der polnisch-russischen Katyń-Gedenkfeier gesteckt worden. Wie könnte da ein technisches Problem die Präsidenten-Delegation am pünktlichen Eintreffen hindern? Die russische Flugverkehrskontrolle hatte den Piloten empfohlen, auszuweichen, und die Minsker Flugverkehrskontrolle hatte ihnen eine Landung in Minsk angeboten. Der Kommandeur der polnischen Luftstreitkräfte betrat das Cockpit und erklärte den Piloten, der Präsident habe sich noch nicht entschieden, was er zu tun gedenke. Er weigerte sich, das Cockpit zu verlassen. Kurz vor dem Absturz hört man auf dem Tonband seine Stimme: »Traut euch doch, ihr werdet es schaffen!«¹⁰

Trotz der überwältigenden Beweislage setzte die PiS unter Führung von Jarosław Kaczyński eine Verschwörungstheorie in Umlauf und behauptete, der Absturz sei ein vom Kreml organisierter Mordanschlag gewesen, den polnische liberale Verräter wie der damalige Premier Donald Tusk und Außenminister Radosław Sikorski vertuscht hätten. Antoni

Macierewicz, Verteidigungsminister der PiS, versprach: »Die Wahrheit über dieses Drama wird ans Licht kommen (...) die Gerechten werden belohnt und der Rest wird bestraft werden.«¹¹

*

»Das Leben, wie es uns auferlegt ist, ist zu schwer für uns, es bringt uns zu viele Schmerzen, Enttäuschungen, unlösbare Aufgaben«, schrieb Freud. »Um es zu ertragen, können wir Linderungsmittel nicht entbehren.«¹² Verschwörungstheorien und Geschichtspolitik sind solche palliativen Maßnahmen.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts verlor Freud den Kampf um die Herzen und die Vernunft der Massen gegen Marx, der im Gegensatz zu ihm ewiges Glück versprach. Nun rächt sich Freud. Während der amerikanischen Wahlkampagne erklärten Trumps Anhänger, sie fühlten sich von seiner »Ehrlichkeit« angezogen. Trumps Ehrlichkeit hat jedoch nichts mit der Übereinstimmung zwischen dem, was er sagt, und der empirischen Wahrheit zu tun. Was Trumps Anhänger unter »Ehrlichkeit« verstanden, war die Ablehnung des Triebverzichts, der Kultur erst ermöglicht. Der Verzicht auf diesen Verzicht bringt eine gewisse Art von Befreiung – allerdings ist der Preis dafür die Zerstörung der Kultur. Wir finden uns in Dostojewskis Welt wieder, in der alles erlaubt ist.

In *Hitlers willige Vollstrecker* behauptet Daniel Goldhagen, die Deutschen seien seit Generationen mit einem virulenten Antisemitismus infiziert. Sie seien schlechte Menschen, denen es Vergnügen bereite, Juden zu ermorden. Goldhagens größte Widersacherin (über das Grab hinaus) war Hannah Arendt. »Seit vielen Jahren«, schrieb sie kurz vor Ende des Zweiten Weltkriegs, »begegnen mir Deutsche, welche erklären, dass sie sich schämten, Deutsche zu sein. Ich habe mich immer versucht gefühlt, ihnen zu antworten, dass ich mich schäme, ein Mensch zu sein.«¹³ Der tschechische Politikwissenschaftler Pavel Barša erklärte die Popularität von Goldhagens These so: »Wenn Goldhagen recht hat, können wir alle ruhig schlafen.«¹⁴ Da aber Arendt und Freud recht haben, können wir nie ruhig schlafen. Eine von Freuds unbequemen Botschaften lautet: Wir können nie sicher sein, dass das, was uns bedroht, außerhalb von uns ist. Geschichtspolitik und Verschwörungstheorien sind Versuche – in Polen stärker als anderswo –, vor der Verantwortung zu fliehen, Trost zu fin-

den, indem man Schuld auslagert – alles aus dem Wunsch heraus, einen sicheren Ort auf Erden zu finden.

Vielleicht werden wir erst jetzt, da wir vor dem Ende des »Endes der Geschichte« stehen, der Hybris unseres Triumphalismus gewahr, und der Tatsache, dass Demokratie keine Garantie für eine liberale Gesellschaft ist. Die »illiberale Demokratie«, diese Wortschöpfung von Fareed Zakaria, die Viktor Orbán übernommen und (gegen ihre ursprünglich kritische Bedeutung) positiv besetzt hat, ist kein Oxymoron: Demokratie und Liberalismus waren niemals Synonyme. Im Habsburgerreich büßten die Liberalen gerade in dem Augenblick Macht ein, als das Wahlrecht ausgeweitet wurde. Hitler gelangte durch eine demokratische Wahl an die Macht – wie auch, in jüngerer Zeit, Viktor Janukowytsch. Eine überwältigende Mehrheit der Russen unterstützt Putin.

Es war kein Zufall, dass sich in den Jahren nach dem Tod des Marxismus und vor dem »Ende der Geschichte« mitteleuropäische Philosophen wie Jan Patočka, Leszek Kołakowski, Krzysztof Michalski und Ágnes Heller auf die Bedeutung der Verantwortung konzentrierten. Die Geltung der »eisernen Gesetze der Geschichte« zu verwerfen, hieß, einen Raum für individuelles Handeln und damit individuelle Verantwortung zu eröffnen. Geschichte bedeutete nicht mehr »Geschichte«, sondern *unsere* Geschichte. »Leben und Geschichte fliegen nicht ohne unser Zutun dahin wie ein Karussell, das man besteigen und nach einer Weile wieder verlassen kann. Geschichte ist nur als unsere Geschichte real, sie geschieht nur in unserem Tun«, schrieb Krzysztof Michalski.¹⁵ Alles, was uns umgibt, wird nicht von uns vorgefunden, sondern in einem gewissen Maße von uns geschaffen. Verständlich, dass wir uns danach sehnen, uns der damit einhergehenden Verantwortung zu entledigen, indem wir sie auf ein festes Fundament verlagern. Wir sehnen uns nach einer Welt, die so geordnet und sicher ist wie ein Garten. Doch eine solche Welt gibt es nicht, bloß die, die wir kennen. Václav Havels Gemüsehändler, der jeden Morgen neben Karotten und Zwiebeln das Schild »Proletarier aller Länder vereinigt euch!« in die Auslage stellt, lebt in einer Lüge. Der machtlos erscheinende Gemüsehändler war in Wahrheit mitschuldig, dass das Spiel überhaupt weitergehen konnte. »Professor Patočka pflegte zu sagen, das Interessanteste an der Verantwortung sei, daß wir sie immer und überall mit uns tragen«, so Havel. »Das heißt, daß wir sie hier und jetzt akzeptieren und begreifen müssen, an eben der Stelle in Raum und Zeit, an die uns

das Schicksal gestellt hat. Wir können sie nicht loswerden (...).«¹⁶

Im Prozess der Abrechnung mit der Vergangenheit, der Neubewertung von Schuld und Unschuld haben wir vergessen, nach dem Wesen des Totalitarismus zu fragen, danach, wie er *entstehen konnte*. Im Mai 2016 fand in Sankt Petersburg im Rahmen des Programms »Debatten über Europa« eine dreitägige Diskussion über die Frage »Russland in Europa – Russland und Europa?« statt. Die Gespräche kamen immer wieder auf zwei Fragen zurück: Wer ist ein echter Europäer? Wer sollte sich entschuldigen – und bei wem? Die Deutschen haben sich schon vor langer Zeit für den Nazismus entschuldigt, warum gibt es keine vergleichbare Entschuldigung der Russen für den Stalinismus? Warum haben die Russen nicht ihre Kollektivschuld eingestanden? Das stand im Zusammenhang mit einer der berühmten russischen Fragen: *Kto vinovat* (Wer trägt die Schuld)? In Petersburg wurde ausführlich über *pokaianie* (Reue) diskutiert – ein russisches Wort, in dem starke religiöse Untertöne mitklingen. Unter welchen Bedingungen sollte Reue geübt werden? Vor wem?

Die Diskussion legte ein Missverständnis offen. Unsere Hauptverantwortung liegt nicht darin, die beiden genannten Fragen zu stellen. Vielmehr sollten wir uns fragen, unter welchen Umständen es möglich war, dass Nazismus und Stalinismus überhaupt entstehen konnten. Wie konnten – oder können – Grenzen so rasch verwischt werden? Wie vermag etwas, das noch gestern unvorstellbar war, in kürzester Zeit zur Normalität zu werden? Verantwortung bedeutet, einzugestehen, dass wir immer schon für dieses Abgleiten anfällig waren und es auch weiterhin sind. Wir müssen akzeptieren, dass es auf dieser Welt keinen sicheren Ort gibt, dass wir das, was uns bedroht, auch in unserem Inneren bergen. Anfang des 21. Jahrhunderts erinnerte sich der schon betagte Rabbi Baker an seinen Nachbarn aus der Kinderzeit, der an jenem Julitag des Jahres 1941 zu denen gehörte, die mit großer Begeisterung die Juden von Jedwabne in den Schuppen trieben: »Selbst Jurek Ludański, einer der Haupttäter, (...) war ein sehr netter Junge. Ich erinnere mich gut an ihn, wir wohnten unweit von einander und sprachen öfters über Religion, da er Priester werden wollte und ich den Talmud studierte.«¹⁷ Und so bleibt die Frage, was die Zivilisation damals so zerbrechlich machte und was sie heute zerbrechlich machen könnte. Denn es geht nicht um Rechtfertigung, sondern um Vorbeugung. Wir brauchen nicht länger ein Nachdenken, wie wir die Schuld unserer Eltern und Großeltern sühnen können, sondern

ein Nachdenken darüber, was für eine Welt wir für uns und unsere Kinder schaffen möchten. Reue ohne Verstehen ist ohne Sinn, sie ist, vergleichbar mit Kants Begriffen ohne Anschauung, leer. Der moralische Imperativ des Augenblicks lautet: Verstehen. Dann haben wir vielleicht eine Chance.

Aus dem Englischen von Andrea Marenzeller

Anmerkungen

- 1 Vgl. Kristine Rosenthal Kees, *Shadows of Survival: A Child's Memory of the Warsaw Ghetto*, Boston 2016.
- 2 Übersetzung von Karl Dedecius. Vgl. dazu Jan Błoński, »Die armen Polen blicken aufs Getto. Nachdenken über die Lyrik von Czeslaw Milosz«, in: *VIA REGIA – Blätter für internationale kulturelle Kommunikation*, Heft 21/22 (1995).
- 3 Czeslaw Miłosz, *Verführtes Denken*, Berlin 1980, S. 127.
- 4 Victor Klemperer, *Die unbewältigte Sprache. Aus dem Notizbuch eines Philologen. »LTI«*, Darmstadt o.J., S. 18 und 67.
- 5 Edmund Husserl, *Die Krisis der europäischen Wissenschaften und die transzendente Phänomenologie* (1936), hg. von Walter Biemel, Den Haag 1976, S. 4.
- 6 Vgl. Hannah Arendt, *The Origins of Totalitarianism*, New York 1951, S. 31.
- 7 Czeslaw Miłosz, »Wolken«, in: *Gedichte*, übersetzt von Doreen Daume und Karl Dedecius, München 2013, S. 9.
- 8 Milan Kundera, *Verratene Vermächtnisse: Essay*, München 1993, S. 219, »Der Prozeß gegen das Jahrhundert«.
- 9 Anna Muller, »Objects Have the Power to Tell History«, in: *Political Critique*, 4. November 2016, <http://politicalcritique.org/cee/poland/2016/museum-of-the-war>.
- 10 Vgl. das Stenogramm der Aufzeichnung der Blackbox http://doc.rmf.pl/rmf_fm/store/nowe_stenogramy.pdf.
- 11 »Macierewicz o Smoleńsku: Sprawiedliwi zostaną nagrodzeni, pozostali – ukazani«, *Gazeta Wyborcza*, 10. April 2016.
- 12 Sigmund Freud, *Das Unbehagen in der Kultur*, Wien 1930, Kapitel 2.
- 13 Hannah Arendt, »Organisierte Schuld« (das engl. Original erschien im Januar 1945 in *Jewish Frontier*, Nr. 12), in: Dies., *In der Gegenwart. Übungen im politischen Denken II*, München 2000, S. 26-37, hier S. 36.
- 14 Pavel Barša, *Paměť a genocida: Úvahy o politice holocaustu* (Gedächtnis und Genozid. Reflexionen über die Politik des Holocaust), Prag 2011.
- 15 Krzysztof Michalski, *The Flame of Eternity: An Interpretation of Nietzsche's Thought*, Princeton UP 2012, S. 15.
- 16 Václav Havel, *Versuch, in der Wahrheit zu leben. Von der Macht der Ohnmächtigen*, Reinbek 1980, S. 73.
- 17 Krzysztof Darewicz, »Ufaliśmy sobie« (Wir vertrauten einander), *Rzeczpospolita*, 10. März 2001 (Interview mit Rabbi Jacob Baker).



Besuchen Sie uns im Netz
[www. iwm.at/transit](http://www.iwm.at/transit)



Krzysztof Michalski
 NACH DEM UMBRUCH IM OSTEN EUROPAS:
 WAS TUN?*

1989 hat in Europa ein Erdbeben stattgefunden, infolge dessen das sowjetische Imperium zusammengebrochen ist. Was hat dieses Erdbeben verursacht?

Es war eine Vielzahl von zusammentreffenden Faktoren. Ein totaler Kollaps des sozialistischen Wirtschaftssystems, als Folge der chronischen Unfähigkeit des kommunistischen Regimes, wirtschaftliche Produktivität zu stimulieren, ging zusammen mit einem beinahe totalen Glaubwürdigkeitsverlust des Legitimationssystems, dessen sich die regierenden Kommunisten jahrzehntelang bedient hatten: Die osteuropäische Staatsreligion, der Kommunismus, wurde zur Kirche ohne Gläubige. Das hat die Fundamente des Imperiums erschüttert und das politische System des Kommunismus ins Wanken gebracht. Weitere Umstände kamen hinzu und führten schließlich zum Zusammenbruch: ein Papst, der den Widerstand der Gesellschaft mobilisiert und den Bürgern Vertrauen in ihre eigene Macht gegeben hat; ein amerikanischer Präsident, der – allen Verschleierungen der westlichen und östlichen Ideologen zum Trotz – das Imperium des Bösen dort gesehen hat, wo es tatsächlich war, und der gleichzeitig imstande war, ihm mit einer pragmatischen Politik entgegenzutreten; ein aufgeklärter Diktator an der Spitze des Imperiums, der den Zerfall sah und verstand, ohne darauf mit Gewalt zu reagieren.

Entscheidend war aber, so glaube ich, die simple Tatsache, dass sich die Regierten in Osteuropa nicht mit dem Regime, unter dem sie jahrzehntelang leben mussten, abfinden konnten und wollten, dass sie immer wieder aufbegehrten und dabei ihre Karriere, ihre Freiheit, ihr Leben aufs Spiel setzten. Der hartnäckige, in den alten gesellschaftlichen Institutionen der

* Vortrag, gehalten am 2. April 1993 in Wenigzell auf einer Tagung des Club AAB, der Denk- und Diskussionswerkstatt der Steirischen Sektion des ÖAAB (Österreichischer Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerbund, das ist die Arbeitnehmer-Organisation der Österreichischen Volkspartei (ÖVP)).

betroffenen Länder verwurzelte Widerstand der Menschen: Das war es, was den Zusammenbruch des Imperiums letzten Endes herbeiführte.

*

Worin lagen die Gründe für die Kraft und das Durchhaltevermögen dieses gesellschaftlichen Widerstands? Ich konzentriere mich hier auf Polen, das ich am besten kenne und wo der Widerstand stark und erfolgreich war. Polen ist auch groß genug, um beachtet zu werden. Es ist viel schwieriger, vierzig Millionen Menschen zu terrorisieren als zwei Millionen; das hat den Widerstand der Polen politisch relevanter gemacht als z.B. den – zuweilen heldenhaften – Widerstand der Litauer.

Dabei will ich nicht nach moralischen Erklärungen suchen: Die Polen waren und sind nicht »anständiger« oder »moralischer« als andere Völker, die keinen so hartnäckigen Widerstand gegen die Kommunisten leisteten. Mehr noch, die politische Anständigkeit, die Unnachgiebigkeit gegenüber den Manövern der degenerierenden politischen Machthaber ging einher mit moralisch negativen Erscheinungen: mit zunehmendem Alkoholismus, Faulheit, Kriminalität usw. Mag sein, dass es in Polen verhältnismäßig weniger Spitzel gab als anderswo – aber mit Sicherheit nicht weniger Alkoholiker, Faulenzer und Kriminelle.

Um die Gründe für die Kraft und die Dauerhaftigkeit des Widerstands der Polen gegen das kommunistische Regime zu finden, muss man eher nach den gesellschaftlichen Ursachen, nach jenen Institutionen suchen, die jahrzehntelang die Aufrechterhaltung des politischen Anstandes und schließlich seinen Erfolg ermöglichten.

Eine solche Institution war zweifelsohne die katholische Kirche. Czesław Miłosz hat sicherlich recht, wenn er schreibt, dass deren wichtigste Funktion darin bestand, die für das gesellschaftliche Leben fundamentalen Gegensätze nicht vergessen zu lassen: Wahrheit und Unwahrheit, Gut und Böse. Ich glaube nicht, dass es dabei darum ging, dass die Kirche sagte, was gut und was böse sei (auch die Priester können da irren); viel wichtiger war es, dass sie nicht erlaubte, den Unterschied zwischen Wahrheit und Unwahrheit, zwischen Gut und Böse zu relativieren. Das hat den Menschen geholfen, aufrecht zu gehen und Kompromisse abzulehnen.

Von nicht minderer Bedeutung war das nationale Bewusstsein – das Bewusstsein der Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft mit gemeinsamer Geschichte, mit tief verwurzelten Gewohnheiten und Mythen, die die

kollektiven Vorstellungen bestimmten. Die nationale Identität erwies sich – wie sich schließlich zeigen sollte – als eine unüberwindbare Barriere für die Maßlosigkeit der totalitären Macht. Und damit meine ich nicht, dass ein vermeintlicher »Nationalcharakter« wie etwa das angebliche polnische Heldentum die Unterordnung der Polen unter die Fremdherrschaft erfolgreich verhindert hätte. Elementarer ist zum Beispiel die Gewohnheit, Kohl zu essen, während andere ukrainischen Borschtsch essen: Verhaltensmuster, die eine größere, spontane, tief liegende Vertrautheit zu schaffen vermögen als alle rationalen Argumente.

Die Dorfgemeinschaft war ganz sicher eine weitere wichtige Institution des Widerstands: Das Dorf mit seinen traditionellen Normen und seinem traditionellen Rhythmus erwies sich als erstaunlich widerstandsfähig gegen die wiederholten Vereinnahmungsversuche durch den kommunistischen Machtapparat. Auch hier habe ich keine moralischen Kategorien im Sinn: etwa die Opferbereitschaft und die moralische Widerstandskraft der Bauern gegenüber den üblen kommunistischen Apparatschiks. Es geht eher, ähnlich wie bei den nationalen Gemeinsamkeiten, um die Kraft der Gewohnheit, um jene Bindungen, die unabhängig von der herrschenden politischen Struktur entstehen und die so stark sind, dass die Machthaber nicht imstande sind, sie zu zerstören.

Eine große Rolle in der Überlieferung der traditionellen Werte, Mythen und Gewohnheiten – jener geistigen Substanz des Widerstands gegen die totalitäre Unterdrückung also – spielte auch die Familie (obwohl, paradoxerweise, Ehescheidungen und Abtreibungen gleichzeitig Rekordhöhen erreichten). Eine andere wesentliche soziale Institution in diesem Zusammenhang waren schließlich Freundschaftsbeziehungen, die Loyalität unabhängig vom politischen Zentrum entstehen ließen, was wiederum die Kraft des gesellschaftlichen Widerstands verstärkte.

Ich will natürlich nicht behaupten, dass sich mit Kirche, nationaler Identität, Dorfgemeinschaft, Familie und Freundschaft die Zahl jener gesellschaftlichen Institutionen erschöpft, auf die sich die Opposition gegen die kommunistische Herrschaft stützte. Mit Sicherheit aber waren sie für die Festigung des Widerstands und für dessen schließlichen Erfolg ausschlaggebend.

Die politischen Resultate des auf diese Weise unterfütterten sozialen Protests wurden nicht durch die Teilnahme am politischen Prozess erreicht, sondern eher durch Versuche einer außerpolitischen Organisa-

tion der Gesellschaft: Die Politik wurde so zur Antipolitik. Die modernen politischen Institutionen wie Parlament, Regierung, Parteien oder regionale Selbstverwaltung waren durch die kommunistische Partei dominiert, die politische Opposition wurde in die Illegalität getrieben. Zahlreiche Versuche am Ende der fünfziger und in den sechziger Jahren, eine Opposition innerhalb der kommunistischen Partei oder mit ihrer Zustimmung zu bilden, waren naturgemäß zum Misserfolg verurteilt.

Wenn jemand ab den siebziger Jahren seine Mitgliedschaft in der kommunistischen Partei als Versuch einer politischen Einflussnahme von innen rechtfertigte, dann konnte man ihn ohne weiteres als bloßen Karrieremacher bezeichnen. Auf dem Programm der ernstzunehmenden Opposition stand nicht die Reform der politischen Strukturen innerhalb des existierenden Systems, sondern die Organisation der Gesellschaft außerhalb des von Kommunisten dominierten staatlichen Gefüges. Daher die Literatur des »zweiten Umlaufs« (Samisdat), die »fliegende Universität« neben der offiziellen, die Schattenwirtschaft und schließlich »Solidarność« – der Zielsetzung nach eine unabhängige Gewerkschaft, keine politische Oppositionspartei. Nicht zufällig wurde der Hegelsche Terminus von der Bürgergesellschaft zum Hauptschlagwort der Opposition.

*

Der Erfolg des Widerstands wurde also unter anderem möglich durch gesellschaftliche Institutionen wie Kirche, nationale Gemeinschaft, Dorfgemeinschaft, Familie. Aber sind die Bedingungen dieses Erfolgs nicht gleichzeitig unüberwindbare Hindernisse auf dem Weg zu einer modernen, demokratischen Gesellschaft, des Ideals der antikommunistischen Revolution? Können Kirche, nationale Identität, Dorfgemeinschaft, Familie, Freundschaft und Misstrauen gegenüber politischen Strukturen eine Basis für die Errichtung eines modernen, demokratischen Systems sein? Erinnert nicht schon die Aufzählung dieser gesellschaftlichen Erscheinungen etwa an romantische Manifeste vom Anfang des 19. Jahrhunderts, die in diesen Phänomenen eine Garantie gegen die fortschreitende Demokratisierung und Modernisierung sahen? Wurde zudem nach dem Zweiten Weltkrieg die moderne Entwicklung nicht gerade von den Kommunisten weitergetrieben, gegen die sich der lange Kampf der Gesellschaft richtete, der in der Revolution von 1989 mündete? Schließlich haben die Kom-

munisten die Industrialisierung und Urbanisierung des Landes bewerkstelligt (wenn auch mit katastrophalen Folgen), sie haben die allgemeine Schulbildung eingeführt (wenn sie auch von Ideologie durchtränkt war und den Bedürfnissen einer modernen Gesellschaft nicht entsprach).

Die Tatsache, dass sich der Widerstand gegen die kommunistischen Machthaber gleichzeitig auch gegen die – von ihnen unzulänglich durchgeführte – Modernisierung richtete, beinhaltet erhebliches Konfliktpotential: Sie kann soziale Unruhen auslösen und antimodernistischen und antidemokratischen Tendenzen Auftrieb verleihen. Auch die Tatsache, dass die institutionelle Basis des Widerstands tiefer verankert ist als die modernen demokratischen Strukturen, sorgt für Spannungen und kann Probleme nach sich ziehen.

Doch kann diese Situation auch neue Chancen bieten. Denn ich meine, dass die Kirche, die nationale Identität, die traditionelle Dorfgemeinschaft oder die Familie nicht notwendigerweise ein Hindernis für Modernisierung und Demokratisierung darstellen. Eine solche Auffassung resultiert aus einer zu engen Sicht der Modernisierung, die lediglich die westeuropäischen Erfahrungen vor Augen hat. Aus dieser Sicht erscheint die Revolution von 1989 lediglich als eine »nachholende Revolution«, als späte Einführung der demokratischen Strukturen, die die traditionellen gesellschaftlichen Institutionen notwendigerweise zersetzen muss.

In der Tat hat sich das so in Westeuropa abgespielt. Warum aber sollen Modernisierung und Demokratisierung immer nach dem gleichen Schema verlaufen? Warum soll die polnische oder osteuropäische Revolution nicht ihren eigenen Weg finden? Warum sollte sie nicht auf andere, auch nichtwestliche Erfahrungen zurückgreifen? Es ist wohl eine Illusion zu glauben, dass die Geschichte ihre eigene innere Logik hätte, von der alle Entwicklungswege bestimmt werden. Es ist ebenso eine Illusion zu glauben, dass es für »Osteuropäer« nur zwei Alternativen gibt – entweder die »Rückkehr nach Europa«, das heißt die Nachahmung der westeuropäischen Strukturen (sozusagen als armer, zurückgebliebener Cousin), oder das Verharren in der eigenen vertrauten kirchlich-national-ländlichen Welt.

Die gesellschaftlichen Institutionen, die den Widerstand gegen das kommunistische Machtsystem getragen haben, stehen heute am Scheideweg: Die gesellschaftlichen Funktionen der Kirche, der nationalen Identität, der Dorfgemeinschaft müssen neu definiert werden. Wie sie definiert

werden – davon hängt der zukünftige Charakter der Gesellschaft ab. Es ist zwar möglich, dass die im Kampf gegen den Kommunismus gestärkte Kirche ihre Macht einsetzen wird, um den Prozess der Modernisierung und Demokratisierung der Gesellschaft aufzuhalten, dass sich die gesellschaftliche Funktion der nationalen Identität in der Abgrenzung gegen Fremde erschöpft (zuweilen auch gegen Gruppen, die es gar nicht gibt), dass die traditionelle Lebensweise im Dorf und in der Familie die soziale Mobilität und Gleichberechtigung behindert. Das alles ist möglich; aber es gibt keine logische oder historische Notwendigkeit, dass es so kommen muss.

*

Wie kann in einer solchen Landschaft der Reformprozess aussehen? Eine radikale, grundlegende Reform ist in den postkommunistischen Ländern in fast allen Gesellschaftsbereichen nötig: in der Organisation der Wirtschaft genauso wie in der Sozialpolitik, im Bildungswesen genauso wie in der Verwaltung. Wer kann diese Reformen durchführen, wo kann man ihr Subjekt, ihren Motor finden?

Die »Bürgergesellschaft« kann das nicht sein: Entweder ist sie zu schwach, oder sie ist nicht geeignet. Es gibt nicht genug Kapital im Land, um die Marktwirtschaft (also: Kapitalismus) aufzubauen, andererseits kann man z.B. von der katholischen Kirche nicht erwarten, dass sie das Hochschulwesen reformiert.

Es bleibt der Staat. Der Staat ist aber in allen postkommunistischen Ländern in einer tiefen Krise, ist die neue Ordnung doch aus dem erfolgreichen Widerstand der Gesellschaft gegen den (kommunistischen) Staat hervorgegangen. Die »sanfte« Revolution war gleichwohl eine Revolution – sie hat zunächst einmal staatliche Strukturen zerstört. Der Parteiapparat, der in Wirklichkeit alle diese Länder regierte, wurde abgeschafft; nur die vor 1989 scheinbar regierenden staatlichen Instanzen haben die Revolution überlebt, wenn auch geschwächt.

In einem besonderen Fall – der ehemaligen DDR – ist der kommunistische Staatsapparat durch einen anderen – den westdeutschen – ersetzt worden. Das hat das Problem des Motors für die Reform gelöst: Sie wird dort vom westdeutschen Staat vorangetrieben. Keiner der übrigen ostmitteleuropäischen Staaten kann auf dieses Lösungsmodell zurückgreifen.

Einen Motor für den Reformprozess zu bauen und in Bewegung zu

setzen – oder mit anderen Worten: ausreichende gesellschaftliche und politische Kräfte für eine umfangreiche und radikale Reform zu mobilisieren und zu institutionalisieren – das ist, glaube ich, die schwierige Hauptaufgabe der postkommunistischen Staaten heute.

*

In dieser Situation steigt die Bedeutung auswärtiger Hilfe enorm. Welche Instanz könnte sie leisten?

1989 hat nicht nur den Osten Europas radikal verändert. Die Fundamente des ganzen Kontinents wurden erschüttert, es war ein Erdbeben, dessen Folgen erst allmählich sichtbar werden. Es ist nicht so, dass mit der politischen Trennungslinie zwischen »Ost-« und »Westeuropa« ein Teil Europas (»Osteuropa«) verschwunden wäre, um dem anderen – dem »Westen« – mehr Platz einzuräumen. »Europa« als Ganzes muss sich jetzt, nach 1989, neu definieren.

Die Selbstdefinition Westeuropas fand vor 1989 in Gestalt eines Einigungsprozesses statt. Eine politische Union sollte die sich vertiefende wirtschaftliche Einigung krönen. Eines der wichtigsten Motive, das die Bürger Westeuropas – und in der Folge ihre Regierungen – bewegte, eine politische Union anzustreben, war die potentielle Gefahr, die vom Osten ausging. Mit der Auflösung der Sowjetunion ist diese Gefahr nun verschwunden. Wird der Wille zur politischen Union trotzdem erhalten bleiben?

Man könnte darauf antworten, dass die fortschreitende wirtschaftliche Integration ab einer bestimmten Stufe auch politische Integration erfordert, dass also die politische Union eine notwendige Folge des wirtschaftlichen Integrationsprozesses ist. Eine politische Union müsse also so oder so kommen, weil wirtschaftlich notwendig, und nicht, weil die betroffenen Bürger etwas wollen oder nicht wollen, fürchten oder nicht fürchten.

Es ist aber eine Illusion (paradoxe Weise marxistischer Herkunft), dass menschlicher Wille durch äußere Faktoren produziert werden könne, dass der wirtschaftliche Prozess menschliche Handlungen absondert wie der Organismus Speichel. Keine Handlung, insbesondere keine politische Institution, kommt automatisch, organisch, zwangsläufig: Die Menschen müssen sie auch wollen. Wenn in Europa der Wille zur politischen Union nachlässt, wird sie dadurch weniger wahrscheinlich.

Das Scheitern des politischen Einigungsprozesses in Europa wäre aber für die neuen Demokratien im Osten eine regelrechte Katastrophe. Die für den Aufbau der demokratischen Ordnung notwendige auswärtige Hilfe, ohne die die Reformen gar nicht durchgeführt werden können, wird sicherlich nicht von Marktmechanismen geleistet werden können. Hier ist politischer Wille erforderlich. (Die verwirklichten und geplanten Investitionen deutscher Unternehmen in Polen werden voraussichtlich bis Ende diesen Jahres insgesamt 400 Millionen DM erreichen. Wenn man das mit dem westdeutschen Investitionsvolumen von 200 Milliarden jährlich in der ehemaligen DDR vergleicht, wird die Bedeutung des politischen Willens deutlich.) Ohne politischen Willen wird es nicht gelingen, eine moderne, demokratische Ordnung im Osten aufzubauen und dadurch die Zweiteilung Europas endgültig zu überwinden.

Dies zu erreichen, liegt im Interesse Gesamteuropas. Allerdings gibt es bis jetzt kein politisches Subjekt, das man »gesamteuropäisch« nennen könnte, kein Subjekt, das ein solches gesamteuropäisches Interesse zum Tragen bringen, also formulieren und verwirklichen könnte. Nur ein politisch handelndes »Europa« kann eine demokratische Ordnung im ehemaligen Sowjetimperium aufbauen und tragen. Aus der Perspektive der osteuropäischen Demokraten erscheint von daher die politische Integration Europas als die notwendige Prämisse ihres eigenen Erfolgs.

Wie sehen die Alternativen aus? Die wahrscheinlichste ist nicht gerade eine Tragödie, aber beunruhigend genug: Wenn der europäische Einigungsprozess scheitert, wird die Chance auf eine Überwindung der Ost-West-Trennung vertan, und der Osten Europas wird wieder zu einer von Deutschland dominierten wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Peripherie, mit einer fragilen, eingeschränkten oder gar keiner Demokratie und mit schwelenden oder gar blutigen nationalen Konflikten.

*

Wie sollte eine Unterstützung von außen aussehen?

Vor 1989 war die westliche Politik gut beraten, den Aufbau der Institutionen der Bürgergesellschaft zu unterstützen. Das schloss Kompromisse mit den kommunistischen Machthabern nicht aus: Wenn einem ein Gangster die Pistole an die Schläfe hält, muss man mit ihm verhandeln. Taktische Maßnahmen sollten aber nicht mit Grundsätzen verwechselt werden: Gangster sind Gangster und nicht Menschen mit anderen Werten

und Prinzipien, mit denen man einen Dialog wie mit Vertretern anderer Kulturen suchen muss. Osteuropa wurde von einer Mafia regiert, die sich zur Legitimierung ihrer Herrschaft ideologischer Argumente bediente, wie es auch die Cosa Nostra tut. Mit der Zeit konnten die Argumente immer weniger täuschen, und die Herrschaft schwand. Doch war es schon am Anfang, als diese Argumente noch unverbraucht waren, absurd, sie für bare Münze zu nehmen – genauso absurd, wie die »ehrenwerte Gesellschaft« für eine solche ohne Anführungszeichen zu halten. Trotzdem war es gerechtfertigt, mit den kommunistischen Gangstern zu verhandeln, wenn dies die Bürgergesellschaft in den von ihnen kontrollierten Ländern stärken konnte. Das hat sich auch als wirksame Politik erwiesen: Immerhin trug, wie wir gesehen haben, die unterdrückte Bürgergesellschaft maßgeblich zur Auflösung des kommunistischen Imperiums bei.

Auch nach 1989 sollte, so glaube ich, die Unterstützung der Bürgergesellschaft in den ehemals kommunistischen Ländern das Ziel einer vernünftigen westlichen »Ostpolitik« bleiben. Das größte unmittelbare Problem der neuen Demokratien im Osten Europas ist aber, wie ich zu zeigen versucht habe, die Krise des Staates, ohne den die demokratische Reform in Ostmitteleuropa – der Übergang zu Marktwirtschaft und demokratischer Ordnung – nicht verwirklicht werden kann. Der Aufbau eines demokratischen und funktionsfähigen Staates ist wohl die dringendste Aufgabe im postkommunistischen Osten Europas.

*

Lassen Sie mich zusammenfassen: Dank einer Situation, zu der vor allem die wirtschaftliche Krise und der fortschreitende Legitimitätsverlust des Sowjetsystems, aber auch das kluge Handeln einiger Personen beigetragen hatten, war der Widerstand der Gesellschaften im Osten Europas 1989 endlich von Erfolg gekrönt: Das marode Imperium ist zusammengebrochen. Die gesellschaftlichen Institutionen, die dem Widerstand gegen die Kommunisten seine Stärke gaben, waren aber nicht nur älter als das Regime, gegen das sie sich wehrten; sie waren zumeist auch älter als die Moderne. Das bringt Spannungen innerhalb der neuen Demokratien mit sich und kann zu Konflikten führen: zwischen einer im Kampf mit dem Kommunismus erfolgreichen Tradition und einer von den Kommunisten in Verruf gebrachten Modernisierung, zwischen Nation, Kirche, Familien- und Dorfstrukturen einerseits und dem modernen, demokratischen

Staat andererseits. Diese Spannungen sind aber gleichzeitig eine Chance, neue, noch nicht begangene Wege der Modernisierung zu erschließen, die sich vielleicht auch für die Lösung westeuropäischer Krisen anbieten.

Ihr Sieg hat die postkommunistischen Länder vor ein Problem gestellt: Welche Instanz soll die jetzt notwendigen Reformen durchführen, wenn doch die Bürgergesellschaft zu schwach oder für diesen Zweck nicht geeignet und der Staat nach der Revolution in der Krise ist?

Hilfe von außen ist vor diesem Hintergrund von entscheidender Bedeutung. Sie sollte vor allem politisch sein: eine Unterstützung beim Aufbau des modernen demokratischen Staates. Das einzige politische Subjekt, in dessen eigenem Interesse eine solche Unterstützung läge, wäre eine politische Europäische Union, ein gesamteuropäisches politisches Subjekt. Dieses Subjekt gibt es aber noch nicht. Der Prozess der politischen Einigung Europas – einer Einigung, die die ostmitteleuropäischen Staaten nicht außen vor lässt – ist daher für die postkommunistischen Demokratien von lebenswichtiger Bedeutung.

Claus Leggewie
HEIMATLOSER ANTIKAPITALISMUS
Gegen die Entwendung der sozialen Frage

Kapitalismus und Demokratie galten mit dem Fall der Mauer 1989 als die einzig überlebensfähigen Aggregatzustände moderner Gesellschaften, für die manche das sprichwörtlich gewordene Ende der Geschichte ausriefen. Für den Kapitalismus mag das gelten, auch wenn er zahlreiche und paradoxe Erscheinungsformen angenommen hat. Bei der Demokratie ist man sich weniger sicher, seit auch die gefestigten unter ihnen »dekonsolidiert« werden.¹ Aber auch das mag wieder nur eine Geschichtsphilosophie der Art sein, die nach 1989 ja eigentlich verabschiedet und auf den berühmten Müllhaufen der Geschichte geworfen wurden. In jedem Fall scheint aber der Antikapitalismus passé zu sein.

Seit dem *Kommunistischen Manifest* war das industrielle Proletariat als politisches Subjekt der Geschichte ausgemacht, im Marxismus-Leninismus ist diese Annahme zu einem Dogma geronnen, das eine Diktatur *über* das Proletariat rechtfertigte. Die Verwandlung der »Klasse an sich« in eine Klasse für sich, die ihre Autonomie gewinnt und zur Überwindung der bürgerlichen Gesellschaft fähig ist, war höchstens eine historische Episode in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, als polytechnisch gebildete Facharbeiter die »materielle Basis für die Fähigkeit zur Selbstbefreiung und Selbstverwaltung der Proletarier« (André Gorz) zu bieten schienen.² Doch »(ü)ber alle Erwartungen hinaus ist es dem Kapital gelungen, den Einfluss der Arbeiter auf die Produktion zu brechen. Es hat es verstanden, die gigantische Expansion des Produktionspotentials mit der Zerstörung der Arbeiterautonomie zu kombinieren. Eine zunehmend komplexere und mächtigere Maschinerie wurde der Aufmerksamkeit von Arbeitern mit immer engeren Fähigkeiten anvertraut. Das Kapital hat erreicht, dass diejenigen, die riesige Maschinen beherrschen, ihrerseits in der und durch die Herrschaftsarbeit beherrscht werden«, urteilte André Gorz in seinem berühmt gewordenen *Abschied vom Proletariat*. Damals war mit der Linksunion in Frankreich noch einmal eine Links-

regierung unter Einschluss einer kommunistischen Partei an die Macht gelangt. »Weil das Proletariat nicht revolutionär ist, gebietet es sich, zu prüfen, ob es dies noch werden könne, und warum man so lange zu glauben vermocht hatte, dass es dies bereits sei.« Für ihn war das Proletariat nichts als eine geschichtsmetaphysische Konstruktion: »Dieses Subjekt, das selbstverständlich Führer und Monarchen beflügelt, hat die gleiche Struktur wie Gott.«³

Die Neue Linke hat den Proletarier-Mythos revitalisiert und in K-Gruppen bis zur Lächerlichkeit getrieben, oder sie suchte nach neuen »revolutionären Subjekten« – Maoisten in der Dritten Welt, Spontis in der wissenschaftlich-technischen Intelligenz als einer neuerlich polytechnischen Facharbeiterschicht,⁴ Autonomen im hochstilisierten Lumpenproletariat. Mit der tatsächlichen Entwicklung und Ausrichtung der Arbeiterschaft in spätindustriellen Gesellschaften hatte das wenig zu tun, eher war die Fixierung von Arbeiterparteien und linken Gewerkschaften auf den industriellen Produktivismus ein Hemmschuh der Emanzipation. Auch Gorz hielt weiter Ausschau, für ihn stand nun die »Nicht-Klasse der Nicht-Arbeiter« der Arbeiterschaft gegenüber: »Dagegen ist die Masse der ›gegen die Arbeit Gleichgültigen‹ das mögliche gesellschaftliche Subjekt des Kampfes um die Aufteilung der Arbeit, die allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit, die tendenzielle Abschaffung der Lohnabhängigkeit durch Ausweitung der Eigenproduktion sowie ein allen garantiertes Lebensinkommen.«⁵ Diese »Nicht-Klasse«, die mit der seit den 1980er Jahren vollzogenen Automatisierung und Digitalisierung von Arbeit stetig wuchs, sei am ehesten Quelle emanzipatorischer Entwürfe, während von der geschrumpften und desorganisierten Arbeiterschaft eher konservative, wenn nicht reaktionäre Impulse ausgingen. In der aktuellen Debatte werden ihre Mitglieder als »Abgehängte« titulierte und bisweilen als Bataillone eines autoritären Populismus angesehen.

Vor fast zwanzig Jahren warnte der US-amerikanische Philosoph Richard Rorty, die Arbeiter, organisiert oder nicht, würden sich einmal dafür rächen, dass ihre Regierung nichts gegen Lohndumping und Auslagerung von Industriearbeitsplätzen unternehme. Sie und die abstiegsbedrohte Mittelschicht würden sich nach einem starken Mann umsehen und Politiker, Anwälte, Broker, Journalisten und Professoren zum Teufel jagen. Und dann würden auch alle Vorurteile gegen Farbige, Frauen und Homosexuelle wieder offen ausbrechen. Wir waren gewarnt vor Donald

Trump, der all dies verkörpert.⁶ In dem New Yorker Historiker Mark Lilla hat Rorty einen vermeintlichen Nachfolger gefunden, der in einem viel beachteten Artikel den akademisch-pädagogischen »Narzissmus« attackierte und ein Ende des »Identity Liberalism« forderte,⁷ der sozusagen von Kindesbeinen an einzig die Unterschiede innerhalb der amerikanischen Nation feierte. Die Obsession mit »diversity« habe ländliche und religiöse Weiße ermuntert, sich ebenfalls als benachteiligte Gruppe wahrzunehmen, sozusagen als Fremde im eigenen Land, die von den Eliten ignoriert werden und in ihrer Existenz bedroht sind. Liberale sollten sich wieder mehr den Fragen von Klasse, Krieg und Frieden, der Wirtschaft und dem »common good« zuwenden. Eine nicht-sektiererische Politik müsse weniger von Unterschieden als von Gemeinsamkeiten handeln.

Diese Kritik an der Identitätspolitik wird durch den Ausgang der amerikanischen Präsidentenwahl nur zum Teil bestätigt. Zunächst ist Donald Trump nicht mehrheitlich von Arbeitern oder gar von Arbeitern mehrheitlich gewählt worden, sondern am stärksten von der weißen Mittelschicht mit Einkommen um die 100 000 Dollar per anno. Auch der Camembert-Faschismus der Marine Le Pen, der »Austrofeschismus«⁸ eines Heinz-Christian Strache und die völkisch-autoritären Reaktionäre der Pegida-AfD greifen allesamt Stimmungslagen auf, die Theodor Geiger vor über achtzig Jahren treffend als »Panik im Mittelstand« identifiziert hat.⁹

Wenn Präsident Trump *auch* von Millionen weißer Arbeiter mit geringer formaler Bildung unterstützt worden ist, darunter über die Hälfte der Frauen aus dieser Schicht, hat er Letztere trotz seines offenen Sexismus erreicht, und die Männer genau deswegen. Noch stärker mobilisiert hat Trump beide Gruppen durch seinen nicht minder offenen Rassismus. Die enteignete Rhetorik des Antikapitalismus und des Klassenkampfes kam Trump zustatten, weil er sie selbstredend nicht gegen skrupellose Deal-Maker und seinesgleichen oder die »Wall Street« richtete, sondern gegen Minderheiten, Schwache und Frauen. Wenn also Klassenidentität, dann eine rein anglo-amerikanische, eine fundamental-protestantische oder radikal-katholische oder christlich-zionistische, kurz: eine heterophobe in jeder Richtung. Wenn Klassenkampf, dann einer, der sich ganz im Sinne des August Bebel (fälschlicherweise) zugeschriebenen Satzes, der Antisemitismus sei der Sozialismus der dummen Kerls,¹⁰ an einer aggressiven *white-maleness* ausrichtete.

Auch der Front National ist, seinen sektiererischen Ursprüngen und langer antifaschistischer Quarantäne zum Trotz, zur stärksten politischen Kraft in Frankreich geworden. Bei der Präsidentschaftswahl 2012 stimmte ein Drittel der ungelerten und Facharbeiter sowie Arbeitslosen für Le Pen, jüngste Umfragen bestätigen die Verankerung der Partei in einer Arbeitnehmerschaft, die vor dreißig Jahren noch eine sichere Bank der Linksparteien und linken Gewerkschaften war. Deindustrialisierung und Prekarisierung haben zu dieser Travestie des Antikapitalismus ebenso beigetragen wie die in dem Milieu stets virulente Xenophobie.¹¹ Neuesten Umfragen zufolge hat rund ein Drittel der Franzosen schon einmal für den Front National gestimmt und bekundet sich generell einverstanden mit seinen Ideen, mit leicht rückläufiger Tendenz.¹² In einigen Regionen, im kleinstädtischen Süden wie im deindustrialisierten Norden und Osten des Landes, ist der Front National hegemonial und faktisch zur »neuen Normalität« geworden. Interessant ist dabei, dass er fast so viele Frauen wie Männer für sich begeistern kann.¹³ Generationswechsel und Feminisierung haben dem ethnisch-kulturellen Determinismus der extremen Rechten keinen Abbruch getan. »Nationale Präferenz« (zuletzt von Marine Le Pen herabgestuft zur »Priorität«) bevorzugt »Bio-Franzosen« auf dem Arbeitsmarkt, bei Sozialleistungen und -wohnungen, und dazu passt die Absicht, vom republikanischen *Jus solis* zum ethnozentrischen *Jus sanguinis* zurückzukehren, Kinder von Einwanderern also nicht länger als Franzosen anzunehmen. Dieser völkisch-autoritäre Nationalismus ist der Kern der konservativen Revolution in ganz Europa.

Um es klar zu sagen: Keine noch so desolote Soziallage rechtfertigt die Schmähung oder Zurücksetzung von Minderheiten, aber deren politisch-korrekte Affirmation behebt auch keine aus dem Lot geratenen Arbeits- und Sozialverhältnisse, unter denen im Übrigen Frauen und Minderheiten überproportional zu leiden haben. Man muss weiterhin beides im Auge behalten – es gibt keine Haupt- und Nebenwidersprüche, wie es einmal im Marxismus-Leninismus hieß. Sexismus und Rassismus sind die eine Seite, die andere ist, dass Wähler und Wählerinnen zur Rechten übergelaufen sind, weil sie sich über Jahrzehnte hinweg von den Millionärsveranstaltungen der beiden großen Parteien nicht mehr ernst genommen und repräsentiert fühlten. Es gibt kein Entweder-Oder – entweder kollektive Identität oder Klassenfrage, Künstler- oder Sozialkritik, Gleichheit oder Differenz, Universalismus oder Partikularismus. Eine anspruchsvolle

Gesellschaftstheorie und politisch-soziale Bewegung muss beide Stränge zusammendenken und gemeinsam organisieren. Der Kapitalismus ist mehr als ein wirtschaftliches Subsystem, er ist, wie Karl Polanyi schon vor siebzig Jahren gezeigt hat,¹⁴ eine Vergesellschaftungsweise, die Differenz naturalisiert und nicht erst in seiner neuesten Spielart Ungleichheit und Ausbeutung den Betroffenen selbst zurechnet.

Wenn man nicht im Trump-Schock befangen bleiben will, darf man die dreifache Unterdrückung nach *race*, *class* und *gender* nicht übergehen. Dennoch ist die Frage berechtigt, die der schwedische Soziologe Göran Therborn aufgeworfen hat: Warum sind reiche Gesellschaften im Bemühen um eine Verringerung der rechtlichen Ungleichbehandlung bestimmter Gruppen (von Schwarzen und Weißen, Männern und Frauen, Heterosexuellen und Homosexuellen) so viel erfolgreicher als bei ihren Versuchen, die Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen zu verringern?¹⁵ Apartheid und die Kriminalisierung von Homosexualität konnten aufgebrochen werden, die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen sind geschrumpft, eine schwarze Mittelschicht konnte sich in den USA entwickeln. Das ändert nichts daran, dass *race*, *gender* und *class* weiterhin zentrale Faktoren sind, die soziale Ungleichheit generieren und reproduzieren. Die Identitätspolitik zerstückelt also nicht notwendig den Kampf gegen eine allgemeine Diskriminierung, wie sie die Einkommens- und Vermögensungleichheit darstellt. Aber sie muss beachten: »Jene, denen es ausschließlich um ›Identitäten‹ geht, wollen dafür sorgen, dass alle Menschen an derselben Startlinie ins Rennen gehen, aber sie kümmern sich nicht darum, dass einige Menschen mit Ferraris und andere auf Fahrrädern antreten.«¹⁶

Es gibt eine erfreuliche Rückbesinnung auf diese Thematik in diversen Denkschulen, die wieder mehr über Klassenstrukturen, -bewusstsein und -kämpfe nachdenken. Wir kommen damit nicht platt auf den Klassenkampf alten Stils zurück, nicht einmal vornehmlich auf Tarifkonflikte um die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums, wie sie bis in die 1980er Jahre offensiv bei neuen Mittelschichten, defensiv in abstiegsbedrohten Industriebranchen typisch waren. Der von Ulrich Beck und anderen dargelegte Fahrstuhleffekt, der eine Zeit lang die Unterschichten mitnahm,¹⁷ ist bei niedrigen Wachstumsraten, Privatisierungen des öffentlichen Dienstes, dem Schwinden von Normalarbeit, eingeschränkter Sozialstaatlichkeit und aufgrund eines nicht mehr gleichheitsfördernden technischen

Fortschritts außer Betrieb. Mit der Einschränkung sozialer Staatsbürgerrechte schwand die gesellschaftliche Wertschätzung von Arbeit, während sich das berüchtigte »eine Prozent« der superreichen Eliten im Finanzkapitalismus seinerseits von der meritokratischen Illusion löste und regelrecht abhob.

Dadurch wurden moralische Fragen der Anerkennung bedeutsamer. Es geht stärker um moralische Kategorien wie Respekt, Würde und Sichtbarkeit, deren Kehrseite – und hier kommt wieder die amerikanische Wahl ins Spiel – die Regression der Kampflust in ziellose Wut, Ressentiments und blanke Panik ist. Die völkisch-autoritären Nationalisten beschwören Solidarität und Kooperation in ihren Reihen und beklagen, dass die Minderheiten dies mit weit größerem Recht gegen sie tun wollen. Hier muss sich auch sozialistische von ethno-nationalistischer Globalisierungskritik unterscheiden. Letztere kann sich weder dazu durchringen, analoge Problemlagen abhängig, prekär oder überhaupt nicht mehr Beschäftigter in Südeuropa, in der arabischen Hemisphäre oder gar in Afrika aufzunehmen, noch dazu, in den Ansprüchen von einheimischen oder vor der Tür der immer noch reichen OECD-Welt stehenden Minderheiten (oder auch von emanzipationswilligen Frauen) eine gleichgerichtete Intention zu erkennen. Die mobilisierende Zusammenfassung von Diskriminierungserfahrungen kann man sehr wohl in Kategorien von *race*, *class* und *gender* ausdrücken.

Defätismus, Arbeiterromantik und Rückzug ins Private sind die gerade vorherrschenden Reaktionen auf Trump, dessen Erfolg vorschnell auf europäische Nationalisten projiziert wurde. Das ist, wie sich insbesondere in den Niederlanden und Frankreich erwiesen hat, kein Schicksal. Europa ist anders als Amerika (und Putins Russland). Um seine Geltung zu erhöhen, wären vier konkrete Aktionsfelder vorzuschlagen:

- Den Defätismus beendet ein entschiedener Themenwechsel, der die relevanten Fragen der Zukunft auf die Tagesordnung setzt: Solidarität, Nachhaltigkeit, Teilhabe.
- Wichtig ist die luzide Widerlegung der Voodoo-Ökonomie, der Hyper-Korruption und der Politik-Unfähigkeit, die amerikanische und europäische Nationalisten täglich unter Beweis stellen, wenn sie an der Macht sind.
- Es bedarf einer politischen Anthropologie, die bei aller notwendigen

Sensibilität für Differenz universalistisch bleibt und sich gegen Identitäts-Funktionäre gleich welcher Provenienz zur Wehr setzt.

- Ceterum censeo: Organisation. Vereinzelt Zuschauen wird die Gefahr nicht bannen, die Kritiker müssen sich in Kollektiven organisieren, wozu immer noch Parteien und Gewerkschaften zählen, aber auch andere, darunter virtuelle Netzwerke.

Vielen, die sich seit 1990 auf der sicheren Seite wähnten und den demokratischen Kapitalismus für das Standardmodell hielten, wird gerade klar, dass nichts mehr sicher ist und eine autoritäre Welle alles ins Rutschen bringen kann. Wir, das ist zunächst einmal nur: die numerische Mehrheit, wir also müssen kämpfen. Und dabei sollten wir uns nicht weiter auseinanderdividieren.

Anmerkungen

- 1 S. dazu demnächst Claus Leggewie, *Europa zuerst. Eine Unabhängigkeitserklärung*, Berlin 2017.
- 2 André Gorz, *Abschied vom Proletariat. Jenseits des Sozialismus* (1980), Reinbek bei Hamburg 1983, S. 20. Vgl. Edward P. Thompson, *The Making of the English Working Class*, London 1965, und Michael Vester, *Die Entstehung des Proletariats als Lernprozess. Die Entstehung antikapitalistischer Theorie und Praxis in England 1792-1848*, Frankfurt a.M. 1970.
- 3 Alle Gorz-Zitate aus *Abschied vom Proletariat*, S. 22, 9 und 29. Für solche Bemerkungen wurde Gorz zum »Tempelschänder des Marxismus« ernannt, s. *Der Spiegel*, Nr. 16 (1981).
- 4 So auch Gorz in seinem Buch *Zur Strategie der Arbeiterbewegung im Neokapitalismus*, Frankfurt a.M. 1967.
- 5 Gorz, *Abschied vom Proletariat*, a.a.O., S. 65.
- 6 Richard Rorty, »Back to Class Politics« (1996), in: ders., *Philosophy and Social Hope*, London 1999, S. 255-261; und ders., *Achieving Our Country: Leftist Thought in Twentieth-Century America*, Cambridge, MA 1998.
- 7 *New York Times* vom 18. November 2016, <https://www.nytimes.com/2016/11/20/opinion/sunday/the-end-of-identity-liberalism.html>; dazu eine lange Debatte in der *Times* und in vielen anderen Organen. Siehe dazu auch Lillas Artikel im vorliegenden Heft.
- 8 So Armin Thurnhers Wortschöpfung in *Der Falter* 40/2008, 1. Oktober 2008.
- 9 In: *Die Arbeit*, Heft 10 (1930), S. 637-669; vgl. dazu auch Heinz Budes *Studien Gesellschaft der Angst*, Hamburg 2014, und *Das Gefühl der Welt. Über die Macht von Stimmungen*, München 2016. Christoph Deutschmann weist in *Kapitalistische Dynamik*, Wiesbaden 2009, zu Recht auf die aktive Rolle des »Mittelstandes« an der Finanzialisierung der Ökonomie hin, also auf die Sorglosigkeit dieser Schicht gegenüber (oder – als Steuerflüchtlinge, Spekulanten, Renditejäger etc. – Kollaboration mit) dem, was ihnen nun »Sorgen« und Abstiegsängste bereitet. Stephan

- Lessenich hat in *Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis*, München 2016, zudem klar gemacht, wie sehr Abstiegsängste als Kampf um Privilegien der reichen Mittelschichten im Norden anzusehen sind.
- 10 Bei Hermann Bahr, *Der Antisemitismus. Ein internationales Interview*, Berlin 1894, S. 21, nennt Bebel den österreichischen Liberalen Friedrich Kronawetter als Quelle. Vgl. aber auch August Bebel, *Antisemitismus und Sozialdemokratie – mit zwei Nachträgen*, Berlin 1906.
 - 11 Als Kronzeuge dafür wird gerne Didier Eribon mit seinem Buch *Rückkehr nach Reims*, Berlin 2016, genannt; dazu kritisch Rudolf Walther in der *tageszeitung* vom 21.2.2017.
 - 12 Kantar Sofres - OnePoint, in: *Le Monde* vom 8.3.2017.
 - 13 Nonna Mayer, »The closing of the radical right gender gap in France?«, in: *French Politics*, Bd. 13, Nr. 4 (2015), S. 391-414.
 - 14 Karl Polanyi, *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen* (1944), Wien 1967. Vgl. auch Heinz Bude / Philipp Staab (Hg.), *Kapitalismus und Ungleichheit. Die neuen Verwerfungen*, Frankfurt a.M. 2016.
 - 15 Göran Therborn, »Klasse im 21. Jahrhundert«, in: Bude und Staab, a.a.O., S. 285-315.
 - 16 Branko Milanovic, *Die ungleiche Welt. Migration, das eine Prozent und die Zukunft der Mittelschicht*, Berlin 2016, S. 241.
 - 17 Ulrich Beck, *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*, Frankfurt a.M. 1986, S. 122.

Claus Offe

OPTIONEN UND IRRWEGE DER EUROPÄISCHEN FLÜCHTLINGSPOLITIK

Es gibt verschiedene Gründe, die dazu geführt haben, dass Bevölkerungsteile eines Staates einen mehr oder weniger dauerhaften (d.h. mehr als touristischen, studentischen, geschäftlichen usw.) Aufenthalt in einem anderen Staat oder Territorium nehmen. Wenn man in die Vielfalt dieser Gründe begriffliche Ordnung bringen möchte, kann man mit dem Code »freiwillig/gewaltsam« beginnen. Allerdings ist dieses Kriterium zu grob, weil es bei Personen versagt, die sich aufgrund von Hunger, politischer Verfolgung und Bürgerkriegen (wer wollte sagen: »freiwillig«?) auf die Flucht begeben. Eindeutig gewaltsam, von Inhabern politischer Gewalt betrieben, sind Fälle von Versklavung und Vertreibung. Auch die Zwangsumsiedlungen ganzer Ethnien, wie sie aus der Geschichte der Sowjetunion bekannt sind, gehören hierher, obwohl sie sich innerhalb ein und desselben Staatsgebietes zugetragen haben. Aber meist sind Umlokalisierungen großer Bevölkerungen über Staatsgrenzen hinweg nicht Ziel, sondern Nebenfolge des Handelns (oder auch Unterlassens) staatlicher Akteure.

Ich denke, dass für die westliche Moderne eher folgende Typologie von solchen Bevölkerungsbewegungen brauchbar ist, die *nicht* direkt durch staatliche Zwangsgewalt ausgelöst worden sind. (1) Am Anfang steht der Export europäischer »Surplus«-Populationen in die (vermeintlich) leeren Räume von Nord- und Südamerika, Afrika und Australien. (2) Dann folgte der massenhafte postkoloniale Bevölkerungstransfer in umgekehrter Richtung, meist in die kolonialen »Mutterländer« an der Westküste Europas, wo sie sich zur Erlangung von Bürgerrechten zu assimilieren hatten. (3) Danach gab es – seit den 1960er Jahren – eine massenhafte grenzüberschreitende Mobilität, die durch die Nachfrage nach Arbeitskräften (»*demand pull*«) in den avancierten kapitalistischen Ländern angetrieben wurde. (4) Heute haben wir es dagegen überwiegend mit »*supply push*« zu tun – einer Massenwanderung von Flüchtlingen, die nicht durch die Nachfrage »hier«, sondern durch Not, Elend, Gewalt und

Aussichtslosigkeit »dort« in Bewegung gesetzt wird. (5) Schließlich gibt es eine große und anwachsende, Englisch sprechende, beruflich qualifizierte und mobile globale Mittelklasse, die nach dem Ende des Eisernen Vorhangs sowie im Zuge der Globalisierung der Arbeitsmärkte durch Ab- bzw. Zuwanderung ihre Lebenschancen zu optimieren sucht.

Flüchtlinge und Angehörige der globalen Mittelklasse teilen ein Merkmal: Sie ähneln sich in der Weise, in der sie sich auf den Staat beziehen, in dem sie angekommen sind. Im Gegensatz zu Siedlern, Bevölkerungen aus ehemaligen Kolonien und den »Gast«arbeitern sind die Angehörigen dieser beiden Kategorien am Ankunftsort »vor Anker gegangen« (wie Zygmunt Bauman mit einer treffenden Metapher gesagt hat), haben aber keine »Wurzeln geschlagen« und angesichts der Kontingenzen, mit denen sie sich konfrontiert sehen, auch nicht die feste Absicht, dies zu tun. Anker kann man nach Lage der Dinge einholen; oder man hat damit zu rechnen, dass die Ankerketten seitens der Behörden des »Gast«landes gekappt werden, z.B. nach Ablauf eines befristeten Aufenthaltsstatus. »Wurzeln« dagegen stehen für erwartbare Kontinuität und Irreversibilität. Wenn eine »Verwurzelung« der zunächst nur »Ankernden« dennoch eintritt, dann mit Verzögerung und auf den drei Integrationswegen des Spracherwerbs, der Familienbildung (bzw. des Familiennachzugs) und vor allem der stabilen Arbeitsmarkt- und Erwerbsintegration; diese zeitaufwendigen Verwurzelungen, die in der Regel mehr als eine Generation dauern, können (aber müssen keineswegs) bei Flüchtlingen auf das Ergebnis der Einbürgerung hinauslaufen.

In den folgenden Überlegungen werde ich mich am Beispiel der deutschen und europäischen Flüchtlingspolitik seit 2015 auf die Beantwortung der Frage konzentrieren, welche politisch-administrativen Hebel den europäischen Ankunftsstaaten zu Gebote stehen. Der Schlüsselbegriff ist »Integration«. Er ist schlecht definiert und operational nicht leicht zu entschlüsseln. Das liegt u.a. daran, dass dieser Begriff semantisch changiert: Das Verb »integrieren« wird ebenso oft als transitives Verb verwendet (ein Akteur A integriert X: Integration I) wie als ein reflexives Verb (X integriert sich selbst: Integration II). Beide Semantiken werden im herrschenden Integrationsdiskurs zu einem *Deal* miteinander verkoppelt: »Wir«, nämlich Gesellschaft und Staat des Landes, in dem die Flüchtlinge eintreffen, integrieren »euch«, die Ankommenden, durch Bereitstellung von Unterkunft, Transferzahlungen, gesundheitlichen und sozialen Diensten,

Kursen, Qualifikationsangeboten, Arbeitsmarktzugang usw.; »wir« tun das mit dem Ziel *und* unter der Bedingung, dass »ihr« *euch selbst* integriert, d.h. Handlungsdispositionen erwerbt und glaubhaft unter Beweis stellt, die mit »unseren« sozialen, rechtlichen und moralischen Normen zumindest kompatibel sind. »Ihr« müsst euch ändern und anpassen; »wir« nicht, weil wir als Ansässige auf unserer »Leitkultur« (s.u.) zu bestehen berechtigt sind.

Wenn man den Begriff der Integration so ausbuchstabiert, tritt ein impliziter Vertrag zutage, eine Art Koproduktion. Die Bestimmungen dieses Vertrages werden jedoch nicht etwa durch Verhandlungen über das Austauschverhältnis von »Integration I« und »Integration II« festgelegt, sondern durch (weitgehend) souveräne und einseitige Entscheidung der Akteure, die die »Integration I« anbieten. Die Botschaft ist: »Wir« liefern, *soweit und solange* »euer« Verhalten und »eure« Handlungsdispositionen »unseren« Vorstellungen und Anforderungen genügen. Aber bei der Festlegung dieses *quid pro quo* habt »ihr« nichts zu sagen.

Dieses Denkmodell eines oktroyierten Vertrages zwischen aufnehmenden Staaten und ankommenden Bittstellern, deren Zahl und plötzliches Auftreten in der Alltagssprache zu einer Metaphorik bedrohlicher Naturereignisse (Strom, Flut, Welle, Ansturm, Lawine usw.) geführt haben, ist Ausgangspunkt der folgenden Überlegungen. Diese führen zur Konstruktion einer Skala, auf der einzelne Maßnahmen und ganze Politikpakete verzeichnet sind, mit denen aufnehmende Staaten und die EU insgesamt auf die ohne Zweifel gewaltigen Herausforderungen der neuen Flüchtlingsmigration reagiert haben oder theoretisch hätten reagieren können.

Die beiden Pole dieser Skala sind leicht zu bestimmen: Auf der einen Seite, gleichsam als Nullhypothese, steht die bedingungslose Öffnung der Grenzen für Flüchtlinge, verbunden mit dem bedarfsgerechten Angebot an Integrationsleistungen und dem (abgesehen von allgemein geltenden und flüchtlingsspezifischen rechtlichen Normen) weitgehenden Verzicht auf Verhaltensauflagen und Assimilationsanforderungen. Der Gegenpol ist durch eine Politik definiert, die die rigorose und gewaltbewehrte Abriegelung des Staatsgebiets gegen die Zuwanderung von Flüchtlingen mit Diskriminierung und Verdächtigung sowie der konsequenten Abschiebung bereits anwesender Migranten kombiniert, verbunden mit der Ausnahmebedingung, dass allenfalls solchen Flüchtlingen Aufenthaltsrecht gewährt

wird, die im Lande rares Humankapital mitbringen. Wie zu erwarten, befinden sich die real anzutreffenden Politiken in einem breiten Bereich zwischen diesen beiden Extrempunkten, können aber nach ihrer relativen Nähe zum einen oder anderen dieser Pole angeordnet werden.

Welcher Punkt der Skala in einem Mitgliedstaat der EU gewählt wird, hängt von zwei Bündeln von Faktoren ab: zum einen von der Geltung und Durchsetzung eines umfangreichen Bestandes an internationalen, europarechtlichen und nationalen Verfassungs- und anderen *Rechtsnormen*; zum anderen von den Politik-*Präferenzen*, wie sie nationalen politischen Eliten durch Wahlergebnisse, Medien, soziale Bewegungen und demoskopische Ergebnisse präsentiert werden. Diese Präferenzen sind ihrerseits durch Kommunikationen politischer Eliten, religiöser Autoritäten und wissenschaftlicher Forschung sowie durch Stellungnahmen von Verbänden und Gewerkschaften geprägt. In allen Mitgliedstaaten der EU hat sich heute eine populistische Internationale von Ethno-Nationalisten herausgebildet, der es gelungen ist, die flüchtlingspolitischen Präferenzen der Bevölkerung in Richtung des zweiten Pols unserer Skala zu verschieben und dabei methodisch die Erzählung eines tiefen Gegensatzes zu etablieren: des Gegensatzes zwischen einem genuinen, authentischen und einheitlichen Volkswillen, der auf Identität und Exklusion setzt, einerseits, und den »abgehobenen« liberalen Eliten in Politik und Medien und ihrer Basis andererseits, die zur Wahrnehmung jenes Volkswillens weder bereit noch fähig sind und sich stattdessen auf moralische Ambitionen (»Wir schaffen das!«), wenn nicht auf menschenrechtliche Sentimentalitäten berufen.

Auf den Gebrauch dieses Narrativs haben die so charakterisierten Eliten weithin defensiv reagiert – mit durch die Furcht vor Wählerwanderungen und entsprechenden Machtverlusten motivierten Beteuerungen, dass sie sehr wohl zur Beachtung und Erfüllung jenes »Volkswillens« bereitstehen. Die Angst »zweiter Ordnung«, also die Angst der Eliten vor den machtpolitischen Folgen der von ihnen registrierten Furcht der Wähler vor den Flüchtlingen, treibt eine Spiralbewegung an, in der die Angst »erster Ordnung« grünes Licht erhält und durch offizielle Beglaubigung weiter um sich greift. Wie der österreichische Schriftsteller Karl-Markus Gauß treffend beobachtet: »Die Parteien der [österreichischen] großen Koalition haben« nicht auf die »Hunderttausende Österreicher und Österreicherinnen gesetzt, die (...) freiwillige Arbeit für Flüchtlinge und deren Integration leisten. Rücksicht genommen haben sie vielmehr auf

jene, denen so lange eingeredet wurde, dass man ihre Ängste ernst nehme, bis sie begannen, wirklich welche zu haben.« (FAZ, 07.05.2016) Verzichtet wurde demnach von den politischen Eliten auf die Prüfung der Frage, ob es sich bei jenen Ängsten wirklich um *begründete*, anererkennungswürdige und nachvollziehbare Befürchtungen handelt, denen ggf. durch politische Absicherungen abzuhelfen wäre, oder vielmehr um demagogisch in Umlauf gesetzte *Angstphantasien*, die sich womöglich aus ganz anderen Bedrohungsgefühlen und Sorgen speisen. Mit der überall anzutreffenden Vernachlässigung dieser Differenz gehen politische Eliten in ihrer Furcht vor der Angst der Wähler auf den populistischen Leim. Das Urteil über den Realitätsgehalt und damit die »Rationalität« von Ängsten hängt zudem weitgehend vom gewählten Zeithorizont ab. Was sich heute als eine verteilungspolitische Rivalität zwischen Ausgaben für Flüchtlingsprogramme und anderen öffentlichen Ausgaben darstellt, mag sich schon übermorgen als eine Art Konjunkturprogramm durch öffentliche Ausgaben erweisen und in mittlerer Zukunft sogar als eine uneingeschränkt positiv zu bewertende demographische Investition.

Andererseits ist die erstgenannte Extremposition – bedingungslos »offene Grenzen« – weder analytisch noch politisch aussichtsreich, wie der niederländische Soziologe Paul Scheffer gezeigt hat. Die vier Argumente, auf die sich diese Extremposition stützt – es ist unsere *moralische* Pflicht, die Flüchtlinge aufzunehmen, es ist unsere *Rechtspflicht* aufgrund internationaler Rechtsnormen, es liegt in unserem langfristigen *Interesse* und wir können sie sowieso *nicht hindern*, in die EU zu gelangen, schon deswegen, weil man auf Salzwasser keine Zäune bauen kann –, sind bestenfalls scheinplausibel. Eine politische Implikation dieser »grenzenlosen« Generosität liegt darin, dass man sich mit ihr gestattet, auf politische Initiativen zu einer *kausalen* Bewältigung der Fluchtursachen, also die Befriedung von Bürgerkriegen in den Herkunftsländern und eine wirksame Entwicklungspolitik, zu verzichten.

Solche kausalen Initiativen stehen für eine zweite Position auf unserer Skala. Sie muss sich freilich mit dem Einwand auseinandersetzen, dass selbst bedeutende Erfolge in der Befriedungs- und Entwicklungspolitik den Migrationsdruck zumal von »Wirtschafts«flüchtlingen nicht zuverlässig mindern würden und im Übrigen für viele der langfristig absehbaren Fluchtursachen (Klimawandel, demographischer Druck) keine aussichtsreichen Abhilfen zur Verfügung stehen.

Eine dritte Position besteht in dem Ruf nach einer wirksamen »Sicherung der Außengrenzen« der EU und wird in Österreich und Bayern verbunden mit der Forderung nach einer »Obergrenze« für die Zahl der pro Jahr aufzunehmenden Flüchtlinge. Impliziert wird hier ein allem Anschein nach illusionäres Vertrauen auf den Abschreckungseffekt solcher territorialen und quantitativen Grenzen. Die Frage bleibt ungeklärt, was mit denjenigen passieren soll, die an der Außengrenze (mit militärischer Gewalt? durch Verhaftung?) aufgehalten werden, bzw. mit denen, die die statistische Obergrenze überschreiten.

Als ein vierter Hebel zur Entschärfung des Problems wird die *Beschleunigung* der Verfahren empfohlen. Schon im Oktober 2015 hat der deutsche Gesetzgeber ein »Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz« verabschiedet. Unter dem Stichwort »Beschleunigung« geht es um die Verkürzung von drei Zeitstrecken: um die Zeitspanne zwischen Antragstellung (auf Asyl bzw. subsidiären Schutz) und der Entscheidung dieses Antrages; um die Spanne zwischen einer positiven Entscheidung und dem Eintritt der Person, der Aufenthaltsrecht gewährt wird, in den Arbeitsmarkt oder in ein Qualifikationsprogramm; sowie um die Zeit zwischen einer negativen Entscheidung und dem (freiwilligen oder erzwungenen) Verlassen des Landes. Für Flüchtlinge aus Somalia vergingen im Durchschnitt 17,3 Monate zwischen Erstantrag und Entscheidung, für solche aus Syrien immerhin nur 3,8 Monate. Alle drei Beschleunigungen, vor allem die erste, hängen vom Volumen der verfügbaren administrativen Kapazitäten beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) ab, die 2016 auf 10 000 Mitarbeiter vervierfacht wurden. Allerdings stoßen Beschleunigungen oft auf menschenrechtliche Bedenken (z.B. Gebot der Einzelfallprüfung).

Fünftens haben die Organe der EU seit der Flüchtlings»welle« vom Sommer 2015 kontinuierlich, wenn auch mit abnehmenden Erfolgsaussichten, versucht, Probleme auf dem Wege der *Lastenverteilung* unter den Mitgliedstaaten zu bewältigen. Die Idee war, dass die fiskalischen und sonstigen Integrationslasten leicht zu bewältigen sein müssten, wenn jeder Mitgliedstaat in Abhängigkeit von seiner Bevölkerung und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit eine gleiche Quote von Flüchtlingen zu übernehmen veranlasst werden könnte. Die Zahl der Erstanträge auf Asyl war von Anfang an zwischen den EU-Staaten extrem ungleich verteilt. Sie betrug, wie Sebastian Dullien dokumentiert hat, im Jahr 2015 zwischen 35 Anträgen pro Million Einwohner in Kroatien und 17 699 Anträgen in

Ungarn. Die (annähernde) Gleichverteilung der Lasten kann entweder durch Aufnahmequoten oder, ersatzweise, durch proportionalen Kostenausgleich für verweigerte Aufnahme realisiert werden. Wie sich gezeigt hat, stehen der EU die politischen Mittel legitimen Zwanges nicht zur Verfügung, um eine solche Lastenteilung zustande zu bringen. Sie ist vor allem deswegen gescheitert, weil sich das Kartell der Visegrád-Mitgliedstaaten unter Berufung auf einen in ihrer Region vorherrschenden ethno-nationalen Volksbegriff dieser Lösung verweigert hat. Vermutlich hätte sich eine personelle Gleichverteilung auch deshalb als unrealistisch erwiesen, weil anerkannten Flüchtlingen das Recht auf Euro-Mobilität (»Schengen«) nicht auf Dauer hätte vorenthalten werden können. Sie hätten mithin ihren ausgeprägten Präferenzen für bestimmte Zielländer nicht folgen können; wer möchte schon in einem Land ansässig werden, dessen Regierung einen nachdrücklich als unerwünscht stigmatisiert?

Ein sechster Ansatz besteht darin, ein Politikproblem, das man EU-intern nicht lösen kann, unter Kostenübernahme an benachbarte Akteure abzutreten und so zu *externalisieren*. Diese Lösung, wenn man sie so nennen will, kann auf zwei Wegen realisiert werden. Zum einen kann externen Akteuren (vor allem der Türkei, aber auch Libyen) die Bereitschaft »abgekauft« werden, die von der EU selbst nicht erfüllte Aufgabe der Sicherung der EU-Außengrenze zu übernehmen, also halbwegs wirksame physische Migrationshindernisse zu errichten. Zusätzlich kann ihnen, zweitens, die (noch wesentlich »teurere«) Aufgabe zugewiesen werden, für Aufnahme und Versorgung der in ihrem Land ankommenden Flüchtlinge »vor Ort« zu sorgen. Die drei Folgeprobleme dieses Geschäftsmodells (wie es mit der Türkei im März 2016 bei Zahlungen in Höhe von sechs Milliarden Euro vereinbart wurde), liegen auf der Hand: Statt sich des Problems zu entledigen, begeben sich EU und Mitgliedstaaten in gravierende Abhängigkeit von ihrem (z.B. türkischen, bald wohl auch libyschen) Vertragspartner; denn diesem wird der Hebel in die Hand gelegt, die Vereinbarung einseitig aufzukündigen oder mit einer solchen Aufkündigung in erpresserischer Absicht zu drohen. Zudem geben EU oder einzelne Mitgliedstaaten die Kontrolle über die Aufenthalts- und Lebensbedingungen aus der Hand, denen Flüchtlinge in jenen Drittländern ausgesetzt sind und die hinter menschenrechtlichen Minima weit zurückbleiben können; und sie halten unter den Geflüchteten starke Motive aufrecht, dennoch (und sei es unter hoher Lebensgefahr) EU-Territorium zu erreichen.

Ein siebter Schritt – und eine weitere Verschärfung des Migrationsregimes in Richtung des Pols der kompletten Abschottung – besteht darin, dass man nicht nur – wie im sechsten Ansatz – öffentliche Aufgaben der Grenzsicherung und der Flüchtlingsversorgung externalisiert, sondern die bereits *angekommenen Personen* selbst, deren Antrag auf Asyl bzw. subsidiären Schutz negativ beschieden worden ist. Der für diese Operation erfundene, bemüht unanstößig klingende neue Terminus lautet »Rückführung«, erklärtermaßen das Hauptziel der deutschen Flüchtlingspolitik im Vorfeld der nationalen Wahlen des Jahres 2017. Aber »Rückführung« wohin? Soweit das Herkunftsland bekannt ist, verlangt eine zentrale Norm der Genfer Flüchtlingskonvention Beachtung, das *non-refoulement*. Flüchtlinge können nicht in ein Land abgeschoben werden (sondern nur »freiwillig« dorthin zurückkehren), in dem die Verhältnisse, die die Flucht motiviert haben, anhaltend vorherrschen. Dieser Umstand zieht die dornige Frage nach sich, *ob* jene Verhältnisse (z.B. in Afghanistan) das tun, sowie die weitere, *wer* zur (stets umstrittenen) Antwort auf diese Frage befugt ist. Alternativ kommen vertragliche Abmachungen mit »sicheren Drittstaaten« in Betracht, in die abgelehnte Bewerber abgeschoben werden können. Zudem ist zu klären, für welche Dauer und unter welchen Umständen der fortgesetzte Aufenthalt jener Personen zu »dulden« ist und ob sie bei fehlendem Anspruch auf eine solche Duldung in »Abschiebehaft« genommen werden können, die sie ggf. daran hindert, ihren Aufenthalt durch »Untertauchen« zu verlängern. Das hier nur angedeutete Gestrüpp zuwiderlaufender Rechtsnormen lässt, wie die bisher bekannt gewordenen dürftigen Ergebnisse der »Rückführungs«- und Abschiebungspolitik erkennen lassen, auch diese Politik zu einer Scheinlösung werden, die allenfalls wegen ihres innenpolitischen Signalwerts verfolgt wird.

Eine weitere Strategie, zu der Gremien der CDU und CSU sowie der deutsche Innenminister in jüngster Zeit gegriffen haben, besteht in erneuten und unverändert aussichtslosen Versuchen, eine »deutsche *Leitkultur*« zum Zweck der anti-islamischen Stigmatisierung wiederzubeleben. Die »soziale Gewohnheit«, sich »zur Begrüßung die Hand zu geben«, ist ja keineswegs eine deutsche Besonderheit, sondern, im Kontakt zwischen den Geschlechtern, in manchen islamischen Ländern ein (weiches) Tabu. Auch die Loyalität gegenüber der NATO oder das Einverständnis mit der Politik des Staates Israel sind keineswegs gebieterische Voraussetzungen

kultureller Zugehörigkeit zu Deutschland, wenn auch bei Flüchtlingen aus islamischen Ländern vermutlich und erklärlicherweise nicht eben tief verwurzelt. Der Minister krönt seine Versuche, Gebote einer deutschen Leitkultur auszubuchstabieren, mit der Blödelei »Wir sind nicht Burka!«. Er gibt damit zu erkennen, dass er jene fiktive Kultur als Antithese zum Islam und als ein rhetorisches Mittel verwendet, um seinen Adressaten liberale und kosmopolitische Einstellungen zu Flüchtlingsfragen auszureden. Das Befremden und die Lächerlichkeit, denen er sich damit ausgesetzt hat, demonstrieren den Grad der Rat- und Hilflosigkeit, an denen (nicht nur) die deutsche Flüchtlingspolitik leidet.

Als neunte und letzte Position auf meiner Skala ist eine andere Art der »inneren Ausgrenzung« von Flüchtlingen zu nennen; hier geht es nicht um die kulturelle Stigmatisierung, sondern um Ausgrenzung durch pauschalisierte *Verdächtigung*, die im Generalverdacht terroristischer Affinitäten gipfelt. Dazu ist, sofern man sich vom Terrain des Postfaktischen fernhalten möchte, nur Folgendes in Erinnerung zu rufen: Überall werden Gewaltverbrechen weit überproportional von jungen Männern begangen. Diese demographische Kategorie stellt zwei Drittel der Flüchtlinge. Viele kriminelle Rechtsverstöße (z.B. illegaler Aufenthalt nach Ablehnung eines Antrags) können ihrer Natur nach *nur* von Flüchtlingen begangen werden. Stellt man beide Umstände in Rechnung, so scheidet der in den Medien gern versuchte Nachweis überproportionaler Kriminalitätsbelastung der Flüchtlingspopulation. Massenhafte sexuelle Übergriffe (Hauptbahnhof Köln, Silvester 2015) wurden sehr wohl von Flüchtlingen begangen und, aus heute überwiegend geteilter Sicht, durch eine völlig fehlgeleitete Polizeitaktik nicht verhindert. Was terroristische Akteure angeht, so findet sich in ihren Reihen nur eine kleine Minderheit von Flüchtlingen, die islamistische Terrorakte ausgeführt oder geplant haben. Die große Mehrzahl der Täter wurde in den betroffenen europäischen Ländern selbst geboren und ist dort aufgewachsen. Diese Tatsachen machen eine kriminalpolitische Rahmung des Flüchtlingsproblems verlogen und aussichtslos. Weniger gut bekannt ist die Tatsache, dass die Flüchtlingspopulation insgesamt in großem Umfang »Netto-Importeur« von Gewaltkriminalität ist. Nach Auskunft des deutschen Innenministeriums hat es 3533 Gewalttaten gegen Flüchtlinge und ihre Unterbringungsorte im Jahr 2016 gegeben, bei denen 560 von ihnen verletzt wurden, darunter 43 Kinder.

Nach Durchsicht der neun Positionen auf meiner Skala von einer extrem liberalen zu einer ebenso extrem repressiven Flüchtlingspolitik stellen sich zwei Konklusionen ein. Zum einen sind sämtliche der genannten Politikansätze aus rechtlichen, politischen und tatsächlichen Gründen ungeeignet, die Herausforderungen effektiv zu bewältigen, die sich aus dem auf absehbare Zeit bestehenden hohen Niveau der (tatsächlichen und intendierten) Flüchtlingsmigration mit Ziel Europa ergeben. Weder kausale noch lastenteilende, noch defensive, noch externalisierende, noch diskriminierende und repressive Strategien bieten, nach gegenwärtiger Handlungskapazität der EU und ihrer Mitgliedstaaten, den Schlüssel für eine »Lösung«. Zum anderen haben wir in staatlicher Politik und medialer Öffentlichkeit eine Diskursverschiebung erlebt, die sich ziemlich geradlinig vom erstgenannten zum letztgenannten Pol der Skala bewegt. Das Problem bleibt ungelöst und zugleich erodieren die normativen Ansprüche, die an seine Lösung gerichtet werden. Die entscheidende Frage bleibt, ob und wie es den Bürgern der Zielländer gelingen wird, *sich selbst* – nach dem Vorbild des US-amerikanischen »Mosaiks« – den Gegebenheiten einer Aufnahme- und Einwanderungsgesellschaft zu fügen und sich so in diese zu integrieren.

Chris Niedenthal
1989. MOMENTAUFNAHMEN

1989: Was für ein Jahr! Es begann ganz harmlos mit einem zweimonatigen Auftrag in der Sowjetunion, wo ich für das amerikanische Monatsmagazin TIME etwas zu einer Sonderausgabe über die »neue UdSSR« unter der Führung Gorbatschows machen sollte, über seine Politik von »Glasnost« und »Perestroika«. Man ging davon aus, dass jeden Moment etwas Aufregendes in dem riesigen kommunistischen Land passieren könnte. Schnell stellte sich heraus, dass das nicht dort, sondern in Polen der Fall sein würde, wo der Runde Tisch Hoffnungen auf den Umsturz des alten Systems weckte. Die herrschende kommunistische Partei hatte Gespräche mit der antikommunistischen Opposition zugestimmt. Als ich zu Beginn des Jahres in der Nähe von Moskau eine große Fabrik besuchte, wo Statuen von Lenin und anderen Helden des Kommunismus am Fließband produziert wurden, zeichneten sich in Warschau dramatische Veränderungen ab. Glücklicherweise konnte ich mich aus Moskau absetzen, um den Beginn der Gespräche am Runden Tisch zu dokumentieren. Schon im Januar war ich in Prag gewesen, um eine Demonstration zum Gedenken an den Tod Jan Palachs zwanzig Jahre zuvor zu photographieren. Er hatte sich selbst verbrannt – aus Protest gegen die Invasion der Tschechoslowakei durch Truppen der Sowjetunion und des Warschauer Pakts. Die Demonstration folgte dem üblichen Muster: Die Miliz verprügelte und verhaftete einige Demonstranten und setzte Wasserwerfer gegen den Rest ein.

Zurück in der Sowjetunion setzte ich meine Arbeit fort – eine faszinierende Erfahrung. Moskau, Leningrad, Kasan, Riga, Lemberg, Kiew, Taschkent, Samarkand, Baku... Das Reisen in diesem riesigen Land war nicht leicht, obwohl für mich als Ausländer einfacher als für die Einheimischen, schon weil ich Zug- und Flugtickets vorab reservieren konnte. Die Sowjetbürger mussten sich mit dem unglaublichen Chaos an den Bahnhöfen und Flughäfen herumschlagen. Massen von Reisenden lebten und übernachteten dort, bis sie endlich ein Ticket ergatterten konnten, während Westler es mit ihrer Währung jederzeit kaufen konnten. Die nächsten Monate waren relativ ruhig. Polen bereitete sich auf die Wahlen vor,

während in Ungarn der Stacheldraht zur österreichischen Grenze durchschnitten wurde. Ich mache mir bis heute Vorwürfe, dass ich diesen symbolischen Akt damals nicht fotografiert habe. Aber bald war es einfach unmöglich, an allen Plätzen zu sein, wo etwas passierte. Die Ereignisse beschleunigten sich ab Mai 1989 – und nicht nur in Europa, sondern auch in China.

Im Auftrag von TIME begleitete ich Gorbatschow auf seinen Auslandsreisen, im Mai zunächst nach Peking, dann nach Schanghai. Etwas Erstaunliches geschah in der Hauptstadt: Die Studenten hatten dort seit April für mehr Freiheit demonstriert, und Gorbatschows offizieller, von der internationalen Presse begleiteter Besuch bot ihnen eine ideale Chance, die Weltöffentlichkeit zu erreichen. Auch sie waren hungrig auf Glasnost und Perestroika. Es gab viel für mich zu fotografieren in diesen Tagen. Ich mietete eine Rikscha und fuhr vom Hotel zum Platz des Himmlischen Friedens. Damals gab es noch nicht so viele Autos in Peking, aber enorm viele Fahrräder. Ein unglaublicher Anblick erwartete mich am Tian'anmen, dem größten öffentlichen Platz weltweit: Er war besetzt von Tausenden Studenten, die ihre eigene Druckerei, mobile Küchen und Sanitätsstationen hatten (es war sehr heiß, und viele Studenten waren im Hungerstreik). Diese jungen Leute hatten dieselben Träume, skandierten dieselben Parolen, zeigten dieselben von Begeisterung und Hoffnung erfüllten Gesichter, wie ich sie in jenem Jahr in Europa gesehen hatte. Nur verlief die Geschichte hier anders. Als Gorbatschow abreiste, musste ich es auch, und ich erfuhr, dass die Regierung kurz darauf das Kriegsrecht verhängt und Truppen zur Niederschlagung der Proteste in Bewegung gesetzt hatte.

Anfang Juni war ich schon in Polen, um das Ende des Wahlkampfes und die Wahlen am 4. Juni zu dokumentieren. Das Massaker an den Studenten auf dem Platz des Himmlischen Friedens begann am selben Tag. Bis heute frage ich mich, welches Schicksal all den jungen Leuten beschieden war, die ich dort fotografiert hatte. Wer starb, wer überlebte? Einige Tage später und 7000 km entfernt reagierten junge Warschauer auf die Tragödie und organisierten ein Sit-in vor der chinesischen Botschaft. Die polnischen Wahlen waren aus photographischer Sicht nicht aufregender als irgendwelche anderen. Ein General Jaruzelski, der leicht ungeduldig darauf wartet, dass seine Frau aus der Wahlkabine tritt – kaum spektakulär. Ich fuhr also zu einem Dorf in der Nähe von Warschau und lief

dort herum, wie Photographen es so tun. Als ich über einen Zaun lugte, sah ich im Hof eine junge Frau, wie sie einem älteren Mann die Haare schnitt. Nach einigem Zögern ließen sie mich herein und erlaubten mir, ein paar Photos zu machen. Währenddessen sagte der Mann: »Ich muss doch eine ordentliche Frisur haben, wenn ich zur ersten freien Wahl in meinem Leben gehe.«

In der berühmten Wahlparole »Euer Präsident, unser Ministerpräsident« waren die Forderungen der Kommunistischen Partei und der antikommunistischen Opposition zusammengefasst. General Jaruzelski wurde – nur – Präsident von Polen, und Tadeusz Mazowiecki der erste nichtkommunistische Ministerpräsident. Es war ein bewegender Anblick, ihn einsam auf der Regierungsbank im Sejm, dem polnischen Parlament, sitzen und die rechte Hand zum Victory-Zeichen heben zu sehen, nachdem die von ihm vorgeschlagene Regierung vom Sejm angenommen worden war.

Im September wurde es in der DDR interessant. Ihre Bürger konnten immer noch nicht in den Westen reisen und versuchten es auf Umwegen. Sie reisten nach Budapest und besetzten dort die deutsche Botschaft, wo ihnen Westpässe ausgestellt wurden. Die ungarischen Behörden kündigten überraschend an, dass diese neuen Westbürger Ungarn an einem bestimmten Tag um Mitternacht über die österreichische Grenze verlassen konnten, was sie dann auch mit ihren Trabants und Wartburgs taten. Ich ging dorthin und wurde Zeuge berührender Szenen, als diese glücklichen jungen Deutschen in ihrer Jeans-Kluft (jede und jeder trug sie damals) die Grenze bei Nickelsdorf überquerten. Ähnliches geschah in den deutschen Botschaften in Warschau und Prag. Ich reiste zum Grenzübergang Schirnding, an dem die frischgebackenen Westdeutschen die Tschechoslowakei verließen, um mit offenen Armen vom Roten Kreuz in Empfang genommen zu werden. Die Hoffnung stieg.

All die Ostdeutschen, denen es gelang, auf diesen Wegen in die Freiheit zu fliehen, ahnten noch nicht, dass auch ihr Land bald frei sein würde. Für den 7. Oktober plante man in Ostberlin pompöse Feierlichkeiten zum 40. Geburtstag der DDR. Wie durch ein Wunder hatte mein Visum eine längere Gültigkeit als beantragt. Das sollte sich als Glücksfall erweisen.

Ostberlin feierte: Erst eine Militärparade, dann in der Nacht ein Fackelzug der sozialistischen Jugendorganisationen. Da standen sie alle, oben auf der Tribüne: der Generalsekretär des Zentralkomitees der SED, Erich

Honecker, Michail Gorbatschow, General Jaruzelski, der bulgarische Staatschef Todor Schiwkow, der rumänische Diktator Nicolae Ceaușescu und weitere Führer der »Bruderstaaten«. Nach den Feierlichkeiten mussten die meisten westlichen Photographen und Journalisten das Land verlassen. Nur ich konnte mit meinem Visum ein paar Tage länger bleiben und ging nach Leipzig. Damals fanden dort die großen, gegen die Regierung gerichteten Montagsdemonstrationen statt. Die Sicherheitskräfte gingen mit Brutalität gegen die Demonstranten vor, und natürlich war ich nervös. Außerdem hatte die Miliz an den vorangegangenen Montagen offensichtlich westliche Journalisten auf der Autobahn nach Leipzig gestoppt. Ich fuhr daher vorsichtshalber im Morgengrauen auf Seitenstraßen dorthin und kam rechtzeitig an. Was ich sah, war eine mächtige Demonstration ohne große Präsenz von Sicherheitskräften. Sie schienen es aufgegeben zu haben, ihre Mitbürger zu verprügeln. Die Hoffnung auf Freiheit stieg, doch die DDR existierte noch.

Man spürte, dass bald etwas geschehen würde. Zurück in Warschau sagte mir meine innere Stimme, ich solle für den 10. November ein Interflug-Ticket nach Schönefeld kaufen. Anfang November kam Helmut Kohl zu einem offiziellen Besuch nach Warschau, und am 8. und 9. November photographierte ich ihn zusammen mit Tadeusz Mazowiecki und Lech Wałęsa. Am Abend des 9. November hörten wir die unglaubliche Nachricht, dass die Berliner Mauer im Begriff war zu fallen. Und ich hatte das Ticket für den nächsten Tag in der Tasche! Wenige Stunden später war ich an der Mauer. Kanzler Kohl und die ihn begleitenden Journalisten trafen am Nachmittag ein. Nun wurden die Hoffnungen von vielen, vielen Menschen in Deutschland wahr. Dieses Fest der Freude zu beobachten und die Szenen an der Berliner Mauer zu photographieren, war eine unglaubliche Erfahrung. Es war schwer, nicht von dem Freudentaumel der Menge davongetragen zu werden.

Und das war noch nicht alles. Nach der DDR kam die Tschechoslowakei mit ihrer wunderbaren »Samtrevolution«. Mein Herz schlug höher, als ich die Menschenmassen am Wenzelsplatz sah. Von einem Balkon sprach Alexander Dubček, Symbolfigur des Prager Frühlings von 1968. Ihn zu sehen und zu hören, bewegte mich tief. Es war ein unvergesslicher Moment, als fast eine halbe Million Menschen begannen, mit ihren Schlüsselbündeln zu klingeln, um zu zeigen, dass den Kommunisten die Stunde geschlagen hatte. Die Hoffnung stieg.

Welches Land war als nächstes dran? Eine große Demonstration in Sofia reichte, Todor Schiwkow davon zu überzeugen, dass seine lange Herrschaft zu Ende war. Schon ein wenig erschöpft von meinen Reisen, flog ich von Sofia nach Vilnius (damals noch Teil der Sowjetunion), wo Gorbatschow erwartet wurde. Wieder wurde ich Zeuge von Demonstrationen und Parolen wie »Rote Armee ab nach Hause!«. Diesmal schafften es die Litauer noch nicht, ihre Unabhängigkeit zurückzugewinnen, aber man fühlte, es würde nicht mehr lange dauern.

Kaum war ich wieder zu Hause (meine Familie hatte mich in diesem Jahr kaum gesehen), fingen die Rumänen an, sich gegen ihren Diktator zu erheben. Ceaușescus Herrschaft endete tragisch: Er und seine Frau wurden erschossen und auf einem Bukarester Friedhof in getrennten und ungekennzeichneten Gräbern verscharrt – Ceaușescu in der Mitte eines Weges, so dass die Leute über sein Grab trampeln konnten. Nach Rumänien ging ich erst nach Weihnachten, nach Cluj-Napoca, wo während der Rebellion Dutzende Menschen ihr Leben verloren hatten. Dort und in der Umgebung konnte ich nur die Folgen des Umsturzes photographieren. Die Hoffnungen der Rumänen hatten sich erfüllt, wenn auch zu einem hohen Preis.

Über den Jahreswechsel 1989/90 war ich dann noch einmal in Baku, der Hauptstadt von Aserbeidschan, damals noch Teil der UdSSR. Der Konflikt mit Armenien hatte dazu geführt, dass die Sowjetarmee die Kontrolle übernommen hatte. Viele Menschen kamen ums Leben. Seine Unabhängigkeit sollte das Land erst einige Jahre später erlangen.

Das war mein Jahr 1989 – extrem intensiv und aufreibend, und unglaublich interessant. Ich hatte die Ehre, Zeuge einer ganzen Reihe historischer Ereignisse in vielen Ländern zu werden. Sie spielten sich vor meinen Augen ab, vor der Linse meiner Kamera. Indem ich sie dokumentierte, wurde ich zu einem visuellen Historiker (wenn es mir denn zusteht, das zu sagen).

1989 war ein Jahr großer Erwartungen und großer Umbrüche. Ich hoffe, dass wir heute, da in vielen Teilen der Welt die Dämonen des Nationalismus wieder ihr Haupt erheben, dieser neuen Gefahr gewachsen sind, und dass die denkwürdigen Ereignisse von 1989 nicht vergebens gewesen sein werden.

Aus dem Englischen von Klaus Nellen

1989. Momentaufnahmen

Chris Niedenthal



Moskau im März. Boris Jelzin im Wahlkampf zum Volksdeputiertenkongress.
Es waren die ersten freien Wahlen in der Sowjetunion.



Peking im Mai, in der Nähe des Tian'anmen-Platzes. Junge Männer fordern mehr Demokratie und Meinungsfreiheit.



Kościerzyna (Polen) im Mai.
Polens künftiger Präsident Lech Kaczyński auf einer Wahlkampftour für die Solidarność.



Warschau am 9. November. Treffen von Kanzler Helmut Kohl und Lech Wałęsa.
Noch wissen sie nicht, dass in derselben Nacht die Berliner Mauer fallen wird.



Berlin, in der Nacht vom 10. auf den 11. November. Ein Pärchen feiert den Fall der Mauer auf der Westseite.



Ein Grenzübergang an der Waltersdorfer Chaussee in der Nähe des Flughafens Schönefeld, 10. November. Ein Ostberliner Radfahrer fährt ungehindert nach Westberlin und wird von Westberlinern begrüßt.



Ost-Berlin, Bernauerstrasse, am Morgen des 12. November. Ostberliner strömen durch eine über Nacht improvisierte Passage nach Westberlin.



Prag, Wenzelsplatz im November, in den letzten Tagen der Samtenen Revolution:
Der kommunistischen Regierung schlägt ihr letztes Stündlein.



Prag im November. Aleksander Dubcek spricht auf dem Wenzelsplatz.



Cluj-Napoca im Januar 1990, kurz nach dem Sturz Nicolae Ceaușescus im Dezember 1989. Schaufenster eines Geschäfts, vor dem zum Gedenken an die 26 Opfer der Aufstände in dieser Stadt Blumen niedergelegt und Kerzen aufgestellt wurden. Auf einer Karikatur ist der Diktator als Dracula dargestellt.



Sofia, 18. November. Ein orthodoxer Priester nimmt an einer großen Demonstration gegen die Regierung teil.

Janos Matyas Kovacs
VOM ZWEIFEL ZUR SCHAM
Sieben falsche Vorhersagen über das
postkommunistische Ungarn

Juli 1989, IWM Sommerschule in Cortona, Toskana. Beim Nachdenken mit meinen Studenten über die Zukunft des sowjetischen Imperiums war ich der Einzige im Seminarraum, der nicht an eine revolutionäre Wende glaubte. Um zu beweisen, dass nichts anderes als ein langgezogener, hässlicher Verfall des Kommunismus zu erwarten stand, erging ich mich in damals modischen historischen Analogien wie etwa der Ottomannisierung. Viele Jahre später bedauerte ich meine falsche Prognose noch immer. Unterdessen war einer der Studenten stellvertretender Präsident der Ungarischen Nationalbank geworden. Kurz nachdem Premierminister Viktor Orbán 2010 zum zweiten Mal an die Macht gekommen war, wurde er in erniedrigender Weise entlassen. Ich traf den Banker auf einer Demonstration gegen Orbán in Budapest, aber mir war nicht danach, ihm unter Hinweis auf ein Plakat neben uns, auf dem sich Putin und Orbán küssten, zu sagen: »Schau nur, genau das habe ich in Cortona gemeint.« Der einzige Unterschied zu meiner Vorhersage ist, dass sich der Niedergang nicht nur vor, sondern auch nach der Revolution ereignete. Ich war zu dumm, das vorherzusehen. 1989 betrachtete ich die Möglichkeit einer Revolution mit Skepsis, ahnte allerdings nicht, wie schnell sie scheitern könnte, falls sie wirklich kommen sollte.

Im Herbst 1990 schrieb ich für die erste Ausgabe von *Transit* einen Essay über die Aussichten des postkommunistischen Übergangs.¹ Darin mache ich aus meiner (freudigen) Überraschung über die Implosion des Kommunismus kein Hehl, melde aber ernste Zweifel an der Lebensfähigkeit des Kapitalismus an, der sich aus den Ruinen der Sowjetherrschaft erhob. Auch diese Prognose sollte sich als falsch erweisen, aber aus dem entgegengesetzten Grund. Obwohl sich einige meiner Zweifel später bewahrheiteten, wurden sie in vielen Ländern des ehemaligen Ostblocks im letzten Vierteljahrhundert von der düsteren Realität einer schlei-

chenden Konterrevolution in den Schatten gestellt. Ich möchte meinen Beitrag (ein kurzes Kapitel Ego-Geschichte)² auf Ungarn beschränken, ein Musterbeispiel für die dramatische Regression, die wir derzeit beobachten.

Ein endloser Albtraum

Wer Menschen- und Bürgerrechte auch nur ein wenig respektiert, der riskiert beim Lesen der täglichen Nachrichten in meinem Land, Schaden an seiner Seele zu nehmen: An der Grenze werden Flüchtlingskinder in Container gesperrt, um die »ethnische Homogenität« der ungarischen Nation zu bewahren; in jedem Bezirk des Landes werden öffentliche Schießstände eingerichtet, um die militärische Tauglichkeit friedlicher Bürger zu verbessern; nichtstaatliche Organisationen, die Unterstützung aus dem Ausland erhalten, werden erpresst; die Central European University wird erstickt; Krankenhäuser erhalten staatliche Zuschüsse, wenn sie sich weigern, Abtreibungen vorzunehmen; wegen seiner mutmaßlichen homosexuellen Vergangenheit wird auf einen Oppositionsführer eine Hexenjagd veranstaltet; die größte regierungskritische Zeitung wird geschlossen; die Regierung buhlt um Putin und Trump und macht Geschäfte mit dem Bankier von al-Qaida und so weiter. Das ist nur eine kleine Auswahl der alpträumenhaften Nachrichten der letzten Monate, die jedem liberal eingestellten ungarischen Bürger die Schamröte ins Gesicht treiben. Das meiste, das diese Nachrichten melden, wurde von Orbán öffentlich gerechtfertigt.

Wenn dieser von Schamgefühlen gequälte Bürger zufällig ein Ökonom ist wie ich, könnte er, oder sie, die Liste der Beispiele mit Nachrichten über die erneute Verstaatlichung von Privatunternehmen, die Erpressung ausländischer Firmen oder langfristige Megageschäfte im Energiesektor mit der russischen Regierung *ad nauseam* verlängern. Auch die Umverteilungspolitik des Orbán-Regimes bliebe nicht unerwähnt. Unter dem Vorwand, eine neue Mittelschicht schaffen zu wollen, hat das Regime die Oligarchen und die obere Mittelschicht (beide hochgradig vom Staat abhängig) bereichert und eine große absteigende untere Mittelschicht sowie eine wachsende bitterarme Unterschicht entstehen lassen. Man muss kein radikaler Linker sein, um die soziale Polarisierung in Ungarn als Pyramide zu beschreiben: an der Spitze Orbáns Kumpel aus Kindheitstagen und aus demselben Dorf wie er, ein ehemaliger Installateur, der

mit öffentlichen Mitteln fast jeden Tag ein Unternehmen für sich (oder seinen Freund) kauft, und drei Millionen Menschen (von insgesamt zehn Millionen Einwohnern) am Fuß, die unter Entbehrungen leiden, so sehr, dass die Hälfte von ihnen oft hungert.

Wenn dieser Ökonom sich für Public-Choice-Theorie interessiert, würde er wissen, dass die oben beschriebene Politik durch einen in den letzten sieben Jahren vollzogenen konstitutionellen Staatsstreich ermöglicht wurde, der den Rechtsstaat mit seiner Gewaltenteilung systematisch zerstört hat. Das wurde bewerkstelligt durch a) die Verabschiedung eines Wahlrechts, das eine quasi Einparteienherrschaft hervorbringt; b) die Verstümmelung des Tarifverhandlungssystems; c) die Okkupation öffentlicher Institutionen vom Verfassungsgericht bis zur Steuerbehörde; d) die Säuberung der Staatsanwaltschaft, der Gerichte, der Polizei und der Armee sowie e) die Eroberung der öffentlichen und zu einem großen Teil auch der privaten Medien. Auf diese Weise hat Orbán ein Regime errichtet, das er großspurig »System der nationalen Zusammenarbeit« nennt und für das er 2011 ein Grundgesetz verabschiedet hat. Seitdem haben Sozialwissenschaftler mit einer ganzen Reihe von Adjektiven experimentiert (wie »illiberal«, »quasi-faschistisch«, »despotisch«, »neo-autoritär«, »mafiaartig«, »national-populistisch« usw.), um das Wesen des Regimes zu erfassen, das Orbán mit seiner militärisch disziplinierten Partei und seiner Zweidrittelmehrheit im Parlament mit eiserner Hand lenkt.

Unter der Oberfläche seiner politischen Stabilität war das Regime hinsichtlich seiner wirtschaftlichen Leistung immer brüchig. Auf Messers Schneide balancierend und den Staatsbankrott riskierend, spielte die ungarische Regierung in den letzten Jahren ein riskantes Spiel, als sie die Beziehungen zum Internationalen Währungsfonds und zur Weltbank kappte, transnationale Unternehmen mit Sondersteuern belegte und Tag für Tag europäisches Recht brach. Um den potenziellen Schaden in Grenzen zu halten, konfiszierte sie private Pensionsfonds, reduzierte die Ausgaben für Gesundheitsversorgung und Bildung drastisch und baute Sozialprogramme für die Armen ab. Währenddessen schossen die Kosten der »Law-and-Order«-Politik samt Eigenreklame in den Himmel.

Bislang hatte Orbán mit seinen Wetten Glück und konnte sich die Erholungsphasen der globalen Krise zunutze machen (vor allem dank »quantitativer Lockerung« und sinkender Energiepreise). Zudem spielte ihm die Ohnmacht der Europäischen Union in die Hände, die unfähig ist,

Regelbrecher durch Aussetzung der Transferzahlungen oder Ausschluss zu bestrafen. Dabei hat er freilich Ungarns Zukunft für die Gegenwart seines eigenen Regimes geopfert, indem er das katastrophale Scheitern seiner Wirtschaftspolitik hinter chauvinistischem Dünkel verschwinden ließ. Die Selbstausschließung von westlichen Wirtschaftsnetzwerken wird im ungarischen Neusprech als Wiedererlangung der nationalen Souveränität verkauft; der Ramschstatus ungarischer Staatsanleihen auf den Finanzmärkten gilt als Beweis einer neoliberalen Verschwörung; fortdauernde Stagnation wird als Bewahrung des ökonomischen Gleichgewichts dargestellt; das Abdriften gen Osten als einziger Weg, dem »Untergang des Abendlandes« zu entgehen; die Beschleunigung der Abwanderung hochqualifizierter Arbeitskräfte als Beweis ungarischen Talents und der vorhersehbare Ausschluss von einem schnelleren Europa als Brüssels Rache am heroischen Freiheitskampf der Ungarn. Die Krise von 2008 eingeschlossen, hat Ungarn jetzt ein ganzes Jahrzehnt verloren und ist unter den ehemaligen kommunistischen Ländern von einem Vorreiter zu einem Nachzügler geworden.

Eine pessimistische Diagnose?

Als mein *Transit*-Artikel 1990 erschien, nannten mich viele Kollegen einen Spielverderber, enthielt er doch eine lange Liste gravierender Dilemmata, vor denen die Ökonomen bei der Gestaltung der »schönen neuen Welt« des postkommunistischen Osteuropa standen. Ihrer Meinung nach konzentrierte ich mich in typisch ungarischer Art darauf, was in Zukunft wohl nicht funktionieren würde, statt darauf, was gelingen konnte. Tatsächlich stellte ich gleich zu Beginn des Artikels in einer hochtrabend Hayekianischen Terminologie einige beunruhigende Fragen:

Wie gelangen wir ohne »konstruktivistischen Rationalismus« aus einer nicht-spontanen Ordnung in den Zustand einer spontanen Ordnung? Ist die Marktwirtschaft staatlich einführbar? (...) Wie kann man eine Gesellschaft gleichzeitig wirtschaftlich liberalisieren und politisch demokratisieren, wenn ein bedeutender Teil ihrer Mitglieder nicht Anhänger des freisinnigen Ideals ist, und sie dazu noch in einer tiefen Wirtschaftskrise steckt?

Dem schloss sich zur weiteren Entmutigung des Lesers eine längere Analyse darüber an, wie die Elemente der berühmten Triade wirtschaftlicher Transformation (Stabilisierung, Vermarktlichung und Privatisierung)

sich zu Teufelskreisen formieren und wechselseitig blockieren könnten. Schließlich warf ich folgende Frage auf:

Worin liegt nun die Garantie dafür, dass mit der Exzision des harten Kerns der Nomenklatura auch die Grenzen der Liberalisierung automatisch ausdehnbar sind? *Ziehen wir vom Parteistaat die Staatspartei ab, so ergibt diese Rechenoperation noch nicht Null.* (...) Wie wir wissen, ermächtigt die Demokratie jedoch auch zum *Überstimmen des Marktes*: die Liberalisierung hat nicht nur eine Diktatur-, sondern auch eine Demokratiegrenze.

Ich setzte meinen Glauben in eine Politik,

die von einer »*experimentierenden Vernunft*« geleitet ist. Diese Politik bewegt sich auf der Basis von *trial and error* Schritt für Schritt vorwärts, mutig und umsichtig. Ihre Weisheit würde sich darin zeigen, dass der Staat in der Lage wäre, auch gegen das eigene Übergewicht Garantien zu schaffen und nicht aus der zu Beginn notwendigen »sichtbaren Hand« wieder eine »sichtbare Faust« werden zu lassen.

Wenn ich heute auf meinen skeptischen Standpunkt von 1990 zurückblicke, muss ich über den darin mitschwingenden Optimismus lächeln. Ich schloss die Möglichkeit, dass sich die meisten osteuropäischen Länder in der absehbaren Zukunft erfolgreich durch den Morast der postsowjetischen Welt wursteln würden, nicht aus. Gefasst auf schwere politische Fehler, zeitweilige Rückschläge und dauerhafte zweitbeste Lösungen, konnte ich mir nicht einmal in meinen wildesten Träumen vorstellen, dass eine dauerhafte schlechteste Lösung auftauchen würde, besonders in Ostmitteleuropa. Ich war zuversichtlich, dass

1. sich die Menschen in den ehemals kommunistischen Ländern früher oder später für die geringer werdenden Kosten des Übergangs durch zunehmenden Nutzen entschädigt fühlen und einen Gesellschaftsvertrag auf Grundlage eines zeitweiligen Tauschs »Freiheit für Sicherheit« akzeptieren würden;
2. dieser Tausch nicht nur durch die neuen Freiheiten gerechtfertigt würde, sondern auch durch die langfristige Beschleunigung des Wirtschaftswachstums, und dass die Bürger die Verteilung wachsenden Gemeinwohls unter den gesellschaftlichen Gruppen als fair ansehen würden;
3. der liberale/kosmopolitische Zeitgeist der 1980er Jahre weiter vorherrschen würde, dass Liberale in der Politik an Boden gewinnen würden und sie es – durch Einverleibung egalitärer und kommu-

- nitaristischer Ideen in ihre Programme – erfolgreich vermeiden könnten, als neoliberale Extremisten stigmatisiert zu werden; dass gleichzeitig die überlebenden kollektivistischen Haltungen einen Großteil ihrer vertikalen/etatistischen Merkmale verlieren, ihre horizontalen/zivilen Züge dagegen stärker werden würden; und dass der »Westen« beginnen würde, Osteuropa ziemlich rasch zu integrieren;
4. in einem solchen soziokulturellen Umfeld das informelle kapitalistische Erbe kommunistischer Gesellschaften stärker sein würde als ihr feudales Erbe; dass persönliche Abhängigkeit (Klientelismus) vom Marktwettbewerb beseitigt und der aufkommende Rechtsstaat die Korruption zurückdrängen würde; dass, der »Dahrendorf-Regel« folgend, den politischen und wirtschaftlichen Kapiteln der Revolution allmählich ein kulturelles folgen, und dass der *Homo sovieticus* langsam verschwinden würde;
 5. der politische Wettbewerb in einer Mehrparteiendemokratie und der in langlebigen Verfassungen verankerte Rechtsstaat größere Abweichungen vom liberaldemokratischen Mainstream verhindern würden; dass gleichzeitig dank bürgerschaftlichen Engagements, öffentlicher Erziehung und freier Medien republikanische Routinen und republikanischer Geist als letzter Schutzwall gegen neue populistische bzw. autoritäre Versuchungen entstehen würden;
 6. die wahre Bedrohung der Revolution von 1989 in der Restauration des kommunistischen Regimes (besonders in seiner rot-braunen Spielart) liegen würde, während das Risiko einer frischen, aber bräunlich gefärbten Degeneration des postkommunistischen Regimes zu vernachlässigen sei; falls nicht, so nahm ich an, würde eine solch hässliche Entwicklung weder vom heimischen Kapitalismus noch von den Westmächten toleriert.

Ich nahm mit gewissem Bedauern zur Kenntnis, dass staatliche Interventionen in Osteuropa am Anfang eher harsch ausfallen würden, da die Stabilisierung der Wirtschaft und die erste Phase der Liberalisierung nicht ohne ein *Grand Design* auskommen würden. Mir schien aber plausibel, dass mit der Zeit die Missionare des Übergangs durch graue Technokraten ersetzt würden, um die neuen kapitalistischen Regime mit einem Minimum an Bevormundung zu steuern. Ich erwartete, »normale Länder« (im Sinne von Andrei Shleifer und Daniel Treisman) zu sehen, die sich

dem europäischen Durchschnitt nähern würden, ohne ihn in absehbarer Zukunft zu erreichen. Die neuen Demokratien würden eher südländische als westliche Merkmale des Kapitalismus aufweisen: Ihre Institutionen und Kulturen würden noch auf lange Zeit hybride Wesen sein und etatistisch, informell, inkohärent und volatil bleiben. Sie würden westliche Muster eher ausleihen oder simulieren als etwas Neues erfinden.

Platt gesagt, war ich auf Langeweile eher als auf Schande vorbereitet. Kommen wir auf das Beispiel Ungarn zurück.

Sechs Vorhersagen – sechs Nieten

Statt Langeweile erlebten die liberal gesinnten Bürger meines Landes in den letzten Jahrzehnten eine lange Serie von peinlichen Überraschungen. Im Folgenden möchte ich versuchen, sie entlang der oben erwähnten sechs Vorhersagen zu rekonstruieren.

1. Die kombinierten Schocks von transformationsbedingter Rezession und wirtschaftlicher Liberalisierung in der ersten Hälfte der 1990er Jahre waren so stark, dass die dadurch verursachten sozialen Kosten (z.B. Jobverlust) kurzfristig nicht durch den Nutzen der Transformation (z.B. Ende der Versorgungsknappheit) aufgewogen werden konnten. Die erste Welle der Freiheit verebbte, während die Nachfrage nach existenzieller Sicherheit rasch zunahm. Die Ungarn erlebten, dass mit dem Zusammenbruch des Kádár-Regimes auch der quasi-egalitäre Konsumismus kommunistischen Stils einen tödlichen Schlag erlitt. Damit sank der relative Wert der neuen politischen Freiheiten. Statt einen neuen Gesellschaftsvertrag zu schmieden, liefen die Bürger in Scharen zum alten zurück und wählten 1994 die Sozialisten an die Macht, um sich der korrupten alten Nationalkonservativen zu entledigen. Aus Angst vor der Entstehung einer halbfaschistischen Gegenmacht traten die Freien Demokraten (also die Liberalen) in die Regierung der Ungarischen Sozialistischen Partei (die aus der kommunistischen Partei hervorgegangen war) ein – eine Entscheidung mit fatalen Konsequenzen für die liberale Doktrin.
2. Die wirtschaftliche Rezession verwandelte sich vor den nachfolgenden Wahlen von 1998 in ein stabiles Wachstum, aber die sozialistisch-liberale Regierung musste einen hohen Preis für die

Sparpolitik zahlen, die für die Stabilisierung notwendig war. Darüber hinaus war die rein wettbewerbsorientierte Privatisierung mit ausländischem Kapital, die keine Zuckerln für die Wähler bot, ein gemischter Segen. Sie half, die Rezession zu stoppen, aber Fairness wurde zum letzten Wort, mit dem die gewöhnlichen Leute im Ungarn der 1990er Jahre den Eigentümerwechsel beschrieben hätten. Sie waren überzeugt, zweimal bestohlen worden zu sein: früher, während der sogenannten »spontanen Privatisierung«, von »unseren« Kommunisten, nun von »fremden« Kapitalisten. In Ermangelung eines breiten sozialen Netzes untergruben die durch die Privatisierung verursachte Arbeitslosigkeit und neue Hierarchie am Arbeitsplatz das Gefühl der Sicherheit noch weiter. »Privateigentum«, »Kapitalismus«, »Globalisierung« und ihre Synonyme wurden in den Augen der Öffentlichkeit zunehmend mit Entrechtung assoziiert.

3. Zehn Jahre nach 1989 waren selbst die Gewinner der Transformation sich nicht sicher, ob eine Art von »normalem Kapitalismus« in Sicht war. Der liberale Zeitgeist hatte schon früher begonnen, sich zu verflüchtigen, als die Freien Demokraten in die korrupten Praktiken ihres Koalitionspartners verstrickt wurden. Sie verloren rasch ihren antikommunistischen, in der demokratischen Opposition vor 1989 erworbenen Glanz. Während sie auf die späten Früchte ihres Transformationsprogramms warteten, setzten sich die Liberalen dem Vorwurf aus, eine »kalte« und mitleidlose (neoliberale) Politik zu verfolgen. Sie waren besonders durch egalitäre und kommunitive Kritik angreifbar, weil sie die Austerität nicht nur verteidigten, sondern obendrein Versuche zur Ökonomisierung von Wohlfahrtsregimen und Bildung unternahmen. Missbilligung kam auch von ihren Verbündeten aus dem NGO-Sektor – trotz der Erfolge, die die Liberalen bei der Verteidigung der Menschen- und Bürgerrechte (z. B. Abschaffung der Wehrpflicht) hatten.

Unterdessen verzögerte sich die Geste der Einladung in die westliche Welt immer weiter. Die Aufschiebung der Aufnahme in die Europäische Union um anderthalb Jahrzehnte beraubte die ungarischen Liberalen entscheidender Legitimationsquellen: Eine rechtzeitige Mitgliedschaft hätte eine Stabilisierung der kapitalistischen Institutionen, eine Beschleunigung des wirtschaftlichen Wachstums und ein robustes symbolisches Kapital bedeutet und so die

Transformationskosten gesenkt. Als die EU endlich dem Beitritt Ungarns zustimmte, war es für seine Bürger schwierig, zwischen den interventionistischen und liberalisierenden Auswirkungen der Integration abzuwägen. Zudem löste die – durch die Nationalisten überbetonte – Reduktion der Souveränität des Landes Ängste aus. Die kollektivistischen Haltungen, die den Kommunismus überlebt hatten, fanden weder in den Institutionen der Zivilgesellschaft noch unter dem Dach des europäischen Sozialmodells eine sichere Zuflucht und blieben eine leichte Beute von staatlichem Paternalismus. Die Freien Demokraten unterschrieben ihr eigenes Todesurteil, als sie 2002 wieder eine Koalition mit den Sozialisten bildeten, sich weiter für eine Liberalisierung des Wohlfahrtsstaats stark machten und Schmerzen ohne rasche Linderung versprachen. Die antiliberale Wende nach der Krise von 2008 und der gegenwärtige weltweite Aufstieg des Populismus konnten die Position der Liberalen nicht mehr beschädigen: Noch bevor ihre Idole im Westen ins Wanken gerieten, hatte die Doktrin (und die Partei) in Ungarn bereits ihre Glaubwürdigkeit verloren.

4. Die langerwartete Kulturrevolution verkehrte sich ins Gegenteil. Statt die wildkapitalistischen Züge des *Homo sovieticus* durch den Rechtsstaat zu zähmen und sie mit Republikanismus zu kombinieren, hat eine neue kulturelle Mischung Gestalt angenommen. Sie verbindet staatlichen Paternalismus mit rücksichtslosem Individualismus und verkörpert die dunkle Seite beider Welten. Die Ungarn entpuppen sich als weniger freiheitsliebend, unternehmerisch, pragmatisch etc. als im Spätkommunismus angenommen. Laut Werte-Umfragen in den letzten beiden Jahrzehnten wurde ihre Bereitschaft zur Verwestlichung (Nachahmung entweder kontinentaleuropäischer oder angelsächsischer Muster) von traditionellen »östlichen« Haltungen überschattet. Letztere reflektieren einen zunehmenden Wunsch nach Sicherheit unter dem Schirm des Staats bzw. innerhalb kleinerer Netzwerke feudaler Abhängigkeit oder nach einem ethnisch verstandenen Nationalismus. Anders ausgedrückt, sehnen sich die Ungarn danach, so bald wie möglich Mitglieder in einem »warmen«, empathischen sozialen Projekt zu sein, das eher Ordnung und Wohlfahrt als Freiheit verspricht. Offenbar haben sie nicht aufgehört, sich nach einer Vaterfigur ähnlich wie János Kádár zu sehnen (stark, verschla-

- gen, plebejisch, innovativ etc.), die zwar auch ein »Gulaschregime« anbietet, aber mit mehr Nationalstolz.
5. Wenn etwas meine optimistischen Erwartungen über einen längeren Zeitraum erfüllte, dann die grundlegenden Institutionen des Rechtsstaats. Obwohl die Sozialisten von Zeit zu Zeit versuchten, ihren Einfluss auf die Judikative und die Medien auszuweiten und kleinere Änderungen am Wahlsystem vornahmen, stimmten sie mit den Liberalen überein, die Verfassung nicht willkürlich zu ändern, obwohl sie zwischen 1994 und 1998 über eine Zweidrittelmehrheit verfügten. In den langen Jahren ihrer Koalitionsregierung blieb das Prinzip der Gewaltenteilung intakt, die Rechte der parlamentarischen Minderheiten wurden beachtet, die Leiter vieler der unabhängigen Kontrollinstitutionen wurden von den Oppositionsparteien bestimmt (die auch in Schlüsselstädten und -bezirken die örtliche Selbstverwaltung führten), und die Medien waren im Wesentlichen pluralistisch und frei. Dennoch war ein Verfassungsputsch im hochgradig disproportionalen System der Parlamentswahlen vorprogrammiert, da es Mehrheiten ermöglichte, die jederzeit die Spielregeln ändern konnten. Niemand ahnte jedoch den Aufstieg politischer Unternehmer, die es wagen (oder in der Lage sein) würden, durch *lawfare* und anschließenden Putsch Hindernisse wie das Verfassungsgericht aus dem Weg zu räumen. Die Zivilgesellschaft galt nicht als ernsthafter Garant für den Schutz der liberalen Demokratie, aber die Medien schienen als Wachhund stark genug. Die politische Ermüdung unter den Bürgern, nicht zuletzt bedingt durch zweifelhafte Praktiken der Stimmenmaximierung und Koalitionsbildung aller Parteien hinter den Kulissen, wurde nicht als ernsthafte Warnung wahrgenommen. Ein anhaltendes Vertrauen in die Institutionen verdeckte die Notwendigkeit zur Zivilcourage bei der Verteidigung der republikanischen Werte und lullte die Wachsamkeit vor den Gefahren des Illiberalismus (besser gesagt Antiliberalismus) ein.
 6. Wie die sprichwörtlichen Generäle, die sich immer auf den vorangegangenen Krieg vorbereiten, konzentrierten sich die Liberalen in Ungarn Anfang der 1990er Jahre so intensiv auf die konservativen Nationalisten (Teile von ihnen waren kommunistische Konvertiten), dass sie ihre eigenen Dissidenten übersahen: die Jungen Demokraten (Fidesz), geführt von Viktor Orbán, waren eine dynamische und

erfindungsreiche Kraft ohne ideologische und moralische Skrupel. Indem sie das liberale Lager verließen, gelang es ihnen, die »nationale Seite« zu kooptieren sowie die Unterstützung der christlichen Kirchen zu gewinnen, um eine – wie Fidesz es nannte – »bürgerliche Partei« der rechten Mitte zu schaffen. Diese gewann einen großen Teil der pro-liberalen und -sozialistischen Wähler mithilfe einer für den postmodernen Populismus typischen *Anything-goes*-Strategie für schnelle Lösungen. Orbán schloss sich Keynes' Diktum an, dass »wir auf lange Sicht alle tot sind«, und nutzte die Gunst der Stunde, indem er die Unsicherheit und Fehler der Rivalen ausschaltete. Er bediente sich ausgiebig der Institutionen der Herrschaft des Gesetzes, um sie später als Gesetze des Herrschers zu demontieren. Sein erster Sieg 1998 verschaffte Fidesz noch keine Verfassungsmehrheit. Die acht Jahren in der Opposition nach 2002 nutzte Orbán dazu, eine simple Strategie zur Umgehung der Dilemmata der Transformation zu ersinnen, die er umsetzen wollte, sobald seine Partei an der Macht wäre. »Wir müssen nur einmal gewinnen, aber fett«, sagte er, andeutend, dass für das künftige Regime, wie für diejenigen von Miklós Horthy und János Kádár, jede Ablösung für Jahrzehnte blockiert werden soll. Fidesz beschloss, den gordischen Knoten zu durchschlagen und sich aus der Zwickmühle der liberalen Demokratie zu befreien, indem die Partei nach 2010 die rechtsstaatliche Option über Bord warf. Sie wurde ersetzt durch einen staatlichen Kollektivismus, verpackt in einen nationalistischen und rassistischen Diskurs, gefärbt durch antikolonialistisches Selbstmitleid.

Orbán gestaltete ein »warmes« Projekt, das die Herzen der Bürger erreichte, indem er an ihre Identität und Würde appellierte, ihnen Sicherheit versprach und um seine Partei herum eine soziale Bewegung organisierte, die »Bürgerkreise« (die er übrigens nach seiner Machtübernahme erbarmungslos geopfert hat). Er vergaß auch die Reichen nicht und verpflichtete sie sich durch eine *Flat-tax*-Politik und die Diskriminierung ausländischen Kapitals auf das Regime. Es geht um nichts weniger als eine Konterrevolution, die weit über Wiederverstaatlichung und Neokorporatismus hinausgeht und den Rechtsstaat aushöhlt, einen Einparteienstaat schafft (in Orbáns Neusprech »zentrales Kraftfeld«) und einen umfassenden Kulturkampf anzettelt, um die Rückkehr liberaler Werte zu verhindern. Um diese

Werte zu ersetzen, hat Orbán das historische Repertoire des ungarischen Nationalkonservatismus mobilisiert (vom Heidentum über den Ultramontanismus bis zum heutigen Antimodernismus) und amorphe Konzepte wie »Re-industrialisierung« und »Arbeitsgesellschaft« erfunden, um die von ihm so genannten »hart arbeitenden gewöhnlichen Leute« zu umgarnen. »Östlichkeit« wurde in diesem politischen Diskurs zu einer Tugend, »Stärke« zum bevorzugten Schlagwort. Orbán porträtiert die Ungarn als »halbasiatisches Volk«, das nur die »Sprache der Macht« versteht. Bislang hat er, anders als Putin und Erdogan, Bestechung, Erpressung und Einschüchterung der physischen Gewalt vorgezogen.

Es würde diesen kurzen Essay sprengen, wenn ich abschließend die beiden »russischen« Fragen (»Wer ist schuld?« und »Was tun?«) stellen und nach kontrafaktischen Erklärungen (»Hätte es anders kommen können?«) suchen würde. So oder so würde es mir wohl kaum gelingen, die Auswirkungen von Naivität, dem eifernden Fundamentalismus frisch Bekehrter, Wunschdenken, Ignoranz, Arroganz, Korruption etc. in der jüngsten Geschichte des Liberalismus in Ungarn zu entwirren. Dasselbe gilt für meine eigenen Gedanken. Wahrscheinlich wäre ich als Politiker selbst auch geteilter Meinung gewesen und hätte ähnliche Fehler gemacht wie meine Freunde unter den Freien Demokraten – bis auf eine Sache. Ich erinnere mich gut, wie ich jedes Mal Bauchschmerzen bekam, als sie sich 1994, dann wieder 2002 und schließlich 2006 für eine Kohabitation mit den Sozialisten entschlossen.

Die siebte Vorhersage

Zum Glück habe ich nicht immer stur auf meinen falschen Prognosen beharrt. Die Artikel, die ich in den vergangenen Jahrzehnten in *Transit* veröffentlicht habe, reflektieren eine wachsende Enttäuschung darüber, mit ansehen zu müssen, wie sich die alte Plattitüde bewahrheitet: Die Revolution hat tatsächlich ihre Kinder gefressen. Dennoch muss ich gestehen: Obwohl die oben aufgelisteten sechs Vorhersagen mit der Zeit verblasst sind, ist eine siebte selbst nach Sarajevo und, in jüngerer Zeit, der Krim nicht ganz aus meinem Kopf gewichen. Ich möchte noch immer glauben, dass es sich der Westen ab einem gewissen Punkt nicht mehr

leisten kann, scheinbar kleinere Verbrechen wie jene, die von den antiliberalen Brandstiftern im Herzen Europas begangen werden, zu tolerieren, weil er wissen sollte: Das Feuer wird nicht an den nationalen Grenzen Halt machen. Wenn ich heute die Apathie sehe, mit der die NATO die russische wirtschaftliche und strategische Expansion in Ungarn hinnimmt oder wie die EU durch Transferzahlungen Orbáns Kumpane finanziert, und wenn ich beobachte, wie fröhlich die Vorstandschefs deutscher Autobauer mit dem Premierminister vor der Kamera schmusen, frage ich mich, ob dieser gewisse Punkt nicht nur in meiner Vorstellung existiert.

Aus dem Englischen von Andreas Simon dos Santos

Anmerkung

- 1 Vgl. Janos Matyas Kovacs, »Das Große Experiment des Übergangs. Über die Grenzen unseres ökonomischen Wissens«, in: *Transit* 1 (1990), S. 84-106.
- 2 Das Folgende stellt einen nicht ganz unparteiischen Bericht dar, geschrieben von jemandem, der sich dem Programm der liberalen Partei Ungarns, dem Bund Freier Demokraten, über fast zwei Jahrzehnte weitgehend angeschlossen, aber entschieden hatte, dass »Politik als Beruf« keine Option für ihn war. Eine kurze Episode als studentischer Aktivist nach 1968 machte mir klar, wie wenig geeignet ich bin, irgendeine Rolle in der Politik zu übernehmen. Um Groucho Marx' Bonmot zu variieren: Wenn ich dann doch einem Club beitrete, der bereit wäre, mich aufzunehmen, dann würde der sicher niemals erfolgreich sein.

Jiří Příbáň

WARTEN AUF EINEN FÜHRER?
Notizen aus der Tschechischen Republik

Blickt man auf den gegenwärtigen Zustand der tschechischen Gesellschaft, kann man, wie in anderen Ländern Europas und darüber hinaus, zunehmend den beängstigenden Eindruck gewinnen, dass wir auf einen Führer warten. Nicht einen Führer mit großen Lettern, dem jeder vorbehaltlos glaubt und folgt. Dazu ist die gesunde Skepsis in der tschechischen Gesellschaft bislang zu groß und die wirtschaftliche und politische Lage noch zu gut. Dennoch, es betreten immer mehr Politiker die Bühne, die versprechen, die Gesellschaft vor Übeln aller Art zu schützen (vor »Asozialen«, Korruption, der politischen Opposition, der Brüsseler Bürokratie, richterlichem Aktivismus, parteiischen öffentlichen Medien und natürlich vor Immigranten). Sie suchen damit jedoch nur Vorwände, um unser gewöhnliches Verständnis von einer demokratischen Gesellschaft zu manipulieren.

Wir erleben eine kritische Phase, in der darüber entschieden wird, ob unsere Demokratie eine *konstitutionelle Demokratie* bleibt, die liberal ist, d.h. für bürgerliche Freiheiten und Rechte eintritt, oder ob wir eine *populistische Demokratie* werden, in der solche Freiheiten eine nachrangige Rolle spielen. Politiker drängen an die Macht, die der Wählerschaft »politische Säuberung« versprechen und deren Angriffe auf die Hauptstützen unserer Verfassungsordnung immer unverfrorener werden, während zugleich das Vertrauen in diese Ordnung abnimmt. Dieser Artikel weist auf die Gefahren dieser Entwicklung hin, ohne sie – und dafür steht das Fragezeichen im Titel – für historisch unausweichlich zu halten.

*

Die politischen Erwartungen, die sich mit dem Umbruch von 1989 verbanden, beginnen in den ostmitteleuropäischen Ländern knapp drei Jahrzehnte später in einen gefährlichen Zustand kollektiver Neurose umzuschlagen. Das Hauptsymptom ist ein völliger Vertrauensverlust,

der nicht weniger als drei Ebenen des politischen Lebens befallen hat: das Vertrauen der Bürger in die Politiker; das Vertrauen zwischen Regierung und Opposition; und schließlich das Vertrauen innerhalb von Koalitionsregierungen (so vorhanden) selbst. Ein Land ist kaum regierbar, wenn Koalitionsvertrauen fehlt, der Staat kann nicht funktionieren, wenn es kein Vertrauen zwischen Regierung und Opposition gibt, und die Idee der Demokratie selbst zerfällt, wenn ihre Bürger das Vertrauen in sie verlieren.

Unter dieser Symptomatik leiden gegenwärtig alle postkommunistischen Demokratien, auch wenn sie sich in jedem Land anders äußert. 1989 triumphierten in Europa konstitutionelle Demokratien über den Totalitarismus, ein Epoche machender Bruch, der den Niedergang des politischen Dogmas und der säkularen Religion (Raymond Aron) des Kommunismus markierte. Heute laufen die Demokratien in Ostmitteleuropa jedoch Gefahr, dass das komplexe Gebäude, das sie mühselig errichtet haben, krachend zusammenstürzt, ruiniert durch die schlechte Qualität des Baumaterials.

Wir erleben indes keine Krise wie die der Weimarer Republik, die gewöhnlich als Tragödie einer Demokratie ohne Demokraten angeführt wird, sondern vielmehr eine Krise der Interpretation des Konzepts der Demokratie selbst. Während der Philosoph Karl Popper die Demokratie einst als das beste Mittel beschrieb, einen unblutigen Machtwechsel zu gewährleisten, betrachten die Mächtigen sie heute in erster Linie als ein Vehikel, ihre Macht zu perpetuieren. Diese Politiker liebäugeln nicht nur mit der Vernichtung der politischen Opposition, sie ziehen auch gegen den Rechtsstaat zu Felde. Dies ebnet den Weg für eine neue Nomenklatura, die alles daransetzt, die Regeln des politischen Spiels zu ändern, um die politische Herrschaft dauerhaft zu übernehmen und die damit verbundenen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Privilegien an sich zu reißen.

Dieser Nomenklatura ist es bereits gelungen, ein Wirtschaftssystem zu errichten, das von einer Marktökonomie weit entfernt ist. Wir könnten es als »Stammesökonomie« bezeichnen, in der die verschiedenen politischen Parteien und ihre Eliten von Wirtschaftsgruppen gekauft werden. Heute arbeitet die Nomenklatura an einer entsprechenden Stammespolitik und macht sich dabei die schlimmsten Formen populistischer Propaganda zunutze, um ihre Gegner zu eliminieren. So verkündete zum Beispiel

Viktor Orbán in einer seiner Reden, dass die Rechte die Heimat repräsentiere und daher nie in der Opposition sein könne. Die neue ungarische Verfassung, dieses einzigartige Dokument einer konstitutionellen Konterrevolution, hat das republikanische Ethos durch ein tribales Konzept von Nation und Staat ersetzt.

Ähnlich versprochen die Kaczyński-Brüder im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts eine Vierte Republik, in der ein Pole nicht länger mit einem anderen streiten, die Korruption zusammen mit der Konsumgesellschaft verschwinden und ein jeder für das nationale Wohl arbeiten würde. Dieses vage Versprechen eines Regimewechsels ist nun zur offiziellen Regierungspolitik geworden. Die demokratische Opposition, ob liberal, sozialdemokratisch oder postkommunistisch, und die verfassungsmäßige Rechtsstaatlichkeit werden zu Krebsgeschwüren erklärt, die entfernt werden müssen, um die bislang blockierte moralische Säuberung zu vollenden und endlich die Einheit der Nation herzustellen. Die Idee der nationalen Einheit, verbunden mit dem Gefühl externer wie interner Bedrohung, ist auch eine gefährliche Konstante in der Slowakei.

*

Gesetz und Macht – das sind alte Begriffe, die eng verbunden und doch weit voneinander entfernt sind. Obwohl das eine nicht ohne das andere existieren kann, liegen sie stets im Hader. Wäre ihm dieses Spannungsverhältnis nicht bewusst gewesen, hätte Platon nie sein Werk über den Staat, die *Politeia*, geschrieben und gewiss nicht die Herrscher von Syrakus in Staatsangelegenheiten beraten. Kann, wenn Philosophen der Versuchung der Macht erliegen, die Schuld dafür den Politikern zugeschoben werden, insbesondere wenn diese völlig legitim in freien Wahlen an die Macht gekommen sind?

Es hat seinen Sinn, dass in einer modernen demokratischen Gesellschaft die Verfassung geändert werden kann, weil demokratische Verfassungen – anders als in traditionalistischen Gesellschaften oder Theokratien – ihre Geltung nicht von uralten oder gottgegebenen Geboten herleiten. In einer Demokratie ist das Volk der Souverän, sein Wille muss jedoch in der politischen Arena durch Repräsentanten vertreten werden, die sogar ermächtigt sind, die Verfassung umzuschreiben. Im Verfassungsrecht wird diese Situation – wo das Volk die verfassungsgebende Macht innehat, sie aber nur durch Verfassungsorgane ausüben

kann – meist als Paradox des Konstitutionalismus bezeichnet. Man kann es auch anders ausdrücken: Das Volk ist ein Souverän, der über nichts entscheiden kann.

Seit Abbé Sieyès kurz vor dem Ausbruch der Französischen Revolution in seinem Pamphlet vom Januar 1789 eloquent fragte: »Was ist der Dritte Stand?«, wissen wir, dass die Antwort darauf lautet: Wir alle, die wir uns unabhängig von allen Standesunterschieden einer politischen Nation zugehörig fühlen. Sieyès' Ruf nach Beseitigung der Standesunterschiede war natürlich stark von Rousseaus politischen Ideen über den Gemeinwillen und den Gesellschaftsvertrag inspiriert. Es war jedoch nicht Rousseau, sondern Sieyès, der die Umwandlung der Generalstände in die ständelose Nationalversammlung zuwege brachte. Es war das erste Mal, dass sich den Menschen auf dem europäischen Kontinent die Chance bot, in ihrem politischen Willen repräsentiert zu werden und gleichzeitig als dessen höchster Vollstrecker zu agieren.

Der historische Augenblick, als Abbé Sieyès fragte, wer die Macht des Volkes im Staat repräsentieren und wer sie ausüben sollte, war auch der Beginn der langen Geschichte der Demagogen und politischen Führer, die behaupten, sie hätten die korrekte Antwort auf die Frage und wüssten, wer das Volk ist, ergo seien sie die einzigen echten Repräsentanten des Volkswillens.

Moderne Demokratien enthalten immer ein populistisches Element, in dem sich die Unzufriedenheit des Volkes spiegelt, das ungeachtet der Verfassung und der Gesetze seinen Willen und seine Meinungen nicht ausreichend repräsentiert sieht. Ein Problem entsteht dann, wenn selbsternannte Vollstrecker des Volkswillens an die Macht kommen und die Verfassung mit dem Ziel ändern, ihre künftige Machtausübung zu erleichtern und zu sichern, während sie alle anderen daran hindern, den Willen des Volkes auszudrücken. An diesem Punkt verkehrt sich eine konstitutionelle Demokratie in eine populistische Demokratie, die auf Rechtsstaatlichkeit verzichten kann, weil alles, was sie braucht, eine Herrschaft mit eiserner Faust ist.

*

Verglichen mit anderen ostmitteleuropäischen Republiken scheint die Tschechische Republik auf den ersten Blick in besserer Verfassung, insofern es hier zwar einen Wettstreit um die politische Macht gibt, aber keine

Streitereien um die Substanz der Regierungsform. Dieser Anschein kann jedoch trügen, da das öffentliche Misstrauen hier ein ebenso großer Quell politischer Instabilität ist wie in anderen Ländern und Versuche von Politikern, grundlegende Verfassungsänderungen durchzusetzen, bis in die Zeit des Oppositionspaktes zwischen der Demokratischen Bürgerpartei (ODS) und der Tschechischen Sozialdemokratischen Partei (ČSSD) zurückreichen, die um die Jahrtausendwende politische und ökonomische Einflussphären absteckten und korrupte Praktiken einführten.

Ferner haben wir mit anderen ostmitteleuropäischen Ländern ein Phänomen gemein, das der polnische Soziologe Adam Podgórecki *dirty togetherness* genannt hat: Die herrschende Elite klammert sich an die Macht, weil ihre Mitglieder zu viele schmutzige Einzelheiten übereinander wissen. Ganz ähnlich wie bei kriminellen Organisationen wird der Zusammenhalt einer Elite dieser Art, sei es auf lokaler oder nationaler Ebene, dadurch diktiert, wie sehr das einzelne Mitglied eingeschüchtert werden kann.

Es gab eine Zeit, als die Komplizenschaft bei Praktiken wie dem Diebstahl von Baumaterial durch lokale Offizielle oder die Liquidierung der politischen Opposition durch eine Entscheidung des Politbüros die Gefolgschaftstreue unter den Mitgliedern der herrschenden Nomenklatura stärkte. Eines der Ziele der demokratischen Revolutionen von 1989 bestand darin, diese Seilschaften zu zerschlagen. Anstelle des absoluten Misstrauens gegenüber dem kommunistischen Regime sollte Vertrauen in eine demokratische Regierung geschaffen werden, deren Macht auf allgemeines Recht gegründet, von der Öffentlichkeit überwacht und von der Verfassung beschränkt wird.

Sehen wir einmal von der Fähigkeit der Kommunisten ab, sich über Nacht den Strukturen einer freien Gesellschaft anzupassen, um ihre sozialen Privilegien zu bewahren, so wurde bald deutlich, dass die Praktiken der *dirty togetherness* keine Eigenheit des kommunistischen Regimes waren, sondern ein tiefer verankertes Muster sozialen Verhaltens darstellen, das in der traditionellen Skepsis ostmitteleuropäischer Gesellschaften gegenüber dem Staat, seinen Gesetzen und Institutionen wurzelt. An die Stelle der naiven nachrevolutionären Erwartung, dass »schon alles gut ausgehen wird«, trat so die ebenso gefährliche Resignation, dass »alles so ist wie früher, wenn nicht schlimmer«, kurz: *Plus ça change, plus c'est la même chose*. Ein solches Umfeld bildet den Nährboden nicht nur für das

ganze Spektrum von Verschwörungstheorien, wonach ehemalige Kommunisten und Dissidenten unter einer Decke steckten, sondern auch für die Art von Populismus, der verkündet, sein politisches Hauptziel sei es, alle Erscheinungen der *dirty togetherness* wegzufegen.

Ein schlagendes Beispiel solcher Antikorrupsions-Rhetorik boten die Parlamentswahlen 2010 und der Erfolg der Partei Věci veřejné (Öffentliche Angelegenheiten). Bei den folgenden Wahlen 2013 verabschiedete sich die Partei zwar wieder von der politischen Bühne, allerdings nur, um den Stab der »politischen Säuberung« an die ausdrücklich antipolitische ANO-Bewegung (zugleich »Ja« und Akronym für »Aktion unzufriedener Bürger«) und die noch obskurere Úsvit (Morgenröte der direkten Demokratie) weiterzureichen. Während die offen xenophobe »Morgenröte« unerwartet fast sieben Prozent der Stimmen gewann und in die Reihen der parlamentarischen Opposition aufstieg, konnte die ANO so viele Proteststimmen einsammeln, dass sie sich mit ihren 16,5 Prozent entgegen dem Wunsch ihres Führers, des Milliardärs Andrej Babiš, in einer Regierungskoalition beinahe auf Augenhöhe mit den Sozialdemokraten wieder fand.

Die Führer dieser antipolitischen Parteien hatten verstanden, dass die Mehrzahl der Bürger die wuchernde Korruption in der tschechischen Politik als ein gewaltiges Problem sah und dass die großen politischen Parteien es nicht nur versäumt hatten, dagegen anzugehen, sondern tief in sie verstrickt waren. So reißen unter dem Vorwand der Korruptionsbekämpfung Leute die Macht an sich, deren politische Motive bestenfalls zweifelhaft, wenn nicht geradezu finster sind.

*

Korruption als strafrechtliches Problem sollte daher klar von der populistischen Propaganda des »Kampfes gegen die Korruption« isoliert werden. Der bekannte Film der Coen-Brüder *O Brother, Where Art Thou?* liefert eine gute Illustration unserer gegenwärtigen Situation. Eine der Nebenhandlungen dieser wunderbaren Variation von Homers Odyssee ist der Wahlkampf um den Gouverneursitz im südlichen Bundesstaat Mississippi, wo der Amtsinhaber gegen einen unbekanntem Herausforderer antreten muss, Homer Stokes, ein Mann, der gelobt, gegen die Korruption zu kämpfen. Wie sich jedoch herausstellt, ist der Gegenkandidat ein Großmeister des örtlichen Ku-Klux-Klan. Seine wohlklingenden Ver-

sprechen, die Politik zu säubern, maskieren eine gefährliche Vorstellung von der Reinheit und Überlegenheit der weißen »Rasse«. Stokes demonstriert sich am Ende selbst, als er sich auf einer Wahlkampfveranstaltung dazu hinreißen lässt, seine radikalen Ansichten herauszuposaunen, und die Menge ihn aus dem Saal wirft.

Auch in der Tschechischen Republik können Rassismus und Nationalismus leicht den Weg zur Macht ebnen. In frischer Erinnerung geblieben ist der Skandal um Ladislav Bátora, Chef der halbfaschistischen D.O.S.T.-Bewegung (Glaube, Objektivität, Freiheit und Tradition). Bátora sollte 2010 Stellvertreter des Erziehungsministers werden, den der kleinere Koalitionspartner, die Partei Věci veřejné stellte. Es bedurfte erst des ausdrücklichen Protests des Premierministers, um ihn auf die Position eines Beraters des Ministers zurückzustutzen. Bátora, zuvor Kandidat der rechtsextremen Nationalpartei, genoss sogar die öffentliche Unterstützung des damaligen Präsidenten Václav Klaus, der keine Skrupel hatte, die Episode mit der Hilsner-Affäre zu vergleichen (bei der in Österreich-Ungarn um die Jahrhundertwende einem böhmischen Schustergesellen jüdischen Glaubens ein angeblicher Ritualmord angehängt wurde; A.d.Ü.).

Das waren nicht bloß Ausfälle von ein paar Verrückten, vermischt mit dem schlechten Geschmack ewiggestriger Politiker und öffentlicher Amtsträger. Allenfalls ein Narr würde glauben, dass dies nur müßiges Stammtischgerede war, dem man bei uns so gerne frönt. Phänomene wie der Wählerzuspruch für die »Morgenröte«-Bewegung 2013 oder die immer rabiateren und fremdenfeindlicheren Aussagen des tschechischen Präsidenten Miloš Zeman, der sich mit Stolz den »tschechischen Trump« nennen lässt, sollten als Zeichen wachsender Gefahr für die tschechische Demokratie gesehen werden. Was wird geschehen, wenn die antipolitische ANO-Bewegung von Andrej Babiš die Parlamentswahlen von 2017 gewinnt und Miloš Zeman 2018 wiedergewählt wird? Tschechien wird dann nicht weniger anfällig dafür sein, dass seine verfassungsmäßige Ordnung untergraben wird, als Ungarn, wo Viktor Orbán seit seiner Rückkehr an die Macht 2010 der Demokratie verheerenden Schaden zugefügt hat.

Die Gefahr, dass eine Koalition skrupelloser politischer Unternehmer und fremdenfeindlicher Nationalisten im Namen des Kampfes für die politische und moralische Säuberung der Gesellschaft an die Macht

kommen kann, sollte die Politiker der demokratischen Parteien endlich aufrütteln, sich für die Verteidigung der konstitutionellen Demokratie in Stellung zu bringen. Ihnen sollte klar sein: Falls es ihren Parteien nicht gelingt, den öffentlichen Raum der demokratischen Agora zu verteidigen, wird die Position, die sie aufgegeben haben, von jenen besetzt werden, die eher früher als später nicht die Korruption »hinwegfegen« werden, sondern diese Parteien selbst, und uns alle mit ihnen.

*

Emir Kusturicas gefeierter Film *Underground* lässt sich als Allegorie lesen, welche die etablierten ideologischen und politischen Konstrukte Europas unterläuft. Was oberirdisch ist und was unterirdisch, lässt sich nicht voneinander trennen, so wenig wie der Genuss des Eros von der Qual des Thanatos geschieden werden kann. Die Europäer versuchen unaufhörlich, eine zivilisierte Gesellschaft zu errichten, indem sie alles begraben und verbannen, was sie bedroht, doch sie vergessen dabei die Tatsache, dass ihr Leben unentwirrbar mit dem Unterirdischen verbunden ist. Im Film macht sich ein törichter deutscher Arzt über die Vorstellung lustig, dass unter dem europäischen Kontinent beständig Flüchtlinge von einem Ort zum anderen wandern, aber nur, weil er blind dafür ist, wie eng sein eigenes Dasein mit dem dieser Menschen verwoben ist, deren Existenz er nicht erahnt, obwohl er ihnen doch an jedem Tag seines Lebens begegnet.

Die europäische Geschichte ist ein stetes Ineinandergreifen von Leben unter und über der Oberfläche und eine Serie von Kriegen und Kämpfen darum, wer und was im Keller enden soll. Es gibt einen fundamentalen politischen Streit zwischen jenen, die argumentieren, dass der Zweck der Politik darin bestehe, unter würdevollen Bedingungen und größtmöglicher Wettbewerbsgleichheit Kompromisse auszuhandeln, und denjenigen, die sich der geschicktesten Manipulationen bedienen, um die Mehrheit im Keller eingeschlossen zu halten, während sie oben ihre Privilegien genießen. Damit die Menschen jedoch das Leben im Keller akzeptieren, müssen sie die Kriegssirenen hören und muss das Gefühl von Angst und Bedrohung in ihnen wachgehalten werden, wie in Kusturicas Film.

Der Nationalismus ist ein verlockendes Narrativ. Er ist in der Lage, die Menschen unter der Oberfläche zu halten und ihnen gleichzeitig ein kollektives Glücksgefühl zu verschaffen, das kein Kampf gegen Korruption

oder für politische Säuberung allein liefern könnte. Um ihre Gewinne zu maximieren, müssen politische Unternehmer dem Wahlvolk daher eine exklusive Erzählung über die souveräne, jedoch in ihrer Existenz bedrohte Nation anbieten.

*

Zu einer konstitutionellen Demokratie gehört nicht nur ein unblutiger Wechsel der Regierung, sondern auch die Fähigkeit, eine Machtbalance in der Gesellschaft herzustellen und – in Verbindung mit der Achtung des Rechtsstaats – Bedingungen zu schaffen, die dafür sorgen, dass niemand im Keller gehalten wird. Eine Hauptsorge unserer Zeit ist, dass wir stattdessen Versuche erleben, die Demokratie zu untergraben und sie durch eine populistische Form zu ersetzen, die sich nicht länger auf die kritische Geschichte der menschlichen Freiheit und bürgerlichen Gleichheit stützt, sondern auf eine dämonische Erzählung über die Notwendigkeit ethnisch-nationalen Zusammenhalts. Wir sollten uns keinesfalls damit trösten, dass sich in anderen ostmitteleuropäischen Ländern der Abbau der konstitutionellen Demokratie in einem fortgeschritteneren Stadium befindet. Ganz Europa und der Rest der Welt stehen vor derselben Bedrohung und stecken in denselben Dilemmas wie die tschechischen Demokraten. Aus der »Rückkehr zu Europa« – dem berühmten Slogan der Revolutionen von 1989 in den ehemals kommunistischen Ländern – ist paradoxerweise die Rückkehr zur Krise der Demokratie geworden.

Aus dem Englischen von Andreas Simon dos Santos

Piotr Koryś

1989 UND DIE KOSTEN DER TRANSFORMATION¹

Versuch einer Bilanz

Im Jahr 1989 lag das Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt in Polen um fast zehn Prozent niedriger als ein Jahrzehnt zuvor. Dieses Jahr markiert den Beginn eines radikalen Umbruchs. Man gab alle früheren Reformversuche auf und entschied sich für einen klaren, tiefen Schnitt: die Transformation des politischen und wirtschaftlichen Systems. Zwei Jahre später setzte in Polen und anderen Ländern Ostmitteleuropas eine vor dem Hintergrund der Geschichte dieser Region seit Ende des 18. Jahrhunderts außergewöhnlich lange Phase des schnellen und stabilen Wirtschaftswachstums ein. Es lohnt sich, die – wie der ehemalige Weltbank-Chefökonom Branko Milanović kürzlich feststellte² – insbesondere für Polen erfolgreich verlaufene Systemtransformation in historischer Perspektive zu betrachten und sich vor Augen zu führen, dass die günstige weltpolitische Konstellation nach 1989 einer Reihe von Ländern der Region eine bemerkenswert lang anhaltende Zeit staatlicher Souveränität und zugleich eine Verringerung des ökonomischen Abstands zu den wichtigsten westlichen Wirtschaftsnationen ermöglichte. Für Polen war dies erstmals seit dem Untergang der Ersten Republik am Ende des 18. Jahrhunderts wieder der Fall – das gesamte 19. und 20. Jahrhundert hindurch hatten große Teile des polnischen Territoriums unter direkter oder indirekter Kontrolle Russlands und später der Sowjetunion gestanden. Das hatte enge wirtschaftliche Kontakte zum Westen oft erschwert oder unmöglich gemacht.

Es gab natürlich Perioden ungehinderter Entwicklung wie in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts. Diese Phase endete mit dem Ersten Weltkrieg, der – zumal auf polnischem Boden – große materielle Zerstörungen mit sich brachte und zum Wirtschaftskollaps sowie zum Zerfall der alten politischen Strukturen führte, aber auch den Staaten der Region zur Wiedererlangung ihrer Souveränität verhalf. Leider herrschten keine guten Entwicklungsbedingungen – der Westen war weiterhin gespalten, und die Spannungen zwischen den ostmitteleuropäischen

Ländern wuchsen. Die 1930er Jahre brachten eine der schwersten Wirtschaftskrisen in der Geschichte des Kapitalismus. In Polen führten weder die im ersten Jahrzehnt der Unabhängigkeit unternommenen Versuche, eine freie Marktwirtschaft zu errichten, noch die nach 1935 entworfenen Entwicklungspläne des stellvertretenden Ministerpräsidenten Eugeniusz Kwiatkowski (ein Vier- und ein Fünfzehnjahresplan) zu den gewünschten Effekten.

Unser Wissen über das Wirtschaftswachstum in der Vergangenheit ist lückenhaft, und die Rekonstruktion des Bruttoinlandsprodukts (BIP) oder des Pro-Kopf-BIP ist überaus problematisch. Aufgrund der existierenden Schätzungen kann man aber davon ausgehen, dass zwischen dem Beginn der industriellen Revolution und dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs das Pro-Kopf-BIP Polens (und analog der ganzen Region) die Marke von 40% des Pro-Kopf-BIP der jeweils technisch führenden Länder – Großbritannien im 19. Jahrhundert, die USA im 20. Jahrhundert – nicht überschritt. Kriege, sofern sie Ostmitteleuropa betrafen, brachten wirtschaftliche Einbrüche und eine Vergrößerung des Rückstands mit sich, während Krisen wie etwa die Große Depression in den USA den ostmitteleuropäischen Ländern die Möglichkeit boten, aufzuholen – wobei diese Chancen nicht immer genutzt wurden. Technologische Revolutionen wie die erste und zweite industrielle Revolution führten in der Regel zunächst zu einer Vergrößerung des Rückstands. Später half der Technologieschub, ihn wieder zu verkürzen. Letztlich blieb aber für anderthalb Jahrhunderte das Verhältnis der Bruttoinlandsprodukte der Region oder auch einzelner Länder wie Polen zu den führenden Industrieländern nahezu unverändert. Zwischen 1870 und 1910 bewegte sich das Verhältnis für die polnischen Gebiete (in den Grenzen von heute) in einem Bereich von 35–40% des amerikanischen (in den Grenzen der Zweiten Republik 30–33%) und 60% des deutschen Pro-Kopf-BIP. Nach dem Ersten Weltkrieg betrug das Verhältnis 30–35% des amerikanischen und 40–50% des deutschen Pro-Kopf-BIP. Auch im Vergleich mit anderen Ländern der Region lag Polen zurück. Das polnische Pro-Kopf-BIP entsprach 95% des tschechoslowakischen und ungarischen Pro-Kopf-BIP vor dem Ersten Weltkrieg sowie 80–85% des ungarischen und 60–65% des tschechoslowakischen Pro-Kopf-BIP der Zwischenkriegszeit.³

Der Zweite Weltkrieg verwüstete die Region in eigentlich jeder Hinsicht: demographische Verluste und damit verbunden ein Schwund an

Humankapital, materielle Zerstörungen sowie der Zerfall kollektiver Bindungen. Doch das Kriegsende weckte auch die irrige Hoffnung, der Staatssozialismus werde endlich Bedingungen schaffen, die es erlauben würden, zum Westen aufzuschließen. Das vermeintliche Erfolgsrezept lautete: rasante Kapitalakkumulation, rasche Industrialisierung und Verlagerung des Großteils der agrarischen Arbeitskraft vom traditionellen Wirtschaftssektor (Landwirtschaft) in den modernen (Industrie), selbst unter Zwang und um den Preis der Eliminierung des Marktes und des Verzichts auf den Aufbau eines demokratischen Kapitalismus. Angesichts der noch frischen Erinnerungen an Weltwirtschaftskrise und Krieg verführte dieses Rezept trotz der absehbar enormen Kosten einen großen Teil der jungen Intellektuellen. Es überzeugte auch viele Vertreter der Vorkriegseliten. In Polen etwa erklärten sich in den 1940er Jahren unter anderem Eugeniusz Kwiatkowski und Stanisław Grabski, der Bruder des großen polnischen Wirtschaftsreformers der 1920er Jahre Władysław Grabski, im Namen des Wiederaufbaus zur Zusammenarbeit mit dem in Entstehung begriffenen kommunistischen Regime bereit.

Die Ernüchterung kam bei einigen schnell, bei anderen dauerte es etwas länger. Die Proteste in der DDR, in Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei belegen das Scheitern nicht nur des Wiederaufbauprojekts, sondern auch des emanzipatorischen Projekts, das der Kommunismus ja ebenfalls hatte sein sollen. An den Protesten beteiligten sich zunehmend aktiv auch die Arbeiter, und seit den 1970er Jahren bestimmten zumindest in Polen der Aufbau und die Entwicklung einer unabhängigen Arbeiterbewegung den Charakter und das Denken der Opposition.

Echte Symptome einer Wirtschaftskrise zeigten sich in den staatssozialistischen Ländern Ende der 1960er, Anfang der 1970er Jahre. Ihre Ursachen lagen darin, dass die positiven Effekte der Verlagerung der Arbeitskraft vom landwirtschaftlichen zum industriellen Sektor, insbesondere der daraus resultierende rasche Anstieg der Wertschöpfung pro Kopf, allmählich ausgeschöpft waren, und dass – fast ein halbes Jahrhundert später als in den führenden Weltwirtschaftsnationen – die zweite industrielle Revolution (das heißt die Modernisierung bzw. der Aufbau einer halbwegs modernen Schwerindustrie) an ihr Ende gekommen war. Die sozialistischen Wirtschaften hatten Schwierigkeiten, die weiteren Etappenziele des ökonomischen Fortschritts zu erreichen. Zunächst wurde dies aber durch den Zufluss von billigem Kapital aus dem Westen

verdeckt.⁴ Wie sich freilich herausstellen sollte, schuf das System keine Impulse für Innovationen oder zur Optimierung von Wirtschaftsunternehmen. Die Ausweitung der Investitionen in den 1970er Jahren endete im Misserfolg, wenig später begann die Phase der Rezession oder Stagnation, aus der die Volkswirtschaften der Region erst nach der Systemtransformation wieder hinausfanden.

Ab Mitte der 1970er Jahre kam es in immer kürzeren Abständen zu Protesten, die anfangs ökonomische Entscheidungen betrafen, bald aber politisch wurden. In dieser Zeit entstanden neue, innovative Formen der Kooperation zwischen Arbeitern und oppositionellen Intellektuellen, die schließlich zur Gründung der *Solidarność* führten. Die *Solidarność* war in der sowjetischen Einflusssphäre eine Ausnahmeerscheinung, sowohl wegen des Ausmaßes der Bewegung als auch wegen des von ihr entworfenen politischen Projekts. Die Ideen der *Solidarność*, bis heute Gegenstand von Diskussionen, hatten auch eine ökonomische Dimension: Es wurden verschiedene Konzepte für eine Reform der sozialistischen Wirtschaft entwickelt – Versuche, einen eigenen Weg aus der Krise zu finden. Dazu zählte eine sukzessive Wiederbelebung marktwirtschaftlicher Institutionen, aber auch die Bewahrung vieler sozialer Errungenschaften des Sozialismus (die in der Praxis des real existierenden Sozialismus oft mehr auf dem Papier als in der Realität existierten). Diese Konzepte entstanden in hitzigen Debatten, in denen das Spektrum der vertretenen Positionen von gemäßigttem Liberalismus bis hin zum sogenannten demokratischen Sozialismus reichte. Ein wichtiger Bestandteil war die Beteiligung der Arbeiter an der Unternehmensführung. Lech Wałęsa versicherte in einem Presseinterview (sicher eingedenk der geopolitischen Konstellation): »Wir kehren sicher nicht zum Kapitalismus zurück und werden auch keine anderen westlichen Muster kopieren, denn das ist Polen und wir wollen eine polnische Lösung.«⁵ Bis in die zweite Hälfte der 1990er Jahre schien es, als sollten die auf den Zusammenkünften der *Solidarność* diskutierten Ansichten und Konzepte die Basis für Systemreformen in Polen bilden. All diese Ideen trugen kommunitarische Züge, doch es muss betont werden, dass sie nie zu einem kohärenten Reformprogramm ausgearbeitet wurden. Insgesamt dominierte in den diskutierten Entwürfen die Vorstellung einer selbstbestimmten Wirtschaft, das heißt der Umgestaltung der zentralen staatlichen Verwaltung in genossenschaftliche Verwaltungsstrukturen mit Elementen von Marktwirtschaft und Privateigentum. Ähnliche

Veränderungen forderte die Opposition auch in anderen Ländern der Region. In der ungarischen Version des Staatssozialismus wurden sie teilweise sogar berücksichtigt. Jugoslawien bildete in den Diskussionen über die Möglichkeiten einer Reform des Sozialismus häufig den Bezugspunkt. Die wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Landes wurden dabei allerdings ignoriert. Sie sollten schließlich, beschleunigt durch die mit ihnen einhergehenden regionalen Ungleichheiten zwischen den gut entwickelten Republiken im Norden und dem armen Süden und durch Titos Tod, zur Auflösung des Staats führen. Am Beginn der 1990er Jahre wurde Jugoslawien zum Beleg für das Scheitern des »dritten Wegs« der sozialistischen Marktwirtschaft.

In den 1980er Jahren kämpften die kommunistischen Regierungen in der gesamten Region mit Wirtschaftskrisen und – nach den Erfahrungen in Polen – mit der Angst vor dem Ausbruch von Protesten. In Polen schnürte die Regierung vor, während und nach dem Kriegsrecht immer neue Pakete mit sogenannten Wirtschaftsreformen, die immer mehr der Funktionalität bestimmter marktwirtschaftlicher Institutionen Rechnung trugen. So wuchs die Handlungsfreiheit privater Unternehmen, und das Wirtschaftsmodell entwickelte sich in eine Richtung, die an den ungarischen Gulaschkommunismus erinnerte. Die Systemreformen brachten allerdings weder in Polen noch in der UdSSR (wo sie unter dem Begriff Perestroika firmierten) oder den übrigen Ländern Ostmitteleuropas die gewünschten Resultate. Daher bezweifelten auch die Reformer zunehmend die Effektivität der sozialistischen Wirtschaft, und in den Gesellschaften wuchs die Bereitschaft, radikale systemtransformierende Veränderungen zu akzeptieren.

In dieser Zeit erwachte – nicht nur in gesellschaftlicher und politischer, sondern auch in ökonomischer Hinsicht – das Interesse am Liberalismus. In Polen gruppierten sich die liberalen Kreise unter anderem um Zeitschriften wie die in Warschau von Marcin Król herausgegebene *Res Publika*, die Danziger *Przegląd Polityczny*, in deren Umfeld Jan Krzysztof Bielecki, Jan Szomburg, Janusz Lewandowski oder Donald Tusk ihre Ansichten entwickelten, oder um den Krakauer Klub für Politisches Denken *Dziekania*. Liberale Positionen fanden sich auch in der zugelassenen, legal erscheinenden katholischen Presse. Ein immer größeres Interesse an neokonservativen Wirtschaftsreformen (wie den sogenannten Reaganomics oder der Wirtschaftspolitik Margaret Thatchers) zeigten

auch nicht-oppositionelle Intellektuelle, vor allem Vertreter der jüngeren Generation polnischer Ökonomen wie der damals der kommunistischen Partei angehörende Marek Belka und der politisch neutrale Leszek Balcerowicz. Einige Regierungspolitiker suchten ebenfalls nach Auswegen aus der seit Ende der 1970er Jahre andauernden wirtschaftlichen Stagnation. Der Industrieminister der letzten kommunistischen Regierung, Mieczysław Wilczek, initiierte ein Reformpaket zur Liberalisierung der Wirtschaft, das den Beginn der Transformation *avant la lettre* markierte. Dieses neue geistige Klima in Teilen der Opposition und der kommunistischen Partei sollte für die Wahrnehmung des liberalen Projekts der Systemtransformation von wesentlicher Bedeutung sein. Eine wichtige Rolle für die Verbreitung der Idee des Wirtschaftsliberalismus nach angelsächsischem Modell spielte die amerikanische Regierung – nicht nur durch die finanzielle und organisatorische Unterstützung der Opposition (insbesondere in Ländern, in denen sie wie in Polen stark war), sondern auch durch Stipendienprogramme für Studenten und Wissenschaftler (etwa die Fulbright- oder Ford-Stipendien), welche die Ansichten von Oppositions- und Regierungseliten mitprägten.

All das geschah vor dem Hintergrund einer sich ausweitenden Wirtschaftskatastrophe. Mitte der 1970er Jahre lag das polnische Pro-Kopf-BIP noch bei ungefähr einem Drittel des Pro-Kopf-BIP der USA und fast 50% des deutschen Pro-Kopf-BIP (in Ungarn und Bulgarien war es ähnlich, die Tschechoslowakei jedoch erreichte ein um etwa ein Viertel höheres Pro-Kopf-BIP als Polen). Damit war das Entwicklungspotenzial der Region ausgeschöpft. Ab diesem Zeitpunkt sank in Polen (und in der DDR) das Pro-Kopf-BIP, auch in anderen sozialistischen Ländern war kaum mehr als ein Nullwachstum zu verzeichnen. Im Jahr 1989 erreichte das polnische Pro-Kopf-BIP nur 90% des bulgarischen, 80% des ungarischen und 65% des tschechoslowakischen, und auch im Vergleich mit den führenden Volkswirtschaften des Westens, den USA und Deutschland, lag es auf einem historischen Tiefstand (25% bzw. 35%).⁶ Die am höchsten entwickelten Länder steigerten ihren Wohlstand sehr viel schneller als die noch immer rückständigen Länder des Staatssozialismus.

Hohe Verschuldung, zunehmender Verschleiß der technischen Ausstattung der Wirtschaft, mangelnde Innovationskraft, schwindende Wettbewerbsfähigkeit – das alles verhieß für die Zukunft nichts Gutes, und eigentlich wusste niemand, was man dagegen tun konnte. In Polen ver-

pufften die Reformversuche der Jaruzelski-Regierung, und angesichts der damaligen ökonomischen Lage wirkten auch die Wirtschaftskonzepte der *Solidarność* wie reines Wunschdenken. Im Jahr 1989 versuchte das kommunistische Regime, die Verantwortung für die andauernde Krise, für die es keine Lösungsansätze gab, aufzuteilen. Regierung und Opposition erörterten anfangs verschiedene Reformszenarien, doch letztlich entschied man sich für die Transformation des Systems – dafür, das sich gerade öffnende *window of opportunity* zu nutzen und sofort mit dem Aufbau marktwirtschaftlicher und demokratischer Strukturen zu beginnen.

Das Ausmaß der Krise, mit der zusätzlich eine Phase der Hyperinflation einherging, welche die Verarmung der Gesellschaft beschleunigte, wurde zum wesentlichen Argument für die gesellschaftliche Legitimierung der Transformation. Parallel dazu vollzog sich im Westen eine signifikante Evolution des dominierenden wirtschaftspolitischen Modells. Die Idee des sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaats wurde von liberalen Kritikern zunehmend in Frage gestellt. Zudem erwies sich die neokonservative Wirtschaftspolitik als überaus effektiv. Nicht nur in den angelsächsischen Ländern, sondern auch in Kontinentaleuropa gewann dieses wirtschaftspolitische Modell immer mehr Anhänger.

In Polen beschäftigten sich noch Mitte der 1980er Jahre der spätere Finanzminister Balcerowicz und sein Team mit der Problematik wirtschaftlicher Selbstbestimmung, und noch 1988 fragte er in der Wochenzeitung *Polityka* im Rahmen einer kritischen Einschätzung der Expansion des Neoliberalismus, ob man das Staatseigentum »verkaufen, zurückgeben oder verpachten« solle,⁷ und brachte unter anderem die Überführung von Unternehmen in den Besitz der Belegschaft ins Spiel. Lewandowski und Szomburg präsentierten 1988 ein Programm, das wesentlich zur Diskussion über eine allgemeine Privatisierung beitrug. 1989 dominierte bereits die Perspektive des individuellen Besitzers und des Privateigentums.⁸ Man diskutierte über Eigentumsübertragungen in Form einer Umwandlung des Kapitals in Belegschaftsaktien oder einer allgemeinen Privatisierung (Volksaktien). In den Anfang 1989 im öffentlichen Diskurs tonangebenden liberalen Konzepten sollten allgemeine Privatisierung und Belegschaftseigentum den Weg zu einer modernen, neoliberalen und auf Privatbesitz gründenden Gesellschaft ebnen, aber auch zum Entstehen eines sich selbst antreibenden Mechanismus weiterer ökonomischer Ver-

änderungen beitragen. Auf der Grundlage einer liberalen politischen Philosophie verknüpfte man Eigentum mit Freiheit und Demokratie.

Letzten Endes wurde in Polen die Idee der Volksaktien nur in begrenztem Ausmaß verwirklicht, in anderen Ländern wurde diese Form der Eigentumsübertragung weitaus häufiger angewandt, darunter vor allem in Tschechien und Russland. In beiden Ländern wurden die politischen und sozialen Ziele allerdings verfehlt, es kam es zu einer Oligarchisierung der Wirtschaft und einer von den liberalen Reformern nicht geplanten Kapitalkonzentration. Das Scheitern der Programme zur allgemeinen Privatisierung war für sie wohl eine der größten Enttäuschungen in der frühen Phase der Transformation. Es zeigte sich, dass Eigentumsübertragung allein die pauperisierten sozialistischen Gesellschaften nicht in verantwortungsbewusste, aus Kleineigentümern bestehende bürgerliche Gesellschaften und die Bürger selbst nicht in besonnene Teilnehmer des politischen und ökonomischen Lebens verwandeln würde. In der ganzen Region spielten ausländisches Kapital und die Börse eine wichtige Rolle bei der Privatisierung, und die Umwandlung der Besitzstrukturen ermöglichte es den Staaten, wenigstens teilweise die sozialen Kosten des Wandels zu finanzieren.⁹ Voraussetzungen für die Privatisierung waren eine Stabilisierung und Deregulierung der Wirtschaft, makroökonomische Reformen und die Schaffung eines nichtstaatlichen Bankensektors. Eine von Jeffrey Sachs geleitete Gruppe amerikanischer Experten entwarf dazu ein grob umrissenes Reformpaket, auf dessen Grundlage Balcerowicz und seine Mitarbeiter einen wirtschaftspolitischen Plan ausarbeiteten. In Polen, das als erstes Land die Systemtransformation in Angriff nahm, entwickelte sich in kanonischer Form das Programm für die erste Stufe der tiefgreifenden Veränderung. Auch die Tschechoslowakei und Ungarn entschieden sich für eine Systemtransformation anstelle von Reformen, später folgten die baltischen Staaten. Angesichts des großen politischen Einflusses der USA in der Region, der offensichtlichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten Kontinentaleuropas und der Fokussierung Deutschlands auf den langsam anlaufenden Prozess der Wiedervereinigung war die Entscheidung für das Modell der Transformation so gut wie alternativlos. Und – im Rückblick – auch richtig. Es erlaubte schnelle wirtschaftliche Veränderungen zu einem Zeitpunkt, als der Wandel noch auf gesellschaftliche Akzeptanz stieß. Der Effekt der ersten zwei Jahre der Transformation wurde erfolgreich genutzt. Das neue Projekt wurde selbst von Oppositionellen mit

dezidiert linken Ansichten gutgeheißen, in Polen etwa von Jacek Kuroń oder Adam Michnik. Auch die sich in Ostmitteleuropa neu formierenden postkommunistischen Milieus stellten die Idee der Transformation nicht grundsätzlich in Frage.

Ein noch radikaleres Transformationsprojekt wurde in Ostdeutschland realisiert. Die schnell umgesetzte Wirtschafts- und Währungsunion löste dort eine tiefe ökonomische Krise aus, deren soziale Folgen durch enorme Transferleistungen aus Westdeutschland abgefedert wurden. Eine solche Option existierte freilich in keinem anderen Transformationsland, so dass sich mit der Zeit und mit dem Schwinden des anfänglichen Vertrauens in die nun regierende antikommunistische Opposition die Reformdynamik verlangsamte und der radikale Kurs korrigiert wurde. Gleichwohl erwiesen sich, wie die liberalen Reformer erwartet hatten, die grundlegenden Veränderungen – Deregulierung, Privatisierung, Aufbau eines modernen Bankensektors – als irreversibel.

In Bulgarien und Rumänien verlief der Reformprozess anders: Angesichts einer schwachen und zu raschen Veränderungen nicht bereiten Opposition übernahmen bald postkommunistische Eliten die Macht. Das heißt nicht, dass man dort nach einem dritten Weg gesucht hätte – vielmehr versuchte man, durch eine unkoordinierte Sozial- und Industriepolitik die wachsende gesellschaftliche Unzufriedenheit im Zaum zu halten. Ohne von der Gesellschaft gestützte oppositionelle Eliten und ohne eine starke antikommunistische Bewegung erwies sich die Durchführung von Transformationsmaßnahmen in diesen beiden Ländern (wie auch in den meisten postsowjetischen) als überaus schwierig. Der Zerfall des Ostblocks und Massenproteste wiederum machten alle Versuche einer Reform (und nicht Transformation) des Systems unmöglich. Noch ineffektiver verlief der Transformationsprozess in den postsowjetischen Staaten, was schließlich nicht nur zu einer wachsenden sozialen und ökonomischen Ungleichheit in diesen Ländern führte, sondern auch die Unterschiede im Vergleich zu Ostmitteleuropa vergrößerte. Hingegen bewährte sich das von kommunistischen Regierungen durchgeführte Modell von systemimmanenten Reformen in asiatischen Staaten, insbesondere in China und Vietnam. Anstelle einer Transformation des politischen und ökonomischen Systems betrieben die Regierungen dort selbst eine partielle wirtschaftliche Liberalisierung, behielten aber die politische Kontrolle. In wirtschaftlicher Hinsicht erwies sich dieses Modell als über-

aus effektiv – vergleichbar mit der ostmitteleuropäischen Systemtransformation.

Im Jahr 1991 erreichte das polnische Pro-Kopf-BIP nicht einmal ein Viertel des amerikanischen. Die damals einsetzende Wachstumsphase dauert inzwischen ein Vierteljahrhundert an – eine ganze Generation ist mittlerweile in der Welt des demokratischen Kapitalismus herangewachsen und ins Berufsleben eingetreten. Das polnische Pro-Kopf-BIP hat sich in dieser Zeit (zwischen 1991 und 2016) fast verfünffacht und beträgt heute knapp 50% des amerikanischen. Zum Vergleich: Von 1950 bis zur Wachstumsspitze der Gierек-Ära wuchs es weniger als das Dreifache. Auch in der Zwischenkriegszeit wuchs das Pro-Kopf-BIP (infolge der Weltwirtschaftskrise) höchstens um das Zweifache (wahrscheinlich sogar weniger stark), ebenso während des Wachstumsbooms der Jahre 1870-1910. Das Pro-Kopf-BIP der Bundesrepublik Deutschland wuchs zwischen 1950 und 1975 um knapp das Vierfache, ähnlich in Portugal, und in Griechenland und Spanien um mehr als das Vierfache. In Tschechien hingegen wuchs das Pro-Kopf-BIP nach 1990 nur um das Dreifache, in Ungarn um etwas mehr als das Dreifache.

Ein interessanter Bezugspunkt in der Diskussion über die Transformation ist die Wirtschaft der DDR. 1990 betrug das Pro-Kopf-BIP der DDR etwa 35-40% des Pro-Kopf-BIP der Bundesrepublik Deutschland. In den Folgejahren verringerte sich der Wachstumsunterschied – gemessen am Pro-Kopf-BIP – zwischen Ost- und Westdeutschland nur in der Anfangsphase (1991 betrug das Pro-Kopf-BIP in Ostdeutschland rund 40% des Pro-Kopf-BIP Westdeutschlands, im Jahr 2000 waren es 60%). Seit dieser Zeit bleibt der Abstand unverändert (oder wächst sogar wieder leicht an). Insgesamt wuchs das Pro-Kopf-BIP Ostdeutschlands zwischen 1990 und 2015 um etwa das Vierfache.¹⁰

Vor diesem Hintergrund betrachtet, war die polnische Transformation etwas Besonderes – sowohl im Vergleich mit der gesamteuropäischen Nachkriegsentwicklung als auch im Kontext der polnischen Geschichte und der Systemtransformation in anderen Ländern der Region. Doch letztlich war die Transformation in der ganzen Region ein Erfolg. Die am Beginn des Prozesses geäußerten Befürchtungen hinsichtlich der Stabilität der kapitalistischen und demokratischen Ordnung erwiesen sich als übertrieben. Nach 25 Jahren wirken – trotz aller Schwachstellen, die sich hin und wieder zeigen – die polnische Demokratie und mehr noch die

polnische Marktwirtschaft stabil. Die einzige Gefahr für Letztere besteht darin, dass Politiker ihre Fähigkeiten zur Perfektionierung und Lenkung der Wirtschaft durch punktuelle Eingriffe überschätzen.

Der Erfolg Polens und der gesamten Region lässt sich heute daran messen, inwieweit man zu den am höchsten entwickelten Volkswirtschaften des Westens aufschließen konnte. In den vergangenen zwei Jahrhunderten war das polnische Pro-Kopf-BIP relativ gesehen nie so hoch und das Aufholtempo über einen so langen Zeitraum nie so schnell (wobei hier freilich auch der Basiseffekt eine Rolle spielt – das dramatisch niedrige Niveau des polnischen Pro-Kopf-BIP zu Beginn der Transformation). Andere Maßstäbe sind die Stetigkeit und die Tiefe der Veränderungen, das Maß der Integration mit den Volkswirtschaften westlicher Länder und schließlich der beständig wachsende Lebensstandard. Weitere Indikatoren sind die Dynamik und das Ausmaß der gesellschaftlichen Veränderungen in den Ländern der Region, die in vielerlei Hinsicht einen großen Teil des Rückstands auf den Westen aufgeholt haben.

Gleichwohl war natürlich die Transformation, auch wenn sie überaus positiv verlief, nicht frei von Fehlern (wie nichts in unserer menschlichen Welt). Faktisch endete die Transformationszeit mit dem Beitritt der ostmitteleuropäischen Länder zur Europäischen Union im Jahr 2004. Zu diesem Zeitpunkt wirkten schon die Mechanismen und Institutionen der Marktwirtschaft, die demokratischen Strukturen hatten ihre Stabilität unter Beweis gestellt und die Beitrittsstaaten waren für den Westen zu glaubwürdigen Partnern geworden. Dank der europäischen Integration kam die Region in den Genuss beträchtlicher Transfers, die eine Modernisierung der Infrastruktur erlaubten; noch wichtiger war das erfolgreiche Kopieren von Marktinstitutionen im Zuge der Anpassung der Gesetze und der Verwaltungsstrukturen an den *acquis communautaire*. Den Hauptimpuls für das Wirtschaftswachstum der Transformationszeit (und eigentlich bis heute) bildeten die Unterschiede in den Arbeitskosten. Nachdem der demographische Bonus ausgeschöpft und die Massenmigration der ersten Dekade des 21. Jahrhunderts abgeflaut ist und nachdem sich auch die Einkommen sukzessive angleichen, verliert dieser Faktor stetig an Bedeutung. In Polen und den anderen Ländern der Region vergrößerten sich überdies die Vermögens- und Einkommensunterschiede und die regionalen Unterschiede innerhalb der einzelnen Länder. Das ist eine natürliche Begleiterscheinung des Kapitalismus, die sich freilich

die ärmeren Schichten der Solidarność-Generation nicht in einer solchen Schärfe vorgestellt hatten. Vor diesem Hintergrund wurden in Ostmitteleuropa die Wahrnehmung wachsender Unterschiede zwischen den Metropolen und der Provinz sowie zwischen Arm und Reich wie auch die wachsenden Ansprüche an den Wohlfahrtsstaat und den allgemeinen Lebensstandard in der zweiten Dekade des 21. Jahrhunderts zum Schlüssel für politische Erfolge. Heute kämpfen die Länder der Region, ähnlich wie der Rest Europas, mit zahlreichen sozialen und politischen Problemen. Es lässt sich freilich nicht behaupten, dass es sich dabei um ein Erbe der Transformation handle oder man sie im Verlauf des Transformationsprozesses hätte umgehen können. Vielmehr zeigen sich hier Unterschiede im Entwicklungsgrad und im Verlauf immanenter Veränderungen des Kapitalismus, die auch in anderen Teilen Europas zu beobachten sind. Die von Parteien wie der PiS vorgebrachte Kritik, man hätte die Transformation zu niedrigeren sozialen Kosten durchführen können, entbehrt der Grundlage – die kommunistische Industrie war veraltet und nicht wettbewerbsfähig, und das Beispiel südamerikanischer Länder verdeutlicht die Wirkungslosigkeit protektionistischer Lösungsansätze.

Am Beginn der Transformation zweifelten viele daran, dass sie dauerhaft erfolgreich sein könnte. Heute kehrt der Pessimismus zurück. Wenn aber die Region stabil bleibt, die Bindung an den Westen beibehält und ihre Staaten und Volkswirtschaften nachhaltig modernisiert, dann sollte sie innerhalb einer Generation zum Westen aufschließen können. Ich hoffe trotz aller inneren, vor allem aber internationalen Turbulenzen, dass es so kommen wird und dass wir das Jahr 1989 als Ausgangspunkt des ersten erfolgreichen »Sprungs in die Moderne« in Erinnerung behalten werden. Dieser Erfolg bemisst sich freilich nicht nur am erreichten Entwicklungsstand, sondern auch daran, ob die Qualität der politischen und der Markt-Institutionen den westlichen Standards genügt. Das Wirtschaftswachstum führte zu einer signifikanten Verbesserung der Lebensbedingungen und zu einer Annäherung an den Westen, aber nur die Qualität ihrer Institutionen vermag dem wirtschaftlichen Erfolg der Region Nachhaltigkeit zu verleihen.

Aus dem Polnischen von Bernhard Hartmann

Anmerkungen

- 1 Dieser Beitrag wurde während meines Aufenthalts 2016/17 als Bronisław Gerek Visiting Fellow am IWM verfasst. Er stützt sich auf Forschungen, die u.a. vom NPHR (Nationales Programm zur Förderung der Geisteswissenschaften, Polnisches Ministerium für Wissenschaft und Hochschulbildung, 11/H/12/01/50/81) und vom NCN (Nationales Wissenschaftszentrum – Polen, 2011/01/B/HS4/04795) gefördert wurden.
- 2 Vgl. B. Milanovic, »For Whom the Wall Fell? A Balance Sheet of the Transition to Capitalism«, in: *The Globalist*, November 7, 2014; <https://www.theglobalist.com/for-whom-the-wall-fell-a-balance-sheet-of-the-transition-to-capitalism/>. Insbesondere heißt es dort: »Most people’s expectations on November 9, 1989, were that the newly established capitalism in Eastern Europe will result in economic convergence with the rest of Europe, moderate increase in inequality and consolidated democracy. These hopes and expectations are fulfilled most likely in only one country (Poland) and, at the very most, in another two rather small countries (Estonia and Albania). (...) So, what is the balance-sheet of transition? Only three or at most five or six countries could be said to be on the road to becoming a part of the rich and (relatively) stable capitalist world. Many are falling behind, and some are so far behind that they cannot aspire to go back to the point where they were when the Wall fell for several decades. (...) The Wall fell only for some.«
- 3 Für die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg handelt es sich natürlich um einen theoretischen Vergleich, weil die jeweiligen Nationalstaaten damals nicht existierten. Für den gesamten Zeitraum gebe ich die Daten entsprechend den heutigen Grenzen nach The Maddison Project, <http://www.ggd.net/maddison/maddison-project/home.htm> (2013) sowie nach M. Bukowski, P. Koryś, C. Leszczyńska, M. Tymiński, »Rozwój regionalny ziem polskich pod zaborami« (Die regionale Entwicklung der polnischen Gebiete während der Zeit der Teilungen), in: *Roczniki Dziejów Społecznej i Gospodarczej* (im Erscheinen).
- 4 Die wachsende Verschuldung gegenüber dem Westen wurde für eine Reihe von Ländern (Polen, Bulgarien, Ungarn und auch Jugoslawien) zu einem Problem. 1981 informierte die polnische Regierung ihre westlichen Partner, dass Polen nicht in der Lage sei, seine Schulden zurückzuzahlen.
- 5 Vgl. Jerzy Holzer, »Solidarność« 1980-1981. *Geneza i historia*, Warschau 1990, S. 131.
- 6 Daten nach The Maddison Project, <http://www.ggd.net/maddison/maddison-project/home.htm>, Version von 2013.
- 7 Vgl. *Polityka* 49 (1988).
- 8 Eine zeitgenössische Übersicht über die verschiedenen Standpunkte bietet J. M. Grabowiecki, »Demokratyzacja własności państwowej rozwojową szansą polskiej gospodarki« (Die Demokratisierung des Staatseigentums – eine Entwicklungschance für die polnische Wirtschaft), in: *Annales Universitatis Mariae Curie-Skłodowska*. Sectio H, Oeconomia 24, 1990, S. 103-117.
- 9 Zur zeitgenössischen Diskussion über Privatisierung vgl. in *Transit 3 (Die Mühen der Ebene*, Winter 1991/92) das Kapitel *Privatisierung in Ostmitteleuropa*, insbesondere den Beitrag von Roman Frydman und Andrzej Rapaczynski »Wieviel Staat braucht der Markt?«, S. 193-205. (Anm. d. Red.)

- 10 Daten nach: A. Maddison, *The world economy*, OECD 2006; J. Sleifer, »Planning ahead of falling behind. The East German Economy in Comparison with West Germany 1936-2002«, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte*, Beiheft 8, Berlin 2006; World Bank Databases; Statistisches Bundesamt. Für die Zeit nach 1990 zähle ich die fünf Bundesländer Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen zu Ostdeutschland; Berlin rechne ich zu den Statistiken für Westdeutschland, weil die Bevölkerung West-Berlins ca. zwei Drittel der Gesamtbevölkerung der Stadt ausmachte.

Slavenka Drakulić

1989: ES WAR EINMAL

Wie ein enttäuschter Osten zum Lehrmeister des Westens wurde

Ich stelle mir ein gemütliches Esszimmer irgendwo in Osteuropa vor, vielleicht in Bukarest oder in Zagreb. Aber es könnte auch in Timișoara oder Bratislava sein. Es ist Sonntag, und eine Familie hat sich zum Mittagessen um einen großen Tisch versammelt, wie sie es oft in meinem Teil der Welt tun. Meistens wird zuerst eine Rinds- oder Hühnersuppe mit hausgemachten Knödeln serviert, dann ein herzhaftes Fleischgericht mit Ofenkartoffeln und Gemüsebeilage und zum Abschluss Kuchen und Kaffee. Drei Generationen sitzen um den Tisch. Mutter und Vater sind etwa in meinem Alter, geboren in den 1950er Jahren. Ihre Kinder kamen in den 1980er Jahren auf die Welt, gerade rechtzeitig, um sich noch an die letzten Jahre des Lebens unter dem Kommunismus zu erinnern. Und deren Kinder wiederum sind noch zu jung, um sich irgendwelche Gedanken zu machen.

So ein Familientreffen dauert, man isst und redet, redet und isst. Das Gespräch dreht sich um das Thema Erinnerung. »Erinnerst du dich noch an 1989?«, fragt der Vater die Mutter, die gerade die Suppe serviert. »Für unsere Generation war es ein historisches Jahr«, fährt er fort. »Wenn ich heute an die Ereignisse von damals zurückdenke, bin ich verblüfft, wie nah und gleichzeitig weit entfernt sie mir vorkommen. Nah, weil ich sie in lebhafter Erinnerung habe, als wäre das alles erst gestern geschehen; fern, weil wer damals geboren wurde, bald dreißig sein wird.«

»Natürlich erinnere ich mich«, sagt sie. »Aber ich weiß auch, dass für mich, als ich jung war, der Zweite Weltkrieg längst vergangen war, während meine Eltern ihn noch deutlich vor Augen haben mussten. Damals hatte ich nicht das Gefühl, dass diese alte Geschichte etwas mit meinem Leben zu tun hatte. Für die, die 1989 geboren wurden, wird das wohl ähnlich sein. Was könnte dieses Jahr, oder der Kommunismus, für sie denn anderes bedeuten als das, was sie von unseren diffusen und vielleicht nostalgischen Erinnerungen aufgeschnappt haben?«

Der Vater nickt und wendet sich seinen beiden Kindern zu. »Wohl wahr«, sagt er, »aber mich beschäftigt eher, wie ihr darüber denkt, was danach geschah, nach 1989.« Für einen Moment schwebt die Frage im Raum.

*

Vergangenheit und Gegenwart werden bei unseren Tischgesprächen oft verglichen. Wir reden lieber zu Hause darüber, als hätten wir immer noch, wie damals, Angst, die Kluft zwischen persönlicher Erinnerung und »offizieller« Geschichte zu thematisieren. Hält uns unser Gedächtnis zum Narren, wenn wir uns unwichtiger Details entsinnen, etwa des Geruchs von Schnee, der an jenem besonderen Tag, dem 9. November, in der Luft lag, oder des Gefühls der Erleichterung, vielleicht sogar der Tränen in den Augen von jemandem, mit dem zusammen wir gebannt verfolgten, wie die Berliner Mauer fiel? Oder wenn wir an andere Augenblicke in der Kette jener Ereignisse zurückdenken, die man später als Revolution beschreiben wird, obwohl ich eher von einem Erdbeben sprechen würde, so gewaltig war die Wirkung, so tief wurden die Fundamente unserer Existenz erschüttert?

Ich erinnere mich noch genau an den Ausdruck im Gesicht des rumänischen Diktators Nicolae Ceaușescu, als eine Fernsehkamera ihn in dem Moment zeigte, da ihm klar wurde, dass sich das Blatt für ihn gewendet hatte. Schock und Ungläubigkeit. Was ich in diesem Gesicht las, werde ich nie vergessen. In dem Augenblick, da Menschen Zeugen epochaler Ereignisse werden, haben sie selten ein Verständnis von deren Zusammenhang und ihrer Tragweite. Als der Kommunismus fiel, war das beherrschende Gefühl, so scheint es mir, Überraschung. Die Freude kam erst später, vermischt mit ein bisschen Argwohn. »Ist das alles wahr?«, fragte man sich. Ein Grund dafür war vielleicht, dass wir damals nicht in der Lage waren, uns die Zukunft anders vorzustellen als im grauen Licht unserer Gegenwart.

Nein, unsere Erinnerung täuscht uns nicht, trotz dieser bruchstückhaften Bilder und Gefühle, die tief unten in unserem Gedächtnis aufbewahrt sind. Das große Erdbeben, seine Ursachen und Folgen entgingen uns damals nur, um später als Geschichte zurückzukehren. Daher ist es wichtig, wie wir uns unserer Geschichte erinnern, wenn wir auf Ungeheimheiten und Lücken stoßen, wie schon damals, vor 1989.

Es gibt einen anderen Zwiespalt, der mir in den Sinn kommt, wenn ich an 1989 zurückdenke: der zwischen Geschichte und Phantasie. Osteuropa

wurde von einer Welle des unschuldigen und naiven Optimismus ergriffen. Wir hofften, dass der Fall des Kommunismus eine Garantie dafür sein würde, dass wir fortan in Glück und Frieden leben. Ich spreche von Unschuld, weil wir damals nicht wirklich wussten, was wir erwarten sollten, aber genau wussten, was wir uns wünschten: Glitzer und Glanz, wie es sie auf der anderen Seite gab, im Westen. An was sonst sollten wir denken als an reine, altmodische Magie, wie in einer Zirkusvorstellung in der Provinz? Oder in einem Märchen. Denn was uns gerade zugestoßen war, erschien uns als nichts anderes denn ein Märchen, in dem ein armer junger Mann die unüberwindlichen Hindernisse bezwingt, die ihm der Vater der Prinzessin in den Weg gelegt hat, ihr Herz gewinnt und selber König wird. Welche andere Vorstellung, oder wie man heute sagt, welches andere Narrativ, kannten wir denn? Demokratie war eine vage und ferne Idee, eine Theorie, die in der Praxis nie zu erreichen war. Noch mehr galt das von den Menschenrechten. Und unter Kapitalismus stellten wir uns Supermärkte vor, gefüllt mit den delikatesten Lebensmitteln und allerlei Tand. Das war eine Wirklichkeit, die wir berühren, riechen, verzehren, kaufen, besitzen konnten – ein handfestes Maß für Erfolg. Harte Arbeit für schlechten Lohn, Armut und Arbeitslosigkeit kamen in diesem Bild nicht vor.

Wir hatten keine Erfahrung mit der Welt, die da auf uns zukam, wir hatten nur Träume, zusammengesetzt aus Fernsehbildern, Filmen, vagen Vorstellungen von Demokratie und Meinungsfreiheit, hübsch verpackten Pralinen und dem milden Licht von Schaufenstern in Wien oder Paris.

Ein zweiter Grund, warum ich denke, dass wir naiv waren, liegt in unserem Glauben, dass ein so dramatischer Wandel – der Zusammenbruch eines ganzen politischen Systems – glatt und sanft über die Bühne gehen würde, mit wenigen Opfern und begrenzten Konflikten. Wir waren blind für den tiefgreifenden Umbruch, der sich damals vorbereitete, in beide Richtungen: hin zu Fortschritt, Modernisierung, Liberalismus und Toleranz ebenso wie zum Gegenteil. 1989 war eine Medaille mit zwei Seiten: auf der einen Demokratie und Freiheit, auf der anderen Ausbeutung und Armut. Vielleicht war es einfacher, die neue Wirklichkeit nicht infrage zu stellen, Luxus der Demokratie vorzuziehen und Gier der Gerechtigkeit. Das ging so lange gut, wie unsere Phantasien von »Europa« und allem, was wir damit verbanden, hielten.

Unter der Oberfläche der großen Wende formierte sich eine Reaktion auf sie. Wenn die Erde unter den Füßen bebt, sucht man Sicherheit im

Vertrauten, in der Vergangenheit, in dem, was da war, bevor der Kommunismus zusammenbrach.

Aber was sollte das sein? Auf was hätte man zurückgreifen können? Nicht viel, doch gab es zwei starke Stützen kollektiver Identität: Nation und Religion. Ungeachtet der Versuche, sie zu unterdrücken, lebte die nationale Identität zu Zeiten des Kommunismus in der Sprache und Kultur fort. Ebenso die Religion, die in manchen Ländern mehr, in anderen weniger Gewicht hatte. Jedenfalls war sie ein untrennbarer Teil der nationalen Identität, auch wenn sie sich eher in Tradition und Kultur ausdrückte, als dass sie praktiziert wurde. So kam es denn, dass nationale Identität und Religion schon sehr bald nach 1989 den öffentlichen Diskurs dominierten – sehr zum Erstaunen der Bürger und Politiker im Westen, wo der Nationalismus (wie sie damals glaubten!) der Vergangenheit angehörte und Religion als Privatsache betrachtet wurde. Es schien ihnen, dass die Osteuropäer nicht nur aus einer anderen Welt, sondern auch aus einer anderen Zeit kamen.

Aber das war nicht das einzige Missverständnis. Ebenso problematisch war die Wahrnehmung unserer Denkweise oder Mentalität. Was ich damit meine, ist schwieriger zu erklären, doch es ist entscheidend, die Osteuropäer aus psychologischer Sicht zu verstehen. 1989 hatte die Mehrzahl von ihnen den größten Teil ihres Lebens unter dem Kommunismus verbracht. Diese von allen geteilte Erfahrung prägte ihre Werte und Wahrnehmung, ihre Gewohnheiten und Erwartungen, kurz: ihre Weltsicht. Eine bestimmte Mentalität bildete sich heraus, die sich, anders als ein politisches Regime, nicht über Nacht verändern lässt. Es braucht dafür Generationen.

In der postkommunistischen Zeit mischte sich unter die Freude, die alte Ordnung losgeworden zu sein, bald Enttäuschung. Der Kontrast zwischen den neuen Reichen, die im Zuge der Privatisierung des Staatseigentums über Nacht ein Vermögen gemacht hatten, und der zunehmenden Armut in der Bevölkerung passte nicht zu den Hoffnungen, die wir uns gemacht hatten. Korruption erschütterte das Vertrauen in die politische Elite, und die ferne Brüsseler Bürokratie schien undurchdringlich. Zweifellos gab es auch viel Positives, allem voran der Zugang zu allen möglichen neuen Produkten – genauso wie im Westen – das Einzige, was von allen einhellig geschätzt wurde. Stabilität wurde durch die Mobilität von Waren, Unternehmen und Menschen ersetzt. Aber was nützt Freizügigkeit, wenn man kein Geld hat, um zu reisen? So blieb »Europa« hinter

unseren – nicht sehr realistischen – Phantasien zurück und wurde nun neoimperialistischer Ausbeutung bezichtigt, wir haben es zur Ursache der wirtschaftlichen Ungerechtigkeit und der Arbeitslosigkeit erklärt oder schlicht beschuldigt, nicht genug Geld zu schicken.

Ich kann nicht behaupten, dass nach 1989 etwas schief gelaufen wäre, nur, dass eben das Märchen nicht Wirklichkeit geworden ist. In der Zwischenzeit haben wir schmerzhaft lernen müssen, dass wir nicht dieselbe Art von Europäern waren, dass einige Europäer europäischer sind als andere. An der Peripherie zu leben und aus einer anderen Zeit zu kommen, bedeutet schlicht, ein zweitklassiger Europäer zu sein. Man sieht das an den Waschmitteln oder Konserven in unseren Supermärkten, oder an den Fischstäbchen. Sie sehen genau gleich aus, haben denselben Namen, aber für die Österreicher ist 65% Fisch drin, während die Slowaken nur 58% bekommen. Das wird »Marktanpassung« genannt. Für dieselben Produkte internationaler Marken werden, wenn sie zu uns kommen, entweder andere Bestandteile verwendet oder sie enthalten dieselben, aber weniger davon; das Resultat sind Produkte von minderer Qualität. Slowakische Wissenschaftler haben jüngst herausgefunden, dass dies für die Hälfte der Produkte in den Läden ihres Landes gilt. Für uns fühlt sich das wie eine Ohrfeige an, aber es ist auch eine gute Metapher: Die Marke ist dieselbe, nicht aber die Qualität. Gibt es einen besseren Beweis für die Ungleichheit zwischen Westen und Osten?

*

Mittlerweile hat die um den Tisch versammelte Familie das opulente Mittagessen bewältigt, und die Tochter meldet sich zu Wort: »Ihr wollt wissen, wie wir die Jahre nach 1989 sehen? Es trifft sich gut, dass ich gerade einen Film gesehen habe, der diese Zeit perfekt einfängt: *Graduation* von dem rumänischen Regisseur Christian Mungiu. Die Hauptfigur, Roman, ist ein Arzt, einige Jahre älter als ich. Er gehört zu einer Generation, die an den Übergang aus dem Kommunismus geglaubt hat und an Prinzipien wie Wahrhaftigkeit und Anständigkeit, die davon überzeugt war, dass wir die Wirklichkeit verändern können, wenn wir uns an Regeln halten, wenn jeder sich bemüht, ein besserer Mensch zu werden. Romans Idealismus verblasst im Laufe der Zeit, aber eine Hoffnung bleibt: seine Tochter Eliza. Nach hohen ethischen Grundsätzen erzogen, wird sie darauf vorbereitet, in England zu studieren und zu leben. Ihr wird ein Stipendium

in Cambridge angeboten, doch die Erfüllung seines (nicht ihres!) Traums hängt davon ab, dass sie vorher die Abschlussprüfung schafft. Eigentlich nur noch eine Formalität für die begabte Studentin, doch am Tag vor der Prüfung wird Eliza Opfer eines Vergewaltigungsversuchs. Wegen ihres Traumas könnte sie in der Prüfungssituation versagen. Dem Vater ist klar, dass die Zukunft seiner Tochter nun auf dem Spiel steht, und er schlägt den Weg der Korruption ein, tut also etwas, gegen das er sein ganzes Leben lang gekämpft hat.

Korruption durchdringt das Gewebe der rumänischen Gesellschaft bis in die letzten Kapillaren, von der Schule zur Polizei, vom Ministerium zum Krankenhaus und zur Finanzaufsicht. Roman verfängt sich in ihrem Netz, und wir werden Zeugen, wie sie ihn auf der persönlichen Ebene verändert, denn ohne korrupt zu handeln hätte er keine Chance, sein Ziel zu erreichen.

Rumänien ist Mitglied der Europäischen Union, es ist eine Demokratie, es gibt Marktwirtschaft – doch nur an der Oberfläche. Wenn man nur ein bisschen daran kratzt, kommt das wirkliche Rumänien zum Vorschein, und es unterscheidet sich kaum vom Rumänien der Zeit vor 1989, als Parteimitgliedschaft und Verbindungen zur Nomenklatura überlebensnotwendig waren und die Hauptwährung darstellten. Das gilt nicht weniger für die anderen osteuropäischen Gesellschaften. Und es war eure Generation, die es nicht geschafft hat, da rauszukommen! Erzählt mir nur nicht, dass es Korruption genauso im Westen gibt. Schließlich gibt es einen Unterschied zwischen Korruption in Einzelfällen und Korruption als System, als Gesellschaftsform – wie es im Osten der Fall ist. Daran hat sich in den 25 Jahren nichts geändert!

Der Film hat mich mit dem bitteren Gefühl der Niederlage zurückgelassen. Keine Hoffnung auf Wandel zu haben, ist vielleicht der größte Verlust meiner Generation... Kein Wunder, dass so viele von uns unter Depressionen leiden! Was mich betrifft, so frage ich mich, seit ich diesen Film gesehen habe, ob ich das Land nicht verlassen sollte. Ist es dafür zu spät? Ich fürchte, ja.«

*

Das Jahr 2017 hat schlecht begonnen: Donald Trump wurde Präsident der Vereinigten Staaten, der Brexit hängt über der EU wie eine schwarze Wolke. Die Politik der Ausschließung wird Mainstream, und Nationalis-

mus und Identitätspolitik sind auf dem Vormarsch, bewehrt mit rasiermesserscharfem Stacheldraht an den EU-Grenzen und einer Großen Mauer in den USA; die Unterstützung für Rechtsaußen-Parteien wächst in ganz Europa und bedroht die europäische Einheit; es gelingt nicht, die Last der Flüchtlinge gerecht in der EU zu verteilen, während neue schon unterwegs sind; Gerüchte sagen, dass der Balkan vor einem neuen Krieg steht; der Krieg in der Ukraine und die Annexion der Krim haben das Gefühl geschaffen, dass Russland Europa bedroht.

Die Europäische Union droht auseinanderzufallen, weil ihre Mitglieder sich in keiner einzigen wichtigen Frage einigen können. Es herrscht Durcheinander und wir verspüren das Gefühl von Unsicherheit. Wir können uns nicht wirklich ein Bild machen. Die Dinge ändern sich ständig und sie ändern sich schnell – die Erklärungen von gestern sind heute nichts mehr wert.

Es ist noch gar nicht lange her, da war die Union ein ganz anderer Ort. Natürlich gab es schon damals Probleme, aber die Stimmung war anders, Energie lag in der Luft. Weitere Länder wollten beitreten; es gab den Wunsch, die Ukraine zumindest auf wirtschaftlicher Ebene zu assoziieren, die EU stand immer noch für Frieden und Sicherheit, für Werte, nach denen zu streben sich lohnt, und sie versprach ein besseres Leben für alle. Das Wichtigste aber war das Gefühl, dass wir Unionsbürger ein gemeinsames Interesse teilten, das die jeweilige nationale Perspektive überstieg.

Oder sah das nur für uns so aus? Sehnten wir uns so sehr nach einer rosigen Zukunft, dass wir nicht bemerkten, dass die rosa Farbe schon viel früher abzublättern begann?

In meinem Teil Europas hat sich das Leben in den letzten Jahrzehnten auf zwei Ebenen abgespielt: Auf der einen versuchten wir, uns europäischen Standards anzupassen, auf der anderen aber haben wir unsere kollektive Identität zu einem psychologischen Verteidigungsmechanismus entwickelt, der auf die Nation und die Religion gegründet ist. Das war das Einzige, das wir der neuen Situation entgegensetzen konnten. In die nationale Identität packten wir unsere Enttäuschung von der EU, die Frustration über unseren Status in der Union, unsere Furcht vor der Globalisierung, vor den Immigranten, die ihrerseits Opfer waren, nur noch notleidender als wir und bereit, unseren Platz einzunehmen.

Was wir da produzierten, ähnelt stark dem, was Zygmunt Bauman »Retrotopia« genannt hat und dessen Hauptmerkmal die Rehabilitie-

rung des Stammesmodells für die Gemeinschaftsbildung ist. Wir wandten uns wieder dem zu, was vorher da war, einer Vergangenheit, die eher in unserer Vorstellung existiert als in unserer Erinnerung – so, wie es immer mehr Menschen heute im Westen tun. Nostalgie? Ja, aber nicht nur als Abwehrmechanismus angesichts einer überfordernden Gegenwart. Es ist eine restaurative, antimoderne Form der Nostalgie, die Wiederbelebung eines Nationalismus, der in den jugoslawischen Kriegen seinen Höhepunkt fand und heute Wähler in ganz Europa und darüber hinaus anzieht.

Das Problem mit diesem Nationalismus liegt darin, dass er nationale Identität als eine in Stein gemeißelte und für alle Zeit fixierte Idee versteht – weshalb er eben als etwas Festes und Stabiles wahrgenommen wird, etwas, auf das man sich stützen kann. In Wahrheit ist nationale Identität alles andere als das. Die moderne Anthropologie versteht sie als ein Konstrukt aus allen möglichen Bestandteilen – hier kommen Elemente aus der Geschichte wie aus Mythologie und Volkssagen zusammen mit Symbolen, die erst jüngst geschaffen wurden. So musste der 1991 neugegründete kroatische Staat alle seine Insignien neu erfinden, von der Fahne über die Nationalhymne und die Uniformen bis zu den staatlichen Orden.

Wie in den meisten osteuropäischen Ländern gehörte im ehemaligen Jugoslawien – einer Föderation von Republiken – Religion zu den Elementen nationaler Identität. Die Bevölkerung verteilte sich im Wesentlichen auf die katholische, die orthodoxe und die muslimische Religionszugehörigkeit. Seine Religion zu praktizieren, war nicht verboten, aber die Mehrheit tat es nicht. Das bedeutete jedoch nicht, dass Religion verschwunden wäre – weder aus der Kultur, noch aus den Bräuchen und Werten, noch aus den nationalen Mythen oder der Folklore. Anders gesagt, die kommunistische Propaganda konnte die Religion nicht ausrotten, sie ist in den Untergrund gegangen. Und dann tauchte sie wieder auf, rehabilitiert. Das geschah kurz vor den Kriegen. Plötzlich waren Kultur und nationale Zugehörigkeit explizit an die Religion gekoppelt und umgekehrt, unabhängig davon, ob man gläubig war oder nicht. In Zeiten des Kriegs spielten Nuancen keine Rolle: Kroatie sein hieß katholisch sein, Serbe sein hieß orthodox sein.

Man kann nicht über 1989 sprechen, ohne die jugoslawischen Kriege von 1991 bis 1995 zu erwähnen, obwohl (oder weil) sie überhaupt nicht ins große Bild dieser Zeit passen. Sie standen in scharfem Kontrast zu

dem friedlichen Prozess der Wiedervereinigung Europas und des Übergangs aus dem Kommunismus, der die Samtenen Revolutionen angeblich auszeichnete. Niemand im Westen verstand, was damals bei uns passierte, und ich fürchte, das ist heute nicht anders, zumal Jugoslawien im Vergleich zu den anderen Ländern im Sowjetblock doch das wohlhabendste und freieste war. Waren die Kriege ein Ausbruch von jahrhundertlang gehegtem Hass zwischen Balkanstämmen? In Ermangelung einer besseren Erklärung war dieses Klischee damals weit verbreitet. Doch der Schlüssel liegt in der Tatsache, dass Jugoslawien sich erfolgreich vom Sowjetblock emanzipiert hatte. Dass das Land seinen eigenen Sozialismus entwickeln konnte, hieß auch, dass es im Vergleich etwa zur Tschechoslowakei und zu Polen weniger Druck gab, Widerstand aufzubauen. In Jugoslawien gab es keinen Václav Havel, Adam Michnik oder Lech Wałęsa, es gab keine demokratische Opposition, die sich unter der kommunistischen Herrschaft formiert hätte – und ebenso wenig eine Opposition gegen den aufkommenden Nationalismus.

Natürlich gab es genügend politische und wirtschaftliche Gründe, die Spannungen verursachten und nach der Bildung einer Opposition riefen. Aber nur die Nationalisten waren politisch organisiert und vorbereitet, die politische Macht zu übernehmen, und sei es um den Preis des Kriegs. Ihre Führer waren Leute wie Radovan Karadžić, Vojislav Šešelj, Franjo Tuđman and Alija Izetbegović. Es ist eine Ironie der Geschichte, dass zwei Jahrzehnte und weit über 100 000 Tote und Vermisste später die neuen Nationalstaaten sich auf der Schwelle zur Europäischen Union wiedergefunden haben, vereint in der Hoffnung, sich neuerlich einer Union anzuschließen und ihre eben erst erworbene Souveränität wieder abzugeben. Das kann man wohl nur als Balkan-Paradox bezeichnen...

Die Jugoslawien-Kriege wurden durch nationalistische Propaganda vorbereitet, angefacht und begleitet. Die Hauptstrategie dieser Propaganda war auf allen Seiten, Nation und Religion in eins zu setzen, um die je eigene Gemeinschaft zu konsolidieren und einen feindlichen Anderen zu schaffen, gegen den sie sich absetzt. In einer Kultur, die für Jahrzehnte als atheistisch galt, wurde die Fusion von Religion und nationaler Zugehörigkeit plötzlich eine Sache von Leben und Tod: katholische Kroaten gegen orthodoxe Serben, orthodoxe Serben gegen muslimische Bosnier...

Diese Art der Identitätspolitik kann man als Avantgarde für die Entwicklungen sehen, die wir im Europa von heute beobachten. Immi-

granten und Flüchtlinge werden nicht länger als Individuen behandelt, nicht einmal als Bürger eines Staates oder einer Nation. Sie werden auf eine religiöse Identität reduziert, gleich, ob sie gläubig sind oder nicht. Die hunderttausenden verzweifelten Menschen, die versuchen, in Europa Asyl zu erhalten, sie werden alle gleich wahrgenommen: als Muslime, also potentielle Terroristen, also als Bedrohung. Es musste erst das Bild eines kleinen syrischen Jungen, Alan Kurdi, der vor der türkischen Küste ertrank, um die Welt gehen, damit klar wurde, dass es so nicht ist. Aber dieser Moment der Einsicht und Empathie dauerte nur kurz.

Identität als etwas Offenes, Dynamisches und Vielschichtiges ist out. Die Praxis, Menschen auf ihre (angebliche) religiöse Identität zu reduzieren, ist keineswegs auf Europa beschränkt – denken wir nur an Trumps Versuch, ein Einreiseverbot für Menschen aus vorwiegend muslimischen Staaten zu dekretieren.

Wir scheinen blind dafür zu sein, dass auch wir in derselben Weise reduziert werden.

Es erfüllt mich mit Schrecken, wenn ich sehe, wie das Balkan-Muster heute im Westen wiederkehrt. Wenn wir etwas von den jugoslawischen Kriegen lernen können, dann, so scheint es, dass Rückschritt jederzeit möglich ist.

*

Bevor die Familie nach dem Essen auseinandergeht, würde sie sich wohl darauf einigen, dass das Leben nach 1989 nicht so gekommen ist, wie es sich die Eltern vorgestellt hatten: Dass alles gut werden würde, und wenn sie nicht gestorben sind, dann leben sie noch heute. Nein, es war alles viel komplizierter.

Die Eltern mögen naiv gewesen sein, doch die nächste Generation mit ihren Erwartungen eines schnellen, positiven Wandels war nicht viel klüger. Jetzt stecken sie alle fest zwischen der Vergangenheit und einer unvorhersehbaren Zukunft – nicht viel anders als ähnliche Familien im Westen. Übereinstimmen würden alle wohl darin, dass uns einmal mehr die Mittel fehlen, die Situation zu verstehen, in der wir uns befinden, gleich, ob wir im Osten oder Westen Europas leben; dass wir Tag um Tag lernen müssen, mit unserer Angst umzugehen, einer Angst, die Hass und Schlimmeres gebiert. Dass die einzige Allianz, die sich gegenwärtig formiert, die gegen die angebliche muslimische Bedrohung ist. Die Europä-

ische Union wankt gefährlich, und Europäer zu sein – eine Identität im Entstehen –, hat eine neue Bedeutung angenommen: Mauern zu bauen und sich in die Festung zurückzuziehen. Wir alle werden auf diese Weise auf den kleinsten gemeinsamen Nenner reduziert und zeigen Europas hässliches Gesicht, ein Gesicht, das wir nie haben wollten und von dem wir uns nicht vorstellen konnten, dass es je wieder erscheinen würde.

Aus dem Englischen von Klaus Nellen

Elitza Stanoeva

BULGARIEN: POLITIK DER NOSTALGIE

Wenn ich an den 10. November 1989 zurückdenke, erinnere ich mich an ein Gefühl von Verwirrung und Beschämung. Damals zehn Jahre alt, kam ich aus der Schule und sah, wie meine Eltern wie die Verrückten in der Küche lachten und umherhüpften. Unter ihrem unkontrollierten Gelächter schafften sie es schließlich, meine Frage, was los sei, mit einem kurzen Satz zu beantworten: »Todor Schiwkow ist gestürzt.« Nachdem ich kurz zuvor den Pionieren beigetreten war, wie alle Schüler der dritten Klasse, war ich hinreichend indoktriniert, um weinend zu protestieren: »Aber er ist doch ein so guter Mann!«, was ihren Jubel nur noch steigerte.

In Wahrheit war unser »Zusammenbruch des Kommunismus« einen Tag nach dem Fall der Berliner Mauer eine Palastrevolte und kein revolutionärer Triumph.¹ Mit dem Segen der Sowjets verlangte das Politbüro der Kommunistischen Partei Bulgariens von Todor Schiwkow, der seit 1954 die Partei geführt hatte, sein Amt niederzulegen, und am 10. November reichte er auf einer im Fernsehen übertragenen Sitzung des Parteipenums offiziell seinen Rücktritt ein.² Dies war ein milderer Regimewechsel als anderswo in Osteuropa – die Macht blieb in den Händen der Kommunisten, als die Kontrolle des Staats auf Petar Mladenow überging, Außenminister des Landes seit 1971. In der Hoffnung, die Kontrolle behalten zu können, verpflichtete sich die Partei – bald in Bulgarische Sozialistische Partei umbenannt (BSP) – auf die Abhaltung freier Wahlen. Mit der Namensänderung wusch sie sich von der Verantwortung für den Machtmissbrauch des ehemaligen Regimes rein und stellte Schiwkow wegen kommunistischer Verbrechen vor Gericht.³

In den Monaten, die dem 10. November folgten, den wir als unseren Augenblick des Umbruchs feiern, trotz des wackeligen Anfangs, erlebte man auf den Straßen, wo die Menschen ihre neue Freiheit willkommen hießen und wir alle von der Politik erfasst wurden, tatsächlich einen Wandel. Die durchgreifende Politisierung der Gesellschaft ging nicht an meinen Klassenkameraden und mir vorbei, wir strömten mit unseren Eltern auf die Plätze, sangen »Wind of Change« und einheimische Hymnen auf

die Demokratie und ersetzten die Gesichter von Michael Jackson und Madonna auf unseren Buttons durch Logos von Oppositionsparteien, die wir von Flugblättern ausgeschnitten hatten.

Die BSP gewann im Juni 1990 die erste freie Mehrparteienwahl mit einer klaren Mehrheit von 211 von 400 Sitzen – ein Signal, dass die neue Partei an den alten Hebeln der Macht blieb.⁴ Einen Monat später war Mladenow jedoch zum Rücktritt von der Präsidentschaft gezwungen, als ein einige Monate zuvor aufgenommenes Video von Demonstrationen veröffentlicht wurde, auf dem er zu seinen Mitarbeitern bemerkte: »Es wäre besser, die Panzer kämen.«⁵

Während unsere Eltern der Hartnäckigkeit alter Regierungspraktiken die Stirn boten, machten wir Minderjährigen in der profaneren Umgebung der Schule unsere eigenen Erfahrungen mit dem kosmetischen Wandel. Russisch verschwand rasch aus dem Pflichtlehrplan, stattdessen wurden wir in westliche Sprachen eingeführt, mit alten Schulbüchern, die den revolutionären Fortschritt priesen. Bis weit in die 1990er Jahre hinein lernten wir in unserem Geographieunterricht noch immer die Produktionszahlen von Bergwerken und Fabriken auswendig, die mittlerweile als Kollateralschäden der postkommunistischen Privatisierung geschlossen worden waren; im Geschichtsunterricht diktierten die Lehrer uns Lektionen über antike Zivilisationen, während die Schulbücher langwierigen Revisionen unterzogen wurden, wobei die jüngste Vergangenheit den Erziehern Rätsel aufgab.

Halbgare Demokratie

Kurz, 1989 wurde die Politik aufregend. Doch in den folgenden Jahrzehnten wuchs die Desillusionierung über den Übergang, und heute wird allgemein eingestanden, dass Bulgarien beim Sprung von der aufregenden Politik der Straße zur politischen Routine der Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit gescheitert ist. Die anstrengende Arbeit, die neugewonnene Demokratie mit konkreter demokratischer Substanz zu füllen, geriet ins Stocken, und Bulgarien verfiel seiner dunklen Seite. Die Demokratie wurde von endemischer politischer Korruption und parteipolitischen Klientelismus kompromittiert, ebenso wie der freie Markt durch Mafíaorganisationen, die ihre Aktivitäten vom Straßengangstertum zu privaten Sicherheitsdiensten und Versicherungsunternehmen ausbauten

und ihre Portfolios dann durch den Aufbau von Monopolen, von der Tabakproduktion bis hin zur Medienindustrie, weiter diversifizierten.⁶

Es überrascht nicht, dass Korruption und Mafia, die beiden *enfants terribles* des bulgarischen Übergangs zu Demokratie und Marktwirtschaft, eine wechselseitig förderliche Verbindung mit oligarchischen Strukturen eingingen. Und das Mehrparteiensystem, das nach vier Jahrzehnten Alleinherrschaft der Kommunisten entstand, verkam zu einem skrupellosen Gerangel um Wählerstimmen. Die Medien schüren rassistische Gefühle, indem sie ein Bild von Roma-Gettos verbreiten, deren Einwohner ihre Stimmen für gratis Hackbraten und Freibier verhökern, und den bulgarisch-türkischen Gemeinden unterstellen, am Wahltag als loyale Vasallen ihrer feudalistischen ethnischen Parteien abzustimmen. Die Wahrheit ist, dass die Stimmabgabe in einem Dorf kaum geheim bleiben kann und die Bewohner folglich für Druck auf das Abstimmungsverhalten anfällig sind. Längst vergessen bei der Verteilung elementarer staatlicher Leistungen, werden Dörfer und Kleinstädte, die oft von der Beschäftigung eines einzigen Unternehmens abhängen, erpresst, einer bestimmten Partei loyal zu bleiben, um ihre kommunalen Haushaltsmittel oder Jobs nicht zu verlieren.⁷

Die, euphemistisch gesprochen, Flexibilität der Parteien hinsichtlich ihrer Werte und Programme führte nicht nur zu struktureller Ungerechtigkeit, sondern auch zu einer Reihe von grotesken Auswüchsen in der bulgarischen Politik. Besonders aufsehenerregend war die Rückkehr von Simeon von Sachsen-Coburg und Gotha, des ehemaligen Königs, nach einem halben Jahrhundert im Exil. Ohne auf den Anspruch auf den Königstitel zu verzichten, wurde er Premierminister der Republik, nachdem die Nationale Bewegung Simeon II (NDSV) 2001 die Wahlen mit 43 Prozent der Stimmen für sich entschieden hatte – dank der im Volk verbreiteten Erwartung, dass der geheimnisvolle König den *Deus ex Machina* machen würde.⁸ Da die hauptsächliche Leistung dieser Regierung darin bestand, dem Haus Saxe-Coburg-Gotha die verstaatlichten königlichen Güter zurückzugeben, verlor die Partei bei den folgenden Wahlen über die Hälfte ihrer Unterstützer, blieb aber durch eine weitere politische Merkwürdigkeit an der Macht. Die 2005 gebildete Dreierkoalition bestand aus der BSP und zwei nicht gerade affinen Verbündeten: der NDSV um den König, der von den Kommunisten ins Exil geschickt worden war, und der Bewegung für Rechte und Freiheiten (DPS), die Ende der 1980er Jahre

nominell in Opposition zur Assimilierungskampagne der Kommunisten gegen die muslimische Bevölkerung gegründet worden war. In einer ohnehin für ihren Mangel an Prinzipien berüchtigten Parteienlandschaft sollte diese Koalition als die prinzipienloseste in Erinnerung bleiben.

Als sich Simeon aus der aktiven Politik Bulgariens zurückzog, sank die NDSV in die Bedeutungslosigkeit hinab, obwohl sie versuchte, ihre Identität zu ändern, indem sie einen neuen Namen unter die alte Abkürzung setzte. Eine Nachwirkung der kurzen politischen Karriere Simeons war der rasche Aufstieg von Bojko Borissow. Unter den Kommunisten noch Feuerwehrmann, nutzte Borissow die neue Situation nach 1989 und gründete eine private Sicherheitsfirma, die gut mit der bulgarischen Mafia vernetzt war.⁹ Dies verschaffte ihm bald die Position eines Leibwächters, zunächst von Todor Schiwkow während dessen Hausarrests und später von Simeon. Unter dessen Regierung nahm Borissows Karriere einen kometenhaften Aufstieg aus dem zwielichtigsten Sektor der Wirtschaft in die höchste Ebene der Politik, wo er vom Staatssekretär im Innenministerium zum Bürgermeister von Sofia und schließlich, als Gründer und Vorsitzender der »Bürger für eine europäische Entwicklung Bulgariens« (GERB), zum Premierminister wurde (2009-2013; 2014-2016).

Eine zersplitterte »Zivilgesellschaft«

Während die bulgarische Demokratie in die Korruption abglitt, verschwand die »Zivilgesellschaft«, ein weiteres Schlagwort des Optimismus von 1989, langsam aus dem öffentlichen Diskurs, und an ihre Stelle trat eine Polarisierung zwischen intellektueller Elite in der Hauptstadt und manipuliertem Wahlvolk auf dem Land. Während die Zivilgesellschaft nur noch ein Schattendasein in den Programmen der NGOs fristete, lähmte das wachsende Gefühl unüberbrückbarer Gräben in der Gesellschaft jedes Engagement für Solidarität.

Diese Entwicklung wird besonders anhand der Chronologie der bulgarischen Proteste nach 1989 deutlich. Anfang 1997 erlebte das Land schwere Unruhen, die durch eine Hyperinflation ausgelöst wurden.¹⁰ Sie richteten sich gegen die amtierende BSP-Regierung und knüpften an die Proteste von 1989/90 an. Es herrschte ein allgemeines Gefühl der Verzweiflung, das einen Geist der Solidarität quer durch die Gesellschaft erzeugte. Die nächste Protestwelle 2013 war im Gegensatz dazu durch

eine soziale Kluft gezeichnet, die sich zwischen den beiden Hauptprotestgruppen herausbildete: Die Februar-Protteste, die durch die Elektrizitätspreise ausgelöst wurden und zum Rücktritt des GERB-Kabinetts führten, und die Sommerprotteste unter der folgenden, von der BSP geführten Koalition, die aufgrund der Ernennung des Oligarchen Deljan Peevski (der einen großen Teil der bulgarischen Medienlandschaft kontrolliert) zum Chef der Staatlichen Agentur für Nationale Sicherheit ausbrachen.¹¹ Beide Protteste hatten zwar viel gemein, richtete sich der erste doch gegen die Monopole und der zweite gegen die Oligarchen, gleichwohl wurde die Solidarität zwischen beiden bald durch die obsoleete Unterscheidung zwischen dem »linken« kommunistischen Establishment und der »rechten« demokratischen Opposition kompromittiert. In dem Versuch, die Sommerprotteste unglaublich zu machen, erklärte die regierende BSP sie zu einem Mittelklassephänomen der »new professionals«, die durch ihre internationalen Karrieren und NGO-Netzwerke zu verwöhnt seien, um mit der wirtschaftlichen Misere der Februar-Prottestierenden zu sympathisieren.¹² Die auf diese Weise inkriminierten Intellektuellen versuchten, den künstlichen Gegensatz von moralisch motiviertem Protest und Hungerrevolte auf den Kopf zu stellen, indem sie den von Armut getriebenen Februar-Demonstranten die »schönen und klugen Sommerdemonstranten« entgegensetzten, was den Graben weiter vertiefte.¹³

Die Neuerfindung von rechts und links

Statt die öffentliche Unzufriedenheit mit den vielen Gesichtern der bulgarischen Korruption zu artikulieren, ließen die Protteste von 2013 den alten Rechts-links-Gegensatz wiedererstehen. Seit 1989 verläuft die große Trennlinie in der politischen Landschaft Bulgariens zwischen Demokraten auf der einen und ehemaligen Kommunisten auf der anderen Seite. Dies wird in ein Rechts-links-Schema übersetzt, das nach westlichem Verständnis wenig Sinn ergibt. Obwohl über die Fragwürdigkeit dieser Unterscheidung längst gesellschaftlicher Konsens herrscht, schlachten Mitte-rechts-Parteien in Bulgarien noch immer die Assoziation zwischen »rechts« und liberaler Demokratie aus, während sie selbst von liberalen Werten abrücken und damit eher im konventionelleren Sinn rechtsgerichtet sind.

Die in der bulgarischen Gesellschaft herrschenden latenten antikommunistischen Gefühle machte sich eine neue politische Gruppierung zunutze,

die 2013 aus den Sommerprotesten hervorging: Die Mitte-rechts-Partei »Reformblock« (RB) stellte sich als »neues rechtes Projekt« und Erbe der »demokratischen Kräfte« von 1989 vor.¹⁴ Damit wurde der RB von einem Teil seiner Wähler für eine liberale Partei gehalten, obwohl seine Selbstdarstellung dieses Etikett vermeidet. Sie wurden rasch eines Besseren belehrt, als der vom RB gestellte Gesundheitsminister im zweiten Kabinett unter Führung der GERB vorschlug, die Roma von bestimmten Gesundheitsdienstleistungen auszuschließen, und der RB-Bildungsminister eine Reihe von Schulreformen zur Verbesserung der »patriotischen Erziehung« durchzog.¹⁵

Während die »demokratische Rechte« weiter vom Zentrum abrückt, reitet die nominell »linke« Partei, die BSP, auf der gleichen populistischen Welle, indem sie die Angst schürt, die Europäische Union sei dabei, einen »ethnischen Wandel« im Land in die Wege zu leiten, indem sie Bulgarien zur Aufnahme von Flüchtlingen zwingt.¹⁶ Hierbei orientieren sich sowohl die »Linke« wie die »Rechte« an den seit zwölf Jahren im Aufwind befindlichen rechtsextremen Parteien, die grenzüberschreitende Solidarität und den Schutz der Rechte von Minderheiten als Verrat an der Nation verunglimpfen. Die antiliberale Rhetorik, die überall von Mitteleuropa bis Russland Boden gewinnt, findet ihr Echo auch in Bulgarien, wo sich die rechten Kräfte den Krieg gegen die »Liberastie« (eine Kombination aus »liberal« und »Päderastie«) auf die Fahnen geschrieben haben und gegen jede Initiative opponieren, Vielfalt zu unterstützen. In ihrem Visier sind Menschenrechtsorganisationen und *Pride*-Paraden ebenso wie freiwillige Flüchtlingshelfer oder NGOs, die für die Gleichberechtigung der Roma eintreten.¹⁷

Dieser Rückgriff auf den Nationalismus trat besonders nach Bulgariens EU-Beitritt im Januar 2007 in den Vordergrund. Während die Phase vor dem Beitritt von einer Rhetorik beherrscht wurde, die die »Rückkehr nach Europa« beschwor, wurden danach die mit der Beitrittsvereinbarung verbundenen Verpflichtungen gegenüber der Öffentlichkeit als bloße Formalitäten heruntergespielt, und die Vorteile als Garantie für raschen wirtschaftlichen Wohlstand verkauft. Während die hartnäckige sozioökonomische Ungleichheit unter den EU-Mitgliedern die bulgarische Beitrittseuphorie verständlicherweise abkühlte, nährte der Eindruck, dass Bulgarien in einen Club von Privilegierten geraten ist, in dem es selbst nicht viel zu melden hat, euroskeptische und nationalistische Einstel-

lungen: Nun war man um den Schutz der »authentischen bulgarischen Kultur« gegenüber einem neuen »Hegemon« besorgt, der sich »uns« mit seiner fremdartigen Ideologie (d.h. liberalen Werten) aufdrängt.

Und während so liberale Werte an Rückhalt verlieren, fällt die soziale Wohlfahrt dem Neoliberalismus zum Opfer. In der ökonomischen Sphäre unterscheidet sich die »Linke« abermals nicht von der »Rechten«, denn von der BSP geführte Regierungen setzten eine Reihe von wirtschaftspolitischen Maßnahmen durch, die Unternehmensinteressen über die Bedürfnisse einkommensschwacher Gruppen stellten. Der Links-rechts-Gegensatz hat ausgedient und verdeckt bestenfalls den tatsächlichen Kampf zwischen konservativen und liberalen Werten ebenso wie zwischen sozialer Inklusion und Exklusion. Für politische Parteien ist das Rechts-links-Schema jedoch noch immer ein bequemes Mittel, die Nostalgie der Wähler auf beiden Seiten auszubeuten.

Ostalgie versus »Demostalgie«

Öffentliche Kommentatoren in Bulgarien äußern regelmäßig ihre Sorge über die sogenannte Ostalgie, ein deutsches Wort, mit dem die Sehnsucht nach der Zeit des Kommunismus bezeichnet wird.¹⁸ Doch ist dieses Gefühl selten mehr als eine Verklärung der Vergangenheit, besonders im Fall von Rentnern, die mit ihrer mageren Pension kaum über die Runden kommen.¹⁹ Während dieses Gefühl von der BSP ausgenutzt wird, um sich eine stabile Wählerschaft unter den Alten zu sichern, manipulieren die aus dem Boden schießenden Mitte-rechts-Projekte die Nostalgie für einen anderen Chronotopos, den ich in Analogie »Demostalgie« nennen möchte: der Wunsch, die Tage der »politischen Unschuld« in der Morgenröte der Demokratie abermals zu durchleben, als die Menschen ihre neue Freiheit auf den Plätzen feierten.

Demostalgie wird von einer unerfüllten politischen Erwartung angetrieben und romantisiert die Situation von 1989, als es in der Politik um etwas ging und die Opposition für Menschenrechte und bürgerliche Freiheiten stritt. Obwohl Zeiten schwerer wirtschaftlicher Not folgten – Rationierung und Stromsperrungen 1990, gefolgt von Teuerung und einer Inflationsspirale, die 1997 ihren Höhepunkt erreichte –, wurde dies zunächst als der Preis angesehen, der für eine bessere Zukunft zu entrichten war. Doch machte sich bald Korruption in der neuen politischen Klasse breit,

die sich zusammensetzt aus den alten kommunistischen Apparatschiks, selbsternannten »Dissidenten« (deren Glaubwürdigkeit unter ihren guten Verbindungen zu den ehemaligen Sicherheitsdiensten oder zur gegenwärtigen Oligarchie leidet), sowie neuen politischen Akteuren, die bereit sind, erklärte Ziele und Prinzipien zu opfern, um im Spiel um die Macht mitzumischen. Vor diesem düsteren Hintergrund gab der EU-Beitritt Bulgariens den Bürgern die kurzlebige Hoffnung auf Veränderung, konnte aber kaum das Gefühl mildern, dass sich seit 1989 die Dinge hätten anders entwickeln können und sollen.

Ostalgie wie Demostalgie sind zwar weitgehend Generationsphänomene, doch wurde in vielen Familien die Sehnsucht nach den Anfangstagen der Demokratie mit ihrer nonkonformistischen Grundstimmung an die nachfolgende Generation weitergegeben, sodass sie die Wahrnehmung der »89er-Kinder« von diesem historischen Augenblick und den Folgejahren geprägt hat. Bezeichnenderweise wählten die Studenten bei den letzten Jugendprotesten – dem Universitätsstreik, der aus den Sommerdemonstrationen 2013 entstanden war – das symbolische Datum des 10. November für ihre erste Protestaktion außerhalb der Mauern der besetzten Hörsäle.²⁰ Am Beginn ihres »Gerechtigkeitsmarsches«, als Studentenvertreter auf den Stufen der Sofioter Universität sprachen, hob einer von ihnen die Kontinuität zwischen den Generationen hervor: »Ich wäre nicht hier, wenn es die Proteste von 1989 nicht gegeben hätte, denn damals lernte meine Mutter meinen Vater bei den Protesten gegen den Kommunismus kennen. (...) Ich bin ein bisschen traurig, dass ich 24 Jahre später für dieselben Dinge kämpfen muss, für die sie sich damals eingesetzt haben.«²¹ Der Marsch endete mit einer Performance vor der Nationalversammlung, in der der Übergang – versinnbildlicht durch einen Ball aus Papierabfällen – der politischen Elite symbolisch zurückgeworfen wurde.²² Und da der Studentenstreik gegen eine BSP-geführte Regierung gerichtet war, wurden viele antikommunistische Slogans vom Anfang der 1990er Jahre wiederaufgegriffen.

Es gab zwar einige kritische Stimmen unter den Besetzern, die davor warnten, dass eine solche Wiederbelebung der antikommunistischen Gefühle von 1989 die wahren Probleme eher verschleierte, doch bleiben linke junge Leute in der öffentlichen Debatte im Allgemeinen marginalisiert.²³ Dies liegt nicht zuletzt daran, dass die Auflösung des Sozialstaats von den antikommunistischen Überzeugungen der älteren Generation

unterstützt wird, für die soziale Sicherheit einen Beigeschmack von Sozialismus hat, Gewerkschaften nach Kontrolle des Arbeitsplatzes schmecken, Solidarität nach kommunistischer Utopie riecht und Umverteilung nach Zwangskollektivierung.

Postkommunismus zwischen Bruch und Kontinuität

Symbolische Gesten des Bruchs mit der kommunistischen Vergangenheit gehören zum politischen Repertoire in allen neuen Demokratien. Im Kontext der Demostalgie kann man sie als bequeme Ablenkung oder als Ersatzlegitimation sehen. Beide Male führt der Versuch der bulgarischen »demokratischen Rechten«, sich in Absetzung gegen die Vergangenheit neu zu erfinden, nur zu einem weiteren Fiasko im Kampf gegen das Erbe des Kommunismus.

1997 gewannen die Vereinigten Demokratischen Kräfte (ODS), ein Ableger der Oppositionsbewegung von 1989, eine Mehrheit, nachdem die BSP-Regierung durch massive, durch die Hyperinflation ausgelöste Proteste zum Rücktritt gezwungen worden war. Ein Jahr später starb Todor Schiwkow, was den Gerichtsverfahren gegen ihn, die ohnehin im Teufelskreis ewiger Revisionen stecken geblieben waren, ein Ende setzte.²⁴ Vor diesem Hintergrund versuchte die ODS-Regierung im Sommer 1999 die Gefühle von 1989 zu reanimieren, indem sie das Mausoleum Georgi Dimitroffs in die Luft sprengen ließ, damals ein leeres Grabmal, da die sterblichen Überreste des Gründervaters des bulgarischen sozialistischen Staats bereits 1990 entfernt und eingäschert worden waren. Es bedurfte freilich mehrerer Anläufe, das solide Gebäude zu beseitigen, und bei den Sprengungen trug das umliegende Areal gravierende Schäden davon. Mit diesem Akt bekräftigte die ODS-Führung ihre Mission, den Kommunismus endgültig zu besiegen.²⁵ Ihm schloss sich im Mai 2000 die Verabschiedung eines Gesetzes zur Kriminalisierung des ehemaligen kommunistischen Regimes an.²⁶ Hinter ihrer symbolischen Fassade waren diese Maßnahmen nicht mehr als ihrerseits fruchtlose Ersatzhandlungen für einen ergebnislos gebliebenen Übergangsprozess. Das Gesetz legte keine Strafmaß fest und wies die Verantwortung für die aufgelisteten kommunistischen Verbrechen schlicht der nicht näher spezifizierten kollektiven Führung der ehemaligen Kommunistischen Partei sowie dem abstrakten Organ des »kommunistischen Regimes« zu.

Wie folgenlos das Gesetz war, zeigte sich nur ein Jahr später, als ein Denkmal für Todor Schiwkow in dessen Heimatstadt Prawez errichtet und bei einer Feier enthüllt wurde, an der viele Politiker von beiden Seiten der angeblichen »Rechts-links«-Trennlinie teilnahmen, darunter Bojko Borissow, damals Staatssekretär des Innenministeriums.²⁷ Bei einer anderen Gelegenheit während seiner Amtszeit als Premierminister erklärte Borissow, jede heutige Regierung könne es sich als großen Erfolg anrechnen, wenn sie auch nur ein Hundertstel von dem erreiche, was Schiwkow für Bulgarien geleistet habe.²⁸ Borissow gab der historischen Ironie eine noch bitterere Note, indem er Schiwkow besonders für seine Wirtschaftspolitik pries, die zu den Hauptanklagepunkten gegen ihn gezählt hatte.

Die Krux dieses ständigen Hin und Her der Entkommunisierung ist die nicht umgesetzte Entfernung von belasteten Mitarbeitern aus dem öffentlichen Dienst, vielleicht das dornigste Thema des bulgarischen Übergangs. Anstelle einer Lustration sieht der bulgarische Ersatz dafür vor, dass die Identität früherer kommunistischer Funktionäre und Mitarbeiter kommunistischer Behörden offengelegt werden soll, wenn sie bestimmte Positionen im Staatsapparat innehaben oder sich dafür bewerben, vor allem, wenn sie für das Parlament kandidieren. Solche Offenlegungen verhindern jedoch kaum, dass die entsprechenden Personen gewählt werden. In allen Parlamenten nach 1989 saß ein gerüttelt Maß ehemaliger kommunistischer Amtsinhaber – im letzten gewählten Parlament waren es zwölf.²⁹ Sie sind zudem recht gleichmäßig über das gesamte politische Spektrum verteilt, was trotz der allseits beschworenen Verpflichtung zu einem Bruch mit der Vergangenheit auf eine klare Kontinuität der Machtstrukturen hinweist.

Hält man nach Kontinuitäten mit der Zeit vor 1989 Ausschau, fällt deutlich eine Parallele im politischen Kurs ins Auge: der Rückgriff auf den Nationalismus, sobald die revolutionäre Energie der »neuen Ordnung« abgeklungen ist. Das kommunistische Regime schlug diese Wende in seinen letzten Jahrzehnten ein, und ihr Höhepunkt war der sogenannte »Wiederbelebungsprozess«, als bulgarische Muslime gezwungen wurden, ihre Namen zu »bulgarisieren« oder das Land zu verlassen, was zur Ausweisung von 360 000 bulgarischen Bürgern in die Türkei führte.³⁰ Mit dem jüngsten Rechtsruck der bulgarischen Politik scheint sich der Kreis zu schließen. Neben der lange währenden Diskriminierung nationaler Minderheiten, besonders der Roma, stachelt die politische Klasse Bulgariens

zu einer aggressiven Reaktion gegen Flüchtlinge auf – von Bürgerwehren auf der Jagd nach illegalen Grenzgängern³¹ bis hin zu lokalen Revolten gegen Flüchtlingszentren.³²

Nach 28 Jahren »Übergang« verdeckt der nach 1989 geführte Diskurs mit seiner Entgegenstellung von »demokratischen Kräften« und »kommunistischem Establishment« die Tatsache, dass die politischen Akteure quer durchs politische Spektrum bei einer Reihe von Themen eine überraschend übereinstimmende Haltung zeigen. Ihre Positionen haben häufig einen antiliberalen Kern (entgegen dem Selbstbild der »demokratischen Rechten«) und einen neoliberalen Unterton (entgegen dem der »Linken«). Darüber hinaus durchdringen Korruption und Einfluss der Oligarchen, die das Kernproblem des bulgarischen Übergangs darstellen, auch das gesamte politische Spektrum, und von allen größeren Parteien wurden dieselben zwielichtigen Gestalten – wie der berüchtigte Deljan Peewski – beharrlich gefördert. Indem die »Linke« und die »Rechte« die Gefühle der Öffentlichkeit auf die Vergangenheit lenken, sei es in Form der Ostalgie oder der Demostalgie, verschleiern sie ihre Gemeinsamkeiten und befördern letztlich den Aufstieg des Populismus. Dieser Populismus verschärft die Polarisierung der Gesellschaft, indem er die Bürger in Demokraten versus Kommunisten, ethnische Bulgaren versus nationale Minderheiten, die bulgarische Nation versus Fremde spaltet. Diese Strategie des Teilens und Herrschens untergräbt die Solidarität und verhindert das Entstehen einer Zivilgesellschaft, die als Wächter der Rechtsstaatlichkeit fungieren, Korruption sanktionieren und auf einer Politik insistieren könnte, die die existierenden Probleme angeht statt die Geister der Vergangenheit und imaginäre Feinde der Gegenwart heraufzubeschwören.

Postskriptum

Dieser Beitrag wurde kurz vor den bulgarischen Parlamentswahlen am 26. März 2017 geschrieben.³³ Die inzwischen gebildete neue Regierung³⁴ unter Bojko Borissow in seiner dritten Amtsperiode als Premier, eine Koalition der GERB mit den nationalistischen Vereinigten Patrioten, lässt nichts Gutes hoffen, vielmehr wird sie den Trend nach rechts wohl beschleunigen. Die Nationalisten saßen bereits in der vorausgegangenen Regierung, doch nun halten sie drei Ministerien – Wirtschaft, Verteidigung und Umwelt – und sitzen dem Nationalen Rat für Kooperation in

ethnischen und Integrationsfragen vor.³⁵ Damit erhalten die Kräfte der extremen Rechten Einfluss in so wichtigen Bereichen wie Flüchtlings- und Integrationspolitik. Man kann wohl davon ausgehen, dass die neue Regierung, die bereits in einen Skandal um den Hitlergruß eines VP-Vizeministers verwickelt ist,³⁶ die Angriffe auf die liberalen Werte und die demokratischen Prinzipien von Gleichheit und Minderheitenschutz verstärkt fortsetzen wird.

Sofia, 27. Mai 2017

Aus dem Englischen von Andreas Simon dos Santos

Anmerkungen

- 1 Vgl. Ron Synovitz, »Bulgaria: »Revolution« Was Coup Within Communist Party«, Radio Free Europe / Radio Liberty, 9. November 1999, www.rferl.org/a/1092609.html.
- 2 Vgl. Michael Parks, »Longtime Bulgarian Leader Resigns, Reformer Named«, *Los Angeles Times*, 11. November 1989, http://articles.latimes.com/1989-11-11/news/mn-983_1_bulgaria-leader-resigns.
- 3 Vgl. Chuck Sudetic, »Bulgarians Begin Ex-Leaders Trial«, *The New York Times*, 26. Februar 1991, www.nytimes.com/1991/02/26/world/bulgarians-begin-ex-leader-s-trial.html.
- 4 Vgl. Anelia K. Dimitrova, »From Proletariat to People: Public Relations Metamorphosis of the Bulgarian Communist Party and Its Political Tribune before the First Free Multi-Party Elections in 1990«, in: *East European Quarterly*, Bd. 32, Nr. 2 (1998), <https://www.questia.com/library/journal/1G1-20884224/from-proletariat-to-people-public-relations-metamorphosis>.
- 5 Guillermo Angelov, »Bulgarian president resigns«, UPI, 6. Juli 1990, www.upi.com/Archives/1990/07/06/Bulgarian-president-resigns/5432647236800/.
- 6 Vgl. »Bulgarian Mafia«, *Mafia Wiki*, o. D., http://mafia.wikia.com/wiki/Bulgarian_Mafia.
- 7 Vgl. Maria Guineva, »The Sandwich of Bulgaria's Democracy«, 7. Juli 2009, www.novinite.com/articles/105502/The+Sandwich+of+Bulgaria%27s+Democracy.
- 8 Vgl. Kate Pickert, »A Royal Flush: Simeon Saxe-Coburg-Gotha«, in: *Time*, o. J., http://content.time.com/time/specials/2007/article/0,28804,1810834_1810842_1810847,00.html.
- 9 Vgl. »Bulgaria's Most Popular Politician: Great Hopes, Murky Ties«, Public Library of US Diplomacy, WikiLeaks, 9. Mai 2006, https://wikileaks.org/plusd/cables/06SOFIA647_a.html.
- 10 Vgl. Juliette Terzoeff, »Bulgarians bring new government to a standstill. Demonstrations in capital turn violent«, CNN, 10. Januar 1997, <http://edition.cnn.com/WORLD/9701/10/bulgaria.elections/index.html>.
- 11 Sarah Lipkis, »2013: The Year of Bulgarian Protest«, *World Policy Blog*, 17. Dezem-

- ber 2013, www.worldpolicy.org/blog/2013/12/17/2013-year-bulgarian-protest.
- 12 Vgl. Velislava Darea, »Бунтът на ситите«, *Duma*, 24. Juni 2013, www.duma.bg/node/56961.
 - 13 Vgl. Adelina Marini, »One Hundred Days of Solitude – the Protest in Bulgaria«, *euinside*, 3. Oktober 2013, www.euinside.eu/en/analyses/one-hundred-days-of-solitude.
 - 14 Vgl. Clive Leviev-Sawyer, »Bulgarias's ›Reformist Bloc‹ pursues the chimera of right-wing unity«, Independent Balkan News Agency, 16. August 2013, www.balkananeu.com/bulgarias-reformist-bloc-pursues-chimera-right-wing-unity/.
 - 15 Vgl. Bulgarian Helsinki Committee, »Bulgarian Ambulances Will Enter Roma Neighborhoods Only after Safety Is Guaranteed«, *Liberties.eu*, 23. Dezember 2014, www.liberties.eu/en/news/restricted-access-to-emergency-aid-for-roma-in-bulgaria.
 - 16 Vgl. »БСП видя замисъл на правителството за етническа промяна у нас чрез трайно заселване на бежанци«, *Dnevnik*, 27. September 2016, www.dnevnik.bg/bulgaria/2016/09/27/2833712_bsp_vidia_zamisul_na_pravitelstvoto_za_etnicheska/.
 - 17 Vgl. Mariya Cheresheva, »Bulgaria Helsinki Chief Links Assault to Nationalism«, in: *BalkanInsight*, 28. Oktober 2016, www.balkaninsight.com/en/article/human-rights-activist-attacked-in-bulgaria-10-27-016.
 - 18 Vgl. »Изпитваме ли носталгия към комунизма? ДС не иска богати хора, иска бедни и зависими, посочи пред Мартин Димитров«, *Bulgaria on air*, 9. September 2016, www.bgonair.bg/denqt-on-air/2016-09-09/izpitvame-li-nostalgia-kam-komunizma/; »Носталгия по комунизма: Не е ли твърде къса паметта ни«, *Dnevnik*, 5. April 2014, www.dnevnik.bg/analizi/2014/04/05/2273808_nostalgia_po_komunizma_ne_e_li_tvurde_kusa_pametta_ni/.
 - 19 Vgl. »Two bread rolls more for Bulgarian pensioners«, *Radio Bulgaria*, 20. März 2017, <http://bnr.bg/en/post/100577543/two-bread-rolls-more-for-bulgarian-pensioners>.
 - 20 Vgl. Tom Junes, »Students Take Bulgaria's Protests to the Next Level. Can They Break the Political Stalemate?«, *Transit* (2013), www.iwm.at/transit/transit-online/students-take-bulgarias-protests-to-the-next-level-why-the-student-protests-could-break-the-political-stalemate/.
 - 21 »Походът на студенти и преподаватели за 10 ноември - речи«, 11. November 2013, www.youtube.com/watch?v=_SZDUVWptp8.
 - 22 Vgl. »Над 15 000 връчиха оставката на Орешарски, Цариградско шосе блокирано«, *offnews*, 10. November 2013, http://offnews.bg/news/Protesti_17652/Nad-15-000-vrachih-a-ostavkata-na-Oresharski-Tcarigradsko-shose-blokir_264860.html.
 - 23 Vgl. Martin Marinos, »За похода на студентите«, *novilevi.org*, 13. November 2013, <http://novilevi.org/publications/138-marinos-occupy-media>.
 - 24 Vgl. David Binder, »Todor Zhivkov Dies at 86; Ruled Bulgaria for 35 Years«, *The New York Times*, 7. August 1998, www.nytimes.com/1998/08/07/world/todor-zhivkov-dies-at-86-ruled-bulgaria-for-35-years.html.
 - 25 Vgl. »World: European Communist bastion finally crumbles«, *BBC News*, 27. August 1999, <http://news.bbc.co.uk/2/hi/europe/431854.stm>.
 - 26 Vgl. Elitza Stanoeva, »визуална лустрация или край на дебатите за миналото?«,

- Terminal* 3, 29. November 2016, <http://terminal3.bg/vizualna-lustraciq-ili-krai-na-debatitie-za-minaloto/>.
- 27 Vgl. Ivan Bakalov, »Кой сложи паметника в Правец - за възраждането на култа към Живков«, *e-vestnik*, 5. Januar 2011, <http://e-vestnik.bg/10759/koy-slozhi-pametnika-v-pravets-i-vazrazhdaneto-na-kulta-kam-zhivkov/>.
- 28 Vgl. »Една стотна от направеното от Живков да сторим, ще е огромен успех«, [www.mediapool.bg](http://www.mediapool.bg/edna-stotna-ot-napravenoto-ot-zhivkov-da-storim-shte-e-ogromen-uspeh-news172219.html), 7. November 2010, www.mediapool.bg/edna-stotna-ot-napravenoto-ot-zhivkov-da-storim-shte-e-ogromen-uspeh-news172219.html.
- 29 Vgl. Hristo Hristov, »Сътрудниците на комунистическите служби в 43-то Народно събрание«, *desebg*, 25. Oktober 2014, <http://desebg.com/2011-01-06-11-34-55/2031--43->.
- 30 Vgl. Julian Popov, »Bulgaria, Turks and the Politics of apology«, *Aljazeera*, 26. Januar 2012, www.aljazeera.com/indepth/opinion/2012/01/2012122102331935532.html.
- 31 Vgl. Maria Cheresheva, »Bulgaria Awards Vigilante Migrant-Hunters«, in: *BalkanInsight*, 8. April 2016, www.balkaninsight.com/en/article/bulgaria-awards-vigilante-migrant-hunters-04-08-2016.
- 32 Vgl. dies., »Anti-Refugee Sentiment Traps Syrian Family in Bulgarian Limbo«, in: *BalkanInsight*, 1. April 2017, www.balkaninsight.com/en/article/anti-refugee-sentiment-traps-syrian-family-in-bulgarian-limbo-02-28-2017.
- 33 Vgl. Julia Rone, »Bulgarian Elections 2017: Playing it Safe when Losing«, www.criticatac.ro/lefeast/bulgarian-elections-2017-playing-it-safe-when-losing/; Jana Tsoneva, »Politics After the Political«, in: *Jacobin*, 30. März 2017, <https://www.jacobinmag.com/2017/03/bulgaria-elections-corruption-privatization-judiciary-islamophobia/>.
- 34 Vgl. Mariya Cheresheva, »Borissov Unveils his Third Cabinet in Bulgaria«, in: *BalkanInsight*, 3. Mai 2017, www.balkaninsight.com/en/article/bulgaria-s-Borissov-announces-his-third-cabinet-05-03-2017.
- 35 Vgl. Nationalist Leader to Head Bulgarian Ethnic Relations Council, in: *transitions online*, 26. Mai 2017, www.tol.org/client/article/26949-bulgaria-simeonov-minorities-nationalist-roma.html.
- 36 Vgl. Mariya Cheresheva, »Bulgaria Official Quits in Storm Over Nazi Salute«, in: *BalkanInsight*, 17. Mai 2017, www.balkaninsight.com/en/article/bulgaria-official-quits-in-storm-over-nazi-salute-05-17-2017.

Andrii Portnov

WER JETZT ALLEIN IST, WIRD ES LANGE BLEIBEN?
Die Ukraine und Europa

Für die ehemaligen Sowjetrepubliken stellte das Jahr 1989 nicht das Ende ihrer sowjetischen Geschichte dar und wird dort auch nicht als revolutionärer Einschnitt betrachtet, obwohl in diesem Jahr die ersten halbfreien Wahlen in der Sowjetunion stattfanden und diese, wie der Historiker Serhii Plochy später schrieb, »mit dem weiteren Bestehen des sowjetischen Staates unvereinbar waren«: Imperien vertragen sich nicht mit auf Wahlen basierender Demokratie, und der Konflikt zwischen beiden habe schließlich zum Zusammenbruch des »letzten Imperiums« geführt.¹ Es war 1989, als die sowjetische Regierung den Krimtataren – als der letzten ethnischen Gruppe, die 1944 deportiert worden war – erlaubte, auf die Krim zurückzukehren. Im selben Jahr wurde die Ukrainische griechisch-katholische Kirche legalisiert, die seit 1946 verboten war und in der Westukraine im Untergrund fortbestanden hatte. Ebenso erklärten einige Sowjetrepubliken in diesem Jahr ihre Souveränität – Estland bereits am 16. November 1988, Litauen am 18. Mai 1989, Lettland am 28. Juli 1989 und Aserbaidschan am 23. September 1989. Zugleich war es das Jahr, in dem in der georgischen Hauptstadt Tbilissi eine Protestkundgebung brutal niedergeschlagen wurde, wobei 19 Menschen ums Leben kamen.

Zeichen eines Regimeversagens gab es bereits früher, aber nur wenige waren in der Lage, sie zu deuten. 1965 schrieb der Dissident Andrei Amalrik einen Essay mit dem Titel »Wird die Sowjetunion bis 1984 überleben?«, in dem er die Krise des sowjetischen Systems voraussagte und über die gleichzeitige Auflösung des »sozialistischen Lagers« und die Wiedervereinigung Deutschlands spekulierte.² Amalrik erlebte das Wahrwerden seiner Prophezeiung nicht, er starb 1980 bei einem Autounfall in Spanien. 1981 räumte Leonid Breschnew ein, dass sich der »Sowjetmensch« als neues soziales und nationales Wesen nach wie vor nicht herausgebildet habe. Zwei Jahre später gab Juri Andropow zu: »Bis heute haben wir die Gesellschaft, in der wir leben und arbeiten, nicht richtig erforscht.« 1985

kündigte Michail Gorbatschow eine Erneuerung der sowjetischen Gesellschaft an. Dies sollte auf der Grundlage »sozialistischer Werte« geschehen, gepaart mit einer nachhaltigen und wettbewerbsfähigen Wirtschaft, einem eingeschränkten politischen Pluralismus und einer friedlichen Außenpolitik. »Perestroika« wurde zu einem international anerkannten Begriff.

Gorbatschow leitete die Perestroika in einem Land ein, das formell eine Föderation aus fünfzehn Republiken war. Diese waren nach ethnischen Kriterien definiert und hatten das Recht auf Sezession. Freilich schien angesichts der geballten Macht von KPdSU, KGB und Armee jeglicher Gedanke, geschweige denn Versuch einer Abspaltung oder eigenmächtigen Revision von Grenzen undenkbar. Dennoch wurden im Laufe der 1960er und 1970er Jahre immer wieder lokale territoriale und kulturelle Ansprüche laut. Im April 1978 fanden in Georgien große – und erfolgreiche – Demonstrationen für die Beibehaltung des Georgischen als einzige offizielle Sprache der Republik statt. Solche Tendenzen intensivierten sich in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre mit dem Schwächerwerden der Zentralgewalt. Im Dezember 1986 gab es in Kasachstan Jugendproteste gegen den Versuch, einen ethnischen Russen, der keinerlei Beziehung zur Republik hatte, zum Ersten Sekretär der KP Kasachstans zu ernennen. Im August 1987 fanden in allen drei baltischen Republiken Demonstrationen zur Verurteilung des Molotow-Ribbentrop-Paktes von 1939 statt, welcher der Sowjetunion damals erlaubt hatte, die drei Länder zu annektieren. (Es sollte hinzugefügt werden, dass die westeuropäischen Staaten und die USA diese Annexion nie offiziell als solche anerkannt haben und die UdSSR selbst die Existenz geheimer Abmachungen mit Hitler bis 1989 leugnete.) Im Februar 1988 kam es im aserbaidzhanischen Sumgait zu anti-armenischen Pogromen. Wie konnte all das in einem Land passieren, das voller Stolz verkündete, die nationale Frage gelöst und »Frieden zwischen den Menschen aller Nationen« gestiftet zu haben?

Das föderale System der Sowjetunion hatte eine weitere Komplikation, denn Russland war die einzige Republik, die selber eine Föderation darstellte – eine Föderation innerhalb der Föderation. Diese Konstruktion stellte sich als tickende Zeitbombe heraus. In den späten 1980er und frühen 1990er Jahren begannen einflussreiche russische Intellektuelle, über die wirtschaftlichen Nachteile eines Systems zu sprechen, in dem »entwickelte Republiken für weniger entwickelte zahlen müssen«, und über die Gefahren, die eine Auflösung Russlands in der Sowjetunion mit sich

bringen würde. Das Problem wurde zum Ernstfall, als mehrere ethnisch definierte autonome Gebiete innerhalb Russlands ihre Unabhängigkeit erklärten. Ein solcher Fall – Tschetschenien – eskalierte bereits im Herbst 1991 zu einem besonders dramatischen und gewalttätigen Konflikt.

*

Und die Ukraine? Ihr Oberster Rat (die Werchowna Rada) nahm die Souveränitätserklärung am 16. Juli 1990 an, nachdem die russländische am 12. Juni 1990 verabschiedet worden war. Die entscheidende Rolle der ukrainischen Partielite bei der Auflösung der Sowjetunion wird von Serhii Plokyh in seiner Untersuchung zu den letzten Tagen der UdSSR betont: »Es war die Beharrlichkeit, mit der die ukrainischen Eliten auf der Unabhängigkeit ihres Landes bestanden, und der Widerstand und die Unfähigkeit der russländischen Eliten, den Ukrainern eine attraktive integrative Alternative (...) anzubieten, die zum Zusammenbruch der Sowjetunion führten.«³ Einer der Anführer des sogenannten »nationaldemokratischen Lagers«, das damals die Unabhängigkeitsbestrebungen unterstützte, bestätigte kürzlich, dass in den frühen 1990er Jahren Unabhängigkeit als solche nicht das Ziel der Mehrheit der ukrainischen Bevölkerung war und dass die Entstehung des ukrainischen Staates nur dank eines »Kompromisses zwischen den Nationaldemokraten und einem großen Teil der Nomenklatura der Kommunistischen Partei«⁴ möglich war.

Dieser Kompromiss verhinderte einen echten Elitenwechsel. Somit ist der neue Staat nicht aus einer Revolution hervorgegangen – ob samten oder nicht –, sondern wurde auf dem Fundament der alten sowjetischen Institutionen errichtet. Einerseits garantierte das die Kontinuität der wichtigsten Machtinstitutionen in einem neuen sozioökonomischen Kontext; andererseits führte es unweigerlich zur *Reinkarnation der Nomenklatura* als Herrscherin eines neugeschaffenen Staatskapitalismus, die dann zu einer allmächtigen Oligarchie werden sollte. Die Schwächen der ukrainischen spät- und postsowjetischen Eliten offenbarten sich recht früh. Sie konzentrierten sich darauf, ihre politische Macht in Geld zu verwandeln und Eigentum und Ressourcen zu ihren Gunsten umzuverteilen.

Dieses wirtschaftspolitische Modell erwies sich vor dem Hintergrund des weitverbreiteten (und bewusst genährten) Glaubens, dass die poli-

tische Unabhängigkeit der Ukraine alle wirtschaftlichen Probleme der späten Sowjetunion lösen würde, als besonders problematisch. Heute wird gern vergessen, dass die Bergarbeiter aus dem Donbas (eine Industrieregion in der Ostukraine) in den späten 1980er und frühen 1990er Jahren zu den aktivsten Gegnern der Zentralwirtschaft zählten. Die Legende vom unverzüglich eintretenden Wohlstand, die von den Nationaldemokraten verbreitet wurde, stellte sich als fatal für die Entwicklung der jungen postsowjetischen Ukraine heraus. Als die versprochenen Segnungen ausblieben, waren Unabhängigkeit und Demokratie für einen großen Teil der Bevölkerung schnell diskreditiert und wurden zum Sündenbock für die Mühen und Fehlschläge der Transformation.⁵ Anstatt das Niveau Westdeutschlands zu erreichen, wie es die Befürworter der Unabhängigkeit versprochen hatten, durchlebte die postsowjetische Ukraine eine Phase der Entmodernisierung in Bezug auf Wirtschaft und Infrastruktur, eine demographische Rückwärtsentwicklung und ein Absinken des Nationalinkommens.

Während der Zustand der ukrainischen Wirtschaft 1989 noch vergleichbar mit der Polens oder Bulgariens war, wuchs die Diskrepanz in der Folgezeit stetig. Die Privatisierungspolitik in der Ukraine schloss – im Gegensatz zur polnischen oder tschechischen, also in Ländern mit einer realistischen EU-Beitrittsperspektive – westliche Investoren aus und legitimierte die Übernahme der attraktivsten Wirtschaftszweige durch einheimische (und russländische) Oligarchen. Die Abwesenheit einer klaren Integrationsperspektive in das europäische Wirtschaftssystem hatte einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die Entwicklung der postsowjetischen ukrainischen Wirtschaft.

War der Traum von einem »wiedervereinten« Europa ein Wahn? In seinem Buch *Perestroika* sprach Michail Gorbatschow nicht nur von einer »Vermenschlichung« der internationalen Beziehungen, von der nuklearen Abrüstung bis zum Ende des 20. Jahrhunderts und von Garantien für eine »vollständige Unabhängigkeit« der sozialistischen Länder; er entwickelte auch die Idee eines »gemeinsamen europäischen Hauses«, das sich vom »Atlantik bis zum Ural« erstrecken würde.⁶ Gorbatschows Vision von Europa bezog den Osten des Kontinents mit ein. Das war in den intellektuellen und politischen Narrativen der ehemaligen sozialistischen Länder nicht immer der Fall. Hier stieß man eher auf Variationen des von Milan Kundera vertretenen Ansatzes, der »Mitteleuropa« zur Metapher

für den Protest gegen die sowjetische Dominanz über Osteuropa gemacht hat.⁷ Für eine Reihe führender Intellektueller aus Polen, Ungarn oder der Tschechoslowakei war »Mitteleuropa« ein Synonym für den Teil des »Westens«, der vom »Osten« (in Kunderas Essay mit Russland gleichgesetzt) gestohlen wurde.⁸

*

Am 1. Mai 2004 traten die führenden Länder des ehemaligen »Ostblocks« – Polen, Tschechien, die Slowakei, Slowenien und die drei baltischen Staaten – der Europäischen Union bei; sie waren schon zuvor NATO-Mitglieder geworden. Mit dieser Verschiebung der Grenzen der Europäischen Union nach Osten, »befindet sich« – wie Timothy Snyder beobachtete – »nunmehr kein Quadratcentimeter des europäischen Territoriums, welches zur Sowjetunion der Zwischenkriegszeit gehörte, innerhalb der Europäischen Union«. Seine Schlussfolgerung ist nicht weniger treffend: »Die Grauzone (...) der neuen Nationalstaaten von 1918 markierte, fast genau, die Grenzen des neuen externen Sowjetimperiums von 1945 und wurde anschließend, fast genau, zum Gebiet, auf welches die EU sich in den ersten Jahren des 21. Jahrhunderts ausdehnte.«⁹

Die Erweiterung der Europäischen Union nach Osten – was manchmal etwas zu optimistisch als »Wiedervereinigung Europas« bezeichnet wird – schloss Belarus, die Republik Moldau und die Ukraine aus. Die Idee einer EU-Erweiterung zu gleichen Bedingungen wurde, wie Tony Judt bereits 1996 bemerkte, in einer Situation propagiert, in der die EU nicht einmal ihren damaligen Mitgliedern eine Zukunft versprechen konnte, die genauso sicher und blühend sein würde wie ihre Vergangenheit.¹⁰ Das trug erheblich zur öffentlichen Stimmung zehn Jahre später bei, als die EU vor einer tiefen strukturellen Krise stand.

War die friedliche – und gescheiterte – Orange Revolution von 2004, die kurz nach der Osterweiterung der EU stattfand, ein verspätetes Aufholen der Revolutionen von 1989? Selbst wenn, so fand sie in einem ganz anderen geopolitischen Kontext statt. In den frühen 1980er Jahren wurde die polnische Solidarność-Bewegung in Westdeutschland von vielen als Bedrohung für Willy Brandts »Ostpolitik« und als Beispiel für »typisch polnische Realitätsferne« betrachtet.¹¹ Nach 1989 wurde Polens Integration in die EU und NATO jedoch nicht mehr ernsthaft in Frage gestellt. Mit der Ukraine verhielt es sich gänzlich anders: Auch nach der

Orangen Revolution war die EU unwillig, der Ukraine die Perspektive einer EU-Integration zu bieten, selbst einer symbolischen. Diese Haltung hatte einen großen Einfluss auf die Bereitschaft der ukrainischen Eliten, grundlegende Reformen einzuleiten, und auf ihre Fähigkeit, sich die geopolitische Zukunft ihres Landes vorzustellen. 2010 wurde Viktor Janukowytsh – dessen auf Wahlfälschung beruhender Sieg in den vorangegangenen Präsidentschaftswahlen die Orange Revolution provoziert hatte – zum Präsidenten gewählt, diesmal demokratisch.

Die nächste ukrainische Revolution begann im November 2013 als Reaktion auf die Entscheidung Janukowytshs, das Assoziationsabkommen mit der EU nicht zu unterschreiben – ein wirtschaftspolitisches Dokument, das jegliche Perspektive auf eine EU-Integration sorgsam vermied. Der Maidan entzündete sich am Assoziationsabkommen, erweiterte seine Forderungen aber rasch weit darüber hinaus. Der Philosoph Taras Liuty schrieb auf Facebook: »Wir suchten Europa, aber fanden die Ukraine.« Der Maidan wurde – teilweise gegen den Willen der Politiker, die versuchten, sich an seine Spitze zu setzen – zu dem Versuch, eine neue Ukraine zu imaginieren. In diesen Vorstellungen spielte *der positive Mythos von Europa* als einem Ort der Rechtsstaatlichkeit, der Menschenrechte, der Meinungsfreiheit, der Freizügigkeit und des Wohlstandes eine große Rolle.

*

Es war eine tragische Ironie der Geschichte, dass sich der Maidan an eine Europäische Union wandte, die es so nicht mehr gab. Es gab dort keine Instanz mehr, die die Ukraine tatkräftig unterstützen und ernsthaft einen Beitritt in Betracht ziehen würde. Diese Diskrepanz zwischen Erwartung und Realität spiegelte sich in der Tatsache wider, dass die Menschen auf dem Maidan unter EU-Flaggen als Symbol der Freiheit starben, während für einen immer größer werdenden Teil der EU-Bürger dieselbe Fahne eher zu einem Symbol ineffizienter Bürokratie wurde.

Wie könnte man den Maidan definieren? Wie kann man seinen – zumindest teilweisen – Erfolg verstehen, die Ineffizienz des Staates durch die Mobilisierung der Zivilgesellschaft zu kompensieren? Wie geht man mit dem Phänomen der Selbstorganisation der Teilnehmer um? Ilya Gerasimov schlug vor, den Maidan als postkoloniale Revolution zu beschreiben, die darauf ausgerichtet war, neue gemeinsame Werte zu formulieren und

zu fördern – »ein durch und durch kreativer Akt positiver Selbstbestimmung, der die Bedeutung externer politischer Einflüsse (ob einschüchternd oder ermutigend) weitgehend relativierte«. ¹² Ebenso wichtig ist, dass der Maidan eine inklusive Interpretation der ukrainischen Identität und politischen Loyalität propagierte, die nicht auf Ethnizität oder Sprache beschränkt ist. Und nicht zuletzt bot und bietet der Maidan den Bürgern der Europäischen Union eine doppelte Chance: sich auf eben jene, fast vergessenen Werte, auf denen die Union aufgebaut ist, zurückzubewahren und ihnen neue Kraft zu verleihen; und von dem zivilgesellschaftlichen Engagement zu lernen, das dort einspringt, wo der Staat versagt. Im Hinblick auf die Flüchtlingskrise ist die Solidarität, die den 1,7 Millionen kriegsbedingten Binnenflüchtlingen in der Ukraine noch lange nach dem Maidan entgegengebracht wird, besonders beeindruckend.

Von 1991 bis 2013 war die ukrainische politische Entwicklung eher friedlich, niemand wurde bei Massenprotesten getötet. Auf dem letzten Maidan jedoch eskalierte die Konfrontation zwischen Demonstranten und Regierung und wurde gewalttätig. Wohl niemand auf dem Maidan hatte die Möglichkeit einer direkten Einmischung Russlands auf der Krim und deren schließlichen Annexion vorhergesehen. Ebenso wenig war man sich der Gefahr einer Destabilisierung des Donbas bewusst, der bereits im Frühling 2014 von einem offenen militärischen Konflikt erfasst wurde. Der Krieg im Donbas resultierte aus einem Zusammenspiel mehrerer Faktoren: der »neutralen Position« der lokalen Eliten, die in enger Beziehung zum Janukowytch-Regime standen, den Fehlern und Fehleinschätzungen der neuen ukrainischen Regierung sowie der russländischen Intervention. ¹³

Der Krieg in der Ukraine markiert einen Einschnitt, seit dem die nach 1989 geschaffene neue Weltordnung sich mit Kräften konfrontiert sieht, welche die dieser Ordnung zugrunde liegenden liberalen Werte in Frage stellen. Immer mehr Bürger verleihen ihrer Angst vor einer globalisierten Welt mit ihren Migrationsströmen, ihren offenen Grenzen und Märkten Ausdruck; in ihrem Misstrauen gegenüber transnationalen Institutionen wie der EU ziehen sie sich auf die Nation als geschlossene, ethnisch definierte Gemeinschaft zurück. Es ist bezeichnend, dass die EU ihre Mitglieder nicht auf eine gemeinsame Flüchtlingspolitik einstimmen konnte.

*

Was bedeutet die Krise der Europäischen Union für die Ukraine? Beide

Maidane – 2004 und 2013/14 – beriefen sich auf Europa als Symbol und Hüter liberaler Werte, doch beide Male gelang es nicht, der Ukraine eine klare Perspektive auf EU-Integration zu eröffnen, wie sie den ostmitteleuropäischen Ländern angeboten wurde – damals ein kaum zu überschätzender Faktor für die Modernisierung ihrer Gesellschaften. (Dasselbe galt schon für die alten Mitglieder der EU und deren Vorgängerorganisationen: Ihr Zusammenschluss war entscheidend für die Nations- und Staatsbildung in Westeuropa nach dem Zweiten Weltkrieg.)

Es scheint also, dass die Ukraine als Nachzüglerin voll von der Krise der EU und der daraus resultierenden Handlungsunfähigkeit getroffen wird. Bedeutet das, dass sie ein Zwischenstaat, eine »Grauzone« oder eine »Brücke« zwischen der EU und Russland bleiben wird? Muss sich die ukrainische Nation ohne die Idee einer »Rückkehr nach Europa« neu erfinden? Wird die geopolitische Situation der Ukraine, verschärft durch wirtschaftliche Probleme und einen Krieg im eigenen Land, zu Radikalisierung und zum Aufstieg des Populismus führen?

Und umgekehrt: Was würde Europa mit der Ukraine verlieren? Territorial größer als jeder EU-Mitgliedsstaat stellt die Ukraine eine komplexe Gesellschaft dar, die sich der Außenwelt bisher anscheinend noch nicht erklären konnte. Es ist bezeichnend, dass die Rede über die Ukraine überall durchsetzt ist mit Stereotypen: das Land leide unter einem »Zusammenprall von Kulturen«, die Gesellschaft sei von »tiefen Gräben« durchzogen, der Konflikt im Donbas sei ein »Bürgerkrieg«. Kulturelle, religiöse und sprachliche Vielfalt und Heterogenität können aber auch als Vorteil gesehen werden, nicht nur als Handicap. Die Ukraine gleicht einem großen Laboratorium. Eine pluralistische und hybride postsowjetische Gesellschaft, die nicht auf das schweizerische oder belgische Modell reduziert werden kann; die Idee der Ukraine als politischer Nation; eine flexible Zweisprachigkeit – all das sind Phänomene, die in der Ukraine zu beobachten sind und die es zu analysieren gilt. Das Land bietet mannigfache Anregungen, mit der vielbeschworenen – und neuerdings auf wachsendes Misstrauen stoßenden – Vielfalt Europas konstruktiv umzugehen. Stattdessen ist die Ukraine nach wie vor eher eine Projektionsfläche für jedermanns eigene ideologische Präferenzen. Man fragt sich, ob das offensichtliche Fehlen von Empathie für die Ukraine im Westen schierem Desinteresse für ihre Eigenheiten entspringt.

Man kann die Ukraine als zu groß beschreiben, zu komplex, zu nah an

Russland, geographisch und historisch. Bis heute wird oft ihr Existenzrecht bestritten. Dennoch hat die Ukraine überlebt – trotz des »russischen Frühlings«, trotz gravierender wirtschaftlicher Probleme, trotz Energieabhängigkeit und eines schwachen Staats. Das Wunder, dass die Ukraine 2014 überlebte, wartet noch auf seine Untersuchung. Wichtig hierfür wird die Analyse der (oft informellen) Strukturen und Institutionen sein, die den Zusammenhalt der Gesellschaft gewährleistet haben und die stärker als die Maidan-Revolutionen zu sein scheinen. Diese Analyse erfordert eine tiefgehende, interdisziplinäre Forschung und wird die Diskussion hoffentlich aus der sinnlosen Alternative zwischen Untergangsszenarien und Selbstlob herausführen.

Aus dem Englischen von Fyodor Shulgin

Anmerkungen

- 1 Serhii Plokhyy, *The Last Empire. The Final Days of the Soviet Union*, New York 2014, S. 394.
- 2 Andrei Amalrik, *Will the Soviet Union Survive Until 1984?*, Amsterdam 1969.
- 3 Plokhyy, *The Last Empire*, a.a.O., S. 401.
- 4 Taras Stetskiy, »My zaprosyly Kuchmu do sebe – typu posydyty, vypyty, pohomonity« (Wir haben Kutschma eingeladen, um mit uns zu sitzen, zu trinken und zu plaudern). <http://hvylyia.net/interview/politics2/taras-stetskiv-mi-zaprosili-kuchmu-do-sebe-tipu-posiditi-vipiti-pogomoniti.html>
- 5 Vgl. Andrei Riabov, »Nasledie perestroiki: vzgliad cherez chetvert` veka« (Das Erbe der Perestroika. Ein Rückblick nach einem Vierteljahrhundert), in: *Neprikosnovenyj zapas*, Nr. 6 (2015); Boris Mezhuev, »Perestroika-2«. *Opyt povtoreniia* (Perestroika-2. Die Erfahrung einer Wiederholung), Moskau 2014; siehe auch sein Essay »Perestroika 2.0. Dilemmas der politischen Transformation in Russland«, in: *Transit* 43 (2012/13).
- 6 Michail Gorbatschow, *Perestroika i novoe myshlenie dlia nashej strany i dlia vsego mira*, Moskau 1987 (deutsch: *Perestroika. Die zweite russische Revolution – Eine neue Politik für Europa und die Welt*, München 1987), S. 132, 170, 203 f., 233, 243.
- 7 Milan Kundera, »The Tragedy of Eastern Europe«, in: *New York Review of Books*, 1984, vol. 31, Nr. 7 (deutsch: »Un occident kidnappé oder die Tragödie Zentraleuropas«, in: *Kommune. Forum für Politik und Ökonomie*, Nr. 7 (1984), S. 43-52).
- 8 Vgl. Tony Judt, »The Rediscovery of Central Europe«, in: *Daedalus*, vol. 119, nr. 1 (*Eastern Europe... Central Europe... Europe*, Winter 1990).
- 9 Timothy Snyder, »Integration and Disintegration. Europe, Ukraine, and the World«, in: *Slavic Review*, vol. 74, Nr. 4 (Winter 2015), S. 701.
- 10 Tony Judt, »Europe. The Grand Illusion«, in: Ders., *When the Facts Change. Essays 1995-2010*, New York 2015, S. 41.

- 11 Vgl. Timothy Garton Ash, »The German Question«, in: Ders., *The Uses of Adversity. Essays on the Fate of Central Europe*, London 1999, S. 88.
- 12 Ilya Gerasimov, »Ukraine 2014. The First Postcolonial Revolution«, in: *Ab Imperio*, vol. 15, Nr. 3 (2014); ders., *Ukraine's Postcolonial Revolution and Counterrevolution*, (Manuskript, zitiert mit Zustimmung des Autors).
- 13 Für mehr Details siehe Andrii Portnov, »How »Eastern Ukraine« was lost«, <https://opendemocracy.net/od-russia/andrii-portnov/how-eastern-ukraine-was-lost>.

Maxim Trudolyubov
PHANTOM SOWJETUNION

Die heutige politische Landschaft Europas erinnert den russischen Betrachter an die späte Sowjetunion. Ihre Bürger träumten davon, sich in ihre eigenen Häuser, sprich Nationalstaaten, zurückzuziehen und endlich ein glückliches Leben zu führen. Heute haben viele Europäer denselben Traum. Die Russen hingegen wollen inzwischen wieder ein Teil von etwas Großem und Mächtigem sein, für das die Sowjetunion einst stand. Es scheint, Russland und Europa entwickeln sich in entgegengesetzte Richtungen.

In ihrer Geschichte haben sie sich ungeachtet aller Unterschiede, Konflikte und Widersprüche stets aufeinander bezogen. Russland hat schon früh die westliche Idee des Fortschritts übernommen, und die Sowjetunion hat ihr ein neues Gesicht gegeben. Das 20. Jahrhundert kann als Wettlauf zwischen zwei alternativen Modernisierungskonzepten gelesen werden. Das westliche Modell hat am Ende gewonnen, die Sowjetunion ist untergegangen. Doch sie lebt in unseren Vorstellungen fort – als nostalgisch verklärte imperiale Macht und als Schreckbild eines bürokratischen Molochs. Zugleich scheint Europa 25 Jahre nach der Niederlage seines Widerparts seine Vorbildfunktion, wenn nicht seinen eigenen Glauben an den Fortschritt, verloren zu haben, ja wird in den Augen mancher zu einer Karikatur der Sowjetunion.

Vergleiche der UdSSR mit der EU sind aus den politischen Kommentaren und Analysen zunehmend in die Reden der Politiker gewandert und heute gang und gäbe, im Westen wie im Osten. 2006 kam der ehemalige sowjetische Dissident Vladimir Bukovsky auf Einladung von Orbáns Fidesz und Farage's UKIP nach Brüssel und diagnostizierte, dass die EU mehr und mehr der Sowjetunion ähnele. Sie werde, so seine Prognose, ebenfalls zusammenbrechen, und je eher, desto besser.¹ Aus der entgegengesetzten Perspektive versuchte der scharfsichtige Politologe Ivan Krastev, aus dem Zusammenbruch der Sowjetunion Lehren für die EU zu ziehen: Während ein Ende der Sowjetunion 1985 für undenkbar gehalten wurde (»too big to fail«), galt es 1995 als unausweichlich.² Jedenfalls

erwies sich der völlige Vertrauensverlust in das sowjetische Projekt als weitaus destruktiver als die Anstrengungen derer, die sich von Moskau befreien wollten. Krastev zitiert die Beobachtung des Historikers Stephen Kotkin: »Es war eher die Elite des Zentrums als die Unabhängigkeitsbewegungen der Peripherie, welche die Union kassierte.«

Niemand geringerer als Präsident Putin hat des Öfteren die Führungsriege der USA und der EU mit der sowjetischen verglichen. Das begann bereits 2007, als die Beziehungen zwischen Russland, den USA und der EU sich zu verschlechtern begannen.³ Bei seiner großen Pressekonferenz im Jahr 2016 behauptete er, die EU hätte strengere Kontrolle über ihre Mitglieder als seinerzeit der Oberste Sowjet über die Republiken. Wenn sich die antieuropäisch eingestellten Politiker – von Ungarns Premierminister Viktor Orbán bis zur Vorsitzenden des französischen Front National Marine Le Pen – immer wieder des Vergleichs zwischen Brüssel und dem sowjetischen Moskau bedienen, sind sie sich dann darüber im Klaren, dass sie die Rhetorik des Kreml verwenden?⁴

Europa als Leitstern

Mir ist die Spätphase der Sowjetunion als eine Zeit der bitteren Selbstironie und trüber Hoffnungen in Erinnerung geblieben. Das sowjetische System hatte ausgedient, es war nicht mehr entwicklungsfähig. Alles daran war sinnlos und lächerlich geworden. In der Schule und an der Uni machten wir uns über die Anmaßung der Lehrer und Professoren lustig, etwas zu unterrichten, wovon sie keine Ahnung hatten.

Man sollte aber nicht vergessen, dass es beim sowjetischen Projekt ursprünglich um Modernisierung ging. Es war der bisher letzte Versuch Russlands, zum Westen aufzuschließen und ihn zu überholen. Das »Aufholen« war stets der stärkste Antriebsmotor der russischen Geschichte. In schöner Regelmäßigkeit stellten die russischen Herrscher fest, dass ihr Land hoffnungslos zurückgeblieben sei und umfassende Reformen benötigte.

Europa stellte dabei sowohl den Lehrmeister als auch den Widerpart dar – das, wonach man strebte, und das, wovon man sich doch gleichzeitig abgrenzte. Russen reisten nach Europa, um dort zu leben, zu studieren, Bilder zu malen oder Gedichte und Romane zu schreiben. Von jeher hat Russland Rohstoffe nach Europa exportiert und im Gegenzug

neue Technologien und Ideen – unter anderem die vom sozialen Fortschritt – von dort importiert. Lenin verbrachte 15 Jahre in Großbritannien, Frankreich und der Schweiz, wo er das intellektuelle Fundament für das bolschewistische Projekt legte.

In Europa erfuhren die Russen, dass die Entwicklung aller Gesellschaften der Welt einem einzigen Gesetz unterliege, nach dem sie von Natur aus eine ideale Form anstreben, in der die gesellschaftliche Ungleichheit für immer aufgehoben wird. »An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die freie Entwicklung aller ist«, schrieben Marx und Engels in ihrem *Manifest der Kommunistischen Partei*.

Die russischen Revolutionäre nahmen diese Ideen bereitwillig auf, und der Erste Weltkrieg sowie der Zusammenbruch der Monarchie eröffneten ihnen ungeahnte Möglichkeiten zu ihrer Verwirklichung. Russland erklärte den Aufbau einer idealen Gesellschaft zu seinem politischen Ziel. Auf der neuen sowjetischen Weltkarte unterschieden sich die einzelnen Staaten nur mehr durch ihre Entfernung zum Horizont der Zukunft – zum Kommunismus. Die einen waren weiter davon entfernt, die anderen näher dran. An die Spitze der Weltbewegung zu diesem gemeinsamen Ziel stellte sich die UdSSR. Die Menschen wurden in den Augen der neuen Machthabenden danach bewertet, wie sie mit dem unaufhaltsamen Gang der Geschichte mithielten – die einen liefen selbst auf den Horizont zu, die anderen musste man mit Gewalt dorthin stoßen bzw. schleppen oder, wenn es sein musste, umbringen.

Von ihrer inneren Logik her war die totalitäre und inhumane Sowjetunion ein modernisierendes Projekt. Sie war ein Staat, der auf der Idee des Fortschritts aufgebaut war. Die Revolutionäre und Ideologen übernahmen die Idee, dass man die Gesellschaft zum Besseren verändern kann, und orientierten sich darin an westlichen Vorbildern.

Die Nachkriegsgeschichte Europas gliedert sich in zwei Epochen: die Zeit des Kalten Krieges und die postsowjetische Zeit. Während des Kalten Krieges hatten die Länder Westeuropas sich mithilfe des Marshallplans auf beeindruckende Weise entwickelt und ein starkes Wirtschaftswachstum vorzuweisen. Sie erreichten eine beispiellose Blütezeit unter »weichen« politischen Regimen, die – dank der Zugehörigkeit zu einem militärischen Bündnis und dem allmählichen Abbau von Grenzen – keine hohen Beträge mehr für ihre Verteidigung und Sicherheit ausgeben muss-

ten. Sein Erfolg und die Verführungskraft seiner »soft power« machten Europa für andere Länder außerordentlich attraktiv: Diese Faktoren sollten entscheidend dazu beitragen, das Vertrauen der Sowjetbürger in das sowjetische Wirtschaftsmodell zu unterminieren.

Angesichts dessen versuchte Gorbatschow, die UdSSR in Richtung Westen zu reformieren, ohne das sowjetische Projekt aufzugeben. Durch die von ihm eingeleitete Perestroika erwachte die Gesellschaft und begann, über ihre Vergangenheit und Zukunft zu diskutieren.

»Das Auffallendste an Denkmälern«, schrieb Robert Musil, sei, »daß man sie nicht bemerkt. Es gibt nichts auf der Welt, was so unsichtbar wäre wie Denkmäler.«⁵ Der Augustputsch 1991 – das letzte Aufbäumen der alten Kräfte – ließ die Denkmäler der Sowjetunion plötzlich sichtbar werden, zum Leben erwachen. So wurde etwa die vor der Lubjanka, dem Hauptquartier des sowjetischen Geheimdienstes in Moskau, stehende Statue Felix Dserschinskis, des ersten sowjetischen Geheimdienstchefs, vom Symbol einer als selbstverständlich geltenden Ordnung zu einem Symbol für die sowjetische Unterdrückungsmaschinerie. Noch im selben Monat wurde das Standbild gestürzt.

Nach dem gescheiterten Putsch wurde eine Kettenreaktion erwartet, doch sie blieb aus. Die intellektuellen Autoritäten der Perestroika-Jahre verloren ihre Herrschaft über die Gedanken genauso rasch, wie die kommunistische Regierung ihre Herrschaft über das Land verlor. Die politischen Debatten über die zukünftige Entwicklung Russlands – über die Wahl zwischen dem westlichen und dem chinesischen Weg, zwischen Demokratie und »eiserner Hand« – verstummten, die Auflagen der politischen und intellektuellen Presse brachen ein, und die verbliebenen Denkmäler erstarrten wieder.

Das Bild von einem Sonderweg Russlands verschwand endgültig. Die viel diskutierten Versuche, dem Beispiel Chinas zu folgen – was eine Perestroika ohne Glasnost zur Folge gehabt hätte –, stießen auf Ablehnung. Die eben erworbene Meinungsfreiheit, Freizügigkeit und unternehmerische Freiheit wieder preiszugeben, davon konnte keine Rede sein. Europa konsolidierte seine Rolle als Vorbild im Bewusstsein der neuen Politiker und des Großteils der Bürger in den neuen Nationalstaaten, die aus der zerfallenen UdSSR hervorgegangen waren.

Zu diesem Zeitpunkt hatte sich die russische Gesellschaft innerlich längst von den Versprechungen verabschiedet, die ihr jahrzehntelang von

der sowjetischen Propaganda gemacht worden waren. An der Idee des gesellschaftlichen Fortschritts selbst aber hielt sie fest. In der Öffnung der Archive und der Veröffentlichung von in der Sowjetunion verbotenen Autoren manifestierte sich die Ablehnung des totalitären Systems und die Orientierung hin zu dem europäischen Modell und seinem Modernisierungspfad. Über 70 Jahre lang hatten die Russen das gemeinsame Ziel der Modernisierung auf ihrem eigenen Weg verfolgt. Das Ende des Sowjetsystems besiegelte die späte Einsicht, dass die Europäer auf ihrem Weg weit mehr erreicht hatten.

Die Reformen der 1990er Jahre stellen den bis heute letzten ernstzunehmenden Versuch dar, Russland nach dem europäischen Modell zu modernisieren und nach westlichen Werten auszurichten. Die nachfolgenden Reformen der frühen 2000er Jahre waren eher technokratisch und galten der Anpassung an westliche marktwirtschaftliche Regeln. Noch vor Putin wurde klar, dass der Kreml sich nicht von den Prinzipien des traditionellen Herrschaftsmodells verabschieden, sondern sie im Gegenteil stärken würde.

Das Ende des Fortschrittsglaubens

Doch es scheint, dass der europäische Weg inzwischen selbst in eine Krise geraten ist. Damit treten die Gemeinsamkeiten der europäischen und russischen Entwicklung wieder deutlicher hervor, und die Unterschiede rücken in den Hintergrund.

Die Geschichte des 20. Jahrhunderts war dominiert von dem Versuch des Westens, dem kommunistischen Projekt etwas entgegenzustellen. Nach dem Zusammenbruch des »Gegentotalitarismus« 1945 – der faschistischen Staaten der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts – kam die Zeit der Modernisierungsideologie. 1960 veröffentlichte der liberale amerikanische Ökonom (und Berater J. F. Kennedys und Lyndon B. Johnsons) Walt Rostow das Buch *The Stages of Economic Growth*, eine programmatische Schrift mit dem bezeichnenden Untertitel *A Non-Communist Manifesto*. Es spielte eine wichtige Rolle im damals einsetzenden Konkurrenzkampf der beiden Blöcke um die Entwicklungsländer.

Bei aller Konkurrenz hatten die kommunistischen und westlichen Internationalisten viele Gemeinsamkeiten. Sowohl die sowjetischen als auch die amerikanischen Entwicklungsexperten legten großen Wert darauf,

ihren Schützlingen die modernen Technologien und den jeweiligen *way of life* zukommen zu lassen. Es ging ihnen darum, die eigene Entwicklungstheorie auf andere Kulturen zu übertragen. Das von der Sowjetunion in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts praktizierte Modell war alternativ zum westlichen, aber diesem nicht entgegengesetzt. Beide Modelle waren im Denken der Aufklärung verwurzelt. Linke wie bürgerliche Ideologen glaubten an die Universalität ihrer jeweiligen Ideen, nach denen sich Gesellschaften entwickeln sollten.

Die UdSSR und die USA forderten ihre jeweilige Klientel um die Wette auf, den Lauf der Geschichte zu beschleunigen. Eine Weile schien es, als hätten die USA dieses Rennen gewonnen, doch dem Triumph folgte schon bald ein Verlust des Vertrauens in den Fortschritt. Am Ende hatten beide Armeen den Krieg um die Zukunft verloren. In der Vorstellung der kommunistischen wie der kapitalistischen Ideologie waren alle Linien auf einen Punkt zugelaufen – wie es sich für eine Perspektive eben gehört. Doch mit dem Zusammenbruch der UdSSR kam ihrem Gegner die Perspektive als solche abhanden.

Die Spannungen und Konflikte, die sich im 20. Jahrhundert aufgestaut haben, kommen heute in Gestalt von Krisen an die Oberfläche. Sie lassen an der Perspektive des Fortschritts zweifeln und legen eher Metaphern wie Kreislauf oder Pendel nahe. Die moderne Vorstellung, dass alle Menschen dasselbe Wissen und dieselben Werte teilen, sowie die Überzeugung, dass Freiheit und offene Grenzen die Menschen zusammenbringen und nicht entzweien, haben heute für viele keine selbstverständliche Geltung mehr. Wo ist die strahlende Zukunft geblieben, um derentwillen man einen weiten Weg auf sich nimmt?

In diesem Sinne herrscht in Russland derselbe Pessimismus wie in Europa. Weder der europäische Weg noch das sowjetische Gesellschaftsmodell beschäftigen heute die Bürger. Die UdSSR ist schon lange keine Alternative mehr zur kapitalistischen Moderne, ein eindeutiges Verständnis darüber, was die Moderne überhaupt ist, gibt es aber auch nicht. Das Verschwinden des Fortschrittsglaubens hat auch die Orientierung an Europa obsolet werden lassen – das europäische politische Modell hat seinen Wert als Leitbild verloren.

In Russland verblasst die Erinnerung an die sowjetischen Zeiten mit dem Aussterben der Generationen, die sie noch erlebt haben. Zugleich spaltet sich das Bild der Sowjetunion: Im selben Maße, wie all das, was

den sowjetischen Alltag ausmachte, aus dem gesellschaftlichen Bewusstsein verschwindet, wachsen der Wunsch, wieder einem großen gemeinsamen Raum anzugehören, und die Sehnsucht nach dem Glanz einer Großmacht – an die Stelle der historischen Sowjetunion ist ihr Phantom getreten.

Die Mehrheit der Russen (53%), die im November 2016 vom Lewada-Zentrum befragt worden waren, gab an, dass das Traurigste am Zerfall der Sowjetunion die Zerstörung eines »gemeinsamen Wirtschaftssystems« gewesen sei. 43% der Befragten waren der Überzeugung, dass dadurch die »Menschen das Gefühl der Zugehörigkeit zu einem großen, mächtigen Staat« verloren hätten; 30% sagten, dass sie aufgrund des Auseinanderbrechens der UdSSR das Gefühl verloren hätten, »sich überall wie zu Hause zu fühlen«.⁶

Auch viele Europäer scheinen Gefühle von Heimatlosigkeit zu hegen, mit dem Unterschied, dass sie eine Union eben nicht wollen, und wenn sie von Größe träumen, dann von nationaler. Ähnlichkeiten weisen Russen und Europäer auch beim Pessimismus gegenüber der wirtschaftlichen Entwicklung auf, wobei die Europäer noch pessimistischer sind als die Russen, die sich momentan im vierten Krisenjahr befinden. Laut WIN/Gallup International sind 17% der Russen Wirtschaftsoptimisten und 31% -pessimisten, 40% glauben, dass sich nichts ändern wird. In Frankreich sind – laut derselben Statistik – 13% optimistisch, 47% pessimistisch und 30% neutral; in Deutschland lauten die entsprechenden Zahlen 13%, 37% und 48%.⁷

In Europa wird das Phantom der Sowjetunion ebenfalls zunehmend zur Referenz, wenn auch in seiner negativen Gestalt. Für Europa ist die Sowjetunion das Symbol für einen föderativen Staat, der die nationalen Besonderheiten seiner Mitglieder unterdrückt. Es ist diese Seite der Sowjetunion, auf die sich, wie oben schon erwähnt, europäische Populisten für gewöhnlich beziehen, wenn sie sich negativ über die Europäische Union äußern.

Dies aus russischer Perspektive zu beobachten, ist besonders interessant, denn Gemeinsamkeiten zwischen den beiden Projekten gibt es tatsächlich wenige, wenn man vom Wort »Union« einmal absieht. Die Sowjetunion – offiziell eine freiwillige Vereinigung von Republiken unter einem Dach mit Russland – war eine straffe Föderation unter der Kontrolle einer Partei, abgesehen davon, dass sie ein totalitärer Staat war,

in dem Marine Le Pen nichts von dem hätte laut aussprechen können, was sie heute über die EU sagt.

Dessen ungeachtet empfindet ein großer Teil jener Europäer, die nicht in offenen und liberalen Metropolen leben, eine ähnliche Mischung aus Nostalgie und Zukunftsangst wie viele Russen. Neu für Letztere ist aber, dass Europa – vielleicht zum ersten Mal seit Jahrhunderten – aufgehört hat, für die russische Gesellschaft ein Leitstern zu sein, wie fern auch immer.

Aus dem Russischen von Fyodor Shulgin

Anmerkungen

- 1 »Former Soviet Dissident Warns For EU Dictatorship«, in: *The Brussels Journal: The Voice of Conservatism in Europe*, 27. Februar 2006, <https://www.brusselsjournal.com/node/865>.
- 2 »European dis-Union: lessons of the Soviet Collapse«, www.opendemocracy.net/ivan-krastev/european-dis-union-lessons-of-soviet-collapse.
- 3 Siehe www.dw.com/ru/путин-сравнил-сша-с-советским-союзом-времен-карибского-кризиса/a-2848349 und www.dw.com/de/eu-russland-verbunden-in-misstrauen/a-2844878
- 4 »Orbán compares EU to Soviet Union«, in: *Financial Times*, 15. März 2012, <https://www.ft.com/content/6feaca90-6ecb-11e1-afb8-00144feab49a>; »Interview with Marine Le Pen, »I Don't Want this European Soviet Union«, in: *Spiegel online*, 3. Juni 2014, www.spiegel.de/international/europe/interview-with-french-front-national-leader-marine-le-pen-a-972925.html.
- 5 Robert Musil, »Unfreundliche Betrachtungen – Denkmale«, in: *Nachlaß zu Lebzeiten*, Kapitel 2, Hamburg 1962, S. 59.
- 6 *The Fall of the Soviet Union*, www.levada.ru/en/2017/01/09/the-fall-of-the-soviet-union/.
- 7 Siehe www.wingia.com/web/files/richeditor/filemanager/Global_Tabs_23.02.2017_Q1-Q3.pdf. Die restlichen Prozente hatten keine Meinung.

Mark Lilla

DER HUND, DER NICHT BELLTE
oder Das Verschwinden des Bürgers

Jeder, der wie ich während des Kalten Kriegs groß geworden ist, wuchs mit dem starken Gefühl auf, dass die liberale Demokratie äußere Feinde hatte. Der Zweite Weltkrieg war ein Kampf gegen die Faschisten gewesen, danach forderten die Sowjetunion, China und ihre Vasallenstaaten demokratische Regierungen auf der ganzen Welt heraus.

Diese Wahrnehmung wurde jedoch von einer stillschweigenden Annahme begleitet. Wir gingen davon aus, dass die liberalen Demokratien ungestört gedeihen und die Demokratie sich in andere Länder ausbreiten würde, sobald ihre äußeren Feinde verschwunden wären. Diese Vermutung war weniger das Produkt von Überheblichkeit als vielmehr das einer bestimmten historischen Erfahrung. Die Lektion, die Liberale vom 19. Jahrhundert bis zur Weimarer Republik lernen mussten, blieb meiner Generation erspart: nämlich dass die liberale Demokratie eine sehr zerbrechliche, stets von Feinden auf der Rechten wie der Linken bedrohte Regierungsform ist.

Warum ist das so? Zum Teil, weil die Ambitionen der liberalen Demokratie, recht verstanden, bescheiden sind. Sie bietet einen Weg, politische Vorstellungen in legitimer Weise umzusetzen, aber sie verheißt keine Verwandlung der menschlichen Existenz oder gar der Gesellschaft. Und ihr Gedeihen hängt davon ab, dass es ihr gelingt, die Fähigkeit zur Selbstregierung auszubilden. Die liberale Demokratie muss Individuen, deren Hauptsorge naturgemäß sich selbst, ihren Familien oder ihren religiösen oder ethnischen Gruppen gilt, in Bürger verwandeln – Bürger, die sich, manchmal hauptberuflich, um das Gemeinwohl kümmern. Meine Generation musste nie die alte Lektion lernen, dass Menschen nicht als demokratische Bürger geboren werden, sondern zu solchen gemacht werden müssen, in jeder Generation aufs Neue.

Leisten wir dabei heute gute Arbeit? Ich glaube nicht. Viele der Herausforderungen, vor denen unsere Demokratien heute stehen, lassen sich aus

meiner Sicht auf unsere zunehmende Unfähigkeit zurückführen, Bürger zu formen und ihnen dann eine Stimme zu geben. Betrachten wir drei dieser Herausforderungen.

Die erste ist der Neoliberalismus, eine Ideologie, die seit den 1980er Jahren maßgeblichen Einfluss auf unsere politische Vorstellungskraft ausübt. Die grundlegenden Dogmen dieser Ideologie sind: 1. dass wir unserem Wesen nach freie Individuen ohne natürliche oder historische Verpflichtungen gegenüber anderen sind, lediglich frei im Raum umherschwebende Elementarteilchen; 2. dass unsere vorrangige Sorge unser ökonomisches Wohlergehen sein sollte; 3. dass Märkte – einschließlich des Arbeitsmarktes – so frei wie möglich sein sollten, um dieses Wohlergehen sicherzustellen; und 4. dass wir zur Gewährleistung der Freiheit der Märkte in einer globalisierten Wirtschaft größere Machtbefugnisse an Technokraten übertragen sollten, auf Kosten der souveränen Gesetzgeber und der Bürger, die sie ins Amt wählen. Keines dieser Dogmen befasst sich mit der Funktion des Bürgers in einem Gemeinwesen, und wo sie in die Praxis umgesetzt werden, höhnen sie diese Funktion aus.

Das führt uns zur zweiten Herausforderung unserer liberalen Demokratien, dem Populismus. Seit einiger Zeit schon gärt eine Gegenreaktion auf die an neoliberalen Dogmen ausgerichtete Wirtschaftspolitik. Immer mehr Europäer und Amerikaner beschleicht das Gefühl, dass ihnen bei der Entscheidung über ihr Schicksal das Mitbestimmungsrecht versagt wird. Doch nimmt diese Reaktion keine liberale, demokratische Form an, vielmehr fühlen sich die Menschen zu populistischen Parteien hingezogen, die sie nicht als Bürger, sondern als einzig legitime Macht ansprechen: als das Volk, *the people, le peuple, il popolo*. Die Stimmen, die wir vernehmen, kommen nicht von verantwortungsvollen Politikern, die sich an informierte Bürger wenden, vielmehr hört man das Geschrei von Demagogen, auf das ein Pöbel mit Gebrüll antwortet. Und beider Botschaft ist ganz einfach: Sie wollen sich »ihre Länder zurückholen«, womit sie meinen, dass der unreflektierte, unvermittelte Wille eines Teils der Bevölkerung als Befehl zu gelten habe.

Diese beiden Herausforderungen – Neoliberalismus und Populismus – werden den Lesern dieser Zeitschrift vertraut sein. Es gibt noch eine dritte Herausforderung für unsere liberalen Demokratien, und diese soll hier das Thema sein. Es ist das, was ich Identitätspolitik nenne.

*

In den Vereinigten Staaten ist »Identitätspolitik« ein vertrauter Begriff, allerdings habe ich festgestellt, dass er andernorts der Erklärung bedarf. Mit Identitätspolitik meine ich eine bestimmte Art, Politik zu verstehen oder zu betreiben, die nicht auf den Status als Bürger besonderen Wert legt, sondern auf Gruppenidentität oder persönliche Identität. Diese Politik geht davon aus, dass *alle* politischen Probleme durch die Linse der Identität betrachtet werden müssen. In ihrer stärksten Ausprägung postuliert sie, dass jeglicher Appell an die Bürger als Bürger als ein Appell an eine Identitätsgruppe in Abgrenzung zu anderen zu verstehen sei. Die Auswirkung dieses Identitätsbewusstseins auf die amerikanische Politik ist verheerend. Auf der Linken hat es eine Art moralische Hysterie in Bezug auf ethnische, Gender- und sexuelle Identität bewirkt, die die zentrale Botschaft der Linken verzerrt und diese daran hindert, zu einer einigenden Kraft in der amerikanischen Politik zu werden. Und im Gegenzug zur Fokussierung der Linken auf Identität hat die Rechte von der Reaktion der amerikanischen Mittelschicht profitiert, die in dieser Politik eine politische Korrektheit am Werk sieht, die zur Ausschließung dieses Teils der Bevölkerung und seiner Sorgen führt.

Gewiss verdankt sich die Wahl Donald Trumps einer Vielzahl von Faktoren. Einer der wichtigsten war allerdings die Unfähigkeit der liberalen Linken, eine Vision von Amerika und seiner Bestimmung zu präsentieren, die eine überzeugende Alternative zu Trumps vagem demagogischen Slogan »Make America great again« hätte sein können. John F. Kennedy richtete einst die berühmte Forderung an die amerikanischen Bürger: »Fragt nicht, was euer Land für euch tun kann, sondern was ihr für euer Land tun könnt.« Ronald Reagan versprach, »It's morning again in America«, und verhiess eine »shining city on a hill«. Die Identitätspolitik hat die amerikanische Linke sprachlos gemacht, unfähig, diese Art von Ansprache an die Bürger im Namen des Gemeinwohls zu richten. Alles, was diese Politik im Blick hat, sind Gruppen oder Individuen, jede und jedes mit einer eigenen besonderen Identität. Das ist eine sehr amerikanische Geschichte, aber ich glaube, sie enthält auch wichtige Lehren für Europa.

*

Die Vereinigten Staaten waren immer eine vielfältige Nation, die offen war für Immigranten. Identitätspolitik im heutigen Sinne hat es hier jedoch nicht immer gegeben. Es stimmt, dass nach der massiven Einwanderung von Europäern in den Jahrzehnten vor der Wende zum 20. Jahrhundert Immigranten – Italoamerikaner, Deutschamerikaner, polnische Amerikaner – tatsächlich in Blöcken wählten, besonders in der Zeit des Klientelismus in den großen Städten. Aber sie taten dies als gewöhnliche Interessengruppen, nicht, um ihre ethnische Identität zu bekräftigen oder irgendwelche besonderen Privilegien oder Ausnahmen für sich zu fordern. Die polnischen Viertel stimmten für mehr Jobs, die italienischen für mehr Parks, die deutschen für mehr Schulen. Und die Politiker versuchten, diesen Gruppen entgegenzukommen, um ihre Stimmen zu gewinnen. Aber auf der Ebene der nationalen Politik argumentierten und stimmten Italoamerikaner, Deutschamerikaner und polnische Amerikaner einfach als Bürger ab. Als es darum ging, in den beiden Weltkriegen zu kämpfen, dienten und starben sie als amerikanische Bürger. Das war ihre Identität.

Das begann sich mit der Bürgerrechtsbewegung in den 1950er Jahren zu ändern, und zwar aus verständlichen Gründen. Afroamerikaner waren offenkundig keine ethnischen Immigranten, sondern als Sklaven ins Land gekommen. Sie waren keine Bürger, die eine bloße Interessengruppe bildeten, sie waren nicht einmal vollgültige Bürger, die den gleichen Schutz des Gesetzes genossen wie der Rest der Bevölkerung. Für Afroamerikaner war es in bestimmten Teilen des Landes nahezu unmöglich, wählen zu gehen; in den Schulen herrschte Rassentrennung, ebenso wie in den öffentlichen Einrichtungen und Unternehmen im ganzen Süden der USA. Die europäischen Immigranten waren in der Lage, ihre ethnische Identität herunterzuspielen; sie bemühten sich eifrig darum, sich an ein weißes und weitgehend protestantisches Amerika zu assimilieren. Afroamerikaner konnten ihre Identität nicht abstreifen, selbst wenn sie wollten. Daher waren sie gezwungen, sich politisch um ihre Identität herum zu mobilisieren, um für ihre Rechte zu kämpfen und zu gleichberechtigten Bürgern zu werden. Der wichtigste Punkt ist allerdings, dass die Geltendmachung ihrer Identität kein Selbstzweck war, sondern ein Mittel, um innerhalb einer liberalen Demokratie die vollen Bürgerrechte zu erlangen. Ihr Ziel war ein politisches, und bei seiner Verfolgung erteilten die Afroamerikaner ihren weißen Landsleuten eine Lehrstunde in bürgerschaftlichem Engagement.

Dann begannen die Dinge auseinanderzufallen, aus verschiedenen, wohlbekannten Gründen: das Desaster des Vietnamkriegs, die Radikalisierung der gegen den Krieg gerichteten Protestbewegungen, der Aufstieg der Gegenkultur, die auch eine »Kultur des Narzissmus« war, wie ein Historiker sie apostrophierte. Aber die bedeutsamste Transformation war, dass die liberale Linke in den 1970er Jahren in verschiedene Identitätsgruppen zersplitterte und dann in noch kleinere Untergruppen, von denen jede nicht nur Rechte, sondern auch gesellschaftliche Anerkennung forderte. Schwarze Radikale brachen mit den biedereren religiösen Führern der Bürgerrechtsbewegung und predigten unter dem Slogan »*Black is beautiful*« eine Art von Separatismus und Rassenstolz. Feministinnen, die sich in der Antikriegsbewegung in den Schatten gestellt fühlten, lösten sich vom Mainstream und verlangten ihre eigenen Rechte als Bürgerinnen, aber auch die Anerkennung ihrer Differenz als Frauen. Schwarze und Lesben innerhalb der feministischen Bewegung spalteten sich ab mit der Begründung, dass weiße Hetero-Frauen ihnen ihre Werte aufzwingen. Die Schwulenrechtsbewegung nahm eine ähnliche Entwicklung: Die Aktivisten forderten gleiche Rechte und verlangten gesellschaftliche Anerkennung, um sich schließlich darüber zu zerstreiten, was authentisches Schwulsein bedeutet.

Diese Geschichte einer Linken, die in immer kleinere Splittergruppen zerfällt, ist in der politischen Historie des Westens nichts Neues. Aber was in den Vereinigten Staaten als Nächstes geschah, war ungewöhnlich. Während Amerika in den Reagan-Jahren immer konservativer und individualistischer wurde, floss die Energie hinter diesen Schlachten um Identität von den politischen Kampfplätzen ab und wurde in die Colleges und Universitäten gelenkt, die zu Arenen einer Ersatzpolitik der Identitätsbildung und Selbstbestätigung wurden. Der Fokus der universitären Linken verlagerte sich weg von der Frage des bürgerschaftlichen Engagements: wie man Menschen mit einer gemeinsamen Identität am besten mobilisiert, um im politischen Prozess für ihre Rechte zu kämpfen. Stattdessen trat nun in den Vordergrund, wie man seine *persönliche* Identität bestimmt und zur Geltung bringt: als Weißer oder Schwarzer, Mann oder Frau, Homo- oder Heterosexueller. Die Bildung, Kultivierung und Durchsetzung des Selbst rückte in den narzisstischen Reagan-Jahren ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Was als politisches Projekt begonnen hatte, verwandelte sich in ein psychologisches Drama – freilich mit der Präention politischer Ernsthaftigkeit.

*

Warum spielt all das für die amerikanische Demokratie eine Rolle? Deshalb, weil die Universitäten heute der Ort sind, an dem die liberalen Eliten Amerikas geformt werden. Hier werden sie sich zuerst ihrer Rolle als Bürger bewusst – oder eben nicht – und hier engagieren sie sich auch zuerst politisch – wenn sie es tun. In einer früheren Ära belegten Studenten mit politischer Neigung Kurse in politischer Geschichte und politischer Philosophie und mussten sich auch mit dem Marxismus befassen. Der Marxismus als Ideologie hatte viele Fehler, aber eine große Tugend: Er zwang seine Adepten, von ihrer partikularen Situation abzusehen und sich geistig mit den tieferen Kräften auseinanderzusetzen, die die Geschichte formen – Kräfte wie Klasse, Krieg und Kolonialismus. Marxisten sahen die Dinge häufig verkehrt oder sie sahen Gespenster, aber zumindest sahen sie hin.

Die amerikanischen Studenten von heute werden stattdessen ermutigt, Kurse zu belegen, die sich auf ihre persönlichen Identitäten beziehen, wie immer sie diese begreifen. Und sie werden in der Überzeugung bestärkt, dass politisches Engagement eben darin besteht. Sie werden eingeladen, Kurse über die Literatur bestimmter Gruppen zu absolvieren, zu denen sie eine Affinität haben: schwarze Literatur, Frauenliteratur, Schwulen- und Lesbenliteratur, postkoloniale Literatur. Und statt Kurse über politische Ideengeschichte besuchen sie solche über Theorien ethnischer oder Geschlechteridentität, beeinflusst von den mystischen Lehren des französischen Poststrukturalismus.

Ich habe festgestellt, dass Studenten, die aus einer solchen Bildung hervorgehen, ein ganz bestimmtes Bild von Politik haben: Sie glauben, dass die Grundlage demokratischer Politik in Gruppenidentitäten oder in der persönlichen Identität zu finden sei und nicht in der von allen geteilten Eigenschaft, Bürger zu sein. Dass ein Appell an die Nation als Ganze in Wirklichkeit ein ideologischer Deckmantel für die Herrschaft einer Gruppe über die anderen sei. Dass der Diskurs über politische Ziele stets durch Identität kodiert sei, so dass die Vorstellung eines rationalen Diskurses unter Bürgern als Bürger eine Illusion ist. Dass sie keine Pflichten als Bürger hätten, nur Rechte, die aus der Perspektive der Identität verteidigt werden müssen. Und dass der gewöhnliche politische Wettstreit der Parteien – der Verhandlung, Kompromiss und viel Zuhören erfor-

dert – unrein sei. Die Studenten von heute sind kaum geneigt, sich parteipolitisch zu engagieren oder für ein politisches Amt anzutreten. Ihre Politik strebt nach Selbstausdruck, nicht danach, andere zu überzeugen.

Worauf ich hinauswill, ist, dass der erstaunliche und erschreckende Erfolg von Donald Trumps Populismus nicht allein auf den politischen Fehlern der Demokraten, auf republikanischen Taktiken oder rechtsgerichteter Propaganda beruht. Er verdankt sich auch der Unfähigkeit der liberalen Linken, eine Vision von Amerika und seiner Bestimmung zu artikulieren, die alle Amerikaner unabhängig von ihrer Identität hinter sich vereinen könnte. Und nicht zuletzt verdankt sich Trumps Sieg auch ihrer Gleichgültigkeit gegenüber der Kultivierung bürgerschaftlichen Engagements in ihren eigenen Reihen. Das *Vorhandensein* bestimmter Faktoren hat den zeitgenössischen Populismus begünstigt, aber ebenso die *Abwesenheit* anderer Faktoren.

*

Hier nun könnten Europäer, die den Populismus bekämpfen, womöglich etwas aus der amerikanischen Erfahrung lernen. Die Lehre besteht darin, dass man keine liberale Demokratie schaffen und am Leben erhalten kann, ohne bürgerschaftliches Engagement zu wecken und zu pflegen. Das wird sehr deutlich in Mittel- und Osteuropa, wo man heute in vielen Ländern Staaten findet, die formal gesehen demokratisch sind, aber keine – oder nur wenige – demokratisch gesonnenen Bürger haben. Nach 1989 wurde der Karren (die Staatsbildung) notwendigerweise vor das Pferd (die Herausbildung von Bürgern) gespannt. Sobald Institutionen errichtet wären, so die Annahme, würden diese automatisch ehemalige Untertanen kommunistischer Staaten in Bürger verwandeln, die bereit und in der Lage wären, sich selbst nach demokratischen Normen zu regieren. Stattdessen brachte der Wandel wohlhabendere Konsumenten hervor, von denen heute viele bereit sind, das Regieren Oligarchen und Reaktionären zu überlassen, die an ihre nationale Identität appellieren. Dasselbe ließe sich von Westeuropäern sagen, die sich zum Populismus hingezogen fühlen. Es gibt in ganz Europa ein offenkundiges Versagen, Bürger heranzuziehen, nicht zuletzt in Bezug auf die Europäische Union.

In einer Sherlock-Holmes-Geschichte mit dem Titel »Silberstern« wird ein Pferdetrainer ermordet. Sherlock Holmes löst den Fall, als ihm auffällt, dass der Hund des Opfers beim Herannahen des Täters nicht gebellt

hat, was nur bedeuten konnte, dass er den Mörder erkannt hat. Holmes spricht vom »sonderbare(n) Benehmen des Hundes während der Nacht«. Wir sind Zeugen eines ähnlich sonderbaren Benehmens in der zeitgenössischen Politik geworden: dass bei dem Aufstieg eines böartigen, unsere Demokratien bedrohenden Populismus so viele Bürger es versäumt haben zu bellen.

Aus dem Englischen von Andreas Simon dos Santos

Zu den Autorinnen und Autoren

Pavel Barsa ist Professor für Politikwissenschaft an der Karls-Universität Prag. Er hat mehrere Bücher über Nationalismus, Multikulturalismus, Einwanderungspolitik und Neue Soziale Bewegungen geschrieben; zuletzt erschien *Paths to Emancipation* (auf Tschechisch, Prag 2015). Im Herbst 2017 ist Barsa Jan Patočka Fellow am Institut für die Wissenschaften vom Menschen (IWM) in Wien.

Slavenka Drakulic, geboren in Kroatien, ist eine Schriftstellerin und Publizistin, deren Bücher in viele Sprachen übersetzt wurden. Auf Deutsch erschien zuletzt *Dora und der Minotaurus* (Berlin 2016). Für ihr Buch *Keiner war dabei – Kriegsverbrechen auf dem Balkan vor Gericht* wurde sie 2005 mit dem Leipziger Buchpreis zur Europäischen Verständigung ausgezeichnet. Drakulic schreibt als Journalistin für internationale Tageszeitungen und Zeitschriften, darunter *The New Republic*, *The New York Times Magazine*, *The New York Review Of Books*, die *Süddeutsche Zeitung*, *Dagens Nyheter*, *The Guardian* und *Eurozine*. Sie war mehrfach Visiting Fellow am IWM.

Timothy Garton Ash ist Professor of European Studies an der University of Oxford, Isaiah Berlin Professorial Fellow am St Antony's College in Oxford und Senior Fellow an der Hoover Institution, Stanford University. Seine zahlreichen Essays, Reportagen und Bücher, mit denen er die Transformation Europas der letzten dreißig Jahre begleitet hat, fügen sich zu einer lebendigen »Geschichte der Gegenwart«. Mit seinen regelmäßigen Beiträgen zum *New York Review of Books* und zum *Guardian* bleibt er seiner Rolle als kritischer Chronist unserer Zeit treu, während er sich inzwischen neuen Themen zugewandt hat. Zuletzt erschien sein Buch *Redefreiheit: Prinzipien für eine vernetzte Welt* (München 2016). Von seinen vielen Preisen und Ehrungen sei hier nur die letzte Würdigung genannt: Am 25. Mai 2017 wurde Timothy Garton Ash in Aachen der Internationale Karlspreis verliehen; mit ihm werden seit 1950 Persönlichkeiten ausgezeichnet, die sich um Europa und die europäische Einigung verdient gemacht haben. Timothy Garton Ash ist Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des IWM und des Beirats von *Transit – Europäische Revue*.

Piotr Koryś ist Adjunct Professor für Wirtschaftswissenschaften am Lehrstuhl für Wirtschaftsgeschichte der Universität Warschau. Seine Forschungsschwerpunkte sind die Wirtschaftsgeschichte Polens in den letzten beiden Jahrhunderten sowie die Geschichte des ökonomischen Denkens in Polen. 2016/17 war er Bronislaw Geremek Visiting Fellow am IWM.

Janos Matyas Kovacs ist Wirtschaftswissenschaftler und seit 1991 Permanent Fellow am IWM, wo er derzeit ein vergleichendes Forschungsprojekt zur Evolution des ökonomischen Denkens unter dem Kommunismus leitet. Kovacs lehrt Wirtschaftsgeschichte an der Eötvös Loránd University in Budapest. Sein letztes Buch ist *Capitalism from Outside? Economic Cultures in Eastern Europe After 1989* (Herausgeber mit Violetta Zentai, Budapest 2012); in Kürze erscheint *Populating No Man's Land. Economic Concepts of Ownership Under Communism* (Lanham, MD 2018). Kovacs ist Mitglied des Redaktionskomitees von *Transit* und regelmäßiger Beiträger.

Ivan Krastev ist Vorsitzender des Centre for Liberal Strategies in Sofia und Permanent Fellow am IWM. Er ist außerdem Gründungsmitglied des European Council on Foreign Relations, Mitglied des Kuratoriums der International Crisis Group und Kolumnist der *New York Times*. Zuletzt erschienen *Democracy Disrupted. The Politics of Global Protest* (Pennsylvania 2014) und *Europadämmung. Ein Essay* (Berlin 2017). Krastev ist Mitglied des Redaktionskomitees von *Transit* und regelmäßiger Beiträger.

Claus Leggewie ist Ludwig-Börne-Professor an der Justus-Liebig-Universität Gießen und war von 2007 bis 2017 Direktor des Kulturwissenschaftlichen Instituts (KWI) in Essen. Seit 1999 ist er der vorliegenden Zeitschrift eng verbunden – als Autor, Mitglied des Redaktionskomitees und später des Beirats. Zuletzt erschien *Anti-Europäer. Breivik, Dugin, al-Suri & Co* (Berlin 2016); im Herbst 2017 kommt *Europa zuerst! Eine Unabhängigkeitserklärung* (Berlin) heraus.

Mark Lilla ist Professor of Humanities an der Columbia University mit dem Schwerpunkt Ideengeschichte des westlichen politischen und religiösen Denkens. Regelmäßiger Beiträger zum *New York Review of Books*. Zuletzt erschien *The Shipwrecked Mind: On Political Reaction* (2016). Derzeit arbeitet Lilla an dem Buch *Ignorance and Bliss* und einer ideengeschichtlichen Studie über Konversion. Zentrales Thema seiner Schriften ist das umstrittene Erbe der Aufklärung. In letzter Zeit hat er sich in die öffentliche Debatte über die Zukunft des amerikanischen Liberalismus eingemischt; dazu erscheint im Herbst 2017 sein Buch *The Once and Future Liberal: After Identity Politics*.

Krzysztof Michalski gründete 1982 in Wien das Institut für die Wissenschaften vom Menschen (IWM), dessen Rektor er bis zu seinem Tod 2013 war. Er war ebenfalls Herausgeber der vorliegenden Zeitschrift, die seit 1990 erscheint. Michalski lehrte Philosophie in Boston und Warschau. Sein letztes, in mehrere Sprachen übersetztes Buch ist *The Flame of Eternity: An Interpretation of Nietzsche's Thought* (Princeton 2012).

Chris Niedenthal ist Journalist und Photograph. Geboren in London, ging er 1973 nach Warschau, wo er bis heute lebt. Er arbeitete als Korrespondent für Magazine wie *Newsweek*, *Time*, *Der Spiegel*, für die er in den 1980er Jahren über

die Länder des Sowjetblocks berichtete. In Polen dokumentierte er die Geburt der *Solidarność* während des Streiks auf der Danziger Leninwerft, die Verhängung des Kriegsrechts im Dezember 1981 und das Ende des Kommunismus 1989. 1986 wurde er für sein Porträt von János Kádár mit dem World Press Photo Award ausgezeichnet. Seine Bilder wurden in zahlreichen Ausstellungen gezeigt und erschienen in mehreren Alben, darunter zuletzt 1989. *Rok nadziei. A Year of Hope. fotografie / photographs* (Olszanica 2017). 2011 erschien in Warschau seine Autobiographie *Chris Niedenthal. Profession: Photographer*. Niedenthal kuratierte die *Transit*-Photoessays von Nr. 1 bis Nr. 12 und trug danach selbst mehrere bei. Seit einiger Zeit arbeitet er an einem Photographie-Projekt über Kinder mit geistiger Behinderung.

Claus Offe ist Professor emeritus für politische Soziologie an der Hertie School of Governance in Berlin. Vorher lehrte er an den Universitäten Bielefeld, Bremen und an der Humboldt-Universität zu Berlin; als Fellow bzw. Gastprofessor arbeitete er u.a. an den Institutes for Advanced Study in Stanford und in Princeton, an der Harvard University, an der University of California, Berkeley, und an der New School in New York. Zuletzt erschienen *Europa in der Falle* (Berlin 2016) und *Citizens in Europe. Essays on Democracy, Constitutionalism and European Integration* (mit Ulrich K. Preuß, Colchester, UK 2016). Offe ist Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des IWM.

Andrii Portnov ist Historiker und leitet das Prisma Ukraina Programm am Forum Transregionale Studien in Berlin. Seit 2012 ist er Gastprofessor an der Humboldt-Universität zu Berlin. Er ist Mitgründer und Mitherausgeber des ukrainischen Webportals *historians.in.ua*. Im Winter 2016/17 war er Fellow des Programms *Ukraine in European Dialogue* am IWM und im Frühjahr 2017 Gastprofessor an der SciencesPo der Universität Lyon. Er publizierte fünf Bücher und zahlreiche Artikel u.a. zur Geistesgeschichte, Geschichtsschreibung, Genozidforschung und Erinnerungskultur in Mittel- und Osteuropa.

Jiří Příbáň lehrt Recht an der Cardiff University, UK. 2002 wurde er an die Karls-Universität Prag als Professor für Rechtstheorie berufen. Er war u.a. Gastprofessor am European University Institute in Florenz, an der New York University und an der University of California, Berkeley. Příbáň arbeitet über Rechtssoziologie und -philosophie, vergleichendes Verfassungsrecht und Europäisches Recht und hat dazu zahlreiche Bücher in tschechischer und englischer Sprache verfasst, zuletzt *Sovereignty in Post-Sovereign Society: A Systems Theory of European Constitutionalism* (London 2015); im Herbst 2017 erscheint *The Defence of Constitutionalism, or the Czech Question in Post-National Europe* (Chicago / Prag). Příbáň ist Mitherausgeber des *Journal of Law and Society* und regelmäßiger Kommentator in tschechischen und internationalen Medien.

Jacques Rupnik arbeitet am Institut d'études politiques de Paris und ist Forschungsdirektor am Centre d'études et de recherches internationales. Er war Gastprofessor an mehreren europäischen Universitäten und an der Harvard University sowie dortselbst Senior Fellow am Davis Center und am Center for European Studies. Von 1990 bis 1992 war er Berater des tschechoslowakischen Staatspräsidenten Václav Havel; 1999/2000 war er Mitglied der Unabhängigen Internationalen Kosovo-Kommission; von 2007 bis 2010 beriet er die Europäische Kommission. Rupnik forscht zur europäischen Integration und zu den Demokratisierungsprozessen Mitteleuropas, zu Konstruktionen nationaler Identität sowie zum Balkan. Zuletzt erschien *Démocratisation et géopolitique dans le voisinage européen* (Paris 2014). Rupnik ist Mitglied des Beirats von *Transit* und Beiträger mehrerer politischer Analysen zu Europa nach dem Zusammenbruch des Kommunismus.

Karl Schlögel ist Professor emeritus für Osteuropäische Geschichte und lebt in Berlin. Zuletzt war er Fellow der Carl-von-Siemens-Stiftung in München. Zu seinen vielfach ausgezeichneten und in zahlreiche Sprachen übersetzten Veröffentlichungen zählen *Petersburg 1909-1921. Laboratorium der Moderne* (1988/2003); *Im Raume lesen wir die Zeit. Über Zivilisationsgeschichte und Geopolitik* (2003); *Terror und Traum. Moskau 1937* (2008); *Entscheidung in Kiew. Ukrainische Lektionen* (2015, alle München). Im Herbst 2017 erscheint *Das sowjetische Jahrhundert. Archäologie einer untergegangenen Welt* (München). 2016 erhielt er den Deutschen Historikerpreis.

Marci Shore lehrt seit 2007 Europäische Geschichte an der Yale University und war mehrfach Visiting Fellow am IWM. Zuletzt erschien auf Deutsch *Der Geschmack von Asche. Das Nachleben des Totalitarismus in Osteuropa* (München 2014); im Herbst 2017 kommt ihr Buch über den Maidan heraus: *The Ukrainian Night: An Intimate History of Revolution* (Yale UP 2017).

Elitza Stanoeva promovierte 2013 in Geschichte an der TU Berlin. Derzeit ist sie Research Associate am European University Institute in Florenz, wo sie an dem ERC-Projekt *Looking West: The European Socialist Regimes Facing Pan-European Cooperation and the European Community* arbeitet. Sie forscht hauptsächlich zur Geschichte des Staatssozialismus in Mittel- und Osteuropa und ist Verfasserin des Buches *Sofia: Ideologie, Stadtplanung und Leben unter dem Sozialismus* (bulgarisch) and zahlreicher Artikel in englischer, bulgarischer und deutscher Sprache. 2010 und 2011/12 war sie Fellow am IWM; weitere Forschungsaufenthalte absolvierte sie in Berlin, Leipzig, Konstanz, Potsdam und Sofia.

Balázs Trencsényi lehrt Geschichte an der Central European University (CEU) in Budapest. Im Zentrum seiner Forschungen steht die politische Ideengeschichte Ostmitteleuropas. Er ist der Autor der Monographie *The Politics of »National Character«: A Study in Interwar East European Thought* (Oxford 2012) und Mitautor

der Reihe *A History of Modern Political Thought in East Central Europe*, deren erster Band 2016 in Oxford unter dem Titel *Negotiating Modernity in the »Long Nineteenth Century«* erschien. Er ist Mitherausgeber von *Discourses of Collective Identity in Central and Southeast Europe (1775–1945)* (Budapest 2006-2014).

Maxim Trudolyubov ist Journalist und Publizist und berichtet seit 1990 über Wirtschaft, Gesellschaft und Politik in Russland. Er ist Editor-at-large bei der russischen Tageszeitung *Vedomosti*, Moderator einer Radio-Talkshow bei Echo Moskwy und Senior Fellow am Kennan Institute in Washington, DC, wo er für den Blog *The Russia File* schreibt. Seit 2013 ist er Gastkolumnist bei der *New York Times*. Zu seinen Büchern zählen *Menschen hinter dem Zaun: Privatsphäre, Macht und Eigentum in Russland* (russisch, Moskau 2015) und *Roots of Russia's War in Ukraine* (Mitautor, New York 2015). 2007 wurde er vom Paul Klebnikov Fund für seinen mutigen Beitrag zum russischen Journalismus ausgezeichnet. Er war Yale World Fellow, Nieman Fellow an der Harvard University und Fellow des »Russia in Global Dialogue«-Programms am IWM.

